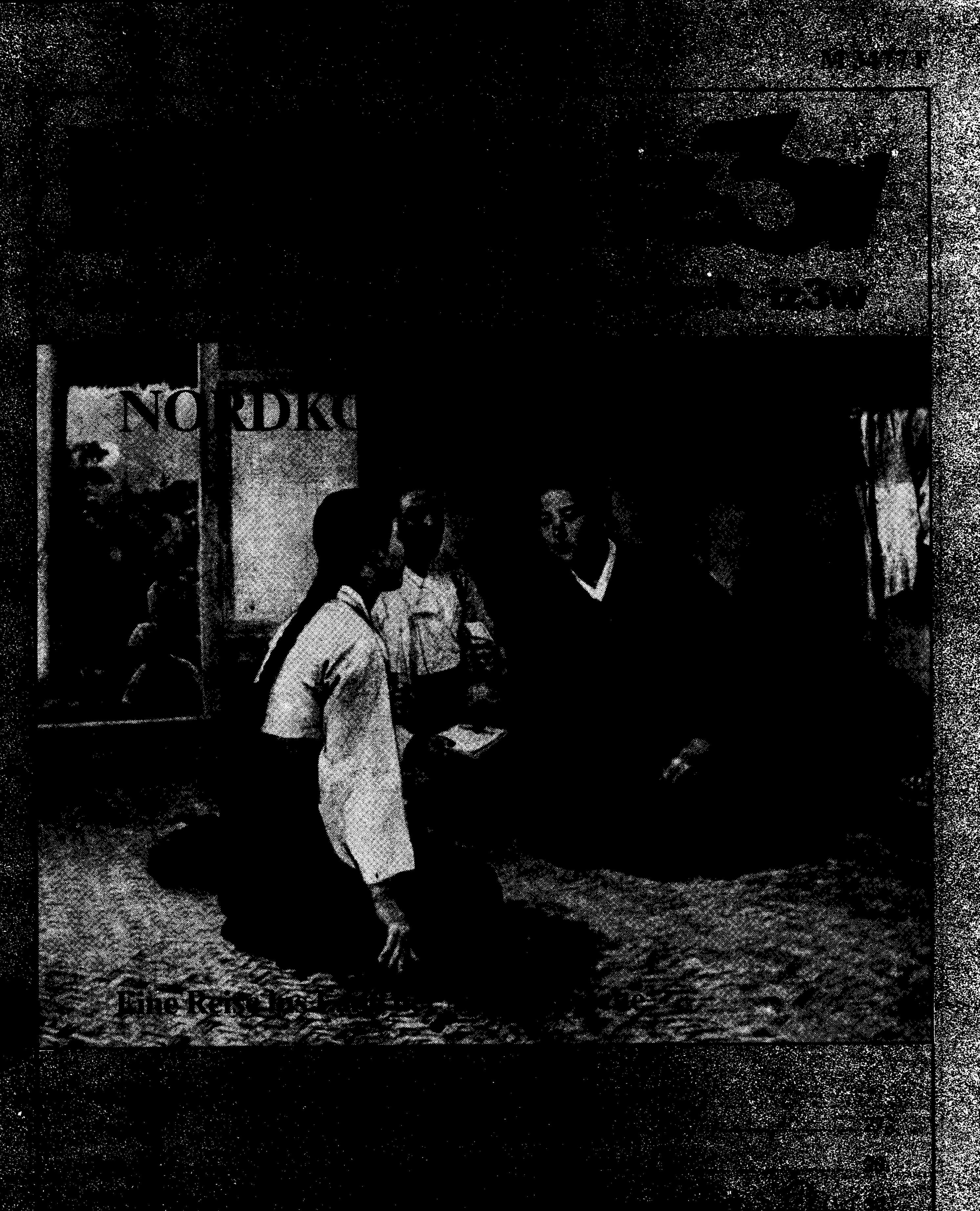

iz3w

Impressum

blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 4003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-12 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Alf Baier, Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Gerhard Braun, Georg Cremer, Ferdos Forudastan, Wolf-Matthias Gall, Christine Grieshaber, Daniela Henberger, Peter Hübner, Christa Kernbichl, Werner Kobe, Claudia Koenig, Michael Krischer, Rainer Luick, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Theo Niewerth, Mariele Pelster, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Matthias Rommel, Peter Schmidt, Dieter Seifried, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler, Daniela Zimmermann.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11,
Telefon: (0641) 77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 128:
20. August 1985

Anzeigenschluß für Nr. 128:
27. August 1985

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

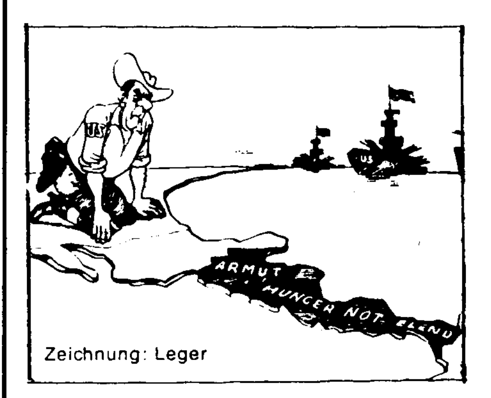
Hinweise für unsere Leser

In den nächsten Wochen werden wir denjenigen Abonnenten der „blätter des iz3w", die ihr Abo 1985 bis zum 18.7.85 noch nicht gezahlt haben, eine Nachnahme ins Haus schicken. Alljährlich versuchen wir auf diesem Wege, wenigstens einige der vielen hundert Abos, die regelmäßig nicht bezahlt werden, entschädigt zu bekommen.
Wir bitten deshalb auf diesem Wege unsere betroffenen Leser um Verständnis.
Daß der Verschickung der Nachnahme-Forderung keine 2. Mahnung vorausging, mag einige verärgern, ist aber folgendermaßen zu begründen:

1. Weder der redaktionelle noch der administrative Arbeitsbereich der „blätter" ist professionell strukturiert; wir haben keinen Computer, der regelmäßig die zu mahnenden Abonnenten auspuckt — womöglich schon mit vollständig addressierten Mahnungen. Vielmehr bedeutet eine Mahnaktion für uns 5 Tage Extraarbeit für alle, die im Büro arbeiten (Karteien durchforsten, Adressen schreiben etc.). Dies kostet viel Geld und Kraft.
2. Wir verschicken jeweils im 1. Quartal des Jahres an alle Abonnenten Abo-Rechnungen. Mitte des 2. Quartals geht die 1. Mahnung heraus. Dann lassen wir den Betroffenen noch zwei weitere Monate Zeit, um ihr Abo zu zahlen, ehe wir die Nachnahmen verschicken. Wir denken, daß bis dahin alle säumigen Zahler ihren guten Willen aktivieren könnten.

Auch in diesem Jahr erhalten möglicherweise einige Leser ungerechtfertigterweise eine Nachnahme. Dies geschieht mitunter aufgrund von Buchungsfehlern bei uns. Wir bitten hierfür um Entschuldigung.

Bitte beachten Sie auch noch folgende zwei Hinweise:
- *Kündigungen sind nur zum Jahresende möglich*
- *Die Aktion Dritte Welt e. V. ist eine gemeinnützige Organisation. Daher können an sie Geldauflagen, die bei Einstellung von Strafverfahren verhängt werden, überwiesen werden. Die Aktion Dritte Welt e. V. ist dementsprechend auch in einigen Bußgeldlisten der Justizverwaltungen aufgeführt. Sollten Sie also einmal in die mißliche Situation kommen, in einem Strafverfahren eine Geldauflage leisten zu müssen, regen Sie doch bei dem zuständigen Richter oder Staatsanwalt an, dieses Geld an die Aktion Dritte Welt e. V. überweisen zu können. Auch den Richtern, Rechtsanwälten oder Staatsanwälten unter unseren Lesern sei dieser Hinweis ans Herz gelegt.*



Zeichnung: Leger

Der Artikel „Leben und Widerstand schwarzer Frauen in Südafrika" in Nummer 126 wurde von **Heike Skok** verfasst.
Die Rezension „Die Veränderung des Blicks" schrieb **Werner Kobe.**

Rückkehr zur Demokratie

— jedoch ohne wirtschaftliche Reformen



Nach mehr als elf Jahren Militärdiktatur ist Uruguay zum System einer parlamentarischen Demokratie zurückgekehrt, die politischen Gefangenen sind frei, sämtliche Verbote von Gewerkschaften, Parteien u. a Organisationen aufgehoben.

Situation Anfang 1985

Wenn es so etwas wie ein kollektives Gedächtnis gibt, dann ist Uruguay sicher ein gutes Beispiel für sein Funktionieren und seine Wirksamkeit. Die Eindrücke, die ich im folgenden wiederzugeben versuche und die der Anlaß dieses Artikels sind, stammen von einem privaten Aufenthalt, vor allem in Montevideo, von Anfang Januar bis Anfang März 1985. Sie stammen aus zahllosen Gesprächen mit Freunden, die der Frente Ampilo (Breite Front; ein Zusammenschluß von Sozialistischer-, Kommunistischer-, Christdemokratischer- und anderen Parteien) angehören oder nahestehen, von der Teilnahme an vielen Manifestationen von Parteien, Gewerkschaften, Angehörigen von Gefangenen und „Verschwundenen", aus Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen.

Vor allem seit im November 1984 die mit einem konservativen Programm antretende Partido Colorado[1] die meisten Stimmen erhielt[2], und der konservative Anwalt Julio Maria Sanguinetti zum Präsidenten gewählt wurde, stehen die Amnestie für die politischen Gefangenen (im Januar immer noch 325)[3], die Wiedereinstellung der von der Diktatur Entlassenen, die Rückkehr der Exilierten sowie die Arbeitslosigkeit, Hungerlöhne und Inflation im Vordergrund aller Diskussionen, seien sie privat, inner- oder zwischenparteilich. Und die Lage hat sich sowohl bei den Menschenrechten als auch in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht für die große Mehrheit des Volkes gerade in den vergangenen elf Jahren dramatisch verschlechtert. Im Januar 1985 zahlte man bei einem gesetzlichen Mindestlohn von 4500 Pesos (N$; eine DM entsprach im Januar 23N$, im Februar 25) für eine kleine Wohnung nicht unter 3000 N$ Miete, 12 bis 14 N$ für den Bus, 24 N$ für einen Liter Milch, 40 N$ für ein Brot, 25 N$ für ein Kilo Kartoffeln, 30 N$ für eine Flasche Cola, 100 N$ und mehr für ein Kilo Fleisch, 1800 N$ für ein Paar Schuhe oder einen Pullover, 500 N$ Monatsbeitrag für die Krankenkasse, ohne Rezeptgebühr. Strom und Wasser sind nicht eingeschlossen. Die meisten Renten liegen weit unter dem Mindestlohn, viele unter 1000 N$. Armut hat sich ausgebreitet, die Elendsviertel (cantegriles) wachsen, Tausende von Straßenhändlern, Aspirin-, Zeitungs- und Eisverkäufern sind von morgens bis abends unterwegs, nachts sammeln dann viele Cantegril-Bewohner den Müll auf. Und immer noch leben 300000 der 2900000 Einwohner Uruguays im Ausland.

Vor meiner Ankunft hatte ich mir von Uruguay das Bild eines Landes gemacht, das aufgrund der objektiven Wirtschaftslage (mehr als 20 % Arbeitslosigkeit, 80 % Inflation, über 5 Mrd. Dollar Auslandsschulden) am Boden sei und dessen Menschen durch jahrelangen Terror und Unterdrückung mürbe gemacht worden seien. Aber nichts davon war zu spüren, es wurde im Gegenteil immer wieder betont, daß es gerade die sich ständig verschlechternde Wirtschaftslage gewesen sei, die aus einer breiten, aber jahrelang aus Angst nicht geäußerten Ablehnung der Diktatur einen offenen Protest werden ließ, der letztlich zum Auslöser für den Rückzug des Militärs wurde. Daß das oben genannte kollektive Gedächtnis wirksam war und man in der Arbeiterschaft und großen Teilen der Mittelschicht den Militärs nichts vergaß oder gar verzieh, zeigte sich vor allem ab 1980 an mehreren Ereignissen, die den latenten Widerstand akut werden und ihn mit jedem Erfolg wachsen ließen.

Widerstand

Anfang '85, schien es selbstverständlich, daß — schon vor dem Amtsantritt Sanguinettis am 1. März — auf der Straße kein Militär und bei sämtlichen Demonstrationen, die in der Regel spontan und nicht angekündigt und -gemeldet waren, kaum Polizei zu sehen war, daß diese auch bei den zahlreichen Streiks in den verschiedenen Staatsunternehmen nur wenig in Erscheinung trat. Als am 12. Februar Alvarez, der letzte General, den Präsidentensitz vorzeitig und für immer verließ, als dann am 15. Februar das neugewählte Parlament erstmals zusammentrat und schließlich beim Amtsantritt Sanguinettis am 1. März war der Jubel von jeweils Hunderttausenden im Zentrum Montevideos überwältigend.

Diese drei Ereignisse stehen am vorläufigen Ende einer Entwicklung, deren wichtigste Schritte ich kurz darstellen möchte, ohne dabei jetzt schon auf die organisatorischen Vorbereitungen bzw. die politische Kultur allgemein einzugehen, die sie ermöglichten.

- November 1980: 58 % der abgegebenen Stimmen lehnen bei einem Referendum ein von der Diktatur vorgelegtes Verfassungsprojekt ab, das den Militärs auf Dauer eine dominierende Position in der Politik gegeben hätte.
- 1982: Bei den internen Vorstandswahlen in den drei nicht verbotenen Parteien Partido Colorado, Partido Nacional, Union Civica (Bürgerunion; winzige konservative Partei) fallen die vom Regime favorisierten Kandidaten zugunsten der innerparteilichen Oppositionellen haushoch durch.
- 1. Mai 1983: Die nur auf Betriebsebene seit 1982 legalisierten Ge-

werkschaften mobilisieren 150000 Menschen, obwohl die Gewerkschaftsdachorganisation seit zehn Jahren verboten war; gefordert wurde Wirtschaftsreform und Demokratie.

- 12.—25. August 1983: Drei Mitglieder des ökumenischen Servicio Paz y Justicia Uruguay (SERPAJ-Dienst für Frieden und Gerechtigkeit) sind in einen zweiwöchigen Hungerstreik getreten, während dem sie für den 25. August, dem Nationalfeiertag, zu einer „Reflexion aller Bürger" über die Rückkehr zur Demokratie auffordern. An diesem Tag sind von 18—20 Uhr alle Straßen Montevideos leer, die Lichter gelöscht, während die Leute auf Töpfe und Pfannen trommeln. Letzteres wiederholt sich bei jeder Fernsehansprache General Alvarez' und des Innenministers.
- 27. September 1983: Massendemonstration des offiziell zugelassenen Studentenverbandes mit 100000 Teilnehmern gegen das Regime.
- 27. November 1983: Gemeinsame Kundgebung der gesamten Opposition einschließlich der verbotenen Frente Amplio, auf der in einem gemeinsamen Manifest für 1984 freie Wahlen gefordert werden. 400000 Teilnehmer (bei 1,4 Mio Einwohnern Montevideos).
- 18. Januar 1984: Ein vom verbotenen Gewerkschaftsdachverband Plenario Intersindical (P.I.T.) ausgerufener 24-stündiger Generalstreik wird trotz neu verhängtem Ausnahmezustand von einem großen Teil der Bevölkerung befolgt.
- 1. Mai 1984: P.I.T. und seine seit über zehn Jahren verbotene Vorgängerorganisation Convencion Nacional de Trabajadores (CNT) treten auf der Kundgebung offen auf; 300000 Teilnehmer.
- 27. Juni 1984: P.I.T. ruft zum elften Jahrestag des Putschs und des darauffolgenden 15-tägigen Generalstreiks zu einem Generalstreik auf, der zu 100 % befolgt wird.
- 25. November 1984: Parlaments-, Präsidentschafts- und Kommunalwahlen.

Diese Wahlen kann man allerdings nicht als frei bezeichnen, da zahlreiche Parteien, darunter die Kommunistische, bis zum 1. März '85 verboten blieben und sich unter anderem Namen bewerben mußten. Außerdem war der Parteivorsitzende des Partido Nacional und gefürchtete Gegner der Diktatur, Wilson Ferreira Aldunate, nach seiner Rückkehr aus dem Exil noch in Haft, und dem Vorsitzenden des Frente Amplio, General Liber Seregni, wurde die Kandidatur verboten. Exiluruguayer hatten kein Wahlrecht. Ganz im Sinne des Militärs gewann zwar der Partido Colorado, jedoch nicht die absolute Mehrheit. Er knüpft damit an eine 93jährige Tradition als Regierungspartei an, die nur von 1959—67 (Partido Nacional) und ab 1973 unterbrochen worden war.

Einige Charakteristika der Diktatur

Die Diktatur hat vor allem durch ihre Wirtschaftspolitik und die systematische Verletzung elementarer Menschen- und Bürgerrechte tiefe Spuren hinterlassen. Dabei läßt sich feststellen, daß bis 1975 auf wirtschaftlichem Gebiet nicht mit der dirigistischen Politik der zwei letzten Zivilregierungen der Präsidenten Pacheco Areco (1967—71) und Bordaberry (ab 1971) gebrochen wurde. Mit Lohnstopps und dem Streichen von Sozialleistungen wurde ab 1966 vor allem in den zahlreichen Staatsbetrieben versucht, der Arbeiterschaft die Last der Dauerrezession allein aufzubürden. Die dirigistische Politik wurde 1974 zum Neoliberalismus hin geändert, was den Sozialabbau weiter verstärkte.



Daneben waren auch die verfassungsmäßigen Rechte schon seit 1967 praktisch dauernd außer Kraft gesetzt worden, die Polizei erhielt Sondervollmachten zur Unterdrückung des Movimiento de la Liberación Nacional (MLN, die sogenannten Tupamaros) und dessen bewaffnetem Guerillakampf, und schon ab dem 9. September 1971 wurden die Streitkräfte vom Präsidenten mit dem „anti-subversiven Kampf"[4] beauftragt. Willkürliche Verhaftungen, Militarisierung von Betrieben, militärische Besetzungen von Schulen und Universität, Erschießen von Demonstranten und Folter waren schon vor dem 27. Juni 1973, dem Putschtag, üblich, wurden aber danach zur systematischen Willkür. Die Begründung, der Putsch sei zur Bekämpfung der Guerilla nötig gewesen, war ein Vorwand zur allgemeinen Verfolgung der gesamten politischen Linken in Gewerkschaften, Parteien, Schulen usw.; die Tupamaros waren schon ab September 1972 zerschlagen.[5] In dem Zusammenhang ist es wichtig, daß sich der MLN 1985 in aller Deutlichkeit gegen den bewaffneten Kampf und für eine Mitarbeit am Aufbau des Landes im Rahmen des parlamentarischen Systems ausgesprochen hat.

Unterdrückung, Folter, Exilierung[6]

Uruguay hielt bis vor kurzem den traurigen Rekord, das Land Südamerikas mit den meisten politischen Gefangenen im Verhältnis zur Bevölkerung zu sein. Zwischen 1968 und 1978 wurden 55000 Personen festgenommen und blieben, mit oder ohne Gerichtsverfahren, zum Teil jahrelang in Haft. Das betraf jeden 50. Uruguayer. Von ihnen wurden mindestens 80 % einmal oder mehrmals gefoltert, 50 Personen „verschwanden" von 1973—83 im Land rund 150 von 1974—78 in Argentinien und Paraguay dank grenzübergreifender Zusammenarbeit der verschiedenen „Sicherheitsdienste". Zahlreiche Gewerkschafter, Politiker, Studenten wurden ermordet, davon mindestens 16 zwischen 1973 und 76 in Argentinien, 80 Gefangene starben von 1972—84 in den Militärgefängnissen die meisten unter der Folter, einige Schwerkranke aber auch, weil ihnen die Gefängnisärzte die nötige Behandlung vorenthielten. 10000 Menschen, besonders Lehrer, verloren ihre Stellung, mehr als 300000 mußten aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen das Land verlassen. Die Unabhängigkeit der Justiz wurde auch formal aufgehoben, die Presse rigoros zensiert bis hin zum Verbot, über die Außenpolitik der Regierung zu informieren; dabei griff die Zensur allerdings oft erst dann ein, wenn die gesamte Auflage einer Zeitung bereits gedruckt vorlag und verhinderte dann die Auslieferung. Die uruguayische Diktatur schuf Bürger erster, zweiter und dritter Klasse, denen neben dem obligaten Daumenabdruck je nach politischer „Zuverlässigkeit" ein A, B oder C in den Personalausweis gestempelt wurde. C-Bürger konnten im Staatsdienst keine und in der privaten Wirtschaft nur sehr schwer eine Stelle bekommen.

Der Gipfel des Zynismus: Die Familien politischer Gefangener mußten nach deren Entlassung für die Haft eine Art Hotelrechnung bezahlen, deren Höhe sich nach der Haftdauer richtete. Pater Luiz Perez Aguirre von SERPAJ charakterisierte das Regime: „Dies war nicht die blutigste Diktatur von Lateinamerika. Es wurde mehr gefoltert, aber weniger Leute ‚verschwanden.' Aber diese Diktatur besaß das ausgefeilteste System sozialer Kontrolle."[7]

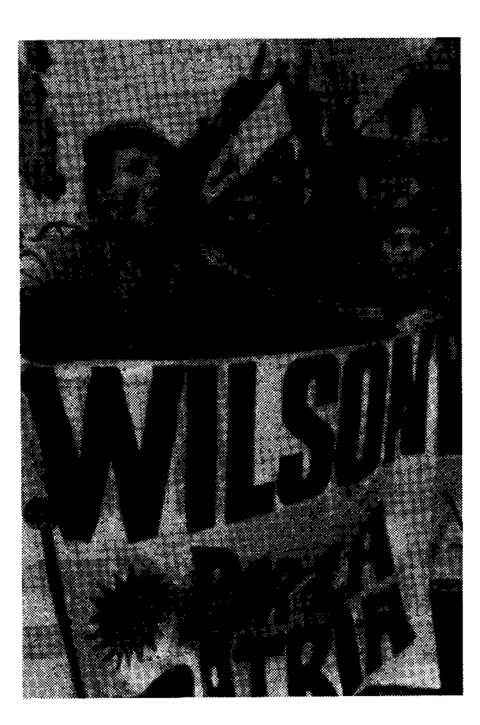
In einem weiteren Sinn wurde die Repression in Uruguay exemplarisch, vor allem für die Diktaturen in Chile und Argentinien. Unter dem der Öffentlichkeit gegenüber geäußerten Vorwand der Bedrohung der „nationalen Sicherheit" durch angebliche kommunistische Bedrohung

kam schon 1970 der erste US-amerikanische Folterspezialist ins Land, weitere folgten. Ihre Aufgabe war es laut Perez Aguirre, mit allen Mitteln die Opposition zum Schweigen zu bringen, sei es durch Terror oder durch Desinformation. Dabei sei Uruguay zum Testfall geworden, denn das Land habe keine ethnischen Probleme, keine Grenzstreitigkeiten, eine starkte Mittelschicht, kaum Analphabetismus. Wenn die Techniken der „nationalen Sicherheit" hier funktionierten, würden sie überall anzuwenden sein, mit anderen Worten: Wenn das Land mit der bis dahin größten demokratischen Tradition und politischen Stabilität in ein Land der Grabesruhe zu verwandeln wäre, dann konnte man dasselbe getrost in anderen Ländern versuchen.

Die Wirtschaftspolitik und ihre Auswirkungen

Bis Ende der fünfziger Jahre war Uruguay in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht das „Musterländle" Südamerikas. Der Wohlstand des Landes basierte auf dem Export von Fleisch, Leder und Wolle und ging nach dem Ende des Koreakrieges immer weiter zurück. Anfang der sechziger Jahre hatten die chemischen Industrien Europas und Nordamerikas synthetischen Ersatz für Leder und Wolle gefunden und die EWG sperrte wegen der heimischen Überproduktion sämtliche Fleischimporte aus Uruguay. Doch auch ohne diese Sperre wäre die uruguayische Landwirtschaft nicht konkurrenzfähig gewesen. 90 % des im ganzen Land sehr fruchtbaren Bodens wurde als Weidefläche genutzt, die extensive Viehzucht blieb gegenüber der intensiven Landwirtschaft vorherrschend. So wie die Großgrundbesitzer ihre Gewinne kaum wieder investierten, veraltete und verfiel auch die bescheidenen leder- und wollverarbeitende Industrie. Die Spannung zwischen der Verarmung des Landes und dem Aufrechterhalten des bürokratischen Wohlfahrtsstaates führte nicht etwa zu den dringend nötigen Reformen im Wirtschaftssystem, sondern ab 1966 zu Sozialabbau und Lohnstopps. Die nachfolgenden Streiks wurden von Polizei und Militär niedergeworfen.

Ab 1973 ermöglichte es dann die Repression, deren Form und Ausmaß ich kurz sikizziert habe, dem Regime, ab 1974 eine neoliberale Wirtschaftspolitik durchzusetzen, deren Merkmale, ähnlich wie in Chile und Argentinien, eine Öffnung des Binnenmarktes für Importe und freier Devisen- und Gewinntransfer waren. Der Staat zog sich weitgehend aus dem Wirtschaftsprozeß zurück. Zudem wurde der Dollarkurs künstlich niedrig gehalten, was die Spekulation begünstigte, Investitionen aber uninteressant werden ließ. Ergebnisse dieser Politik waren der Bankrott eines Großteils der einheimischen Industrie aufgrund mangelnder Wettbewerbsfähigkeit mit US-amerikanischen, japanischen oder europäischen Firmen, dadurch zunehmende Arbeitslosigkeit, steigende Auslandsverschuldung und sinkende Reallöhne. Dazu kam die Überschuldung vor allem von Viehzüchtern und Landwirten mit kleineren Betrieben, d. h. von mehr als 63 % aller Betriebe.[8] Am Ende dieser Entwicklung standen die Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF), die ab 1982 die uruguayische Staatsbank flüssig halten sollten — bei der US-Hochzinspolitik und unter den üblichen IWF Bedingungen wie Reallohnsenkung und Einschränkungen der Sozialausgaben. Die Folgen waren eine Verarmung nicht nur der Arbeiterschaft und des Mittelstandes, sondern zunehmend auch der Exporteure und der Landwirtschaft. Die Unzufriedenheit, die sich dadurch aufstaute, hätte sich bei einer Zivilregierung wohl früher Luft gemacht als bei einem Militärregime. Die Folgen der Wirtschaftspolitik bildeten zusammen mit der — ab 1980 sogar wieder verstärkten — Repression das Substrat des Widerstandes.



Demonstration für die Freilassung von Wilson Ferraira

Hier einige Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung.[9]

— Die Reallöhne fielen von 1968—83 um 51,5 %.
— Aussenhandelsdefizit von 1974—81: zusammen 2,02 Mrd. Dollar.
— Auslandsschulden: 1973 771,6
in Mio. Dollar) 1976 966
1982 3129,3
1983 5190,2
— Anteil der Staatsausgaben für das Gesundheitswesen: 1972 16 %
1977 5 %
für Militär und Polizei: 1972 24 %
1977 49 %
— 1983 lagen die Bankschulden der Industrie mit zusammen 1,83 Mrd. Dollar bei 20 % der gesamten industriellen Jahresbruttoproduktion.
— Die Bankschulden von Viehzüchtern und Landwirten stiegen von 1975 45 % auf 1982 190 % des Bruttoagrarprodukts. Massenweise Zwangsversteigerungen waren die Folge.

Nach dem 1. März 1985

Es scheint, als sei nach dem 15. März, dem Tag der Freilassung aller verbliebenen politischen Gefangenen, die allgemeine Euphorie der nüchternen Auseinandersetzung mit der Situation, in der sich das Land befindet, gewichen. Schließlich verfolgt die neue Regierung weiterhin eine neoliberale Wirtschaftspolitik, die allerdings durch einige soziale Begleitmaßnahmen gemildert wird. So wurde ein Sofortprogramm in Höhe von 20 Mio. US-Dollar beschlossen, mit dem 300 000 Personen, (d. h. mehr als 10 % der Bevölkerung), darunter 150 000 Rentner, mit einer warmen Mahlzeit täglich und mit Winterkleidung versorgt werden sollen. Die Inflation wird aller Voraussicht nach 1985 auf 100 % steigen. Die Arbeitslosigkeit liegt nach offiziellen Angaben bei 15 %, die Reallöhne sind seit 1980 um 27 % gefallen.

Verständlich, daß ein 25tägiger Streik der Textilarbeiter im April fast zum Generalstreik geführt hätte. Die Regierung versucht, sich mit einer Politik des Sparens im Inneren, der Föderung der Exportindustrie und Zinszahlungen an ausländische Gläubiger bei gleichzeitigen Umschuldungsverhandlungen mit IWF durchzulavieren. Das „Gürtelengerschnallen" scheint Dauerzustand zu werden.

Was Zeitungen wie die Financial Times (vom 31.5.), die Neue Züricher Zeitung (vom 15.5.), oder auch dpa (vom 7.6.) als geschickte Politik Sanguinettis und der Partido Colorado werten — nämlich die Geldgeber bei Laune und die Gewerkschaften unter Kontrolle zu halten — ist ein massives Problem der Frente Amplio geworden Sanguinetti beherrscht die Szene, die Colorados setzen ihre Leute bei der Besetzung von Posten in Justiz und Staatsbetrieben durch, die Wirtschaftspolitik wird als notwendige Kur verkauft. Die Opposition ist in dieser Frage zwischen eher sozialdemokratischen Reformen (Blancos) und Verfechtern einer umfassenden Agrarreform (Frente) gespalten. Politisch sind ihr durch die „Nationale Übereinkunft" von Colorados und Frente Amplio vor den Wahlen vom 25. November die Hände gebunden. In ihr ist eine Zusammenarbeit in der Frage einer Verfassungsreform, bei der Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen und in der Wirtschaftspolitik ausgehandelt worden.

Zusammenfassung

Im Gegensatz zu seiner, auf guten Fleisch-, Leder- und Wollexporterlösen

beruhenden Phase wirtschaftlicher Prosperität bis Mitte der 50er Jahre, die die Basis einer für Südamerika atypischen politischen Stabilität bildete, hat Uruguay seit Ende der 60er Jahre mit denselben wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu kämpfen wie alle anderen Länder der Region. Die wirtschaftlichen Grundbedingungen, d. h. zunehmende Konzentration des Landbesitzes bei sinkender Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit von Viehzucht und Ackerbau, zunehmende Auslandsabhängigkeit im industriellen Sektor bei steigendem Import sind 1985 dieselben wie vor dem Militärputsch. Und auch die Eigentumsverhältnisse gleichen denen, die schon der uruguayische Freiheitskämpfer José Gervasio Artigas 1815 vergeblich durch eine Landreform überwinden wollte.[10]

Andererseits hat der Widerstand des Volkes zur Freiheit der politischen Arbeit, Wiederherstellung des parlamentarischen Systems, und der Pressefreiheit und zur Befreiung sämtlicher politischer Gefangener geführt. Ob die zur Zeit vorhandene, sichtbare, immer wieder geäußerte Zuversicht der Bevölkerung und die Aussicht auf eine bessere Zukunft letztlich die notwendigen grundlegenden Reformen im Wirtschaftssystem bewirken können, bleibt abzuwarten.

Dieter Schoenebohm

Anmerkungen:

1 Die Colorado-Partei ist die Vertretung des Mittelstandes, der in Uruguay sehr stark ist. Sie ist zusammen mit dem Partido Nacional den Blances, der Interessenvertretung der Grundbesitzer, seit über 100 Jahren traditioneller Träger der politischen Entwicklung.

2 zum Wahlergebnis:
Partido Colorado 41,2 %
Partido Nacional 35,0 %
Frente Amplio 21,3 %
Union Civica 2,5 % (Ihr Vorsitzender bekleidet in der neuen Regierung trotzdem das extrem wichtige Amt des Verteidigungsministers)
Angaben nach: Tageszeitung „EL DIA", 2.2.1985

3 Partido Nacional und Frente Amplio konnten sich mit ihrer Forderung nach einer allgemeinen, sofortigen und unbeschränkten Amnestie nur zum Teil durchsetzen, da von den Anfang März noch Inhaftierten 67 nur durch Gnadenerlaß frei kamen.

4 Wochenzeitung „ASAMBLEA", 22.11.1984

5 Zur Entwicklung des MLN, seiner Programmatik und Aktionen bis 1971 s. Alain Labrousse, Die Tupamaros, dt. München 1971

6 Informationen aus einem Rundschreiben der Mütter und Angehörigen der von der Militärjustiz Verurteilten und der „Verschwundenen" vom Januar 1985

7 Zit. aus und übers. nach „The Guardian", 24.10.1984

8 Zu Entwicklung und Bedeutung der Viehzucht in Uruguay s. Eduardo Galeano, Die offenen Adern Lateinamerikas, dt. Wuppertal 1973 (3. Aufl.), S. 134ff u. 148

9 Angaben nach: Uruguay — ein Weg zur Demokratie, hrsg. vom Arbeitskreis Uruguay, Frankfurt/M. 1984

10 Galeano, a.a.O., S. 136f.

Literaturhinweise:

Zur Wirtschaftsentwicklung, Sozialstruktur und Hintergründen des Putschs einschl. Überblick über die vom Militärregime verfolgte Wirtschaftspolitik s.M.H.J. Finch, A political economy of Uruguay since 1870, London 1981
Zu Theorie- und Ideologiebildung s. Martin Weinstein, Uruguay — the politics of failure, Westport, London 1975
Zum Regierungssystem bis 1973 s. Ernst-J. Kerbusch, Das uruguayische Regierungssystem, Diss. Köln 1970

Entlassene Tupamaros brauchen Hilfe

Die Mehrheit der seit März befreiten politischen Häftlinge gehören der MLN an, der Bewegung der nationalen Befreiung, weltweit berühmt geworden unter dem Namen Tupamaros.

Seit sich Anfang der 60er Jahre die wirtschaftliche Lage Uruguays drastisch verschlechterte, machten die Tupamaros von sich reden. Sie nannten sich nach einem Inka-Herrscher und dem peruanischen Bauernführer Tupac Amaru. Arbeiter, Angestellte, Studenten und kleine Geschäftsleute gehörten zu den Tupamaros. Da ihre bis Mitte der sechziger Jahre gewaltfreie Politik erfolglos blieb, gingen sie Ende der sechziger Jahre zum bewaffneten Widerstand über. Ihr Ziel war die Errichtung eines sozialen Systems. Durch ihre Aktionen verschaffte sich diese Stadtguerilla viele Sympathien in der Bevölkerung. Sie entführte ausländische Botschafter, Manager multinationaler Konzerne oder Unternehmer und überfiel Banken. Ihre spektakulärste Aktion, die Entführung und Liquidierung des US-amerikanischen Folterspezialisten Dan Mitrione, lieferte den Stoff für Costa Gavras' Film „Der unsichtbare Aufstand".

1972 waren die Tupamaros am Ende: die brutale Folter aller gefangenen Guerilleros, die zahlreichen Notstands-Maßnahmen der nur noch formal demokratischen Regierung sowie die Verlagerung des politischen Kampfes auf die rein militärische Ebene, waren Gründe für ihr militärisches Scheitern.

Heute sind die Tupamaros aus ihrer Haft entlassen. Sie befinden sich in einer Phase der Konsolidierung. „Im Moment geht es uns erst einmal darum, zu lernen, Informationen über die vergangenen Jahre zu bekommen" hört man von ihnen aus Montevideo. Viele Tupamaros haben 13 Jahre Haft hinter sich. Die neun Führer der Tupas hatten den Status von Geiseln, die im Falle eines Angriffs der Guerilla zu liquidieren seien. Sie waren in verschiedenen Kasernen des Landes, völlig isoliert voneinander, inhaftiert und durften keinerlei Informationen über politische Themen erhalten.

Bei der Demonstration am ersten Mai marschierten die Tupas, nach Jahren der Illegalität und nach über zehn Jahren Gefängnis bzw. Exil, wieder eine legale Organisation — unter der MLN(T)-Fahne an der Seite der Zuckerrohrarbeiter. Fast komische Szenen konnte man beobachten: Teenies, die von den Tupas nicht mehr wissen, als daß sie Volkshelden sind, baten sie um Autogramme. Schwierigkeiten gibt es mit der kommunistischen Partei, die durchgesetzt hat, daß die Tupas in den Parteibüros der Frente Amplio nicht über ihre politischen Ziele sondern nur über ihre Erfahrungen als politische Gefangene reden dürfen. Ein Nationaler Kongreß ist für Mitte des Jahres, also im uruguayischen Winter geplant. Das Hauptproblem der Tupamaros ist derzeit ihre finanzielle Situation: viele der Entlassenen haben keine Arbeit und damit keine Möglichkeit ihre Existenz zu sichern. Die Unterstützung, die amnesty international Haftentlassenen zukommen läßt, gilt für sie nicht: ai kümmert sich nur um „gewaltlose" Häftlinge. Drei ehemalige Gefangene sind in der Psychatrie untergebracht — eine Folge der Folter. Viele andere Ex-Häftlinge befinden sich in ambulanter Behandlung. Die Kosten müssen privat aufgebracht werden. Aus diesem Grund haben die Führer der Tupamaros einen Spendenaufruf verfaßt, den wir im nebenstehenden Kasten veröffentlichen.

An die Internationale Solidarität

Appell der Bewegung der Nationalen Befreiung (Tupamaros)

Die Gesellschaft Uruguays erlebt heute das Ende einer langen und schmerzhaften Nacht. Frauen und Kinder der Genossen der MLN, die ihr Leben geopfert haben, sind gezwungen, selbst für ihre Existenz und ein menschenwürdiges Dasein zu sorgen und das angesichts einer furchterregenden ökonomischen Krise, die unser Land erfaßt hat. Genossen, die der Folter ausgesetzt waren, müssen heute die Verantwortung für ihre Familien übernehmen, trotz ihrer körperlichen und psychischen Schäden. Geholfen wird ihnen dabei nicht.

Hunderte von Genossen, die vor kurzem entlassen wurden, sind durch ihre jahrelange Isolation benachteiligt; sie werden jetzt mit einer völlig veränderten Gesellschaft konfrontiert, und müssen sich in einem Moment um Arbeit bemühen, in dem die Arbeitslosigkeit alarmierende Höhen erreicht hat.

Wir sind überzeugt, daß wir ohne Eure großzügige Hilfe diese Situation nicht bewältigen können.

Wir verpflichten uns, daß wir jede Unterstützung von Euch für diese Zwecke benutzen werden. Dazu haben wir ein Spendenkonto eröffnet:

Sonderkonto Postscheckamt Berlin-W.
BLZ 100 100 10
Kontonr. 639 08-108; A. Rogull

Schon jetzt danken wir Euch für Eure Unterstützung.
Für die Bewegung der Nationalen Befreiung (Tupamaros):
Raul Sendic, Eleuterio Fernandez Huidobro, Jorge Manera Lluveras, Julio Marenales Saenz

Was der Papst in Ayacucho nicht hörte und nicht sah

Interview mit Neptali Liceta Ladera

SERPAJ-Peru ist eine Ökumenische Menschenrechtsorganisation, die sich für Frieden und soziale Gerechtigkeit vor allem in den andinen Dorfgemeinschaften einsetzt. Dort unterstützt sie selbstbestimmte Entwicklungsprogramme (Kunsthandwerk, Produktion, Transport) und arbeitet seit über einem Jahr mit dem Komitee der Angehörigen der Verschwundenen in Ayacucho zusammen. Auf Einladung europäischer SERPAJ-Gruppen besuchte eine Delegation im Februar/März 1985 zehn europäische Länder, um aus erster Hand über die unter militärischer Herrschaft stehenden Gebiete zu berichten und um Solidarität zu werben.

In dem folgenden Interview gibt Neptali Liceta eine Einschätzung dieser Reise und ihrer Konsequenzen für die Arbeit von SERPAJ, äußert sich zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen, erklärt seine Position gegenüber der Guerrilla-Organisation „Sendero Luminoso" und zeigt seinen Weg zur Lösung des Gewaltproblemes in Peru.

— Padre Liceta, was bewegte Sie und die Vertreterinnen des Komitees der Verschwundenen zu der Reise nach Europa?

Angesichts der wachsenden Gewalt, des Verschwindenlassens von Personen, der Folterungen und Festnahmen, war es der Besuch von Pérez Esquivel in Peru vor über einem Jahr, der zu einer klareren, entschiedeneren Interpretation dieser schwierigen, blutigen Situation führte. Der erste Bericht von Amnesty International war von der Regierung Belaúnde zurückgewiesen worden. Eine Kommission von Familienangehörigen kam im Mai 84 nach Lima, um von den offiziellen Stellen Auskunft über das Schicksal ihrer Angehörigen zu bekommen. Man verströstete sie nicht einmal, etwa in der Form: „Ja, eure Angehörigen sind festgenommen, ihr müßt nur noch ein bißchen warten, dann kommen sie frei." Die Regierung, die für all das verantwortlich ist, stritt die Existenz von Verschwundenen rundweg ab. Als Amnesty International Anfang 85 ein neues Dokument veröffentlichte, das



Beweise für das Verschwindenlassen von 1005 Personen enthielt, leugnete die Regierung aufs neue und bezichtigte AI, eine ultralinke Organisation zu sein. Ein Abgeordneter der Regierungspartei, den sie in den Vereinigten Staaten nach den Verschwundenen fragten, war so unverschämt zu erklären, der einzige Verschwundene in Peru sei Abimael Guzmán.[1]

— Gab der Papstbesuch im Februar 85 dem Komitee neue Hoffnung, angehört zu werden und Antwort zu bekommen?

Ja, wir warteten auf das Wort des Papstes. Er kam hierher nach Peru in einer pastoralen Mission, er mußte also die Situation extremer Gewalt denunzieren. Das tat er nicht. Die extreme offizielle Abschirmung des Papstes verhinderte, daß er sah, daß er hörte. Sein Besuch hatte pastoralen Charakter, er ist der Repräsentant der Kirche, und um dem peruanischen Episkopat keine Probleme zu machen, um es nicht zu einer Konfrontation mit der Regierung kommen zu lassen, die sein Gastgeber war, verhielt er sich reserviert, verhielt er sich klug und verzichtete auf eine entschiedene Anklage. Aber man kann nicht nur Sendero verurteilen, nicht nur den Kommunismus, den Atheismus, den Materialismus. Man muß die Tatsache des Verschwindenlassens durch das politisch-militärische Kommando beim Namen nennen. Wenn der Hirte sich nicht auf die Suche nach dem verlorenen Schaf begibt, sich nicht auf die Seite der Kranken stellt, der Verletzten, auf die Seite derer, die Ungerechtes erleiden müssen... Ich will den Papst nicht anklagen, ich sage nur, daß er von den militärischen und kirchlichen Instanzen zu sehr abgeschirmt worden war.

— Aber Sie bemühten sich, diese Abschirmung zu durchbrechen?

Am Tag vor der Ankuft des Papstes machten wir eine Prozession in Ayacucho. Wir überwanden die Angst, und Hunderte von Müttern, von Frauen, von Schwestern, gingen auf die Straße, und auf Schildern machten sie die Namen ihrer Verschwundenen bekannt. Es war keine politische Manifestation, sondern eine Glaubensprozession. Wir beteten, wir baten um Frieden und Gerechtigkeit. So bereiteten wir uns darauf vor, den Papst zu empfangen.

Das wurde von den Militärs und den Kirchenoberen natürlich nicht gern gesehen, es war ein Kontrast zum offiziellen Empfang, bei dem an das Blut Unschuldiger nicht gedacht wurde, das die Felder und die Städte tränkt.

— In Europa wurde berichtet, daß das Komitee der Angehörigen und auch die Bürgermeisterin von Ayacucho daran gehindert wurden, dem Papst eine Petition zu übergeben.

Wir hatten ein Transparent bei uns, das lautete: „Heiliger Vater, wir bitten um Frieden und Gerechtigkeit für Ayacucho", und ein Kreuz; oben, anstatt des INRI, trug es die Inschrift: „Du sollst nicht töten." Außerdem drei Briefe, die wir dem Papst übergeben wollten. Ich konnte mit dem Kreuz und einem Brief die Kontrollen und Absperrungen durchdringen, während die Bürgermeisterin von Ayacucho, die uns begleitete, zurückbleiben mußte. Ein Militär drohte mir, ich solle es nicht noch weiter treiben, es könne mir etwas

Neptali Liceta Ladera (52), als „Bauernpriester", wie er sich selbst nennt und Vertreter der „Kirche der Armen", ist Mitglied der indianischen Dorfgemeinschaft San Pedro de Pirca in den Anden nördlich von Lima/Peru. Dort wurde er auch geboren. Das Priesterseminar in Lima mußte er verlassen, weil er gegen die traditionelle Lehre opponierte. Seine Studien beendete er in Santiago de Chile. Später kehrte er an seinen Heimatort zurück, um mit den Bauern zu leben, zu arbeiten und mit ihnen „Gott aus der Perspektive des Volkes wahrzunehmen", was auch heißt, gegen Misere und Resignation anzukämpfen, die für ihne keine christlichen Tugenden sind. Der Kern seines Denkens und Handelns ist die Dorfgemeinschaft (auf Spanisch „comunidad", auf Quechua „ayllu"), in der er Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität verwirklicht sieht, authentische Demokratie, die zur Basis eines neuen Peru werden soll. Die Zerstörung dieser kommunalen Lebens- und Arbeitsform ist für ihn die Hauptursache der jetzt freigesetzten Gewalt. Das harmonische Funktionieren der Dorfgemeinschaften sollen wiederhergestellt werden. Im Gegensatz zu indianistischen Theoretikern geht es ihm dabei nicht um eine (historisch gar nicht mögliche) Restauration vorkolonialer Zustände, sondern um die selbstbestimmte Weiterentwicklung jahrtausendealter Erfahrung an der Seite der übrigen unterdrückten Sektoren der peruanischen Gesellschaft.

Den aufgeklärten europäischen Lesern wird es erstaunen, wieviel gläubige Erwartung die Vertreter der „Kirche der Armen" in die Figur des Papstes hier noch setzen. Liceta hat die Funktion des reisenden Papstes: zu beschwichtigen, zu bevormunden, hierarchische Ordnungen und bestehende Machtverhältnisse zu stützen, am eigenen Leib zu spüren bekommen. Er weigert sich jedoch hartnäckig, vom Traumbild des Guten Hirten abzulassen. Er protestiert, und gleichzeitig entschuldigt er. Der Zwiespalt der Theologie der Befreiung, die Funktion der traditionellen Kirche als Unterdrückungsinstrument abzulehnen und sie zugleich als höchste Instanz zu respektieren, tritt hier klar zu Tage, und in ihm die Macht, die die Kirche in Lateinamerika noch besitzt. Der Papstbesuch und die Raktionen darauf haben deutlich gemacht, daß hier noch — anders als in Nicaragua — der Papst als Vertreter der Armen gilt.

passieren. Es war schrecklich. In diesem Augenblick schien es mir, daß sie uns daran hinderten zu leben. Es war die höllischste Situation in meinem Leben, der schlimmste Angriff: daß man die Armen, die Frauen, die um Gerechtigkeit bitten wollten, mit Gewalt davon abhielt, sie fernhielt von dem, der die Liebe zu den Armen verkörpern, der sie zumindest trösten sollte, wenn er schon nicht offen denuzieren kann, was geschieht.

Gut. Der Papst sprach, er verurteilte Sendero, die Gewalt, den Marxismus, alles, aber das Wort „Verschwundene", das Wort „Folter" kam nicht vor.

Das wir die Einladung nach Europa annahmen, war ein weiterer Versuch, die Wahrheit bekannt zu machen. Wir fuhren, obwohl wir wußten, daß es ein Risiko war und daß wir falsch interpretiert werden würden. Die Anwesenheit der Familienangehörigen in Europa hatte vor allem den Sinn einer Predigt, das Anliegen war das des Evangeliums: das Leiden denen mitteilen, die es nicht kennen, Zeugnis ablegen, aus der Tiefe der Anden, vom Blutvergießen, den Strömen von Blut. Mit Tränen in den Augen sprachen die Frauen in ihrer Sprache, Quechua. Was sie berichteten, beeindruckte die Gruppen, machte sie tief betroffen, veranlaßte sie zum Handeln, zu Protestbriefen, die jetzt bei der Regierung eintreffen, beim peruanischen Parlament. Insofern hatte unsere Reise Erfolg.

— Welche Konsequenzen hatte sie für die Arbeit von SERPAJ mit dem Komitee hier in Peru?

Das Episkopat hier fand, daß wir die Regierung zu unrecht angeklagt hätten, daß wir schlecht über den Papst gesprochen haben. Über meinen Fall wird jetzt im Episkopat verhandelt. Für mich als Priester ist es ein schwieriger Moment, ein prophetischer Augenblick, den wir mit Gelassenheit akzeptieren müssen, denn es darf nicht sein, daß man uns zum Schweigen bringt, uns den Mund verschließt; der Priester muß dem Dienst am Volk treu sein. Dabei riskiert er sehr schwere Anschuldigungen, mich wollte man z. B. als Vaterlandsverräter, als Verräter der Kirche und des Papstes hinstellen. Aber im Namen unseres Glaubens, im Namen dieses Christus der Armen haben wir keine Angst. Wir suchen Unterstützung in dem Sinne, daß Organisationen wie Amnesty International die Problematik weitertragen, damit da noch jemand ist, der spricht, falls uns etwas passieren sollte.

Und da sind die positiven Folgen unseres Handelns: Jetzt muß das Episkopat sich mit dem Problem der Verschwundenen auseinandersetzen. Mein Bischof sagte mir, daß sie über das Problem der Gewalt in Ayacucho jetzt reflektieren werden. Die kirchlichen Instanzen Perus werden einen Kongreß abhalten, auf dem es um die Rolle der Kirche in den vom Militär beherrschten Zonen geht. Und noch etwas: Dieser neuen Regierung, die im Juli an die Macht kommen wird, wird es nicht möglich sein, das Problem Ayacucho zu vernachlässigen. Diese neue Regierung, obwohl sie schon von den Militärs zum Frühstück eingeladen wird, muß eine Antwort geben auf das Problem der Verschwundenen.[2] Das Komitee der Angehörigen ist jetzt bekannt, die Situation in Ayacucho und in Peru überhaupt liegt klarer zu Tage. Gleichzeitig ist SERPAJ-Peru der Regierung und den Ordnungskräften verdächtiger geworden.

— Sie verdächtigen Sie, pro-senderistisch zu sein?

Ja, sie halten uns für Sprecher Senderos. Und daraus folgt das Mißtrauen der Leute, bis hinein in die Gruppen, die Menschenrechtsarbeit machen.

— Wie stehen Sie zu Sendero?

Für uns ist Sendero eine geheime subversive Bewegung. Am Anfang wurde sie von der Bevölkerung Ayacuchos akzeptiert angesichts der Ausbeutung, der jahrhundertelangen Marginalisierung. In Sendero Luminoso schlossen sich die Söhne der Armen zusammen, die das Elend ihrer Eltern miterlitten haben, den Hunger, die Ausbeutung, und die nun außerdem vom Maiosmus inspiriert sind.

Man muß zu unterscheiden wissen, was Sendero als Ideologie bedeutet und dem, was an Zerstörungen und Völkermord in den Dorfgemeinschaften geschieht: In dem Maße, wie Dorfgemeinschaften angegriffen, zerstört, zerstreut werden, entsteht in ihnen eine schreckliche individuelle Gewalt. Das was den Indio, den „comunero", ausmacht, ist seine „comunidad" als harmonisches, ästhetisches, ethisches Zentrum. Wenn man ihm dieses sein Zentrum attackiert, wie es seit drei, vier Jahren massiv geschieht, es auseinanderreißt, wie z. B. im Fall von Uchuraccay, im Fall von Huayanay, überall dort, wo die staatliche, die militärische Gewalt eingriff, überall dort greift Sendero die freigesetzte individuelle Gewalt der vereinzelten Menschen auf, und dann ist es sehr leicht, ihnen die maoistische Theorie einzuimpfen und sie auf den Weg der senderistischen Gewalt zu führen.[3]

Wir haben immer betont, daß beide Seiten morden. Beide Seiten begehen Verbrechen, nehmen Leben. Aber die einen, die Militärs, morden im Namen des Gesetzes. Für Sendero gibt es kein Gesetz, das ist sein Prinzip. Für Sendero

gibt es keine Demokratie, während es für die Regierung, für diese Streitkräfte, die sie eingesetzt hat, sehr wohl Demokratie gibt, denn im Namen der Demokratie begehen sie diese Verbrechen. Wenn ein Mensch wegen eines Delikts gerichtet werden muß, dann darf man ihn nicht verschwinden lassen, daß heißt umbringen; da gibt es Gerichtshöfe, Urteile, Verfahren, alle möglichen Strafen gemäß dem Gesetz. Was wir klarmachen müssen ist, daß die Streitkräfte krimineller, inhumaner sind, auch in dem Sinne, daß sie langsam und qualvoll töten. Man hat Massengräber gefunden mit Leichen, denen man die Augen ausgestochen hatte, die Zungen abgeschnitten, die Hoden, die Hände. Das macht nicht Sendero. Alle Angehörigen der Toten bezeugen das, und sie lügen nicht. Alle bezeugen, daß die Militärs ihre Söhne, ihre Töchter, ihre Männer holten, und zwar sowohl die Marine-Infantrie wie die „Sinchis" wie die verschiedenen Geheimdienste.

Alle bestätigen auch, daß sie jetzt ausgefeiltere Methoden anwenden. Sie kommen nicht mehr mit ihren Panzern dicht an die Häuser herangefahren, wenn sie Personen festnehmen, wenn sie die Türen eintreten und die jungen Leute herausholen; jetzt bleiben die Panzer weiter weg, und sie kommen auch nicht mehr in Gruppen, sondern zu zweit. Sie haben die Foltermethoden perfektioniert. Es werden jetzt keine Gefangenen mehr nach Lima gebracht, jetzt werden alle zum Verschwinden gebracht. Es werden keine Gefangenen mehr gemacht.

— Das heißt, es wird immer schwieriger, die Fälle zu denunzieren?

Es ist viel schwieriger geworden, denn die Militärs kennen sich jetzt besser aus in der Anwendung der Gewalt, sie haben ihre Strategien weiterentwickelt. Der ganze teuflische Prozeß, der in Argentinien ablief, wiederholt sich jetzt in Ayacucho. Und seit neuestem sehen wir, daß sie für die Freilassung von Festgenommenen Geld verlangen. Das heißt, jetzt gibt es in Ayacucho Mütter, die Geld aufzutreiben versuchen, und ich weiß, daß eine Freilassung 6 Millionen Soles (ca. 2000 DM) kostet. Wir haben Beweise dafür. Und die Angehörigen haben noch Hoffnung, daß ihre Männer, ihre Söhne in den Kasernen oder geheimen Gefangenenlagern irgendwo am Leben sind. Ich persönlich glaube das nicht angesichts der großen Zahl der Gräber, die gefunden werden entlang der Wege und Straßen, die Geier kreisen über Ayacucho und über den Dörfern, angelockt von den Leichen, die sie dann ausgraben überall. Es ist ein Friedhof. Ayacucho bedeutet „Totenwinkel", Pucayacu bedeutet „Blut". Ich sehe hier eine mythologische Verbindung, als ob ein teuflischer Plan sich erfülle im Verschwindenlassen, im Entwurzeln und Zerstören, um dann sagen zu können, daß das Problem, das nie eine Lösung fand, auf diese Weise gelöst werden könne.

— Können Sie uns etwas sagen zur Einbeziehung der Bauern selbst in den antisubversiven Kampf, die sogenannten „Paramilitärs", denn diese Form der Repression ist noch zu wenig bekannt.

Das ist etwas ganz Fürchterliches: Die Bauern werden von den Militärs gezwungen, sich gegenseitig abzuschlachten. Wie weit sind wir gekommen! Vor ein paar Tagen, als ich aus Ayacucho abflog, zählte ich 600 Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren, die sie auf dem Flugfeld marschieren ließen. Die sammeln sie mit Hubschraubern in den verschiedenen Dörfern ein, um sie im Kampf gegen den Terrorismus zu trainieren. 600 sah ich. Die werden natürlich für den Bürgerkrieg geschult. Ayacucho ist das Zentrum, wo Erfahrungen für den Krieg gesammelt werden. Die Militärs studieren die Psychologie der andinen Welt, um sie an ihrer schwächsten Stelle anzugreifen, der Entwurzelung aus der Dorfgemeinschaft. Diese Vergewaltigung geht so weit, daß sie die Bauern dazu zwingen, alles umzubringen, was nicht zu den Paramilitärs gehört. Es gibt nur zwei Alternativen: Entweder du akzeptierst uns, machst bei uns mit — oder du bist Senderist. Da ist kein Ausweg, auch nicht für die Frauen. Bei den Paramilitärs sind Frauen von 50, 60 Jahren, Mädchen, Alte, alle werden zum Töten abgerichtet. Das ist etwas, was es noch nie zuvor gegeben hat. In Querobamba zum Beipiel patroullieren die Frauen in der Nacht, da haben sie ihre Kinder dabei. Wer nicht mitmacht, begibt sich in Lebensgefahr.

Alle Familien sind registriert. Niemand kann ohne Erlaubnis der Paramilitärs das Dorf verlassen. Wenn Erlaubnis erteilt wird, dann für zwei oder drei Tage, wer nicht zurückkommt, ist in Gefahr, umgebracht zu werden. Alles haben sie registriert: Zahl der Familienmitglieder, Zahl der Kinder. Taucht jemand auf, der nicht auf der Liste steht, wird er automatisch als Senderist verdächtigt und auf seine ganze Familie fällt ein schrecklicher Verdacht.

Und das ist nicht nur so in Ayacucho, Huancavelica, Apurimac. Das breitet sich aus: Huánuco, Tingo María, Cerro de Pasco, jetzt auch Pucallpa, Trujillo. Es erreicht die Städte.

— Sendero wird also immer weiter in die Enge getrieben?

Die jungen Leute, die in Sendero kämpfen, sind eingekreist. Und sie sterben zu Hunderten. Aber sie haben den andinen Widerstand gegen den Hunger, die Kälte, die Müdigkeit wiederentdeckt, die traditionelle Medizin, all die Errungenschaften ihrer Vorfahren, auch ihre Strategie, sich in den Bergen zu verstecken. Auf andere Weise ist es nämlich nicht zu erklären, daß überhaupt noch welche am Leben sind.

Ein Lehrer erzählte mir, daß die Paramilitärs vor kurzem in einer Höhle bei Pucayacu zwei Senderisten gefangen und zum Militärlager gebracht haben. Daraufhin gingen andere an den gleichen Ort und entdeckten 60 Senderisten, die sich in der Höhle versteckt hatten. Alle haben sie an Ort und Stelle umgebracht. Zwei Frauen mit ihren Kindern stürzten sich den Abhang hinunter, um sich nicht den Paramilitärs auszuliefern. Das geschieht dort.



Straßenkontrolle in Ayacucho: „Ein Menschenleben ist hier..."

Und auch die Flucht aus den Dörfern, das Verlassen der Arbeit. Die landwirtschaftliche Produktion ist extrem zurückgegangen, niemand bestellt mehr sein Feld. Stattdessen werden alle militärisch trainiert, und dafür erhalten sie Lebensmittel, ich weiß nicht, ob das Spenden von der Caritas sind, sie erhalten sie jedenfalls von den Militärs, warten täglich auf ihre Ration und durchkämmen die Berge. Mit der Viehzucht ist es genauso, denn wenn die Paramilitärs die Berge durchkämmen, töten sie alle Tiere, die sie finden. Die Situation spitzt sich immer

mehr zu, wird immer verzweifelter. Der Hauptfeind ist der Hunger.

– Wie trifft diese Situation besonders die Kinder? Das Fernsehen warb kürzlich in Lima dafür, Waisen aus Ayacucho zu adoptieren. Was sind das für Kinder, was geschieht dort mit ihnen?

In den Dorfgemeinschaften funktionieren die Schulen nicht mehr, die Lehrer sind geflüchtet, sogar die Priester haben die Dörfer verlassen. Und diese Kinder, die ihrem Schicksal überlassen sind, kommen dann nach Ayacucho. Ich hoffe nur, daß die 50.000 Dollar, die der Papst zur Verfügung gestellt hat, zum Schutz dieser Kinder ausgegeben werden, die jetzt von den Militärs überwacht werden. Im Augenblick richtet die Polizei Kinderheime ein, und dort sammeln sie die verlassenen Kinder. Der Bischof hat das Geld empfangen, und jetzt bauen sie unter Aufsicht des politisch-militärischen Kommandos. Nichts für die Armen, nichts für die Bedürftigen, alles für die offiziellen Stellen, für die Militärregierung. Hier bahnt sich etwas Schreckliches an, denn diese Kinder werden traumatisiert, das wird eine Generation, ich weiß nicht von was...

– Was konkret machen die Ordnungskräfte mit den Kindern?

Sie impfen ihnen den Geist der Gewalt ein. Sie sagen zum Beispiel einem Kind, daß Sendero seinen Vater mitgenommen hat, das reden sie dem Kind ein, obwohl es mit eigenen Augen gesehen hat, daß es ein Soldat war, der seinen Vater festnahm. „Dein Vater, oder deine Brüder, die hat Sendero auf dem Gewissen", sagen sie, und wenn das Kind sagt: „Nein, es war ein Polizist oder ein Militär, ich hab es doch gesehen", dann zwingen sie ihm ihre Version auf. Viele Kinder sind schon aus diesen Einrichtungen geflüchtet. Und in Huancasoncos zum Beispiel, auch in Tambo und Huamanguilla, da bilden sie diese Kinder in Lagern militärisch aus. Sie werden für ihr ganzes Leben traumatisiert. Es gibt keinen Namen für dieses Unrecht.

– Was müßte angesichts all dieser Tatsachen geschehen, damit die Gewalt aufhört? Welche Maßnahmen sehen sie für sinnvoll, für notwendig an?

Frieden kann es nicht geben, solange die Angriffe weitergehen. Ohne Respekt kann man zu keinem Dialog kommen. Wie sehr ein Mensch auch irren mag, ich glaube nicht, daß alle Hoffnung verloren ist. Wie sehr Sendero auch irren mag...

– Sie halten einen Dialog für möglich? Und: Wer sollte sich daran beteiligen?

Ich halte ihn für möglich. Wo man nicht miteinander spricht, ist kein Friede möglich. Sendero kann diesen Dialog nicht anfangen, auf keinen Fall. Er darf auch nicht von den politischen Parteien ausgehen, von Gewerkschaftszentralen usw. Das muß eine Kommission von integren Leuten sein, die keiner parteilichen Ideologie verpflichtet sind, die das Gespräch in aller Tiefe und mit Verständnis führen können. Vielleicht gibt uns Columbien einen Hinweis, aber wir dürfen nicht warten bis es so weit kommt wie dort. Ich glaube, daß es jetzt möglich ist, eine solche Kommission zu bilden, die sich Sendero nähert.

Auch innerhalb von Sendero gibt es verschiedene Fraktionen, mehr oder weniger radikale, und viele merken jetzt, daß es so nicht mehr weitergehen kann. Sendero muß von der andinen Welt assimiliert werden. Daran glaube ich, denn die andine Welt erträgt nicht allzu lange Zeit diesen Kriegszustand, diese Gewalt. Der Dialog wird notwendig werden, aber Sendero wird auch nicht jede Kondition akzeptieren.

– Können Sie erklären, wie diese „Assimilation" vonstatten gehen soll?

Wenn die andinen Dorfgemeinschaften zu ihrem Zentrum, zu ihrer ursprünglichen Struktur zurückkehren, zur gemeinschaftlichen Arbeit, wenn sich ihre Basis von Demokratie und Gleichheit wieder festigt, wenn man sie dabei unterstützt, all das zu retten, was jetzt verlorengeht, dann kann die andine Welt Sendero auffangen, denn diese Gemeinschaften sind ihrer Tradition nach nicht gewalttätig; ihre Verteidigungsmethoden gegen die Aggressionen waren nicht kriegerisch, sie verteidigten sich nicht mit Waffen, sondern durch ihre Organisation.

An einigen Orten, z. B. in Cosme, ist Sendero dabei, die Felder zu bestellen und alle Grenzlinien zu zerstören, die dieses System den Dorfgemeinschaften aufgezwungen hat. Dort ist das Großgrundbesitzertum verschwunden, sie machen Gemeinschaftsarbeiten zur Selbstversorgung. Dort hat Sendero eine andere Mentalität, denn sie haben gesehen, daß man die Produktion nicht zerstören darf. Was Sendero allerdings nicht will, ist das System der ungerechten Vermarktung der Produktion zugunsten der Städte.

Ich sehe in diesem Beispiel ein Zeichen, und wenn man diese Tendenz fördert, dann wird sich die andine Gesellschaft als eine befreiende Kraft erweisen, als ein Konzept wirklicher Demokratie, autonom, ausgehend von der autonomen Organisation der Indios. In diesem Rahmen kann Sendero assimiliert werden. Er enthält darüberhinaus ein theologisches Konzept: Gott aus der Perspektive der Anden ist anders als der Gott des Westens: Ein Gott, der in der Gemeinschaft lebt und Ziel des Friedens ist, Ziel der Brüderlichkeit und der sozialen Gerechtigkeit.

Die Dorfgemeinschaften sind zerstört worden, und sie werden weiter zerstört, ihre Bewohner durch Schüsse und durch den Hunger vertrieben. Dagegen muß ein Hilfsprogramm für die andine Welt gesetzt werden, denn von dort kommt die Befreiung für dieses Peru, aus dieser schon gelebten Demokratie. Ohne Beteiligung des andinen Perus wird es keinen wirklichen Dialog, keine wirkliche Lösung geben können.

– Und wie ist es im Fall der Städte, der Elendsviertel, denn da ist Sendero ja auch präsent.

Ja, da ist Sendero, aber auch die andine Mystik und das gemeinschaftliche Konzept. Hier in den Städten ist es sogar gewachsen und hat vielfältige Formen angenommen. Es gibt in Lima 4000 andine Organisationen, die durch die Folklore, die Kunst, die Musik ihre Ablehnung des Systems zum Ausdruck bringen. Lima ist nicht mehr die koloniale Stadt an der Küste, durch die Migration der letzten Jahrzehnte hat die Provinz von Lima Besitz ergriffen und in dem Sinne ist es, wie José María Arguedas sagte, keine „zivilisierte" Stadt. Das ist das Gute, das ist ein Fortschritt. Auch hier, ohne Land, lebt die andine Welt, realisiert sich die andine Lebensform, die andine Organisation. Auch hier könnte Sendero den Weg zum Frieden einschlagen.

Aber die Flucht der Andenbewohner nach Lima müßte aufhören. Wenn Sendero sich ganz in die Städte verlagert, wird das schreckliche Konsequenzen haben. Die Lösung muß dort gesucht werden, in den Anden, nicht hier. Hier das ist fremde Erde, hier das ist Wüste. Um das Problem Perus zu lösen, gibt es nur eins: Umkehren, zurückkehren zur andinen Welt, dorthin, wo unsere Wurzeln sind.

Interview: Sonia Castro

Anmerkungen:

1 Abimael Guzmán Reynoso oder „Präsident Gonzalo" ist der oberste Führer der Guerrilla-Organisation „Sendero Luminso"; sein Aufenthaltsort ist nicht bekannt, einige zweifeln, ob er überhaupt noch am Leben ist.

2 Hier bezieht sich Liceta auf die Führer der APRA, die am 28.7.85 die Regierung übernehmen wird; am Vortag hatte ein Frühstücksgespräch zwischen APRA-Vertretern und höchsten Militärs stattgefunden.

3 Natürlich agierte Sendero vor den Militärs in der Region und verursachte ihr Eingreifen. Dennoch haben viele Dorfgemeinschaften die Militärs zeitlich vor Sendero erlebt, deren antisubversiver Kampf Dörfer und Gebiete erfaßte, in denen Sendero überhaupt noch nicht in Erscheinung getreten war.

Wer schützt die Palästinenser?

Der libanesische Lagerkrieg und westberliner Abschiebepraxis

Seit Mitte Mai sind drei große Palästinenserlager in Beirut Ziel brutaler Angriffe der schiitischen Amal-Miliz Nabih Berris. Klipp und klar ließ der Schiitenführer verlauten, daß in Beirut niemals wieder eine „palästinensische Präsenz" entstehen solle und daß die Palästinenser niemals wieder einen „Staat im Staate" bilden dürften. Der Grund für diese rigorose antipalästinensische Haltung des ehemaligen PLO-Verbündeten: Im libanesischen Süden bilden die Schiiten die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Dieses Gebiet war bis zum Einmarsch der Israelis 1982 Operationsgebiet der Palästinenser gegen Israel. Unter den Vergeltungsschlägen von israelischer Seite hatten besonders die dort lebenden Schiiten zu leiden. Berri will sich seinen schiitischen Südlibanon, eine Art konfessionell geschlossenen „Kanton" gegenüber Israel erhalten. Dies geht nur, wenn er das Gebiet gegen ein Einsickern der Palästinenser abschirmt.

In die Beiruter Palästinenserlager waren in den letzten Monaten wieder bewaffnete palästinensische Freischärler gelangt, und zwar sowohl Anhänger als auch Gegner von PLO-Chef Arafat.

Die massiven militärischen Attacken gegen die Lager werden von dem einflußreichen Syrien nicht verhindert. Es scheint vielmehr kein Zweifel daran zu bestehen, daß die blutigen Auseinandersetzungen sogar unter syrischer Regie stattfinden. Denn auch in diesem „Lagerkrieg" geht es um das Abstecken von Machtbereichen und Einflußgebieten der verschiedenen libanesischen Kräfte. Daß bei diesem Wettstreit niemand die Oberhand gewinnt, liegt im Interesse Syriens — denn nur so kann es seine eigene Machtposition im Libanon halten.

Auch die Palästinenser machen Syrien für die Offensive gegen die Beiruter Lager verantwortlich. Der Effekt des Lagerkrieges war die unerwartete Solidarisierung der bislang völlig zerstrittenen und tief verfeindeten Arafatgegner und -Befürworter in der PLO.

In dem vorliegenden Bericht zur Situation der Palästinenser wird nur am Rande auf die komplizierten Interessenkonflikte hingewiesen, zwischen denen die Palästinenser in den libanesischen Lagern nahezu schutzlos aufgerieben werden. Es geht im folgenden vielmehr darum, herauszustellen, wie einmal mehr die ewig Leidtragenden nahöstlicher Interessenkonflikte auf sich allein gestellt sind.

Auch uns hier in der Bundesrepublik geht das Schicksal der Palästinenser an: Es sind nicht nur die Schatten unserer Geschichte, die uns betroffen machen. Es ist vielmehr die menschenverachtende Abschiebepraxis bundesdeutscher, besonders westberliner Behörden, die es sich bis heute leisten können, palästinensische Asylsuchende wieder in den Libanon abzuschieben. *Red.*



Palästinensische Opfer in Sabra. Inzwischen sind in diesem Lagerkrieg über 1000 Menschen getötet, 3600 verletzt worden.

Wer schießt auf wen?

Amal (Hoffnung): Miliz der schiitischen Muslims, geführt von Nabih Berri, der gleichzeitig Justizminister im Kabinett ist. Die Amal ist Speerspitze im Kampf gegen die PLO. Die radikalen Ableger der Amal sind die „Islamische Amal" und die „Hizbollah" (Partei Gottes). Sie verfügen über eigene, gut durchorganisierte Milizen, denen auch iranische „Revolutionswächter" angehören.

Die **Drusen-Milizen** Walid Dschumblatts, arbeiten politisch und militärisch eng mit Syrien zusammen. Dschumblatt ist als Tourismusminister Kabinettsmitglied und hält sich zur Zeit zurück.

Mourabitoun: Überwiegend sunnitisch-muslimische Stadtguerilla in Westbeirut, die Anfang des Jahres von der Amal zerschlagen wurde.

Lebanese Forces (Libanesische Streitkräfte): Selbstgewählte Bezeichnung der — überwiegend der maronitischen Falange-Partei angehörenden — vereinigten christlichen Miliz. Oberkommandeur nach kürzlichem Machtwechsel: Elie Hobeika. Ableger ist die von Israel ausgerüstete „Südlibanesische Armee" (SLA) unter Ex-General Antoine Lahad, die mit etwa 2000 Mann Israels Nordgrenze schützen soll.

Palästinenser: Auf der einen Seite stehen Anhänger des PLO-Chefs Jassir Arafat, überwiegend Mitglieder seiner eigenen Al-Fatah. Auf der anderen Seite sind die Arafat-Gegener, die sich in Damaskus zur „Front zur nationalen Rettung Palästinas" zusammengeschlossen haben. Zur ihr gehören Al-Fatah-Abtrünnige unter Oberst Abu Mussa, die von Syrien kontrollierte „Al-Saika", die Libyen nahestehende PDFLP von Ahmet Dschebril, die marxistische PFLP von George Habasch sowie Splittergruppen.

Die reguläre **libanesische Armee.** Im Bürgerkrieg 1975/76 war sie an ihren konfessionellen Nahtstellen auseinandergebrochen. Die überwiegend aus Schiiten bestehende Sechste Brigade kämpfte offen auf der Seite der Amal-Milizen gegen die Palästinenser. Einheiten der überwiegend maronitisch-christlichen Achten Brigade kämpfen im Chouf-Gebirge gegen die Drusen auf der Seite der christlichen Milizen.

Die noch im Nord- und Ostlibanon stehende **syrische Interventionsarmee** mit etwa 25000 Mann, die bislang noch nicht eingegriffen hat.

(aus: Südd. Ztg. vom 8./9.6.85)

Zweieinhalb Jahre danach

Seit Montag, den 20.5. sind die drei palästinensischen Flüchtlingslager Sabra, Schatila und Burj al-Barajneh in Beirut nahezu pausenlos Ziel schwerer Artillerie Angriffe. Hier leben auf engstem Raum 120.000 Menschen.

Die Amal-Miliz zog einen Blockadering um dieses Gebiet und versucht seitdem, sich Zugang ins Innere der Lager erzwingen. Unterstützung erhält sie dabei von der sechsten (hauptsächlich schiitischen) und der achten (phalangistisch dominierten) Armeebrigade. Dabei stößt sie auf erbitterten Widerstand der palästinensischen Kämpfer.

Amal will nach eigenen Aussagen verhindern, daß die militärische Präsenz der Palästinenser wieder zunimmt, und damit wieder eine Situation wie vor der israelischen Invasion von Juni 1982 entstehen könnte. Besonders abgesehen hat es Amal dabei auf die Arafat-loyalen Kräfte.

Inzwischen sind in diesem Lagerkrieg über 1.000 Menschen getötet, 3.600 verletzt worden. Sabra ist zerbombt, dem Erdboden gleichgemacht, unbewohnbar und auch in Schatila sieht es ähnlich aus. Tausende sind geflüchtet, viele in die drusischen Gebiete.

Hilfsgüter können die notleidende Zivilbevölkerung nicht erreichen. Die Lager sind von der Versorgung mit Wasser, Lebensmitteln, Medikamenten und Strom nahezu abgeschlossen. Selbst Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes durften bisher nur vereinzelt Verletzte bergen.

Hunderte von Palästinensern sind verhaftet worden — Amal selbst spricht von 500 Personen —, und zwar nicht nur in den Lagern, sondern auch in Westbeirut, wo inzwischen an Straßensperren regelrecht Jagd auf Palästinenser gemacht wird.

Es ist kaum möglich, genauere Informationen über die Situation in den Flüchtlingslagern zu erhalten. Jounalisten ist der Zutritt strikt verboten, den wenigen, die trotzdem hineinkamen, wurden die Kameras abgenommen. Auch Angehörige von Selbsthilfe- und humanitären Organisationen können nichts berichten, weil sie ihre Arbeit für die palästinensische Zivilbevölkerung gefährdet sehen und sie außerdem von den Amal-Milizen bedroht werden, wenn sie sich pro-palästinensisch äußern. Hartnäckig halten sich Gerüchte, nach denen es schon kurze Zeit nach Ausbruch der Kämpfe zu Massakern in Sabra gekommen ist und daß die Trümmer der bombardierten Häuser mit Bulldozern zusammengeschoben wurden, damit die darunter begrabenen Toten nicht mehr gezählt werden können. Aus dem Lager Geflohene berichten, daß selbst Patienten und medizinisches Personal im Krankenhaus von Sabra nicht verschont blieben. Am 27.5. schreibt Le Monde: „Alle Palästinenser, die alt genug sind, Waffen zu tragen, sind in Gefahr. Es scheint, als hätten die schiitischen Kämpfer den Befehl erhalten, die größtmögliche Zahl von wehrtüchtigen Männern zu exekutieren, um ein für alle Mal der bewaffneten palästinensischen Präsenz in Libanon ein Ende zu bereiten. Keine Gefangenen soll der Befehl lauten, der sich nicht nur auf bewaffnete Männer, sondern auch auf Verwundete bezieht, die sogar in den Krankenhäusern ermordet wurden."

Inwieweit das am 17. Juni geschlossene Waffenstillstandsabkommen eingehalten wird, ist derzeit nicht absehbar. Beobachter vermuten angesichts der trotzdem immer wieder aufflackernden Kämpfe, daß es sich wohl mehr um eine Atempause anläßlich des Festes zum Abschluß des Ramadan gehandelt habe.

Libanon — das Land der irrationalen Fanatiker, der Terroristen und todessüchtigen Selbstmordkommandos, das Land, in dem jeder auf jeden schießt? Auch wenn man bei Betrachtung der Darstellungen in den westlichen Medien nur zu leicht zu dieser Schlußfolgerung kommen kann, so sind die Ursachen auch für diesen Konflikt in der gegenwärtigen Machtkonstellation und den konträren Interesen der einzelnen beteiligten Parteien zu suchen.[1]

Noch stehen die Palästinenser unter dem Trauma des Massakers von Sabra und Schatila. Wieder einmal mußten sie die Erfahrung machen, daß selbst internationale Garantien die Unversehrtheit der Zivilbevölkerung nicht gewährleisten können. Wenige Tage, nachdem die Kämpfer der PLO aus Beirut abgezogen waren, wurden hunderte von Wehrlosen abgeschlachtet, ohne daß eine bewaffnete Macht in der Lage oder Willens gewesen wäre, das Blutbad zu beenden. Die Palästinenser befürchten, daß es ihnen, wenn sie ihre Waffen abliefern, ähnlich ergehen wird, wie 1982 in Sabra und Schatila und wie vorher 1976 in Tal az-Zaatar.[2] Sie gehen davon aus, daß nach dem Fall der Beiruter Lager diejenigen im Süden an der Reihe sein werden, daß durch eine Kapitulation ihr Leben nicht gesichert wäre.

Die Brutalität, mit der Amal den Krieg gegen ihre ehemaligen Verbündeten führt, zeigt, daß es nicht primär darum geht, ein Erstarken des Arafat-Flügels der PLO zu verhindern. Ebensowenig geht es nur um die Lager in Beirut, sondern auch um diejenigen im Süden, wie der Fall des bei Tyros gelegenen al-Bass-Lagers zeigt, das von Amal gestürmt wurde. Diesmal geht es um die Zukunft aller Palästinenser im Libanon — und zwar nicht nur um die der Kämpfer, sondern auch um die der palästinensischen Zivilbevölkerung. In letzter Konsequenz steht die Verwirklichung eines Ziels der israelischen Invasion von 1982 auf dem Plan: Die Vertreibung der Palästinenser aus dem Süden und aus Beirut in die syrisch kontrollierten Gebiete, und wenn möglich, noch weiter weg. Ein Ziel, an dessen Verwirklichung außer der is-

raelischen Regierung auch die Amerikaner interessiert sind.

Die Erklärungen führender Amalmitglieder, daß in Zukunft von libanesischem Boden aus der Kampf gegen Israel nicht mehr geführt werde, erinnert in mancher Hinsicht an das Separatabkommen zwischen libanesischer und israelischer Regierung vom Mai 1983.[3]

Diesmal geht es um eine — wenn vielleicht auch nur stillschweigend getroffene — Vereinbarung, daß an Israels Nordgrenze Ruhe herrscht und dafür die Amal Nabih Berris den Südlibanon kontrollieren kann. Wieder einmal glaubt man, die Probleme des Landes unter Ausklammerung der palästinensischen Frage lösen zu können, so als hätte der Konflikt nicht auch eine israelische Dimension. Daß die israelische Regierung im Libanon eigene politische, wirtschaftliche und militärische Interessen hat, zeigte u. a. ihre Zusammenarbeit mit den Phalangisten, ihre Besetzung und Abriegelung des Südlibanon nach 1982, die Aufstellung der Söldnerarmee „Armee des Südlibanon" (ASL) oder die Tatsachen, daß auch nach dem Rückzug der israelischen Armee noch „Berater" im Libanon bleiben und weiterhin ein „Sicherheitsstreifen" unter israelischer Kontrolle bleibt. Inzwischen mehren sich libanesische Stimmen, die das Vergehen der Amal gegen die Flüchtlingslager mißbilligen — auch wenn dabei weniger die Solidarität mit den Palästinensern im Vordergrund stehen mag als vielmehr die Angst, daß die eigene Partei oder Miliz als nächste nach den Palästinensern an der Reihe ist, wie dies mit den Murabitun der Fall war: 1984 kam es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen dieser nasseristisch orientierten Miliz und Amal bzw. der PSP.[4] Anfang April 1985 wurde die für ihre pro-palästinensische Haltung bekannte Organisation in heftigen Kämpfen nahezu aufgerieben, für viele Beobachter schon damals ein Zeichen, daß bald die Palästinenser an der Reihe sein würden. Sicherlich ist die Angst vor einem weiteren Machtzuwachs der Amal und einem möglichen militärischen Vorgehen gegen andere Organisationen auch mit ein Grund für die derzeitige Zurückhaltung der PSP Walid Dschumblatts.

Die Palästinenser im Libanon haben keine militärische oder politische Macht hinter sich, die ihren Schutz garantieren könnte. Es gibt keine Organisation, die sich effektiv für ihre Belange einsetzt. Ihre Feinde sind nicht nur faschistische Parteien wie die Phalangisten oder die Zedernwächter; die gegenwärtigen Ereignisse zeigen, daß selbst solche Kräfte, an deren Seite sie noch vor kurzem gegen einen gemeinsamen Feind kämpften, bei veränderter Interessenlage sich mit nahezu gleicher Grausamkeit gegen sie wenden. Infolge des Krieges von 1982 und den anschließenden Entwicklungen auf palästinensischer und libanesischer Ebene fehlt auch der PLO der militärische und politische Einfluß, um die Zivilbevölkerung schützen zu können.

Aber auch auf arabischer oder internationaler Ebene gibt es keine Macht, die sich effektiv für die Belange der Palästinenser im Libanon einzusetzen bereit wäre. Dies wird derzeit auch an der jordanische Initiative sehr deutlich sichtbar. Diese Bemühungen, die in den westlichen Medien als Chance dargestellt werden, den Palästinakonflikt zu lösen, laufen letztlich nur darauf hinaus, die PLO als einzige Vertretung des palästinenesischen Volkes zu liquidieren. An deren Stelle sollen die jordanische Regierung und verschiedene, der amerikanischen und israelischen Regierung genehme pa-



Libanesische Soldaten beim Abtransport von Kindern aus dem eroberten Sabra

Kirchengemeinde
Zum Heiligen Kreuz

1 Berlin 61, den 6. Mai 1985
Nostitzstraße 6/7, Telefon 691 2007

Sehr geehrter Herr Senator Lummer!

Die am 3. Mai 1985 in der Heilig-Kreuz-Gemeinde zu einer Diskussionsveranstaltung über „Abschiebungen in den Libanon" Versammelten fordern Sie hiermit auf, keine Abschiebungen in den Libanon mehr durchzuführen.

Die aktuellen Informationen über die Sicherheitslage im Libanon, die uns heute vermittelt worden sind, sind derart alarmierend, daß die bereits begonnen Abschiebungen sofort gestoppt werden müssen.

Da sich unserer Überzeugung nach die Verhältnisse im Libanon kurzfristig nicht stablisiert werden, halten wir es für erforderlich, daß den Flüchtlingen aus dem Libanon ein mindestens zweijähriger Aufenthalt einschließlich einer Arbeitserlaubnis gestattet wird.

Wir sind der Meinung, daß Sie das Brüsseler „Ausschuß der Kirchen für Fragen ausländischer Arbeitnehmer in Europa" Anfang April vorgelegte aktuelle Material über die Situation im Libanon zur Grundlage Ihrer Entscheidungen machen sollten. Die darin enthaltenen Fakten und Berichte lassen nur einen Schluß zu: es gibt im Libanon für die Zivilbevölkerung keine sicheren Zufluchtsorte mehr.

Wir verweisen außerdem auf das Gutachten von Prof. Hanf für das Verwaltungsgericht Ansbach vom 11.2.85, in dem Prof. Hanf, entgegen seiner Stellungnahme vom vergangenen Jahr, inzwischen ebenfalls zu einer veränderten Einschätzung der Sicherheitslage im Libanon kommt. Darüberhinaus geben die aktuellen Entwicklungen im Südlibanon zu großen Befürchtungen Anlaß. Dort ist nach Informationen der EKD durch die protestantische Kirche in Sidon die Situation der Christen äußerst gefährlich geworden. Sollte es zu einer verstärkten Verfolgung von Christen kommen, wird das mit Sicherheit in anderen Teilen des Libanon entsprechende Gegenreaktionen auslösen.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an das Schreiben des Reg. Bürgermeisters vom 13.7.1984 an den Kirchenkreis Kreuzberg. Darin hatte der Reg. Bürgermeister durch die Senatskanzlei versichern lassen, daß Abschiebungen in den Libanon nicht in Frage kämen, solange dort nicht dauerhaft friedliche Verhältnisse hergestellt seien.

Der Bericht der Deutschen Botschaft in Beirut vom vergangenen Jahr, den Sie, sehr geehrter Herr Senator Lummer, zur Grundlage ihrer Entscheidung, den Abschiebestopp aufzuheben, gemacht hatten, ist heute weniger denn je aktuell und zutreffend.

Wir schließen uns dem Appell des Hohen Flüchtlingskommissars in Bonn an, der bereits am 29.3.1985 bei Ihnen gegen Abschiebungen in den Libanon interveniert hat.

Wir halten es für Ihre Pflicht, die entstandene Lage zu prüfen und erwarten, daß Sie wenigstens so lange auf weitere Abschiebungen in den Libanon verzichten, bis der Ausländerausschuß im Abgeordentenhaus seine Beratungen über den AL-Antrag betr. Abschiebestiopp beendet hat.

Wir schämen uns als Berliner, daß Berlin als einziges Bundesland z. Zt. Flüchtlinge in den Libanon abschiebt.

Für ein persönliches Gespräch in dieser Sache wären wir dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Für die am 3.5.85 Versammelten

(J. Quandt, Pfr.)

lästinensische Persönlichkeiten wie z. B. die Westbank Bürgermeister Elias Freij oder Muhammad Milhem oder in den USA lebende Universitätsprofessoren wie Walid Khalidi und Edward Said für die Palästinenser sprechen. Auf diese Weise ginge es dann nicht mehr um die nationale Frage des palästinensischen Volkes, um dessen Recht auf Selbstbestimmung, Rückkehr in die Heimat und die Gründung eines eigenen, unabhängigen Staates. Der Konflikt wäre wieder auf ein bloßes Flüchtlingsproblem reduziert.

Deutsche Behörden schieben Palästinenser in den Libanon ab

Ein weiterer, besonders beschämender Aspekt der Leiden der palästinensischen Bevölkerung im Libanon: auch bundesrepublikanische Behörden sind wieder mal beteiligt, diesmal ganz öffentlich und ohne etwas verheimlichen zu wollen:

Der Berliner Innensenator Heinrich Lummer und die dortige Ausländerbehörde sind seit Anfang April diesen Jahres wieder dazu übergegangen, Flüchtlinge in den Libanon abzuschieben. Weder die Situation in Beirut noch ein am 22.5. gefasster Beschluß des Ausländerausschußes des Abgeordnetenhauses, in der gegenwärtigen Situation keine Abschiebungen in den Libanon durchzuführen, oder der massive Protest zahlreicher kirchlicher, politischer und humanitärer Institutionen konnten Lummer davon abhalten, „wie bisher" abzuschieben, „wenn es ihm opportun erscheint" (taz 4.6.85). So wurden beispielsweise am 14.6. 25 sogenannte „freiwillige Rückkehrer" abgeschoben. Wie „freiwillig" diese Menschen gehen, ist leicht zu erklären: Personen, deren Asylverfahren negativ abgeschlossen wurden, werden vor die Alternative gestellt, innerhalb einer bestimmten Frist freiwillig auszureisen oder aber bis zum Vollzug der zwangsweisen Rückführung in Abschiebehaft genommen zu werden. Ein Beispiel ist der 16jährige Palästinenser Jihad aus Schatila, der am 9. 6. in den Libanon abgeschoben wurde: „Meinen Asylantrag habe ich nur deshalb zurückgezogen, da ich von der Polizei gesagt bekam, ich müsse in Haft bleiben, es sei denn, ich würde meinen Asylantrag zurückziehen... Daß die Ereignisse in Libanon sich so schlimm verändert hatten, wußte ich zu diesem Zeitpunkt nicht... Ich bitte Sie, mir zu helfen, daß ich aus der Abschiebehaft freikomme, da ich sonst morgen abgeschoben und in den Tod geflogen werde." (FR 25.6.) Weil ein niederländischer Journalist, der in Beirut arbeitet, alarmiert werden konnte, ist das weitere Schicksal des Jungen teilweise bekannt: Schon auf dem Beiruter Flughafen wurde Jihad von Amalmilizionären, die die Kontrolle über den Flughafen haben, festgehalten und verhört. Dann nahm man ihm die Papier ab mit der Auflage, sich zwei Tage später wieder zu melden. Ihm wurde befohlen, sich das nötige Geld zu besorgen, um den Libanon per Flugzeug wieder zu verlassen. Seitdem fehlt von Jihad jede Nachricht.

Bleibt noch die Rolle des Berliner Roten Kreuzes zu erwähnen: Während das Internationale Rote Kreuz in Beirut die Verletzten nicht aus den Lagern evakuieren kann, führt das Rote Kreuz in Berlin im Auftrag de Senats eine „freiwillige Rückkehraktion" durch. Die Kandidaten erhalten 40 Dollar und ein Fluckticket — bezahlt wird dieses Programm übrigens aus denselben Haushaltsmitteln des Senats wie die Abschiebungen.

Petra Weyland



Anmerkungen:

1 Zu den einzelnen politischen Gruppen und deren Interessen im Libanon vgl. ausführlicher auch „blätter des iz3w" Nr. 109, Mai 1983, „Libanon — Opfer des Befreiers Israel?" v. H. Stüwe.

2 Die Lager im libanensischen Bürgerkrieg 1975/76 formierte sich entlang der Stellungnahme für oder gegen die palästinensische Präsenz im Libanon. Auf der einen SEite standen die mit den Palästinensern veründeten Gruppen der „Nationalen Bewegung", auf der anderen Seite die verschiedenen christlichen, vor allem maronitischen Gruppen und ihre Milizen, die sich in der „Libanesischen Front" zusammengeschlossen hatten. Im Juni 76 griff Syrien — nach Absprache mit der von den Maroniten dominierten libanesischen Regierung und nach einer stillschweigenden Übereinkunft mit Israel in den Bürgerkrieg ein und zwar auf der antipalästinensischen Seite der „Libanesischen Front". Im Verlaufe dieses Bürgerkrieges wurde das Palästinenserlager Tal a-Zaatar im Südosten Beiruts auch von syrischen Einheiten heftig und anhaltend bombardiert. Nach der Zerstörung des Flüchtlingslagers verübten Maroniten Massaker an der überlebenden palästinensischen Lagerbevölkerung.

3 In dem Abkommen, das von Vertretern der USA, des Libanon und Israels — ausgehandelt wurde, war ein israelischer Truppenrückzug aus Libanon vorgesehen bei gleichzeitigem Abzug der syrischen und palästinensischen Truppen. Israel behielt sich aber das Recht vor, tagsüber eigene Soldaten im Südlibanon patroullieren zu lassen, Überwachungsflüge zu fliegen und erneut militärisch einzugreifen, wenn der Eindruck besteht, daß die im Vertrag vorgesehenen Sicherheitsgarantien gegenüber Israel nicht im geforderten Maße eingehalten werden. Weder Palästinenser noch Syrer waren an den Verhandlungen beteiligt und auch nicht bereit, die Forderungen des Abkommens zu erfüllen.

4 PSP = Progressive Sozialistische Partei, Partei des Drusenführers Walid Gumblatts.

Soforthilfe für die Bewohner der Beiruter Flüchtlingslager Sabra, Chatilla und Burj al-Barajneh!

Sofortiger Stopp der Kämpfe um die Beiruter Flüchtlingslager!

Umgehende Bereitstellung von medizinischer Hilfe und Nahrung für die Lagerbevölkerung!

Sofortige Einstellung der Abschiebung von Personen aus Berlin in den Libanon!

Angesichts des Lagerkrieges hat die libanesische Selbsthilfeorganisation „Association NAJDEH" ihre Arbeit im Raum Beirut derzeit auf ein Soforthilfeprogramm umgestellt. Schwerpunkte sind jetzt:

- Ausgabe von Lebensmitteln, Kleidung und Decken, Reinigungs- und Desinfektionsmitteln, Küchenutensilien
- Betreuung von Kindern, die ohne Begleitung aufgefunden werden
- Registrierung von obdachlos gewordenen Personen zwecks Familienzusammenführung
- Straßenreinigung zur Verhinderung von Seuchen
- Sicherstellung der Trinkwasserversorgung
- Betreuung von Verwundeten.

Weil die NAJDEH ihr Ziel normalerweise nicht in der Soforthilfe sieht, sondern in langfristigen Projekten zur Sicherung der sozio-ökonomischen Selbständigkeit der palästinensischen und libanesischen armen Bevölkerungsschichten, soll das derzeitige Hilfsprogramm auch aus besonderen Mitteln finanziert werden.

Wir von der SHO NAJDEH hier in der Bundesrepublik haben verschiedene Aktionen durchgeführt, um uns an der Finanzierung dieser Maßnahmen zu beteiligen. Wir möchten an dieser Stelle die Leser/innen des IZ3W darum bitten, durch Geldpsenden auf die Konten der NAJDEH dieses Soforthilfeprogramm zu unterstützen. Steuerabzugsfähige Spendenquittungen stellen wir selbstverständlich aus.

PschA KLN, Konto-Nr.: 99907-501
Volksbank Bonn, Konto-Nr.: 200 265 9011 BLZ 380 601 86
SHO NAJDEH Berliner Platz 1, 53 Bonn 1, Tel.: 65 10 64

Sri Lanka brennt nicht nur im Norden

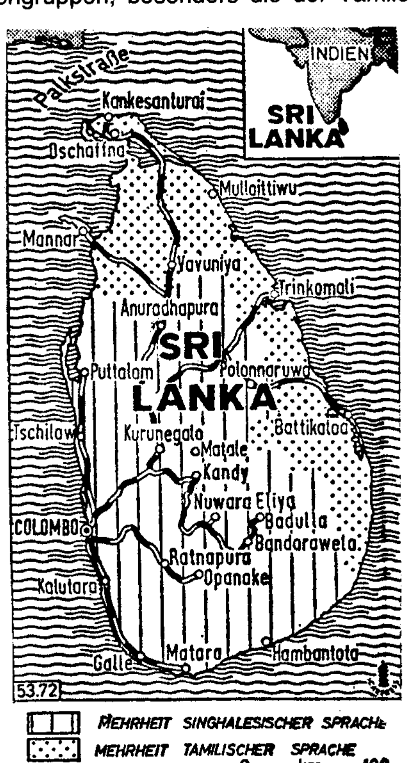
Bericht von den tamilisch-moslemischen Ausschreitungen in Sri Lanka im April/Mai 1985

Sri Lankas neue „Front"

(SAB/wk) — Auf der Straße, die von Kattankudi nach Batticaloa führt, treffen wir sie. Etwa 30 Tamilen, einige mit Fahrrädern, die sie hastig vor sich herschieben, andere mit Taschen und Packeten bepackt, in denen sich ihr wichtigstes Hab und Gut befindet. „Moslems und die Polizeikommandos haben heute morgen unsere Häuser in Brand gesteckt. Wir hoffen, in einem Flüchtlingslager in Batticaloa Aufnahme zu finden", erklären sie im vorübergehen. Einige Frauen, die ihre Kleinkinder trotz allem Gepäck noch auf dem Arm tragen, weinen: „Wir haben alles verloren und wissen nicht weshalb." Wir befinden uns an der neuen „Front" Sri Lankas, der Ostprovinz mit ihren malerischen Stränden, weiten Reisfeldern und Lagunen. Ein Touristenparadies, das mittlerweile allerdings seit Monaten auf den Zustrom von Sonnenhungrigen aus Europa und anderen Ländern verzichten muß. Die Hotels sind leer, viele ganz geschlossen. „Wir empfehlen, vom Besuch der Ostküste wegen der sich mehrenden terroristischen Aktivitäten Abstand zu nehmen", heißt es lakonisch in einer Mitteilung des srilankanischen Touristenbüros und auch die meisten ausländischen Botschaften geben diese Warnung an ihre Landsleute weiter. „Bisher hatten wir nur Probleme im Norden des Landes", sagt ein Regierungsvertreter, „jetzt haben tamilische Terroristen auch den Osten unsicher gemacht."

Spannungen durch Umsiedlungsprogramme

Die Ostprovinz des Landes mit ihren 3 Distrikten unterscheidet sich demographisch von der des Nordens, die zu fast 100% von Tamilen bewohnt wird. Dort leidet die tamilische Bevölkerung bereits seit Jahren unter dem Terror, der von sinhalesischen Besatzungstruppen ausgeübt wird. Das Gebiet ist mittlerweile zu einem Niemandsland geworden, in dem die zivile Administration zusammengebrochen ist. Auch in der Ostprovinz gibt es eine Konzentration von Tamilen, allerdings stellen sie nur in einem der 3 Distrikte die Mehrheitsbevölkerung. Außer Tamilen konzentriert sich hier die zweite Minderheitengruppe Sri Lankas: Moslems oder auch Moors genannt haben in den einzelnen Distrikten einen Bevölkerungsanteil von bis zu 40%. Sinhalesen, die in Sri Lanka mit 70% die stärkste Gruppe bilden, haben in der Ostprovinz einen Anteil von 3% (im Distrikt Batticaloa) bis 38% (im Distrikt Trincomalee). Während Tamilen und Moslems — letztere Gruppe ist tamilisch-sprechend und wird deshalb oft fälschlicherweise der Gruppe der Tamilen zugerechnet — als Alteingesessene dieser Gebiete bezeichnet werden können, wurden viele der Sinhalesen erst innerhalb der letzten Jahrzehnte durch staatlich geförderte und organisierte Umsiedlungsprogramme an der Ostküste seßhaft. Die Intention der Regierung dabei war die Majorisierung der Minderheitengruppen, besonders die der Tamilen, um dadurch den Forderungen nach einem unabhängigen Tamilenstaat, der den Norden und Osten das Landes umfassen soll, die Basis zu entziehen. Die staatlich geförderten Umsiedlungsprogramme von Sinhalesen aus dem Süden des Landes in den Osten führten dann auch oft zu Animositäten zwischen Tamilen und Sinhalesen, besonders in den Distrikten Trincomalee und Amparai. Auf der anderen Seite war das Verhältnis von Tamilen und Moslems zueinander meist friedlich. Kleinere Streitigkeiten waren immer ausschließlich ökonomischer Natur wie z. B. zu Fragen der Land- und Fischereirechte oder der gerechten Verteilung von verfügbarem Wasser zur künstlichen Bewässerung der Reisfelder, die die ökonomische Grundlage aller Bevölkerungsgruppen bilden, obwohl der größte Anteil der Felder im Besitz der moslemischen Bevölkerung ist und häufig Tamilen auf den Feldern von Moslems arbeiten. Solche Differenzen konnten meist schnell durch das beherzte Auftreten von Lokalpolitikern sowie durch das Eingreifen der Polizei unter Kontrolle gebracht werden.



Zunehmende Radikalisierung seit 1983

Durch die landesweiten Unruhen in Sri Lanka 1983 verschärfte sich die Situation in der Ostprovinz. Das Gebiet mußte über 30.000 tamilische Flüchtlinge aus anderen Landesteilen aufnehmen, die den gegen sie gerichteten Pogromen entfliehen konnten. Der Einstrom von Menschen in ein in seiner Aufnahmekapazität beschränktes Gebiet führte zu einer Land- und Wohnraumverknappung. Außerdem wurden wegen der verheerenden Ausschreitungen gegen Tamilen weitere Teile dieser Bevölkerungsgruppe radikalisiert. Mehr Tamilen solidarisierten sich mit der

Bevölkerungsverteilung

	Trincomalee Distrikt	Batticaloa Distrikt	Amparai Distrikt
Sinhalesen	33,6%	3,2%	37,6%
Ceylon Tamilen	33,8%	70,8%	20,1%
Ind. Tamilen	2,6%	1,2%	0,4%
Moslems	29,0%	24,0%	41,6%
Andere	1,0%	0,8%	0,3%

Quelle: Volkszählung von 1981

tamilischen Bevölkerung des Nordens, obwohl deren politische Führer in der Vergangenheit eine Politik betrieben hatten, die nicht immer auf Zustimmung der Ostprovinz-Tamilen stieß. Noch bei den letzten Parlamentswahlen von 1977 fand die Forderung der „Tamilischen Befreiungsfront" (TULF) — einer von sog. Jaffna-Tamilen aus dem Norden dominierten Partei — nach einem unabhängigen Tamilenstaat bei den Tamilen des Ostens relativ wenig Zustimmung. Viele von ihnen unterstützten die derzeit regierende „United National Party" unter Präsident Jayawardene, was angesichts der sich ständig zuspitzenden Situation freilich jetzt von einer großen Zahl von Wählern bereut wird. Um die Annäherung der beiden tamilischen Gruppen, den Aufbau von militanten Organisationen und eine Allianz von Tamilen und Moslems zu verhindern, entsandte die Regierung ihre Truppen und (Un-)Sicherheitskräfte in die Ostprovinz mit dem Auftrag, den aufkommenden „Terrorismus" im Keim zu ersticken. Diese Strategie zeigte allerdings kaum Erfolg. Bedingt durch das Auftreten der Armee und später sog. Polizeikommandos (Special Task Force) wurden immer größere Teile der tamilischen — und teilweise auch der moslemischen — Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen, ähnlich, wie es bereits seit Jahren im Norden geschieht. Die forcierte militärische Strategie der Regierung wurde durch verstärkte Radikalisierung besonders der Jugendlichen beantwortet. Die „Tigers", wie die vielen existierenden militanten Untergrundorganisationen pauschal bezeichnet werden, erhielten Zulauf von der tyrannisierten Bevölkerung. „Was die Sicherheitskräfte während der letzten Monate alles in unserer Gegend angestellt haben, gleicht dem, was im Norden des Landes bereits seit Jahren an der Tagesordnung ist", erläutert ein Mitglied eines der vielen Bürgerkommitees, die in jüngster Zeit auch in den Orten der Ostprovinz entstanden sind und Ausschreitungen der Sicherheitskräfte gegen die Zivilbevölkerung dokumentieren. „Täglich werden Jugendliche verhaftet und in den beiden Militärlagern in Kalladi und Kalawanchchikudi mißhandelt und teilweise Monate ohne Gerichtsverhandlungen in Haft gehalten. Das Lager von Kalladi heißt im Volksmund bereits Bergen-Belsen. Viele Eltern erfahren erst gar nichts von der Festnahme ihrer Söhne und werden über Monate in Ungewißheit gehalten, ob ihre Kinder noch leben. Oft werden sie erst informiert, wenn es gilt, den Leichnam in Empfang zu nehmen. Dann heißt es, der Sohn sei ein Terrorist gewesen und auf der Flucht erschossen worden. Für die Aushändigung des Leichnams müssen die Eltern 500 Rs. bezahlen und eine Unterschrift unter ein Dokument leisten, daß besagt, ihr Sohn habe einer terroristischen Vereinigung angehört. Die vielen Bittgesuche von Angehörigen, herauszufinden, wo ihre Söhne verblieben sind, kann unser Kommitee oft kaum bearbeiten."

Unterstützung durch Moslems

Die entstehende Militanz schloß auch Teile der moslemischen Jugendlichen ein. Die Untergrundorganisationen hatten sogar die inoffizielle Unterstützung von Teilen der tamilischen und moslemischen Geschäftsleute. Dies zeigte sich besonders bei der finanziellen Unterstützung oder bei der Bereitstellung von Nahrungsmitteln für die aus dem Untergrund heraus operierende Guerilla. Allerdings änderte sich dieser Zustand in jüngster Vergangenheit. Besonders moslemische Geschäftsleute waren über das oft unkoordinierte Auftreten von Mitgliedern verschiedener militanter Organisationen verärgert, die wie Banden operierend immer höhre Geldbeträge von ihnen verlangten und bei Nichtzahlung mit Entführung der Geschäftsleute oder ihrer Familienangehörigen drohten. In einem bisher unveröffentlichten Bericht von Dr. Frank Jayasinghe, der die Ursachen und Abläufe der moslemisch-tamilischen Unruhen untersucht, heißt es diesbezüglich: „...Moslems begannen damit, sich solchen Forderungen in Anbetracht ihrer Häufigkeit zu widersetzen... eine weitere Ursache für das Umdenken von Moslems könnte die Erkenntnis bei vielen von ihnen gewesen sein, daß es für Moslems in der Ostprovinz extrem schwierig werden könnte, bei Etablierung eines separaten Tamilenstaates (der die Ostprovinz mit einschließen soll, d. Verf.) die politische Macht mit Tamilen zu teilen..."

Für die Regierung schien die Gelegenheit günstig, weiteres Entfremden zwischen Moslems und Tamilen voranzutreiben.

Die Regierungsmaschinerie wird aktiv

Ein geeigneter Anlaß fand sich dann auch schon bald. Die Presse berichtete Anfang April ausführlich von der Ermordung von drei Moslems, die angeblich von „Terroristen" in einer Moschee in Mannar, einem Ort, der über 300 km von der Ostküste entfernt liegt, überfallen worden seien. Alle militanten tamilischen Organisationen wiesen diese Anschuldigungen zurück und machten ihrerseits die Armee für die Ermordung verantwortlich. Dieser bisher ungeklärte Vorfall führte dann ab dem 10. April an der Ostküste zu zahlreichen Protestaktionen seitens der moslemischen Bevölkerung. Das staatliche Fernsehen — normalerweise nicht für eine aktuelle Filmberichterstattung über Vorfälle im Land bekannt — war diesmal außergewöhnlich schnell zur Stelle und berichtete jeweils noch an den gleichen Tagen innerhalb der Nachrichtensendung über die „gewaltfreien Demonstrationen, die sich gegen den zunehmenden Terrorismus tamilischer Gruppen" wendeten. Augenzeugenberichten zufolge handelte es sich bei den Kundgebungen aber keineswegs um gewaltfreie Demonstrationen. So seien bereits während dieser Tage tamilische Fahrgäste aus Bussen gezerrt und tätlich angegriffen worden. Andere Zeugen berichten von organisierten Zusammenkünften zwischen führenden moslemischen Geschäftsleuten und den Sicherheitskräften. Dabei sei von ersteren angeblich Geld und Benzin zur Verfügung gestellt worden. Pläne für die Zerstörung von tamilischen Städten und Dörfern schienen perfekt. Und ähnlich wie bei den Ausschreitungen von 1983 sollten die Sicherheitskräfte auch diesmal wieder eine entscheidende Rolle spielen bei der Unterstützung des Mobs.



Junius Richard Jayewardene, genannt J. R.

Die Attacke auf das Dorf Karaitivu (12.—14.4.85)

Karaitivu ist ein zu 100% von Tamilen bewohnter Ort, etwa 45 km südlich von Batticaloa gelegen. Er liegt zwischen 2 ausschließlich von Moslems bewohnten Dörfern. Eine Situation, die an der Ostküste häufig anzutreffen ist. Wie auch in anderen Gebieten, kam es zwischen diesen Dörfern in der Vergangenheit des öfteren zu Streitigkeiten, die aber immer schnell beigelegt werden konnten. Von den Si-

Moslems in Sri Lanka:

Die Moslems in Sri Lanka, auch Moors genannt, stellen ca. 7% der Bevölkerung des Inselstaates, das sind rund 1 Mio. Menschen. Sie sind Nachfahren arabischer Händler, die sich ab dem 8. Jahrhundert n. Chr. auf der Insel niederließen. Da die Händler ohne Frauen kamen, heirateten sie in die einheimische Bevölkerung ein. Trotz dieser Verbundenheit sowohl mit den Sinhalesen als auch den Tamilen und der Tatsache, daß sie zum großen Teil die Sprache der Tamilen sprechen, bilden die Moslems eine eigenständige Volksgruppe mit eigener Kultur (vor allem geprägt durch die Religion) und Identität.

Die Moslems leben auf der gesamten Insel verstreut mit Siedlungsschwerpunkten an der Ostküste, im Nordwesten und in den größeren Städten. Anders als gemeinhin angenommen ist nicht jeder 2. Moslem ein Geschäftsmann. Mit zu dieser Annahme hat wohl beigetragen, daß die politischen Führer der Moslems überwiegend aus Handelskreisen stammen und die moslemischen Geschäftsleute in den Bazarvierteln der für die Öffentlichkeit sichtbarste Teil dieser Bevölkerungsgruppe darstellt. Zwar liegt der Anteil der Moslems im Handel mit 28,2% wesentlich über dem Anteil der Gesamtbevölkerung mit 5,5%, jedoch arbeitet der größte Teil der Moslems in der Landwirtschaft und im Dienstleistungsbereich.

Bis in die jüngste Vergangenheit war der Bildungsstand unter den Moslems gemessen am Landesdurchschnitt relativ niedrig. Lag die Analphabetenrate 78/79 landesweit bei 28,9%, so konnten 34,6% der Moslems weder lesen noch schreiben. Auch ihr Anteil an der Studentenschaft ist niedriger als der bei Sinhalesen und Ceylon Tamilen. Ein Hauptgrund für den rel. niedrigen Bildungsstand ist u. a. darin zu sehen, daß sie während der Kolonialzeit die christlichen Missionsschulen, die das Bildungssystem dominierten, aus Angst vor Konvertierung ablehnten. Außerdem gab und gibt es eine lange Tradition religiöser Erziehung in Institutionen, die den Moscheen angegliedert sind. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden die ersten moslemischen Schulen errichtet. Aber auch sie wurden kein wesentlicher Faktor innerhalb des Bildungswesens, weder in der kolonialen noch in der postkolonialen Periode. Der mangelnde Bildungsstand hat aber auch seine Wurzeln in gesellschaftspolitischen Machtstrukturen. Die reichen Moslems konnten ihren Einfluß sichern und ihre Machtpositionen ausbauen, indem sie nicht nur den Großteil ihrer eigenen Volksgruppe ökonomisch dominierten, sondern auch in Unwissenheit hielten.

Die Einkommensverteilung unter den Moslems ist noch ungerechter als im nationalen Durchschnitt. Während die reichsten 20% der Moslems rund 67% des in ihrer Volksgruppe verfügbaren Einkommens erwirtschaften (50,12% im Landesdurchschnitt), müssen sich am unteren Ende der Skala 40% der Moslems ganze 6,2% des Einkommens teilen (16,2% im Landesdurchschnitt). Als Geschäftsleute in einer relativ kleinen Gemeinschaft war der wirtschaftliche Erfolg häufig abhängig vom Zugang zu politischer Macht. Dies realisierend haben die Moslems stets großzügig in der postkolonialen Zeit abwechselnd regierende große Parteien (UNP und SLFP) unterstützt, um damit ihre eigenen Pfründe zu sichern.

Helga Kirchhoff



Der Alte Tempel in Karaitivu wurde fast vollkommen zerstört

cherheitskräften wurde Karaitivu als ein Zentrum militanter tamilischer Organisationen verdächtigt und eine große Anzahl Jugendlicher mußte in jüngster Zeit Bekanntschaft mit den Polizeikommandos machen die den Auftrag hatten, den „Terrorismus auszurotten". Allerdings war es den Sicherheitskräften nie vergönnt, zu einem in diesem Dorf vermuteten „harten Kern" vorzudringen. Auf der anderen Seite war der Ort für Teile der in den angrenzenden Dörfern lebenden Moslems mehr und mehr zu einem Hindernis geworden. Er beeinträchtigte die Ausdehnung ihrer im Landesdurchschnitt überproportional anwachsenden Bevölkerung. Dieser sozio-ökonomische Faktor führte u. a. dazu, daß es den jeweiligen ethnischen Gruppen verboten war, Land an Mitglieder einer anderen Volksgruppe zu verkaufen bzw. es zur landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung zu stellen.

Am Morgen des 12.4. überschritten etwa 3000 Moslems die „Grenze", die ihre beiden Dörfer von Karaitivu trennt und begannen mit der systematischen Zerstörung des Ortes. Häuser und Geschäfte wurden zuerst geplündert und anschließend zerstört oder in Brand gesetzt. Auch Schüsse fielen, ehe sich der Mob um die Mittagszeit zurückzog, um dann gegen Abend die Überfälle fortzusetzen. Ähnliches geschah auch am 13.4. und 14.4.. Trotz der einige Tage andauernden Unruhen, die insgesamt 20 Menschenleben forderten und 1200 Häuser und Geschäfte in Schutt und Asche legten, gab es kein Eingreifen der Sicherheitskräfte. Auch Ausgangssperren wurden nicht verhängt. Vielmehr gibt es unzählige Augenzeugen, die von der aktiven oder passiven Teilnahme der Sicherheitskräfte berichten. Für sie schien die Gelegenheit günstig, sich an der Zerstörung des Dorfes und seiner vermuteten „Terroristen-Basis" zu beteiligen. Ein Beamter des Postamtes, eines der wenigen unbeschädigten Häuser im Ort, berichtet:

„Am Morgen sahen wir, wie sich eine große Anzahl von Menschen auf unser Dorf zubewegte. Von beiden Seiten aus hatten sie Kurs auf das Postamt genommen, das dem alten Pattini-Devi-Tempel gegenüberliegt. Ich lief in die Post und beobachtete die weiteren Vorfälle aus einem Luftschlitz am oberen Ende der Wand. Ich sah Polizeikommandos, einige in Zivil, die mit den Moslems zusammen gekommen waren. Der Mob, der von den Polizeikommandos unterstützt wurde, machte sich bereit, um den hinduistischen Tempel zu zerstören. Die Außenmauern wurden eingeschlagen und eine große Anzahl von Menschen drang in das Innere des Tempels ein. Einige andere verteilten Benzin, mit dem der Tempel in Brand gesetzt wurde. Der Tempel wurde in kurzer Zeit vollständig zerstört, auch die Statuen zertrümmerte man. Die goldene Figur der Tempelgottheit wurde entwendet. Dann zogen sie weiter in den Ort..."

Das Bürgerkommitee von Kalmunai, bestehend aus Tamilen, Sinhalesen und Moslems, beschreibt den Vorfall so: „Am Freitag, dem 12.4., waren Kommandos der Polizei mit ihren gepanzerten Fahrzeugen in den Ort Karaitivu eingedrungen und begannen anschließend mit der systematischen Zerstörung. Die Kommandos waren an der Spitze der Gruppe, der tausende Moslems folgten. Einige Moslems besaßen Schußwaffen... Kommandos und Moslems waren von allen Seiten in das Dorf eingedrungen. Die Bevölkerung hatte keine Chance zu entfliehen. Am Abend des 2.4. beteiligte sich sogar ein Hubschrauber an der Verwüstung.



Zerstörtes Haus eines Tamilen in einem Dorf südlich von Batticaloas *Foto: W. Keller*

Aus der Luft schoß man auf Zivilisten... Es wurden auch einige Brunnen des Dorfes mit giftigen Chemikalien vergiftet... Der Anschlag schien genauso systematisch geplant und ausgeführt wie die Anschläge während des Tamilenpogroms von 1983...

In dem bereits zitierten Jayasinghe Bericht wird vermerkt: „...bei unseren Untersuchungen wurden wir immer wieder mit den Aussagen von Tamilen wie auch von Moslems konfrontiert, die auf eine Teilnahme des STF (Special Task Force/Polizeikommandos, d. Verf.) hinwiesen. Deren Teilnahme führten die Opfer von Karaitivu als ausschlaggebend für ihre Verteidigungsunfähigkeit während der drei Tage an. Moslems nannten den gleichen Grund für ihre Unfähigkeit, (zu Gunsten der Tamilen) zu intervenieren... Unser Report ist prima facie Beweis zumindest für die Teilnahme einiger STF-Mitglieder an der Verwüstung von Karaitivu..."

Die Zitate der Bevölkerung machen deutlich, daß nicht die gesamte moslemische Bevölkerung für die Ausschreitungen verantwortlich gemacht werden kann. Es liegen viele Aussagen von Moslems vor, die die Anschläge verurteilen und bedauern. Tatsächlich waren es die Bewohner des moslemischen Dorf Sammanturai, westlich von Karaitivu gelegen, die als erste nach Ende der dreitägigen Unruhen den Opfern zur Hilfe kamen und den über 10.000 Obdachlosen, die in den Schulen des Ortes untergebracht waren, Nahrung und Kleidung zur Verfügung stellten.

Allem Anschein nach haben sich auch Elemente, die von außerhalb in das Gebiet eingeschleust wurden, an den Unruhen beteiligt. Der Präsident des „Ceylon Workers Congress", Thondaman, dessen Partei mit der regierenden „United National Party" eine Koalition bildet und selber Minister im Kabinett von Jayawardene, macht in einer Presseerklärung vom 23.4.85 „unerwünschte Elemente, die von außerhalb, besonders aus Colombo, in die Ostprovinz gekommen sind, für die Orgie von Gewalt und Brandschatzung" verantwortlich. Die Worte aus dem Mund eines Ministers wiegen doppelt schwer. Thondaman wurde daraufhin vom Präsidenten aufgefordert, „keine unbedachten Äußerungen der Presse gegenüber" zu machen. Die Regierung hat ihrerseits alle Vorwürfe von einer Beteiligung der Sicherheitskräfte wie auch die Aussagen Thondamans dementiert. Und nicht nur das: Durch die vom Staat kontrollierten Medien wurde der Öffentlichkeit ein Bild der Unruhen — die sich von Karaitivu schnell auf andere Gebiete der Ostprovinz ausbreiteten — präsentiert, das mit der Wahrheit auch nicht das Geringste zu tun hatte. „Viele Menschen sind über die Lügen in der Presse noch verärgerter als über den Verlust ihres Eigentums", sagt ein Tamile stellvertretend für viele. Die viel strapazierten „Terroristen" seien für die Unruhen verantwortlich, denen primär

unschuldige Moslems zum Opfer gefallen seien, heißt es in der Presse. Die Intention der Regierung ist klar: Durch gezielte Falschmeldungen konnten auch Moslems in anderen Landesteilen gegen Tamilen aufgebracht und so die beiden Minderheiten weiter gespalten werden. Außerdem hatte die Regierung wohl die Aufpolierung ihres Verhältnisses mit den Ländern des Mittleren Ostens, das seit der Ausbildung der Soldaten durch israelische Geheimdienstagenten stark beeinträchtigt war, im Auge. Die Presse Saudi Arabiens z. B. fiel auch prompt auf die Falschmeldungen herein und verurteilte die Attacken auf Moslems und die Zerstörung ihres Eigentums. Solche Berichte wurden in der srilankanischen Presse reproduziert.

Im Bericht des Bürgerkommitees von Kalmunai heißt es zur Rolle der Presse u. a.: „...der unglückliche Teil der ganzen Angelegenheit waren die unverantwortlichen Falschmeldungen in Presse, Funk und Fernsehen. Es gab z. B. keinerlei moslemische Flüchtlinge in Mallikaikaddu oder Sainthamaruthu. Kein Tamile betrat diese Dörfer und nicht ein einziges Haus wurde beschädigt. Die Presse berichtete von der Existenz von 4 Flüchtlingslagern in diesem Gebiet; 3 für Moslems und 1 für Tamilen. Tatsächlich waren in den Flüchtlingslagern 10.000 Tamilen untergebracht..."

Bis Anfang Mai mußten nach wochenlangem Andauern der Unruhe in über 30 Schulen, Kirchen und Tempeln etwa 40.000 Flüchtlinge — meist Tamilen — untergebracht werden. Nach inoffiziellen Schätzungen kamen bei den Unruhen insgesamt über 100 Menschen ums Leben, die Sachschäden gehen in die Millionen.

Die tamilische Bevölkerung wird sich wohl kaum von den Aussagen der Regierung trösten lassen, ein „unabhängiger Ausschuß" werde selbstverständlich bald mit der Untersuchung der Unruhen beginnen. Untersuchungen waren bereits nach Unruhen in der Vergangenheit angekündigt worden. Sie wurden entweder nach einiger Zeit wohlweißlich vergessen oder aber der Öffentlichkeit nie in ihren Ergebnissen vorgestellt. Solche Äußerungen sind dann auch wohl in erster Linie nicht für die Innenpolitik bestimmt, da die Regierung mit ihrer 5/6 Mehrheit im Parlament nichts zu befürchten hat. Außenpolitisch sind solche Ankündigungen jedoch wichtiger denn je, denn der Druck auf die Regierung nimmt zu. Die Gelder sind knapp und Menschenrechtsverletzungen können sich auf Dauer auch die besten Freunde der westlichen Welt nicht leisten. Die westliche Welt sollte allerdings ab und zu einmal bei der Regierung Sri Lankas nachfragen, was die Untersuchungen zu Tage gefördert haben. Die Institutionalisierung der Gewalt in Sri Lanka scheint kein Ende zu haben.

Walter Keller

Flüchtlingsfragen im Sog fremdenfeindlicher Tendenzen

„Die Stadt richtet in einer ehemaligen Schule ein weiteres Haus für Asylanten ein, weil die bisherigen Übergangsheime überfüllt sind. Allein in den vergangenen 4 Wochen meldeten sich 241 Ausländer, überwiegend Tamilen aus Sri Lanka in Wuppertal, und batenum politisches Asyl." (General-Anzeiger, Wuppertal, 8.6.85). Mit Schlagzeilen wie: „Tamilen strömen weiter ein", „Asyllager hoffnungslos überfüllt" oder „Gewissenlose Geschäftemacher unterhöhlen Asylrecht" versuchen die Medien, die Bevölkerung auf fremdenfeindliche Tendenzen einzustimmen. Über den Hintergrund dieser Flüchtlingswellen wird dagegen meist nicht berichtet. Die Attacken gegen Asylsuchende richten sich seit einiger Zeit vor allen Dingen gegen Tamilen aus Sri Lanka. Dabei tun sich besonders die Behörden in Berlin hervor, die mit allen Mitteln versuchen, Asylsuchenden wirtschaftliche Gründe für ihre Einreise in die Bundesrepublik zu unterstellen. Um die Einreise von Tamilen, die seit 1984 an der Spitze der Flüchtlingesstatistik liegen, zu beschränken, läßt sich der Berliner Innensenator Lummer einiges einfallen. So hat er z. B. eine private Fernsehproduktionsfirma damit beauftragt, einen Film über die Lebensbedingungen besonders aus Sri Lanka stammender Asylbewerber in Berlin zu produzieren. Er soll — in Zusammenarbeit mit der Regierung in Sri Lanka — im staatlichen Fernsehen der Inselrepublik gezeigt werden, um dadurch andere Tamilen von der Einreise nach Berlin abzuhalten. Ob die Anstrengungen Lummers Erfolg haben werden, bleibt dahingestellt. Mit seiner anti-Asylpolitik steht er jedoch nicht allein.

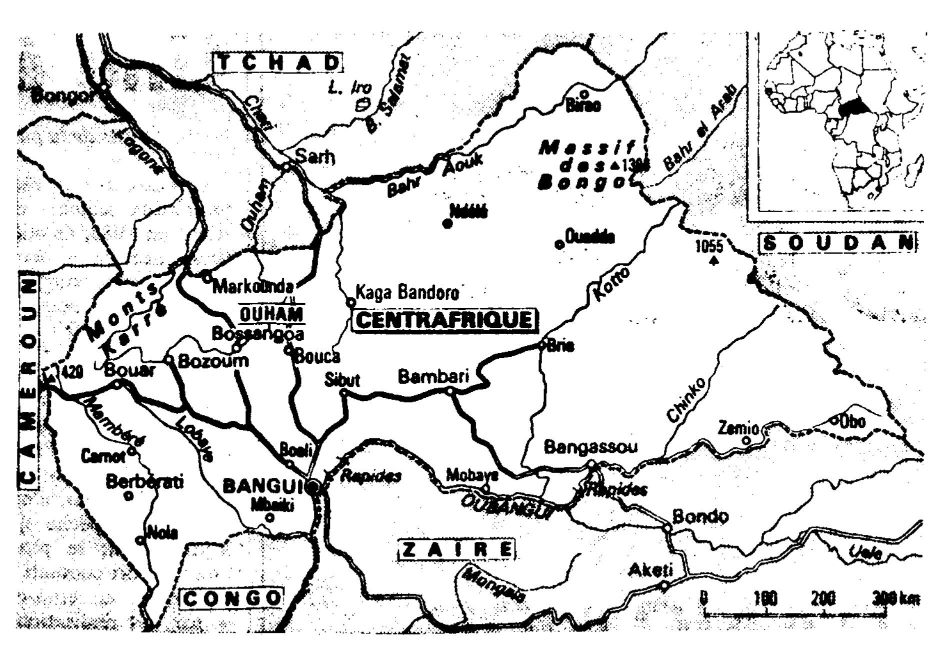
Allerdings sind die Flüchtlingszahlen bei uns relativ bescheiden im Vergleich mit anderen westlichen Aufnahmeländern, erst recht aber mit meist sehr armen Aufnahmeländern der „Dritten Welt". So sind z. B. von der Gesamtzahl tamilischer Flüchtlinge nur die wenigsten in die Bundesrepublik gekommen (etwa 10.—12.000). Alleine Indien hat während der letzten 2 Jahre über 100.000 tamilischen Flüchtlinge aufgenommen und ihnen relativ unbürokratisch unbeschränkten Aufenthalt gewährt. Erhebliche Bedenken werden derzeit von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege gegen die von den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern und Berlin eingebrachten Vorschläge zur Änderung der Rechtsstellung von Asylsuchenden geäußert. Anstatt der darin enthaltenen, weiteren einschneidenden Einschränkungen für die Betroffenen wird eine rechtsstaatlichen Maßstäben angemessene Beschleunigung der Anerkennungsverfahren gefordert (sie ziehen sich derzeit über viele Jahre hin), auf deren Notwendigkeit bereits in der Vergangenheit hingewiesen wurde. Insbesondere könne das Verwaltungsverfahren noch zügiger gestaltet werden. Die Freien Wohlfahrtsverbände kritisieren ferner die zum Teil schwerwiegenden persönlichen Beschränkungen, denen Asylsuchende und ihre Familien unterworfen sind. Sie ließen jetzt schon Anzeichen für soziale und psychische Langzeitschäden erkennen (als Verwandte gelte z. B. nur verheiratete Eheleute und ihre Kinder, nicht aber deren Geschwister. Geschwister sind oft nicht in der Lage, sich zu treffen, da sie in verschiedenen Landkreisen untergebracht sind die sie nicht verlassen dürfen). Der UN-Flüchtlingskommissar kritisiert weiterhin die Zwangsausweisung in Sammellager, sowie das Asylsuchenden auferlegte Arbeitsverbot. Er warnt außerdem vor einer Überschätzung der sogenannten Asylantenschwemme in der BRD und meint: „Die hohen Anerkennungsquoten zeigen, daß der sog. Asylmißbrauch überschätzt wird. Angesichts von Millionen Flüchtlingen weltweit sollte man auch in der BRD die Zahlen nicht dramatisieren (FR, 16.4.85).

Um den Einstrom von Tamilen in die BRD zu begrenzen, ist eine politische Lösung der im Land existierenden ethnischen Konflikte notwendig. Hierauf kann die Bundesrepublik sicherlich Einfluß nehmen. Immer noch gehen riesige Summen für „Entwicklungsprojekte" an einen Staat, dem in der Vergangenheit von vielen internationalen Organisationen die massive Verletzung von Menschenrechten vorgeworfen wurde. Allen Aussagen von Politikern bezüglich der Verletzung des Asylrechts durch Tamilen sowie ihre Abstemplung zu „Wirtschaftsflüchtlingen" steht der Bericht der Deutschen Botschaft in Colombo vom Januar '85 entgegen. Er erkennt die Gefahr für viele Tamilen bei einem Verbleib in Sri Lanka an: „Zu Beginn des Jahres 1985 hat sich die Lage der Tamilen in Sri Lanka gegenüber dem Zeitpunkt des Bezugsberichts weiter verschlechtert. Dies gilt für die gesamte Insel... Wie immer die Eskalation der Spannungen ausgehen mag, in nächster Zeit dürften sich die Tamilen in Sri Lanka noch größere Unsicherheit ausgesetzt sehen als schon im gegenwärtigen Zeitpunkt."

W. K.
Südasienbüro.

Frankreichs „unabhängige“ Kolonie

In der aktuellen Diskussion über den Hunger in Afrika wird sehr viel von Hilfe, aber wenig von Strukturveränderungen gesprochen. In dieses Bild paßt die von dem äthiopischen Agrarjournalisten Getinet Belay so treffend charakterisierte „Äthiopisierung der Hungerberichterstattung“[1]: Denn indem man sich auf die Not in diesem ostafrikanischen Land konzentrierte — das als einziges der 24 „Hungerländer“ keine dauerhafte Besetzung durch eine Kolonialmacht erleben mußte und heute obendrein im „feindlichen“ Lager steht — konnte man es elegant vermeiden, die historische und aktuelle Mitverantwortung europäischer Industriestaaten für die Entwicklungen in Afrika zu benennen. Die in der Kolonialzeit angelegte wirtschaftliche und politische Ausrichtung der beherrschten Gebiete nach den Interessen der Metropolen wirkt noch heute fort und die durch dieses System mitverursachten Hungersnöte und Verschuldungskrisen vergrößern noch die Abhängigkeit von den Industrieländern (z. B. durch Nahrungsmittellieferungen, Kreditauflagen des Internationalen Währungsfonds etc.). Auch direkte militärische Interventionen gehören (wieder) zum Repertoire der alten und neuen Herren. Insbesondere Frankreich demonstriert in seinen ehemaligen Kolonien heute wieder Stärke, wie die jüngste Einmischung im Tschad-Konflikt beweist. Im folgenden soll diese französische Machtpolitik in Afrika am Beispiel der Zentralafrikanischen Republik (ZAR), der dabei eine besondere Rolle zukommt, aufgezeigt werden.



Frankreichs Afrikapolitik: Kontinuität im Wandel

Frankreich, das im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts gegenüber dem Vorreiter der industriellen Revolution, Großbritannien, ökonomisch immer mehr ins Hintertreffen geriet und zudem im Krieg gegen Deutschland (1871) die Bedeutung eigener Rohstoffquellen erkannte, begann als erste europäische Großmacht damit, auch das Hinterland der bis dahin auf die Küstenlandstriche begrenzten afrikanischen Kolonien zu erobern und militärisch zu besetzen[2]. Der aufkommende Nationalismus in Europa erblickte in einem möglichst großen Landbesitz die Chance, den Status als Weltmacht zu sichern.

Man erhoffte sich außerdem billige Rohstoffe für die Industrie und ebenso billige Arbeitskräfte und Soldaten. In den 20er Jahren unseres Jahrhunderts begann dann die „Inwertsetzung“ („Mise en valeur“) der Kolonien — zum Nutzen des Mutterlandes versteht sich: Der Anbau landwirtschaftlicher Produkte wie Baumwolle, Erdnüsse, Kaffee etc. für den Export wurde erzwungen, Holz und Mineralien wurden abtransportiert, die Menschen zu Trägerdiensten, zur Plantagenarbeit, zum Straßenbau oder für die Kolonialarmee zwangsrekrutiert. Erst am Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Zwangsarbeit abgeschafft und mit der neuen französischen Verfassung von 1946 die „Union Française“ proklamiert, d. h. eine Union des Mutterlandes mit seinen Kolonialbesitzungen, die nun Vertreter in die französische Nationalversammlung entsenden konnte. Vorsichtshalber schränkte man aber das Wahlrecht auf die sog. „évolués“ (die „Entwickelten“) ein, d. h. auf die, die schon eine gewisse französische „Erziehung“ (in Schule, Verwaltung oder Militär) genossen hatten. Die Zahl der Abgeordneten aus Übersee durfte höchsten 38 betragen (gegenüber 544 aus Frankreich selbst und das, obwohl die Kolonien 60 % der Bevölkerung der „Union“ stellten!)[3]

Insgesamt war die französische Kolonialpolitik mit ihrem zentralistischen Ansatz vergleichsweise unflexibel gegenüber dem Unabhängigkeitsstreben einiger Kolonien und so bedurfte es erst der Niederlage in Indochina (1954) und dem blutigen Krieg in Algerien bis man sich zum Nachgeben entschloß. De Gaulle ließ 1958 in einem Referendum darüber abstimmen, ob die Kolonien als autonome Staaten innerhalb einer neugegründeten Föderation, der „Communauté Française“, verbleiben oder unabhängig werden wollten. Obwohl sich die meisten Kolonien für den Verbleib in der Communauté entschieden, erwies sie sich doch bald als politische Fehlkonstruktion: Da die Außen-, Innen- und Verteidigungspolitik zentral von der französischen Regierung bestimmt werden sollte, war es lediglich eine Pseudo-Föderation, die auch international politisch nicht anerkannt wurde. Schließlich gab Frankreich diesen Versuch, ein Gegenstück zum britischen Commonwealth aufzubauen, auf und stimmte dem Weg seiner Kolonien in die Unabhängigkeit zu (1960). Dennoch konnten sich die Franzosen einen weit stärkeren Einfluß auf ihre einstigen Kolonien sichern als etwa Großbritannien.[4]

Durch eine Politik der **Balkanisierung** wurden die großen regionalen Einheiten „Französisch-Westafrika (AOF)“ und „Französisch-Äquatorialafrika (AEF)“ vor der Gewährung der Unabhängigkeit zuerst in politisch leichter beeinflußbare Einzelstaaten aufgeteilt. Die Gegensätze zwischen reicheren und ärmeren Kolonien verhinderten dann die Wiedervereinigung in Staatenbünden (So lehnte z. B. das rohstoffreiche Gabun eine Föderation mit der ZAR und dem Tschad ab). Zwei-

tens schloß Frankreich mit den neuen Staaten weitreichende **bilaterale Kooperationsabkommen** auf wirtschaftlichem, militärischem und kulturellem Gebiet. Schließlich bildet die bis heute bestehende **Währungsunion** in der Franc-Zone[5] ein wirksames Instrument der Kontrolle. Die meisten frankophonen Staaten sind bis heute Mitglied dieser Währungszone. Frankreich garantiert einen festen Wechselkurs des Franc CFA (Communauté Financière Africaine[6]) zum französischen Franc. Dafür müssen die Staaten bis zu 65 % ihrer Devisen auf ein „Operationskonto" in Paris einzahlen und den gesamten Außenhandel darüber abwickeln. Außerdem müssen sie wohl oder übel jeder Auf- und Abwertung des französischen Franc folgen. Da dessen Wert seit 1976 gegenüber dem Dollar um 40 % sank, stiegen die meist in Dollar zu zahlenden Preise für Einfuhren aus den Industrieländern stark an und machten die betreffenden Entwicklungsländer noch stärker vom Handel mit Frankreich abhängig. „Frankreichs Rolle als politische, ökonomische, kulturelle und militärische Metropole der meisten Staaten West- und Zentralafrikas hat sich nach deren staatsrechtlicher Unabhängigkeit 1960 zwar der Form nach geändert, in der Substanz aber eher stabilisiert". Diese Einschätzung von Ziemer (1982 : 118) wird noch dadurch unterstrichen, daß heute mehr Franzosen in Afrika arbeiten als vor der Unabhängigkeit (1979 waren es ca. 260.000[7]). Auch die Militärpräsenz war seit dem Algerien-Krieg nicht mehr so stark wie heute, mit über 10.000 Soldaten in Militärstützpunkten in Djibouti, Senegal, Elfenbeinküste, Gabun und der ZAR. Die Rüstungsexporte Frankreichs an befreundete Entwicklungsländer verzeichneten 1984 ebenfalls einen Rekord.

Französisch-Afrikanische Gipfeldiplomatie

Seit 1973 veranstaltet Frankreich jährlich ein Gipfeltreffen mit frankophonen Staaten, das dem Meinungsaustausch dienen soll. Durch die Gipfelgespräche (das letzte fand im Dezember 1984 in Burundis Hauptstadt Bujumbura statt) steigt natürlich das Prestige Frankreichs und sie unterstreichen seine Bedeutung als Großmacht in der internationalen Politik. Aber auch die afrikanischen Staatschefs kommen gern, was die ständig gewachsene Teilnehmerzahl (zuletzt 37 Staaten) zeigt; es beteiligen sich sogar Länder, die früher nicht französische Kolonien waren, wie z. B. Zaire oder Sudan. Immerhin vergibt Frankreich zwei Drittel seiner Entwicklungshilfe an Afrika und bei dem Gipfel läßt sich so manche Finanzzusage aushandeln. Daß sich dabei wirklich die treffen, die „gemeinsame politische und wirtschaftliche Interessen" haben (nämlich die Eliten der Metropolen und die der Peripherien) zeigt die Besorgnis, die die afrikanischen Staatschefs auf dem Gipfel über den Rückzug französischer Truppen aus dem Tschad zum Ausdruck brachten. Sie, die sonst gern verbal auf die Respektierung der nationalen Souveränität pochen, sind im Fall des Falles (z. B. bei innenpolitischen Unruhen, Putschversuchen etc.) eben doch ganz froh, auf französische Truppen zur Wiederherstellung des status quo rechnen zu können. Insofern ist die „Freundschaft mit Frankreich" eine Art innenpolitische Herrschaftsgarantie. In diesem Zusammenhang spielt ein Staat im Herzen Afrikas eine strategisch besonders wichtige Rolle: Die Zentralafrikanische Republik.

Die ZAR: Sprungbrett für militärische Intervention

In militär-geographischer Hinsicht ist die ZAR von erheblicher Bedeutung für Frankreich. In der Hauptstadt Bangui und dem an der Grenze zu Kamerun gelegenen Ort Bouar sind etwa 2.500 französische Soldaten stationiert.[8] Es handelt sich um Eliteeinheiten, die über modernstes Kriegsgerät verfügen (Jaguar- und Mirage-Jagdbomber, Transall-Truppentransporter und Kampfhubschrauber. Was in den USA unter dem Namen „Schnelle Eingreiftruppe" aufgebaut wird, ist hier schon längst Wirklichkeit. Die Zahl der Soldaten erscheint zwar gering, aber ihre gute Ausrüstung verleiht ihnen hohe Mobilität und Schlagkraft und vor allem: Sie sind ständig präsent. Die Luftlandetruppen können innerhalb kürzester Zeit an jeden Punkt in dieser Region Afrikas verlegt werden. Außerdem kann der militärische Nachschub über die Luftwaffenstützpunkte in der ZAR gesichert werden. Nicht umsonst sind diese Elitetruppen gerade hier stationiert (seit 1979). Offiziell heißen sie recht harmlos „Elèments Frankçais d'Assistance Opérationelle — EFAO" (Französische Einheiten der strategischen Hilfe). Und die „Operationen" französischer Fallschirmjäger haben Traditionen in diesem Teil Afrikas[9]. Was die „marines" für die USA sind die „parachutistes" (Fallschrimjäger) für Frankreich. In den westlichen Nachbarstaaten der ZAR, Kamerun und Gabun, sorgten sie schon 1960 bzw. 1964 dafür, daß die „richtigen" Präsidenten an die Macht kamen oder sie behielten[10], so daß bis heute die Wirtschaft weitgehend in französischer Hand bleiben konnte. Paris würde auch nicht lange fackeln, diese Kapitalinteressen und die Rohstoffquellen erneut mit Waffengewalt zu sichern. Denn im Gegensatz zum Tschad, wo man mehr aus politisch-strategischen Erwägungen intervenierte, kämen in diesen beiden Ländern noch handfeste wirtschaftliche Gründe hinzu: Aus Kamerun bezieht Frankreich Kaffee und Kakao; in Gabun, das ein wichtiger Erdöllieferant ist und wo 27.000 Franzosen ihren Geschäften nachgehen, unterhält Frankreich auch eine ständige Militärbasis.



Fränzösische Soldaten in Bangui

Schließlich waren die „schnellen Jungs" ja auch im südlich an die ZAR angrenzenden Zaire behilflich, als es galt die Separatistenbewegung[11] in der an Kupfer und anderen Rohstoffen reichen Shaba-Provinz niederzuwerfen. 1977 begnügte man sich noch mit Militärberatern und Transportflugzeugen, die die Stellvertretergruppen aus Marokko, der ZAR (!) und dem Sundan herbeibrachten. Doch ein Jahr später mußte der korrupte Mobutu-Clan schon wieder um seine Schatzkammer bangen. Diesmal schickte Paris 600 seiner eigenen Legionäre, um den Status quo wieder herzustellen. Das Sorgenkind der Region bleibt aber der Tschad, wo Frankreich seit über einem Jahrzehnt und zuletzt 1983 „operativ" eingegriffen hat. Die Soldaten der EFAO aus Bangui und Bouar waren daran beteiligt. Ein Teil der im Dezember 1984 aus dem Tschad abgezogenen Truppen wurden nur in die ZAR verlegt (etwa 1.000 Mann) und harren nun der Dinge, die da kommen.

Die wirtschaftlichen und politischen Interessen Frankreichs

Neben der militär-strategischen Bedeutung der ZAR für Frankreich gibt es aber auch noch weitergehende wirtschaftliche und politische Interessen der einstigen Kolonialmacht. In der Vorstellung der französischen Regierung fungiert die ZAR als eine Art Bollwerk gegen den zunehmenden Einfluß Gaddafis in Schwarzafrika. Dies ist nicht nur in geographi-

scher Hinsicht gemeint (im Norden der ZAR liegt ja der von Libyen geschürte Konfliktherd Tschad, im Süden die Rohstofflieferanten Gabun und Zaire). Auch politisch gesehen ist die ZAR unter den frankophonen Staaten Afrikas einer der treuesten Verbündeten Frankreichs und Verfechter eines marktwirtschaftlich-kapitalistischen Entwicklungsweges. Es war deshalb auch kein Zufall, daß der französische Staatspräsident Mitterand im Anschluß an das letztjährige frankoafrikanische Gipfeltreffen in Burundi der ZAR einen Staatsbesuch abstattete. Bei dieser Gelegenheit dankte Mitterand nochmals offiziell der ZAR in ihrer „unersetzlichen geographischen und strategischen Lage", daß sie als Basis für die „Opération Manta" (die Intervention im Tschad) diente und „eines der Länder dieses Kontients war, das mit größtem Eifer und Überzeugung die Aktionen Frankreichs unterstützt hat, sei es auf der Rednertribüne der Vereinten Nationen oder bei internationalen und regionalen Verwicklungen, besonders im Tschad"[12]. In wirtschaftlicher Hinsicht ist die ZAR für Frankreich sicher nicht so interessant wie das ölreiche Gabun. Neben den heute schon — hauptsächlich nach Frankreich — exportierten Rohstoffen wie Baumwolle, Holz und vor allem Diamanten, wurden aber bereits recht bedeutende Uranvorkommen (ca. 14.000 t) entdeckt. Wegen der fehlenden Infrastruktur wäre eine Förderung jedoch im Augenblick noch zu teuer, zumal der Weltmarktpreis in den letzten Jahren gefallen ist. Außerdem kann Frankreich seinen Bedarf an diesem strategisch wichtigen Erz z. Zt. noch überwiegend durch Lieferungen aus dem Niger und Gabun decken. Französische Konzerne sind jedoch schon an der bereits gegründeten Fördergesellschaft in der ZAR beteiligt. Eine stille Reserve für Frankreichs Kernkraftwerke und nicht zuletzt für die Atomstreitmacht.

Das historische Erbe: Vom Raubkolonialismus...

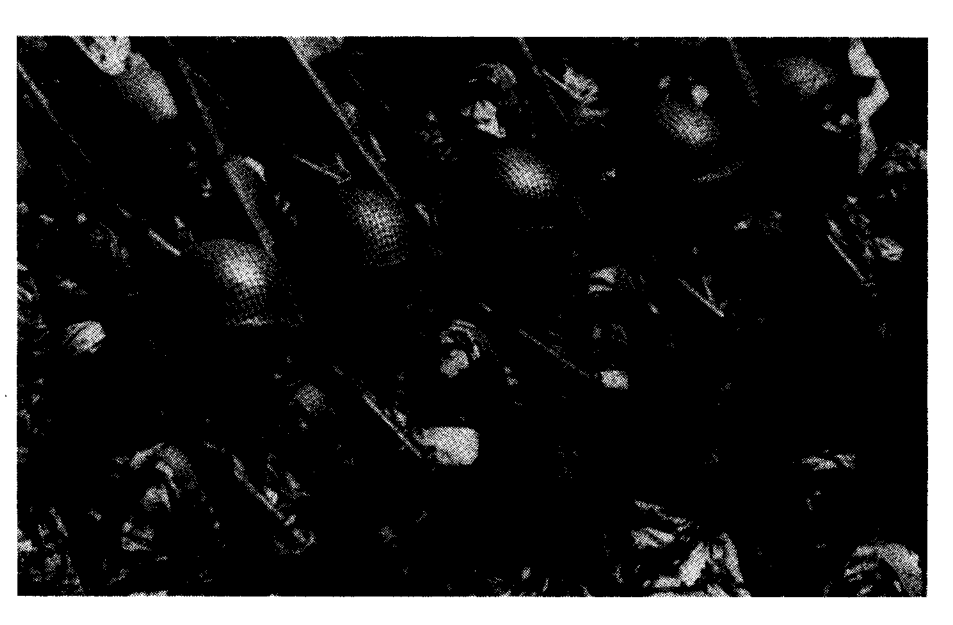
Auf der Berliner Kongo-Konferenz von 1885 war es König Leopold II. von Belgien gelungen, die diplomatische anerkennung für den formaljuristisch „unabhängigen", aber praktisch in seinem Privatbesitz befindlichen, Kongo-Freistaat zu erhalten. Die nördliche Grenze konnte jedoch nicht exakt festgelegt werden, da diese Region noch weitgehend unerforscht war. So setzte ein „run" auf diesen strategisch und handelspolitisch so wichtigen Raum zwischen Kongo und Nil ein, aus dem Frankreich als Sieger hervorging und zwischen 1889—1892 das Territorium auch militärisch besetzte. Als um 1897 Nachrichten von den glänzenden Erfolgen privater belgischer Unternehmen im Kongo nach Europa drangen, brach ein wahres Kongo-Fieber aus und die französische Regierung erhielt eine Flut von Anträgen privater Unternehmer für die wirtschaftliche Ausbeutung der neuen Kolonie Oubangui-Chari, wie sie damals genannt wurde.[13] 95% des Territoriums wurde unter 27 Handelsgesellschaften aufgeteilt.[14] Die französische Regierung erhoffte sich dadurch Kosten für die Erschließung und Kontrolle des Landes zu sparen: Man verteilte einfach Konzessionen mit der Auflage, 15% der Gewinne abzuführen und einen Schifffahrtsdienst auf den Flüssen zu unterhalten. Weitergehende Verwaltungs- oder Polizeibefugnisse standen ihnen nicht zu. In der Praxis aber hatten die Unternehmer freie Hand, weil ihre Tätigkeit von den wenigen Regierungsbeamten ja nicht vor Ort kontrolliert werden konnte. Nur wenn ihr eigenes Personal einmal nicht ausreichte, um die Zwangsarbeit durchzusetzen, nahmen sie ihr Recht in Anspruch, Polizei oder Militär anzufordern. Der bedeutendste Konzessionär war die „Gesellschaft der Sultanate am oberen Oubangui", die den gesamten Osten der Kolonie (140.000 qkm — eine Fläche dreimal so groß wie die Schweiz!) beherrschte.[15]

Die Bewohner der Dörfer wurden von den Konzessionären brutal dazu gezwungen, Kautschuk zu sammeln, Holz zu schlagen, später auch Baumwolle anzubauen; sie wurden zu Trägerdiensten und Bauarbeiten zwangsrekrutiert. Regelrechte Menschenjagden wurden veranstaltet, die Bauern flüchteten und mußten ihre Felder vernachlässigen, Pocken und Schlafkrankheit breiteten sich plötzlich epidemieartig unter den geschwächten Menschen aus, Massenflucht und blutig niedergeschlagene Aufstände taten ein übriges. Der Osten des Landes, der als Arbeitskräftelieferant herhalten mußte, wurde so praktisch entvölkert (in den 60er Jahren lag die Bevölkerungsdichte dort nur noch bei 0,3 Einwohner/qkm).

Diese „Orgie der Konzessionen", wie es ein französischer Ökonom ausdrückte,[16] ist ein klassisches Beispiel für ein System der **Raubwirtschaft**, wo das Maximum an Ressourcen und Arbeitskraft aus Land und Leuten herausgepreßt wird, ohne auch nur eine minimale Infrastruktur für die Versorgung der Bevölkerung aufzubauen. Unter dieser historischen Hypothek hat die ZAR heute noch zu leiden. Obwohl es mehrere Aufstände gegen diese Ausbeutungs- und Ausrottungspolitik gab, verschärften die Franzosen während des Zweiten Weltkriegs sogar noch das System der Abgaben und der Zwangsarbeit.

...zur wirtschaftlichen Abhängigkeit

Bei der Entlassung in die Unabhängigkeit verfügte die ZAR weder über ein ausreichendes Verkehrsnetz noch über eine Mindestaustattung an Schulen und Krankenstationen. Es war praktisch kein höheres Verwaltungspersonal ausgebildet worden und es standen nur vier einheimische Ärzte zur Verfügung. 1959 gab es gerade 900 Absolventen der Primarschule und ganze drei(!) Abiturienten im Land.[17] Die ZAR leidet auch heute noch unter den Folgen kolonialer Ausbeutung und Vernachlässigung. Hinzu kommt, daß auch nach der Unabhängigkeit der von Frankreich vorgezeichnete außenabhängige Entwicklungsweg weiter verfolgt wurde. Obwohl beispielsweise die Landwirtschaft 40% des Bruttoinlandprodukts erzeugt und zwei Drittel der Exporterlöse erwirtschaftet, fließt nur ein geringer Anteil des Staatsbudgets in diesen Bereich. Wenn investiert wird, dann in die Exportproduktion für den Eigenbedarf. Auch die vom französischen Fonds d'Aide et de Cooperation (staatliche Entwicklungshilfeorganisation) und dem Europäischen Entwicklungsfonds finanzierten Eintwicklungsprojekte konzentrieren sich auf den Anbau von Baumwolle, Kaffee oder Tabak. Ein



Die ZAR: Bollwerk gegen zunehmenden Einfluß Gaddafis in Schwarzafrika?

Beispiel dafür ist die „Opération Bokassa": Durch dieses Projekt konnte die Baumwollproduktion des Landes von 1966—1970 auf das Doppelte gesteigert werden. Aber die Bauern merkten bald, auf was sie sich da eingelassen hatten. Ihnen wurde zwar die Abnahme der Baumwolle garantiert, aber über die staatlich festgelegten niedrigen Erzeugerpreise wurden sie von der Bourgeoisie geschröpft. Als der Weltmarktpreis fiel, flossen die von der Europäischen Gemeinschaft im Rahmen des AKP-Abkommes[18] gewährten Ausgleichszahlungen (für die reduzierten Exporterlöse) in die Hände der Staatsbürokratie und die Bauern gingen leer aus. Folglich fiel die Produktion von Baumwolle wieder stark ab. Ähnlich war es beim Kaffee, der heute ebenfalls weitgehend von Kleinbauern neben der Subsistenzporudktion von Nahrungsmitteln erzeugt wird. Es war das Verdienst der Bauern und nicht der Regierungspolitik, daß der Index der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung von 1969 bis 1979 sogar leicht von 100 auf 102 anstieg.[19] Sie konzentrierten sich nämlich wieder mehr auf die Subsistenzproduktion.

Doch ist die Ernährungslage der Bevölkerung nicht einheitlich. Während auf dem Land die Versorgung durch die Produktion für den Eigenbedarf weitgehend gewährleistet ist, müssen für die durch Landflucht ständig wachsende Zahl der Städter Nahrunsmittel importiert werden. Eine verfehlte Agrarpreispolitik schafft keine Anreize für die Bauern mehr Mais, Maniok oder Hirse anzubauen. Für die Regierung sind die Produkte wichtiger, die die Devisen erwirtschaften: Neben Diamanten (51 % der Exporterlöse) sind das vor allem Kaffee (30 %), der auch im Land verarbeitet wird sowie Holz (16 %) und Baumwolle.[20] Der Außenhandel wird weitgehend von französischen Firmen kontrolliert. Frankreich ist der wichtigste Handelspartner (ca. 60 % aller Im- und Exporte), Kapitalgeber und Gläubiger. Es finanziert zwei Drittel des Staatshaushalts durch direkte Subventionen, das ist ebenso viel, wie allein die Gehälter der Staatsbürokraten verschlingen.[21] Überspitzt kann man sagen, daß die Regierung der ZAR und ihre Angestellten aus Paris bezahlt werden. So verwundert es auch nicht, daß der neue starke Mann im Land, General Kolingba, Frankreich öffentlich aufforderte, ein Jahr lang alle Gehälter seiner Beamten zu zahlen.[22]

Entwicklungspotential und Entwicklungsprobleme

Die ZAR verfügt eigentlich über ein ausreichend großes Entwicklungspotential. Nur 9 % der Staatsfläche werden z. Zt. landwirtschaftlich genutzt;[22] vor allem im entvölkerten Osten gibt es noch große Landreserven. Dieses landwirtschaftliche Potential könnte zur Steigerung der nationalen Nahrungsmittelproduktion herangezogen werden, doch daran haben Regierung und ausländische Geldgeber weniger Interesse als am Exportfruchtanbau. Die wertvollen Waldbestände (12 % der Staatsfläche) können auch langfristig von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung sein, wenn die Abholzungen durch die (französischen) Konzessionsgesellschaften (bereits ein Drittel des Waldes ist verschwunden) stärker reglementiert und mit Wiederaufforstungsauflagen verknüpft würde.

Die zahlreichen Flüsse bilden ein noch weitgehend ungenutztes Energiereservoir. Bisher werden nur die Wasserfälle von Boali zur Stromerzeugung (für die Hauptstadt) herangezogen. Außerdem sind die Möglichkeiten der Flüsse als Transportwege, für den Fischfang und für die Bewässerungskulturen noch längst nicht erschöpft. Die Bodenschätze wie Erdöl, Eisenerz, Kupfer und Uran konnten bisher wegen zu hoher Investitionskosten nicht abgebaut werden. Die Ursachen liegen in der mangelnden Infrastruktur im Landesinneren und den weiten Wegen dieses Binnenlandes bis zur Atlantikküste, was sowohl den Im- als auch den Export stark verteuert. Der Ausbruch aus dieser isolierten Lage („Désenclavement") wurde deshalb von der Regierung zum wichtigsten Problem der nächsten Jahre erklärt. Eventuell soll eine Eisenbahnverbindung nach Kamerun oder Gabun geschaffen werden.

Die Zentralafrikanische Republik hat eine Oberfläche von 620.000 km² und ca. 2.500.000 Einwohner. Das Bevölkerungswachstum beträgt 2,5 %. In der Haupstadt Bangui leben ungefähr 400.000 Menschen. Der internationale Handel der ZAR als Binnenland ist abhängig von den Häfen Pointe-Noir (Kongo) und Douala (Kamerun). Die Wirtschaft des Landes ist im wesentlichen agrarisch bestimmt: Kaffee (17.000 t 1982—83), Maniok (272.000 t), Erdnüsse (126.000 t), Tabak (1.200 t 1982—83 und 500 t 1983—84), Baumwolle (32.000 t 1983—84). In der ZAR werden sowohl Diamanten als auch Holzressourcen abgebaut. Diamanten (295 Karat 1983), Holz: unbearbeitetes (266.000 m³ 1983), Schnittholz (60.000 m³ 1983). Das Bruttosozialprodukt stieg 1983 auf 234 Mia. francs CFA.
(aus: Le Monde vom 30.11.84)

Aus der Sicht der Bevölkerung drängen sich jedoch ganz andere Probleme auf. Nur 16 % der Menschen haben Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die durchschnittliche Lebenserwartung betrug 1979 nur 41 Jahre (!). Die Analphabetenquote liegt noch bei über 90 %. Die Vernachlässigung der Landwirtschaft führt zu zunehmender Landflucht und Urbansierungsproblemen (erhöhte städtische Arbeitslosigkeit, Slumbildung). Zur sozialen Desintegraton hat übrgens auch der Diamanten-Boom beigetragen. Da in der ZAR die Diamanten vor allem im südwestlichen Landesteil in den oberen Gesteinsschichten des Erdreichs zu finden sind, machen sich jedes jahr auch viele Bauern mit einfachen Werkzeugen auf, um ihr Glück zu versuchen. Die Erfolge beim Auswaschen des Kieselgesteins sind gering, aber die Folgen gravierend: Die Felder werden vernachlässigt, notwendige Infrastrukturarbeiten im Dorf bleiben unerledigt (Reparaturen, Brunnenbau etc.). Ein Pluspunkt für die ZAR ist, daß ethnische Rivalitäten, die in vielen anderen afrikanischen Staaten so destruktiv auf die soziale Entwicklung wirken, bisher nicht zu größeren Konflikten geführt haben. Traditionell stellen die Angehörigen der Ethnien, die am Oubangui-Fluß leben, die politische Führungselite und die anderen Stämme fühlen sich in der Hauptstadt unterrepräsentiert. Andererseits ist es von großem Vorteil für das Land, das alle Ethnien das „Sangho" — ursprünglich die Sprache der Fluß-Anwohner — als gemeinsames Verständigungsmittel übernommen haben.

Die politische Entwicklung bis heute

Nach der Verfassungsreform von 1946 erhielt auch die Kolonie Oubangui-Chari einen Abgeordnetensitz in der französischen Nationalversammlung. Der Priester B. Boganda wurde ihr erster Repräsentant. Er gründete im Herbst 1949 mit dem „Mouvement d'Evolution Sociale de l'Afrique Noire (MESAN)" eine Partei mit einer panafrikanischen, sozial-humanistischen Befreiungsideologie und errang große Popularität in der Bevölkerung. Bei den Wahlen für das aufgrund der französischen Reformgesetze 1957 geschaffene Territorialparlament von Oubangui-Chari gewann seine Partei sämtliche Sitze und beim Referendum von 1958 über den zukünftigen Status der Kolonie stimmten 98 % der Wähler[24] für den von Bogonda empfohlenen Verbleib in der Communauté Française. Am 1. Dezember 1958 wurde Boganda zum Ministerpräsidenten der autonomen Zentralafrikanischen Republik ernannt. Sein politischer Kampf galt der Schaffung der „Vereinigten Staaten von Latein-Afrika", die alle französischen Territorien in Äquatorialafrika von Gabun bis Tschad umfassen und autonom, aber dennoch in enger Verbindung zum Mutterland, einem liberal-kapitalistischen Entwicklungsweg folgen sollten. Doch Frankreich lehnte einen solchen Staatenbund ab. Die „Kleinstaatenlösung" schien die einzige Alternative zu sein. Als dann auch noch Boganda 1959 bei einem mysteriösen Flugzeugabsturz ums Leben kam,[25] war die Bahn frei für seinen von Frankreich favorisierten Vetter D. Dacko, ebenfalls ein MESAN-Funktionär. Mit der Unterstützung französischer Kolonialkreise konnte sich dieser ehemalige Schullehrer gegen den für soziale Reformen und die völlige Loslösung von Frankreich eintretenden Arzt A. Goumba

Grunddaten

Gebiet				
Gesamtfläche 6 km²)	1982:	622984		
Ackerland und Dauerkulturen (km²)	1980:	19450		
Bevölkerung				
Bevölkerung (Mill.)	1970:	1,82		
Volkszählungsergebnis	1975:	2,06		
	1982:	2,40		
Bevölkerungswachstum (%)	1970—1975:	12,9		
	1975—1982:	16,8		
Bevölkerungsdichte (Einw. je km² Gesamtfläche)	1982:	3,9		
Geborene (je 1000 Einw.)	1975/80 D:	44,3		
Gestorbene (je 1000 Einw.)	1975/80 D:	22,5		
Gestorbene im 1. Lebensjahr (je 1000 Lebendgeborene)	1975/80 D:	154,3		
Lebenserwartung bei Geburt	1980:	44 Jahre		
Gesundheitswesen				
Ärzte	**1970:**	58	**1977:**	105
Einwohner je Arzt (1000)		31,4		20,9
Zahnärzte		1		3
Betten in Krankenhäusern (einschl. medizinischer Zentren)		2981		2940
Betten je 100000 Einw.		164		135
Bildungswesen				
Analphabeten im Alter von 15 und mehr Jahren (% der Altersgruppe)				
männlich	**1962:**	87,0	**1980:**	41,2
weiblich		98,2		79,6
Grundschüler	**1970:**	176300	**1979:**	300000
Sekundarschüler		9691		30000
Studenten (Universität Bangui)		88	**1980:**	1489
Erwerbstätigkeit				
Erwerbspersonen (1000)	**1970:**	900	**1980:**	1082
männlich		450		554
weiblich		449		528

(aus: Statistik des Auslandes — Länderkurzbericht Zentralafrikanische Republik 1983)

durchsetzen, der aus der MESAN austrat und das „Mouvement d'Evolution Democratique de l'Afrique Centrale (MEDAC) gründete. Dacko wurde von Frankreich mehr geschätzt, weil er sich zwar für die formelle Unabhängigkeit einsetzte, aber eine enge Bindung ans Mutterland und einen kapitalistischen Entwicklungsweg einhalten wollte. Er trat in separate Verhandlungen mit Frankreich ein, die zum Abschluß von Kooperationsabkommen auf wirtschaftlichem, militärischem und kulturellem Gebiet führten. Der Oppositionsführer Goumba kritisierte diese Verträge heftig, da Frankreich allein die Bedingungen diktierte. Nichtsdestotrotz wurde die ZAR mit D. Dacko als Präsident am 13.8.1960 in die Unabhängigkeit entlassen.

Dacko verbot sofort die MEDAC, ließ Goumba und andere Oppositionelle inhaftieren und errichtete das erste Einparteiensystem in Afrika. Sein autoritäres Regime wurde von den französischen Siedlern und Händlern begrüßt. Diese waren auch seine einzige Stütze neben den Parteifunktionären und Abgeordneten, denen er für ihre Dienste großzügige Gehälter gewährte. Von einem Rückhalt in der Bevölkerung konnte keine Rede sein, doch statt offenem Widerstand äußerte sich dies eher in einem Rückzug der Bauern vom Markt, über den sie ausgebeutet wurden. Die überhastete Afrikanisierung des Personals im Verwaltungsapparat und den technischen Diensten, eine Sondersteuer für soziale Entwicklung (die aber offensichtlich nur die Taschen der Politiker füllte) und die niedrigen Preise für die Exportprodukte führten insbesondere bei Baumwolle zu erheblichen Produktionsrückgängen (1962: 33.353 t; 1965: 24.445 t) und damit geringeren Deviseneinnahmen. Hinzu kam ein Preisverfall auf dem Weltmarkt für Kaffee. Die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten versuchte Dacko durch eine Kürzung der Ausgaben für den öffentlichen Dienst auszugleichen. Das kam politischem Selbstmord gleich, denn so verlor er die Unterstützung seiner einzigen politischen „Freunde", die nun um ihre Pfründe bangten. Da er sich noch außenpolitisch in die Isolation manövrierte (Kontakte mit der Volksrepublik China, die die Franzosen „befremdeten"), rührte sich keine Hand für ihn, als der Stabschef der nur 1.000 Man starkten Armee der ZAR, Oberst Jean-Bedel Bokassa (ein Onkel Dackos) in der Silvesternacht 1965/66 putschte. Frankreich, das nicht darin verwickelt war, verhielt sich abwartend.

Bokassa: Der Kaiser und Kannibale

Der Staatsstreich Bokassas, der bis 1956 in der französischen Kolonialarmee als Leutnant gedient hatte, war aber mehr ein Wechsel innerhalb der Machtelite mit dem sich die Militärs und Politiker „den Zugang zum Schatzamt offenhalten wollten" wie es ein politischer Beobachter formulierte. Er hob die Verfassung auf und konnte zunächst durch die Abschaffung der Sondersteuern und seinen Kampfansagen gegen die Korruption große Popularität gewinnen. Doch er entwickelte sich immer mehr zum größenwahnsinnigen brutalen Diktator. 1977 krönte er sich in einer pompös-grotesken Zeremonie selbst zum Kaiser Zentralafrikas. Frankreich finanzierte großzügig all seine Eskapaden, entweder direkt wie bei der Krönungszeremonie oder indem man das chronische Haushaltsdefizit mit Geldspritzen ausglich. Der Kaiser, der das Land als sein Privateigentum betrachtete, zweigte dann regelmäßig ein Drittel des Staatshaushalts für sein üppiges Hofleben im Palast von Berengo ab. Er betrieb eine ziemlich sprunghafte, opportunistische Außenpolitik:[26] Er brüskierte Paris mit der Verstaatlichung französischer Unternehmen in der ZAR (1974), nur um kurz darauf — als Frankreich den Geldhahn zudrehte — wieder reumütige Ergebenheitsadressen nach Paris zu schicken. Er strebte eine enge Zusammenarbeit mit der DDR an, aber als das entsprechende Geld ausblieb, wandte er sich eben an Bonn. Er pflegte gute Beziehungen zu Südafrika und der korrupte Mobutu und der Diktator Idi Amin gehörten zu seinen politischen Freunden. Doch Frankreichs Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt Bokassa bis zuletzt die Treue. Schließlich lud ihn der Kaiser regelmäßig zur Elefantenjagd ein und gab ihm „kleine Aufmerksamkeiten" für die werte Gattin in Form kostbarer Diamanten mit auf den Weg.[27]

Bokassa hatte es aber auch geschickt verstanden, andere politische Führungskräfte, die eine Alternative zu seinem Regime hätten enwickeln können, rechtzeitig für seine Zwecke zu vereinnahmen oder ins Exil zu treiben: Dacko stand in den ersten Jahren unter Hausarrest, wurde dann zeitweilig Chefberater Bokassas (Verwandtschaft verpflichtet!) und setzte sich dann nach Paris ab. Gouba, der einstige Führer der MEDAC, den Dacko ins Gefängnis geworfen und Bokassa wieder freigelassen hatte, gründete im Exil in Cotonou/Benin die FPO (Front Patriotique Oubanguien), eine radikale Linkspartei, die für eine von Frankreich wirklich unabhängige ZAR kämpfte. Andere ehemalige MEDAC-Politiker wurden mit einem Posten in der Administration zufriedengestellt. Angé Patassé, ein junger und fähiger Politiker, war zu sehr an Bokassa gebunden (elfmal Minister und von 1976—78 sogar Premierminister), um ein

eigenes politisches Profil entwicklen zu können. In der kleinen Armee war ebenfalls kein Widersacher auszumachen. Nur die Gewerkschaftsbewegung, vor allem die 15.000 Mitglieder starke UGTC und die Schüler- und Studentenvereinigung UNECA wagten hin und wieder Widerstand gegen die Maßnahmen des Regimes.

1979 geriet Bokassa aber zunehmend in Schwierigkeiten. Wegen der rapide anwachsenden Verschuldung des Landes sperrten ihm viele Geberländer die Entwicklungshilfegelder und er konnte nicht mal mehr seine Beamten bezahlen. Seine Kontakte zu Libyen nährten in Frankreich die Sorge vor einem möglichen Zweifrontenkrieg im Tschad. Es gab zwar keine Konflikte der ZAR mit dem Tschad, die dies erwarten ließen, aber dem größenwahnsinnigen Diktator traute man inzwischen alles zu. Bokassa spielte wohl die „libysche Karte", weil er sich einerseits materielle Vorteile durch wirtschaftliche Hilfe Libyens versprach und andererseits glaubte er wohl damit mehr Geld in Paris lockermachen zu können. Doch er reizte offensichtlich zu hoch. Als schließlich auch noch seine persönliche Beteiligung an der Ermordung von 100 Schülern und seine kannibalischen Exzesse bekannt wurden,[28] beschloß man im Elysée-Palast zu Paris einen kleinen Personenwechsel in Bangui vorzunehmen. Ein Kurztrip des Kaisers nach Libyen bot die willkommene Gelegenheit für eine Intervention (Giscard konnte so das Leben seines Busenfreundes schonen[29]).

Die „Opération Barracuda"

Am 23. September 1979 startete die „Opération Barracuda", bei der 900 französische Fallschirmjäger — „auf Ersuchen hoher Politiker", wie es hieß - in Bangui landeten und den neuen Präsidenten gleich aus Paris mitbrachten: Dacko wurde noch einmal aus der politischen Versenkung geholt und zum neuen Präsidenten gekürt.[30] Aber die Kontinuität des Regimes (Dacko übernahm die komplette Ministerriege seines Onkels) rief Widerstand in der Bevölkerung, genauer gesagt in der städtischen Bevölkerung hervor. Vor allem Schüler und Studenten gingen immer wieder auf die Straße und lieferten sich Schlachten mit der Polizei. Dacko ließ die von Bokassa außer Kraft gesetzte Verfassung überarbeiten und ließ für den März 1981 erstmals wieder Präsidentenwahlen zu. Er gewann mit einer hauchdünnen Mehrheit von 50,2 % der Stimmen gegen seinen Rivalen (darunter Patassé mit 38,1 % und Goumba mit 1,4 % der Stimmen). Die Opposition versuchte die Wahl anzufechten, weil sie in der nur dreiwöchigen offiziellen Wahlkampfzeit sich nicht genügend zur Geltung habe bringen können.[31] Es gab wieder Unruhen in Bangui und als sogar ein Bombenanschlag verübt wurde, rief Dakko den Belagerungszustand aus; franzö-



Kaiserlich-kirchlicher Bruderkuß. Bokassa umarmt den Gesandten des Papstes



Bokassas Strafjustiz: Unter seiner Herrschaft wurden Dieben die Ohren abgeschnitten

sische Soldaten patrouillierten in den Straßen, um „ihren" Mann in Bangui zu schützen. Aber Dacko konnte die innenpolitischen Querelen nicht beenden und so übernahmen am 1.9.1981 die Militärs unter General André Kolingba die Macht von Dacko, der aus „Gesundheitsgründen" zurücktrat. Auch dieses Revirement war eigentlich kein Putsch, sondern lediglich ein Machtwechsel innerhalb der Führungselite, der von Frankreich abgesegnet wurde. Unter der Führung Kolingbas setzte das „Comité Militaire de Redressement National — CMRN" (Militärkomitee des nationalen Wiederaufbaus) die Verfassung außer Kraft und löste die Parteien auf. Damit übernahm das Militär erstmals die Führungsrolle innerhalb der zahlenmäßig kleinen Elite der ZAR. Der Putsch von 1965 war weniger eine Aktion der Armee als die Bokassas gewesen. Doch der Kaiser baute seine Präsidentengarde zu Lasten der Armee aus und so war dieser Staatsstreich von 1981 ein Versuch, dem Militär wieder einen gebührenden Platz in der Führungselite des Landes zu sichern. Seit 1981 werden denn auch Armeeangehörige mit Privilegien überhäuft, der Sold wurde verfünffacht. Schließlich ist die Armee auch angetreten, um angesichts der Schwäche Dackos „Schlimmeres" zu verhüten, d. h. Patassé oder gar Goumba die Möglichkeit zu geben, die politische Macht zu erringen. Dies hätte eine Abkehr von Frankreich bedeutet und damit auch eine Einschränkung der Waffenlieferungen und der militärischen Ausbildungshilfe für die Militärs. Wie sehr Kolingba für eine frankreichfreundliche Fraktion in der Elite steht, zeigt die Tatsache, daß der französische Colonel Mansion nicht nur Chef der Sicherheitstruppe, sondern auch engster Berater des Präsidenten wurde. Unter Mitwirkung dieser „grauen Eminenz" fährt die neue Regierung innepolitisch einen repressiven Kurs und versucht damit die wirtschaftlichen Schwierigkeiten (90 Mrd. Franc CFA Auslandsverschuldung) und die u. a. durch Auflagen des Internationalen Währungsfonds für einen neuen Kredit noch verschärften sozialen Spannungen (Generalstreik der Schüler und Studenten im Januar 1985) unter Kontrolle zu bringen.[32]

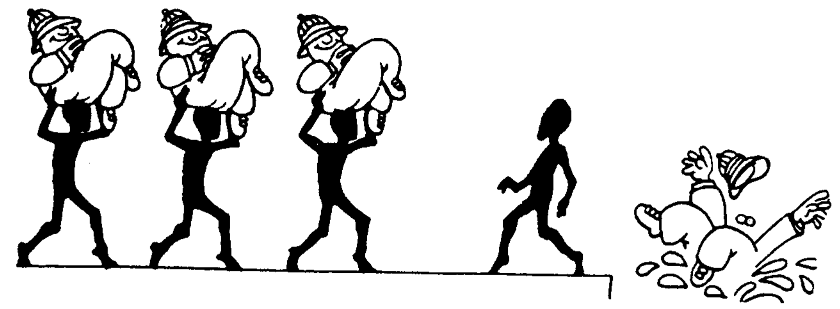
Fazit

Die ZAR ist ein Beispiel für ein extrem von außen gesteuertes, sprich von französischen Interessen geformtes und von französischem Geld und Truppenpräsenz abhängiges Land. Frankreich investiert viel Geld, um die Macht einer kleinen politischen Elite auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung zu erhalten; aber unterm Strich zählt wohl mehr die strategische Bedeutung der politisch-militärischen Präsenz in dieser Region und die nicht genau quantifizierbaren Profite, die französische Tochterfirmen ins Mutterland transferieren. Für die Bevölkerung der ZAR bedeutet dies wahrscheinlich noch auf Jahre hinaus, daß sie zur Finanzierung der durch ihre wechselnden Herrscher aufgetürmten Schuldenberge aufkommen muß, ohne Chance, sich politisch zu organisieren und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in die eigenen Hände zu nehmen.

Roland Weiß

Anmerkungen:

1 vgl. iz3w vom März 85
2 vgl. Elsenhans, H.: „Schon 1884 nicht zeitgemäß? Die begrenzte Bedeutung der Kolonien für Europa. in: Der überblick, 1/84, S. 11 f.
3 Ki-Zerbo, J.: Die Geschichte Schwarz-Afrikas, Wuppertal 1979, S. 353
4 vgl. Ziemer, K.: West- und Zentralafrika: Grundstrukturen und länderübergreifende Problemstellungen. in: Nohlen, D./Nuscheler, F.: Handbuch der Dritten Welt, Bd. 4, Hamburg 1982, S. 101
5 vgl. dazu Post, U.: „Franc-Zone: Koloniales Überbleibsel?" in: Der Überblick, 1/84, S. 43
6 CFA bedeutete vor der Unabhängigkeit „Colonies Française d'Afrique
7 nach „Le Monde" vom 19./20.12.1979
8 vgl. „Le Monde" vom 20.3.1982 und „Afrique-Asie" No. 338 vom 31.12.1984, S. 44
9 Zur französischen Interventionstradition vgl. den Artikel „Altes und Neues von der französischen Front" in der „TAZ" vom 3.10.1979
10 Das Regime der konservativen Präsidenten von Kamerun, Ahidjo, war zu Beginn der 60er Jahre ständig durch die für die nationale Souveränität kämpfende Rebellen der UPC-Partei bedroht und konnte sich nur mit Hilfe französischer Soldaten an der Macht halten. In Gabun griffen die Fallschirmjäger 1964 ein, um den bei einem Staatsstreich gestürzten Präsidenten wieder ins Amt einzusetzen.
11 Es handelte sich um einen Aufstand des Luanda-Stammes gegen die Zentralregierung, der von Angola aus unterstützt wurde.
12 vgl. „Afrique-Asie" No. 338 vom 31.12.1984, S. 43
13 benannt nach den bedeutendsten Flüssen dieser Region
14 Zur Herrschaft der Konzessionsgesellschaften vgl. Kalck, P.: Central African Republic. A Failure in De-Colonisation. London 1971, S. 51 f
15 Ki-Zerbo, J. a.a.O., S. 472
16 vgl. Kalck, P. a.a.O., S. 51
17 vgl. Kalck, P. a.a.O., S. 115
18 Ein Vertrag zwischen der Europäischen Gemeinschaft und 66 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik über Handelserleichterungen und Stabilisierung von Exporterlösen dieser Länder. 1984 wurde bereits das dritte Abkommen in Lomé/Togo geschlossen.
19 vgl. Soulas de Russel, J. M.: Zentralafrikanische Republik. in: Nohlen D./Nuscheler F. a.a.O., S. 526
20 vgl. Soulas de Russel a.a.O., S. 529
21 vgl. Nohlen D. (Hg.): Lexikon Dritte Welt. Hamburg 1984, S. 617
22 vgl. Soulas de Russel a.a.O., S. 530
23 Die Zahlenangaben in diesem Kapitel beruhen auf Soulas de Russel a.a.O., S. 524 f.
24 vgl. Kalck, P. a.a.O., S. 101. Am Referendum beteiligten sich 493.000 Wähler, das waren schätzungsweise 50 % der erwachsenen Bevölkerung.
25 Die Ursache ist bis heute nicht geklärt. Ein Untersuchungsbericht der französischen Regierung wurde nie veröffentlicht. Als die Wochenzeitung „L'Express" über Spuren von Explosionen an Bord der Maschine berichtet, wurde sie beschlagnahmt; vgl. Kalck, P. a.a.O., S. 106
26 vgl. „Der Spiegel" No. 36 vom 30.8.1971, S. 44 ff.: „Nichts für nichts"
27 zu den Geschenken wg. Giscard d'Estaing und an seine Familie vgl. „NZZ" No. 217 vom 9.9.1980: „Bokassas Diamanten und kein Ende" und iz3w No. 89, Nov. 1980
28 Eine Untersuchungskommission der OAU bestätigte, daß Bokassa selbst Schüler ermordet hatte und nach seinem Sturz wurde menschliche Leichenteile in den Kühltruhen seines Palastes gefunden.
29 vgl. „Der Spiegel" No. 1/2 vom 5.1.1981 „King of Kongs". Bokassa erhielt zunächst in der Elfenbeinküste Asyl und lebt heute in Paris.
30 vgl. „TAZ" vom 9.10.1979: „Wie in den guten alten Kolonialzeiten"
31 vgl. „Die Neue" vom 16.4.1981: „Dacko Präsident von Giscards Gnaden".
32 vgl. „Afrique-Asie" No. 324 vom 5.11.1984, S. 38



DDT schützt vor Malaria.

Müssen wir unsere Kinder vor DDT schützen?

Die DDT-Lüge der chemischen Industrie

„DDT schützt vor Malaria — Müssen wir unsere Kinder vor DDT schützen?“ Dies sind die Headlines von ganzseitigen Anzeigen (im redaktionellen Teil rechts plaziert), die in den letzten Wochen in vielen großen Tageszeitungen abgedruckt waren. Zu diesen fetten Schlagzeilen ein Foto, das einen jungen, verantwortungsbewußten Vater mit seinem Kind, sicher in den Armen gehalten, zeigt. Unter diesem Foto „informiert“ „Die Chemische Industrie“ über das DDT-Problem. Sie gibt sich kritisch und ausgewogen. Sie gesteht gleich zu Anfang ein, daß DDT nicht ungefährlich und eine „Belastung für Mensch und Umwelt ist“. DDT, ein Pestizid, ist vor allem aufgrund seiner chronischen Giftigkeit gefährlich. Die Gesamtspeicherkapazität im menschlichen Körper ist sehr hoch. Außerdem ist DDT sehr langlebig. So lassen sich heute noch im Wein der Jahrgänge 81—83 DDT-Rückstände finden, obwohl DDT schon seit 1972 in der BRD verboten ist.

Dies ist für die Chemische Industrie anscheindend doch nicht so schlimm, da ja DDT „auch wieder ausgeschieden wird.“ Bei Untersuchungen an Arbeitern, die jahrelang „Höchstbelastungen von DDT“ ausgesetzt gewesen seien, konnten keine gesundheitlichen Folgen festgestellt werden. Daß die Anwendung von DDT auch zu akuten Vergiftungen mit Todesfolge führen kann, beweist das Beispiel Südafrika, wo im vergangenen Jahr über 100 Tote durch DDT und Dieldrin zu beklagen waren. Betroffene waren vor allem Landarbeiter.

Noch bestehende Bedenken gegen die Anwendung von DDT werden im weiteren Text der Anzeige weggewischt: „DDT — die Lösung des Malaria-Problems“. Als Beweis wird Sri Lanka angeführt, wo nach dem Anwendungsstop die Malaria-Fälle in den 70er Jahren wieder sprunghaft auf 2,5 Millionen angestiegen sind. Doch dieser Anstieg war weltweit zu registrieren. Nach anfänglich guten Erfahrungen mit DDT kam es in den 70er Jahren zu Rückschlägen bei der Malaria-Kampagne, da die Anopheles-Mücke (Überträger von Malaria) gegen Insektizide rasch resistent wird. So haben 1978 bereits 51 Arten der 60 Anopheles Familien Resistenzen entwickelt, 34 davon gegen DDT. Schuld an dieser Entwicklung ist weniger der Pestizideneinsatz in der Malariaprophylaxe, als die chemische Schädlingsbekämpfung in der Landwirtschaft. DDT, inzwischen in den meisten Industrieländern verboten, wird immer noch in großen Mengen in der Landwirtschaft der Dritten Welt eingesetzt. Aber nicht nur aus medizinischen Gründen ist DDT notwendig, sondern „DDT (ist) ein Weg aus dem Hunger.“

„Denn DDT schafft die wichtigste Voraussetzung, um Sumpfgebiete in fruchtbares Ackerland verwandeln zu können“ so ist weiter in der Anzeige zu lesen. Denn erst „mit Hilfe von DDT“ können die Bauern jetzt ihr Land „ohne gesundheitliches Risiko“ bebauen.

Die Chemische Industrie hat diese PR-Anzeige nur kurze Zeit nach dem Start der weltweiten Kampagne des Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) gegen die für Mensch und Tiere gefährlichen Pestizide in Umlauf gesetzt. Am Beispiel von 12 ausgesuchten, höchst gefährlichen Pestiziden, dem „Dreckigen Dutzend“, sollen die Gefahren durch Produktion, Handel und Anwendung von diesen Mitteln aufgezeigt werden. Die Liste des „Dreckigen Dutzend“ umfaßt die Pestizide HCH/Lindan, Toxaphen, Chlordan/Heptachlor, Chlordimeform, DBCP, DDT, die „Drins“ (Aldrin, Dieldrin und Endrin), EDB, PCP, Paraquat, Parathion und 2,4,5-T. Die meisten der auf der Liste aufgeführten Pestizide sind in den Industrieländern verboten oder unterliegen dort starken Beschränkungen. In den Ländern der Dritten Welt werden sie jedoch weiterhin verkauft und angewandt. Deshalb sind auch die Hauptbetroffenen des „Dreckigen Dutzends“ Menschen in der Dritten Welt. Die Hälfte aller Vergiftungen und drei Viertel aller Todesfälle ereignen sich in diesen Ländern.

Die Kampagne des „Dreckigen Dutzend“ soll ein Jahr dauern, wobei jeweils einen Monat lang einem Pestizid besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden soll. Im Juli ist es nun DDT. Im nächsten Monat wird es Chlordan und Heptachlor sein. Man darf auf die nächsten PR-Anzeigen der Chemischen Industrie gespannt sein.

Alle Gruppen und Personen, die sich an dieser Kampagne beteiligen möchten, können beim Pestizid-Aktions-Netzwerk, Nernstweg 32—34, 2000 Hamburg 50 weitere Informationen erhalten.

Eine Reise in das Land der Morgen-frische

„Stalinistische Diktatur", „byzanthinischer Personenkult um einen größenwahnsinnigen Führer", „kommunistische Dynastie": diese und ähnliche (Vor-) Urteile existieren in der westlichen Öffentlichkeit über den sozialistischen Norden Koreas.

Einige Wochen vor unserer Abreise berichtete mir ein südkoreanischer Diplomat, in Nordkorea seien Unterernährung und soziales Elend noch heute weit verbreitet.

Ich war schon ein wenig gespannt, das westliche Negativbild, aber auch die nordkoreanische Selbstdarstellung mit der Wirklichkeit im sozialistischen Korea zu konfrontieren. Wir sollten während unseres 16tägigen Aufenthaltes, auf Einladung der „Gesellschaft für kulturelle Beziehungen im Ausland" (Sitz: Pyongyang), im März und April 1985 ausgiebig Gelegenheit zu Begegnungen und Gesprächen — ohne Berührungsängste und Tabus — erhalten. Ich hatte mir vorgenommen, Nordkorea vorurteilslos, aber mit offenen Augen und einem scharfen Blick zu besuchen.

Folgende Fragen stellte ich mir ständig: Unter welchen konkreten Bedingungen leben und arbeiten die Menschen in Nordkorea? Wie sieht gegenwärtig der ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungsstand aus? Auf welchem geschichtlichen Hintergrund konnte er erreicht werden? Welche weltanschaulichen Triebkräfte bestimmen die nordkoreanische Gesellschaft? Vor welchen inneren und äußeren Schwierigkeiten steht das Land? Wie sieht seine Zukunft aus?

Stadt und Industrie

Die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) ist, gemessen an den relativen industriellen Produktionskapazitäten, das am stärksten industrialisierte Land unter den sozialistischen Ländern Asiens. Bei einigen wichtigen Industrieerzeugnissen (elektrischer Strom, Rohstahl, Handelsdünger, Zement, Textilgewebe) liegt nach westlichen Schätzungen das Niveau der durchschnittlichen Produktionsmenge je Einwohner auf dem der osteuropäischen Länder. Gegen den Willen der Sowjetunion baute das an Bodenschätzen reiche Nordkorea nach dem Ende des Koreakrieges im Jahre 1953 eine eigene Maschinenindustrie auf, die nach offiziellen Angaben heute 98 % des Verbrauchs deckt. Traktoren, Busse und Lastwagen stammen fast vollständig aus der koreanischen Produktion.

Das Symbol für die Industrialisierung aus eigener Kraft ist das Maschinenwerk Daean, eine knappe Autostunde von der Hauptstadt Pyongyang entfernt. Wir haben ein Gespräch mit dem stellvertretenden Werksleiter. Das im Koreakrieg vollständig zerstörte Maschinenwerk wurde in den Jahren 1975 bis 1980 für die Produktion von Großmaschinenteilen umgerüstet. Es zählt 30 Teilwerke mit über 10000 Beschäftigten. Daean produziert hauptsächlich für den einheimischen Bedarf. 5 % der Herstellung, so der Werksleiter, würden exportiert, und zwar Transformatoren und Motoren nach Bulgarien, China, Thailand und Indien.

Daean stellt einen Musterbetrieb dar, der Maßstäbe für das ganze Land setzen soll. 60 % der Beschäftigten sind Mitglieder der Partei der Arbeit Koreas (PdAK), der herrschenden kommunistischen Staatspartei. In Daean wurde im Dezember 1961 unter der persönlichen Anleitung Präsident Kim Il Sungs das sogenannte „Daeaner Arbeitssystem" entwickelt, das die zuvor von dem Fabrikdirektor geführten Verwaltungstätigkeiten einer kollektiven Leitung übertrug. Das 50-köpfige Parteikomitee (bestehend aus dem Parteisekretär, dem Betriebsvorsitzenden, dem Chefingenieur, dem Gewerkschaftsvorsitzenden und 46 Parteimitgliedern aus den verschiedenen Abteilungen und Brigaden) legen auf dreimal im Monat abgehaltenen Versammlungen den Produktionsplan fest. Dem Parteikomitee obliegen auch die technische Verwaltung des Werkes, die Wartung der Produktionsanlagen und Fragen der sozialen Versorgung wie die Beschaffung von Werkswohnungen für die Arbeiter und Angestellten.

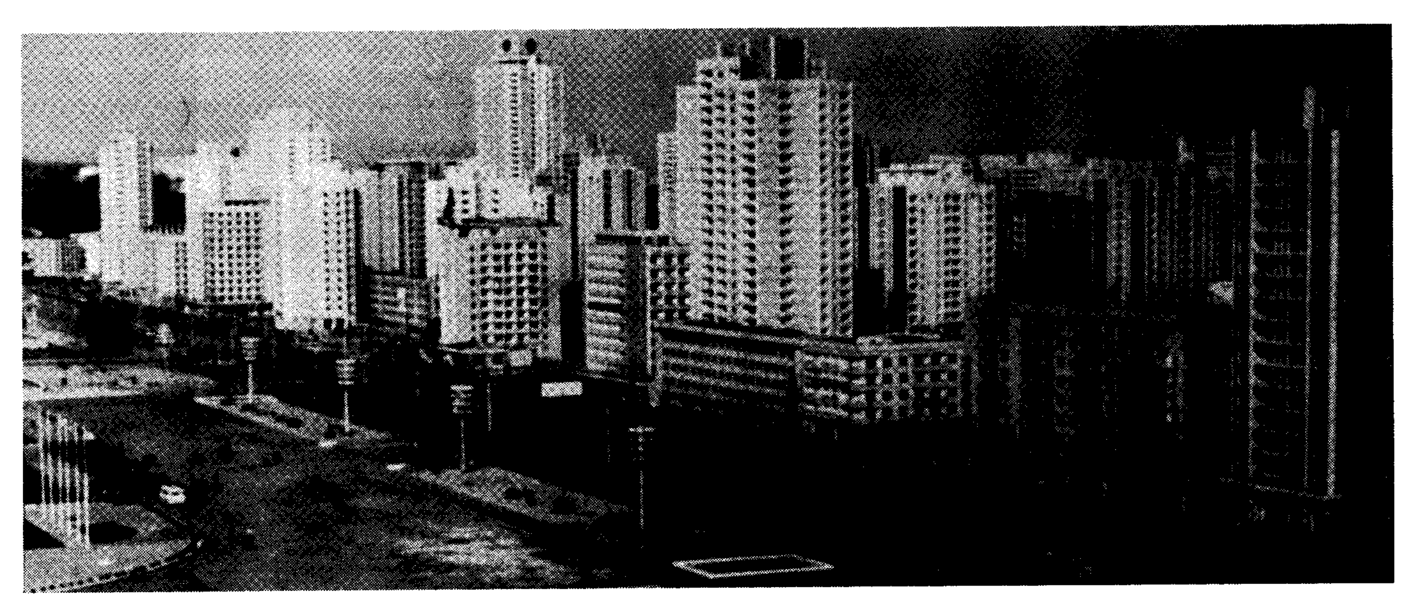
In Daean wird an sechs Tagen in der Woche in zwei bis drei Schichten gearbeitet. Offensichtlich besteht ein Akkordsystem. Zwar wurde uns versichert, Techniker und Arbeiter würden vor Ort entscheiden, ob und wann das Fließband schneller gestellt werde; doch die endgültige Entscheidung über die Akkordmenge bleibt dem Betriebsparteikomitee vorbehalten. Die Arbeitshetze in den Werkshallen ist jedoch augenscheinlich relativ gering.

Das Lohnniveau liegt im Musterbetrieb Daean kaum über dem Landesdurchschnitt. 70—80 Won beträgt der monatliche Mindestlohn, 180—200 Won der Spitzenlohn. Hinzu kommen Prämien (für die Entwicklung neuer Techniken, für Planübererfüllung oder Materialsparen), über deren Höhe man uns keine klare Auskunft erteilte. Die aus anderen Betrieben entlehnten Daten legen die Vermutung nahe, daß die Prämien durchschnittlich die Hälfte, aber nicht mehr als 80 % des Grundlohns betragen. So erhalten Frauen in einer Seidenstickerei bei einem durchschnittlichen Grundlohn von 110 Won (90—160 Won) ca. 60 Won zusätzlich an Prämien.

Reicht der Verdienst zur Sicherung des Lebensunterhaltes aus? Hierzu einige Überlegungen: In Nordkorea arbeiten in der Regel Mann und Frau. Das durchschnittliche Monatseinkommen einer 5—6köpfigen Stadtfamilie beträgt 300 Won. In der DVRK werden seit 1974 die Einkommenssteuern vor der Gehaltsauszahlung vom Arbeitslohn abgeschöpft, so daß die obengenannten Verdienste Nettoverdienste sind. Der Staat übernimmt die Kranken- und Sozialversicherung sowie die Altersversorgung. Das Erziehungswesen und das Gesundheitswesen sind kostenlos. Für ihre Wohnung zahlen die koreanischen Familien nur eine symbolische Miete, die einschließlich Nebenkosten 1—3 % des Einkommens beträgt. Der Staat subventioniert wichtige Grundnahrungsmittel. Die Verkaufspreise für 1 kg Reis (8 Chon = 0,08 Won) und 1 kg Mais (6 Chon) liegen weit unter den Ankaufspreisen (60 Chon bzw. 40 Chon). Auch Gemüse, Obst und Hühnerfleisch werden zu niedrigen Preisen angeboten und sind in den städtischen Läden reichlich vorhanden. Längere Schlangen vor Lebensmittelgeschäften konnten wir nicht beobachten. Die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln scheint ausreichend zu sein. Die städtischen Familien müssen maximal die Hälfte des Einkommens für die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse, für Nahrung, Wohnung und Kleidung ausgeben, so daß offenbar niemand in großer Armut zu leben braucht.

Viele Luxus- und Qualitätsgüter werden jedoch streng rationiert oder sind nur in Spezialgeschäften wie dem großen Kaufhaus Nr. 1 in Pyongyang zu sehr hohen Preisen erhältlich. Doch die Koreaner können ein Großteil ihres Monatslohns für den Kauf dieser Luxusgüter zurücklegen, so daß in den Städten ein bescheidener, gleichmäßig ansteigender Wohlstand herrscht. Der Fernsehapparat ist der Luxusartikel Nr. 1. Viele Familien sparen auf ihn, und in Pyongyang sollen die meisten bereits ein Gerät besitzen, wenn auch meistens nur in Schwarz-Weiß.

Trotz aller Erfolge gibt es noch schwere Probleme. Ein Problem ist die Wohnungs-



Innenstadt von Pyongyang

Foto: F. J. Krücker

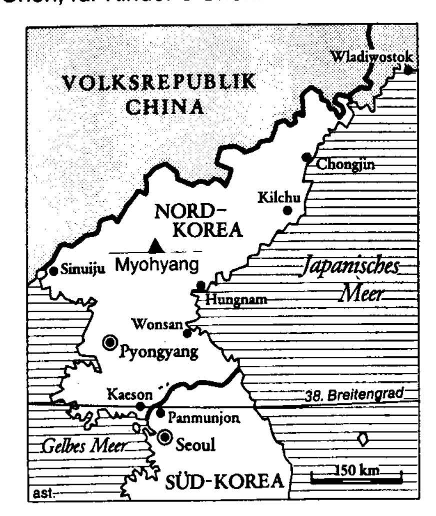
not. In Pyongyang, wo die amerikanischen Bomber im Jahre 1953 nur drei Gebäude unzerstört ließen, konnte sie durch ein gewaltiges Wohnungsbauprogramm in den letzten zwei Jahrzehnten gelindert werden. Nach langem Drängen zeigte man uns am letzten Besuchstag eine Neubauwohnung. Das sozial der technischen Intelligenz zugehörige Ehepaar bewohnt mit seinen drei Kindern eine Drei-Zimmer-Wohnung von 50—60 m^2. Die Wohnung hat Fußbodenheizung und ist verhältnismäßig komfortabel ausgestattet. In der vom Kriege weniger heimgesuchten Stadt Kaesong scheint die Wohnungssituation besser auszusehen. Es stehen hier pro Einwohner 15 m^2 Wohnfläche zur Verfügung; in naher Zukunft sollen es 25 m^2 sein.

Neben der Wohnungssituation ist das Transportwesen verbesserungsbedürftig. Während der Großraum Pyongyang verkehrstechnisch hervorragend erschlossen ist, liegt auf dem Lande doch manches im argen. Die Koreaner vertuschen die Schwierigkeiten nicht und versuchen sie zu meistern. Sie planen für die nächsten zehn Jahre eine Modernisierung und Erweiterung des Straßen- und Eisenbahnnetzes sowie den Ausbau der Binnenschiffahrt, um die durch Transportprobleme verursachten Reibungsverluste in der Wirtschaft zu mildern.

Auf der 200 km langen Fahrt von Pyongyang zum Berg Myohyang (siehe Karte) sehen wir Dutzende von Baustellen. Überall waren Straßenbauarbeiter damit beschäftigt, die aufgrund der extremen Witterungsunterschiede entstandenen Asphaltschäden auszubessern und neue Straßen anzulegen.

Die Probleme sollten nicht überbewertet werden. Verglichen mit anderen asiatischen Ländern sind die Verkehrsprobleme nicht so groß, wie sie uns Westeuropäern auf den ersten Blick erscheinen mögen. Die DVR Korea verzichtet bewußt auf den privaten Personenverkehr. In Pyongyang und anderen Städten beobachten wir außer den Funktionärslimosinen keine PKW's auch kaum Fahrräder, aber viele elektrisch betriebene Busse. Auf dem Lande wird neben dem privaten Fahrrad und den öffentlichen Bussen viel die Eisenbahn im Personenverkehr genutzt. Das zu 90 % elektrifizierte Eisenbahnnetz besitzt im Vergleich zum Straßensystem einen höheren Entwicklungsgrad.

Seit 1970 gibt es in der Hauptstadt eine 100 m unter der Erdoberfläche liegende, atombombensichere Metro. Die Pyongyanger Metro gehört zu den modernsten Asiens, hat eine Länge von 32 km und befördert täglich 300 000 Gäste. Der Preis für eine Bahnfahrt beträgt für Erwachsene 10 Chon, für Kinder 5 Chon.



Soll Nordkorea in Zukunft den Weg Chinas beschreiten und schrittweise den privaten Personenverkehr fördern? Diese Frage können nur die Koreaner selbst beantworten. Immerhin zählt Pyongyang zu den saubersten und umweltfreundlichsten Großstädten der Erde. Weitläufige Grünflächen schließen zugleich Erholungsgebiete der Bevölkerung (Freizeitanlagen, Zoo usw.) ein.

Der „neue chinesische Weg" wird in Nordkorea beachtet. Im vergangenen Jahr besuchte Vizeministerpräsident und Wirtschaftsfachmann Kong Jint'ae Chinas ökonomische Sonderzone Shenzhan in der Nähe Hongkongs. Im September 1984 verabschiedete die Oberste Volksversammlung der DVRK ein Joint-Venture-Gesetz, das die Modalitäten für die Schaffung von gemeinsamen Unternehmen mit ausländischen Investoren regelt.[2] Wir fragten Li Chol-su, den Vizevorsitzenden des Außenwirtschaftskomitees, mit welchen Ländern die DVRK gemeinsame Unternehmen betreiben wolle. Vorrangig sei an westeuropäische Firmen gedacht. Aber auch Koreaner, die in Japan oder den USA lebten, seien aufgefordert, ihr Kapital in der DRVK zu investieren.

Ein erstes gemeinsames Unternehmen wurde bereits in Angriff genommen. Zusammen mit Frankreich wird ein Hotel gebaut. Mit der westdeutschen Firma Klöckner-Humboldt-Deutz ist der Aufbau einer Zementfabrik geplant. Die Bundesrepublik rangiert heute hinter der Sowjetunion, China und Japan als viertgrößter Handelspartner der DVRK. Der nicht unbedeutende westdeutsche Export von modernen Maschinen schlägt sich nicht nur im Daeaner Maschinenpark nieder.

Nach dem Abzug einer Steuer von 25 % des Nettoerlöses wird der Gewinn entsprechend den Kapitalanteilen unter den Partnern aufgeteilt. Die Gewinne können auf Wunsch auch vollständig in das Ausland transferiert werden. Die genauen Vertragsbestimmungen müßten von den Partnern ausgehandelt werden; das Gesetz vom September 1984 stecke lediglich den groben Rahmen ab. Eine Beteiligung ausländischer Unternehmen am Bodenkauf sei jedoch nicht möglich.

Es sei ebenfalls nicht vorgesehen, daß der ausländische Kapitalanteil bis zu 100 % betragen könne. Auf die chinesische Praxis anspielend, meinte Li Chol-su: „Diese Methode wird in Ländern mit einem großen Territorium und einem ungleichmäßigen Entwicklungsniveau angewandt. Unser Land ist jedoch in Stadt und Land, in Landwirtschaft und Industrie gleichmäßig

entwickelt. Wir brauchen folglich diesen Weg nicht einzuschlagen."

Die Koreaner sehen sowohl die Nutzen als auch die Gefahren der mit den Joint Venture verbundenen Wirtschaftspolitik. Die Nutzen liegen klar auf der Hand. Westliche Spitzentechnologie, die die Koreaner kurz- und mittelfristig nicht aus eigenen Anstrengungen heraus entwickeln können, soll für eine grundlegeende Modernisierung der einheimischen Industrie verwendet werden, um das Lebensniveau der Bevölkerung um einen weiteren Schritt anzuheben. Die Gefahren einer zu starken Weltmarktabhängigkeit Nordkoreas schätzte unser Gesprächspartner als relativ gering ein. „Die in den gemeinsamen Betrieben hergestellte Produktionsmenge macht nur einen ganz kleinen Anteil an der Gesamtproduktionsmenge aus. Obwohl wir in Zukunft ungefähr 100 gemeinsame Betriebe einrichten wollen, wird ihr Produktionsanteil gering sein... natürlich bleibt unser Land von weltwirtschaftlichen Schwankungen nicht völlig unbeeinflußt. Doch diese Schwankungen sind nicht bedeutend."

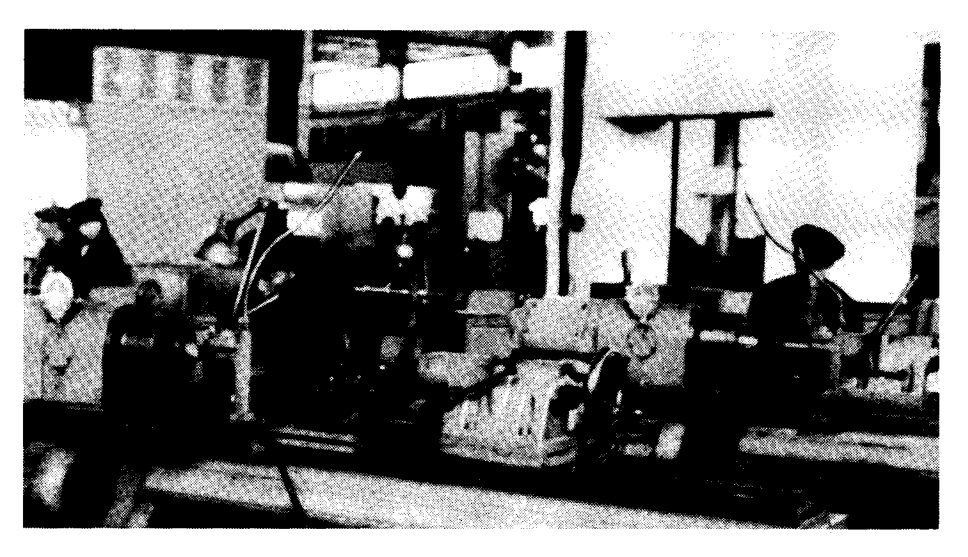
Doch es drängt sich die Frage auf, ob die koreanischen Arbeiter in den gemeinsamen Unternehmen nicht einem primär kapitalistisch orientierten Produktionsprozeß unterworfen werden. Die möglichen negativen Auswirkungen auf das Sozialgefüge der DVRK sollten nicht unterschätzt werden. Nach Li Chol-sus Angaben würde ein Arbeiter in einem gemeinsamen Unternehmen ungefähr den 1,5fachen Nettoverdienst eines in einem koreanischen Betrieb arbeitenden gleichqualifizierten Kollegen erhalten. Zwei Klassen von Arbeitern im sozialistischen Korea? Die Zukunft wird es zeigen.

Die mit dem Joint-Venture-Gesetz verbundene neue Wirtschaftspolitik eröffnet unter nationalen Gesichtspunkten Perspektiven, die in ihrer Tragweite heute noch nicht abzusehen sind. Es kann in den kommenden Jahren ein Erfahrungsschatz gesammelt werden, der bei der Realisierung der von Präsident Kim Il Sung vorgeschlagenen Nord-Süd-Konföderation (ein Staat mit zwei Teilregierungen und zwei verschiedenen Gesellschaftssystemen) durchaus nutzvoll einzubringen wäre.

Landwirtschaft

Trotz der relativ fortgeschrittenen Industrialisierung spielt das nordkoreanische Dorf eine wichtige Rolle. Noch heute leben zwei Fünftel der Bevölkerung auf dem Lande. Vor 1945 mußten die Reiskammern Südkoreas die Agrardefizitgebiete des Nordens versorgen. Heute hat Nordkorea die Ernährungsfrage gelöst, während die vernachlässigte südkoreanische Landwirtschaft den einheimischen Bedarf kaum zu zwei Dritteln deckt. Obwohl die südkoreanische Regierung diesen Tatbestand leugnet, bestätigen nahezu alle westlichen Koreaspezialisten die nordkoreanischen Erfolge auf dem Gebiet der Landwirtschaft.[3]

Während sich die Bevölkerung Nordkoreas in den vergangenen vier Jahrzehnten verdoppelte, verfünffachte sich die Agrarproduktion. Nach offiziellen Angaben stieg der Ernteertrag von 2,16 Mio t im Jahre 1944 auf 3,8 Mio t im Jahre 1960 und auf 7.0 Mio t im Jahre 1974. Im Jahre 1984 wurde die Rekordernte von 10 Mio t Getreide gemeldet. Die DVRK kann ihre Bevölkerung offensichtlich ausreichend ernähren und sogar Getreideüberschüsse exportieren.



Im Maschinenwerk Daean — *Foto: Wolfgang Pack*

Die Erfolge lassen sich zu einem gewissen Grade mit der Einführung von neuem ertragreicherem Saatgut, der Mechanisierung und Chemisierung der Landwirtschaft seit Mitte der sechziger Jahre erklären. Das sind wichtige, aber keine hinreichenden Faktoren; denn viele Länder der „Dritten Welt", die zur gleichen Zeit eine ähnliche Politik vorantrieben, scheiterten im Gegensatz zur DVRK.

Nordkorea verknüpfte die o. g. Prinzipien mit einer effizienten kollektivierten Landwirtschaft und mit dem Ausbau eines komplexen Bewässerungssystems, das die Landwirtschaft weitgehend unabhängig von extremen Witterungseinflüssen machte. Unsere Gesprächspartner verwiesen auf die Flutkatastrophe vom Herbst 1984, die in Südkorea die Existenz Zehntausender Bauernfamilien vernichtete, während die Auswirkungen auf Nordkoreas Landwirtschaft geringfügig gewesen seien. Einige amtliche Zahlenangaben aus dem landwirtschaftlichen Ausstellungshaus von Pyongyang: Von den etwas mehr als 2 Millionen Chongbo (1 Chongbo = 0,992 ha) landwirtschaftlich genutztem Land werden 1,4 Millionen Chongbo künstlich bewässert. Das Netz der Bewässerungsanlagen umfaßt ca. 40 000 km Bewässerungskanäle, 12 000 Pumpstationen und 1700 Wasserreservoire. Über den Mechanisierungsgrad für verschiedene landwirtschaftliche Tätigkeiten werden folgende Angaben gemacht: Anpflanzung von Reis — 100 %, Jäten — 55 %, Dreschen — 100 %, Erntearbeit — 70 %, Reisumpflanzung — 95 %. In hügeligen Gebieten sollen angeblich sechs Traktoren, in den Ebenen sieben Traktoren pro 100 Chongbo eingesetzt werden.

Diese Angaben dürften sich mehr auf die theoretisch möglichen Leistungen der vorhandenen Maschinen und Geräte, als auf die tatsächlichen maschinellen Leistungen beziehen, zumal noch heute offizielle Parteidokumente die Notwendigkeit einer gesteigerten Versorgung mit Maschinen aller Art hervorheben.[4] Auch auf den Einsatz von Zugtieren für die Bodenbearbeitung ist aufgrund der gebirgigen Struktur des Landes nicht völlig zu verzichten. Dennoch erscheint unbestreitbar, daß beachtliche Fortschritte bei der „komplexen Mechanisierung" der Landwirtschaft erzielt worden sind. Die nordkoreanische Landwirtschaft ist eine der modernsten Asiens und braucht selbst den Vergleich mit der japanischen nicht zu scheuen.[5]

Insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent gilt Nordkoreas Landwirtschaft als Vorbild. Nordkoreanische Agrarexperten leiten Projekte in: Guinea, Guinea-Bissau, Ghana, Togo, Äquitorial-Guinea, Zentralafrikanische Republik, Tansania, Uganda, Sambia, Burundi, Äthiopien und Somalia.

Obwohl die landwirtschaftliche Selbstversorgung bereits gesichert ist, will man die Getreideernte dem staatlichen Plan zufolge auf 15 Millionen t bis Ende der achtziger Jahre steigern, um ein wachsendes Agrarexportvolumen zu sichern. Ist dieses ehrgeizige Ziel realistisch? Die Regierung plant bis 1990 die Neulandgewinnung von 200 000 Chongbo Ackerland im Landesinneren durch Terrassierungen und von 300 000 Chongbo Marschland durch Eindeichungsarbeiten an der Westküste zwischen den Flüssen Amnok und Ryesong. Die Neulandgewinnung soll den größten Teil der Ernteertragssteigerung bewirken. Hingegen sind substantielle Steigerungen der Hektarerträge trotz weiterer Mechanisierung und Chemisierung nicht zu erwarten. Die Koreaner wissen sehr genau, daß eine zu starke Betonung der Chemie in der Landwirtschaft sich langfristig kontraproduktiv erweisen wird. Sie möchten den Einsatz chemischer Schädlingsbekämpfungsmittel nicht ausufern lassen und greifen auch auf biologische (aus Hasenblut gewonnenes Antiserum) und mechanische (durch entzündete offene Lampen werden Insekten angelockt und vernichtet) Mittel zurück. Außerdem fällt auf, in welch gro-

ßem Ausmaße die Bauern auf den Feldern neben Kunstdünger natürliche Düngemittel einsetzen.

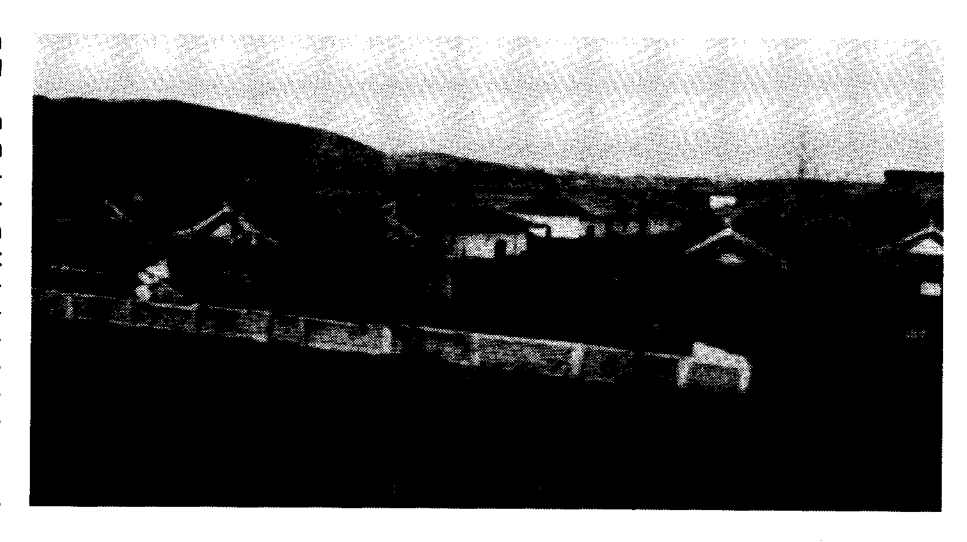
Welche materiellen Vergünstigungen verschafft Pyongyangs Agrarpolitik den nordkoreanischen Bauern? Wir erhalten eine erste Antwort auf diese Frage in der Kooperative Taesong-ri, 20 km südwestlich von Pyongyang auf dem Weg zur Hafenstadt Nampo gelegen. Unsere Begleiter bezeichnen sie als durchschnittlich entwikkelt. Es deutet nichts darauf hin, daß uns eine „Modellkooperative" oder gar ein „Potemkinsches Dorf" gezeigt wird. Die Bauernhäuser Teasong-ris mit ihren geschwungenen Dächern sind die gleichen, im alten koreanischen Stil gebauten Steinhäuser, die wir überall auf dem Lande erblicken.

Taesong-ri wurde im Jahre 1954 gegründet und zählt heute 580 Familien mit insgesamt 3200 Angehörigen. 800 bäuerliche Arbeitskräfte bewirtschaften 1200 Chongbo (Mais- und Reisanbau, daneben Anbau von Gemüse und Obst). Neben der Geflügelhaltung spielt die Schweinezucht eine wichtige Rolle. Im Jahre 1984 wurden 7000 t Getreide eingebracht. Die Gemüseernte belief sich auf 12000 t, die Obsternte auf 1000 t. Die Fleischproduktion betrug 150 t. Die Getreideernte wurde wie folgt verteilt:

7000 t Gesamtproduktion
- 4640 t Getreide für die Familien
- 500 t Futter
- 1000 t Getreide für die außerhalb der Kooperative arbeitenden Familienangehörigen
- 500 t Getreide für die während der Erntezeit vom Staat angestellten Hilfskräfte
- 360 t Saatgut

Nach dem durchschnittlichen bäuerlichen Einkommen gefragt, erklärte der Leiter der Kooperative: „Jede Bauernfamilie erhält jährlich 2000 Won in bar und zusätzlich 8 t Getreide." Durch den Verkauf von Getreide in die Stadt zum staatlich festgesetzten Preis von 420 Won je Tonne könne das Bargeldeinkommen um weitere 3000 Won auf insgesamt 5000 erhöht werden. Das entspreche einem Monatseinkommen von mehr als 400 Won. Die uns gegebenen Zahlenangaben erscheinen durchaus glaubwürdig, zumal sie sich mit verschiedenen westlichen Schätzungen decken.[6]

Es mag angesichts gegenteiliger Erfahrungen aus den meisten anderen sozialistischen Ländern unglaubhaft klingen: das bäuerliche Familieneinkommen liegt über dem Einkommen einer städtischen Facharbeiterfamilie. Es wäre sicherlich verfehlt, aus dieser Tatsache schon die Überwindung des Stadt-Land-Gefälles prognostizieren zu wollen. Die Städte weisen zweifellos die moderneren, besser ausgestatteten Bildungs,- Kultur- und medizinischen Einrichtungen auf. Allerdings ist der Staat offenbar bestrebt, das wirtschaftliche und kulturelle Gefälle zwischen Stadt und Land zu verringern. Taesong-ri besitzt für wenige tausend Menschen: eine Volksschule, eine Mittelschule, einen Kindergarten, eine Krankenstation, eine Leihbibliothek, ein Kulturhaus und einen größeren Laden.



Koreanisches Dorf in der Provinz Süd-Pyongan *Foto: Volker Grabowsky*

Sowohl Taesong-ri als auch die anderen entlang des Weges liegenden Dörfer sind elektrifiziert. Ein Indiz für den relativ hohen dörflichen Lebensstandard ist die häufig anzutreffende Bemerkung, die meisten Bauern würden heutzutage ihre Töchter lieber auf dem Lande als in der Stadt verheiratet sehen.

Der wirtschaftliche Fortschritt kommt nicht einseitig den Städtern zugute, sondern verschafft auch den Bauern spürbare materielle Vorteile. Da gemäß der sogenannten „Chongsanri-Agrarmethode" viele Fragen der landwirtschaftlichen Organisation und Produktion nicht zentral sondern dezentral in den Kreisen und Kooperativen entschieden werden, fehlt auch das Moment der stillschweigenden bäuerlichen Sabotage (wie etwa in der Sowjetunion).[7]

Vor allem auf diesem Hintergrund müssen wir den Erfolg der nordkoreanischen Landwirtschaft begreifen. Für westliche Beobachter mag er umso erstaunlicher sein, als jeder Bauernfamilie lediglich 30 pyong (= 100 m^2) privates Gartenland zur Verfügung stehen. Villeicht relativiert die koreanische Erfahrung das Urteil vieler Chinaexperten, zu Deng Hsiaopings neuer Agrarpolitik (mit der schwerpunktmäßigen Förderung der bäuerlichen Privatinitiative) gebe es weder in China noch in den anderen sozialistischen Ländern Asien eine ernsthafte Alternative. Die Koreaner sehen in der heutigen chinesischen Landwirtschaftsorganisation kein Vorbild. Dazu der Vorsitzende der Kooperative Taesong-ri: „Wir wissen über Chinas neue Agrarpolitik Bescheid. Unsere Einheiten sind nie so groß wie die chinesischen Volkskommunen gewesen. Sie sind überschaubarer. Ich möchte mich aber nicht in die Politik anderer Länder einmischen."

Zwischenbemerkung

Nordkorea ist ein Land, in dem es weder Arme noch Reiche gibt. Die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz für jeden Koreaner ist nicht wenig für ein Land, das in diesem Menschenalter eine überaus harte Kolonialherrschaft und einen verlustreichen Krieg erlebte.

Das Nationaleinkommen (oder Bruttosozialprodukt) wurde uns gegenüber mit 2000 US-Dollar pro Kopf angegeben. Die meisten ausländischen Beobachter zweifeln diese Zahl an. Eine westliche Quelle schätzt das Nationaleinkommen pro Kopf auf 1400 US-Dollar (1981)[8], eine andere auf 1286 US-Dollar (1982)[9]. Die südkore-

Kosten ausgewählter Waren[a]
(Familieneinkommen: 200—600 Won)

Ware	Preis
Reis (1 kg, Tagesrationen: 700 g für Erwachsene, 500 g für Kinder)	: 0,08 Won
Mais, Weizen (1 kg)	: 0,06 Won
Gemüse (1 kg)	: 0,2 Won (Sommer)— 1 Won (Winter)
Kohl (1 kg)	: 0,05 Won (Sommer)— 0,2 Won (Winter)
Hühnerfleisch (1 kg)	: 2,5 Won
Kantinenessen (1 kg)	: 0,2 Won
Wohnungskosten (inkl. Strom, Wasser usw.)	: 1—3 % des Einkommens
1 Schachtel Zigaretten	: 1—1,3 Won
Kunstlederschuhe	: 2 Won
Lederschuhe	: 10 Won
Baumwollstoff (1 m)	: 4 Won
Seidenstoff (1 m)	: 20—30 Won
Elektrisches Bügeleisen	: 15—20 Won
Fernseher (Schwarz-Weiß)	: 200—300 Won
Fernseher (Farbe)	: 300—400 Won

a Hauptstadt Pyongyang

anische Regierung nennt lediglich 736 US-Dollar (1982), während sie gleichzeitig für Südkorea eine Zahl von 1800 US-Dollar angibt.[10]

Es ist sicherlich schwierig, das Nationaleinkommen in kapitalistischen und nichtkapitalistischen Ländern zu vergleichen. Aufgrund der verfügbaren Statistiken über die landwirtschaftliche und industrielle Produktion, des hohen Mechanisierungsgrades der Gesellschaft, der guten staatlichen Sozialeinrichtungen wie dem kostenlosen Gesundheits- und Bildungswesens erscheint mir eine Zahl von weit über 1000 US-Dollar als durchaus realistisch.

Aber mehr als irgendwelche zweifelhaften Statistiken zählt der tatsächliche Lebensstandard, der nach meinen Beobachtungen in Nordkorea für ein asiatisches Entwicklungland beachtlich ist. Das Nationaleinkommen (pro Kopf) liegt vermutlich unter dem Südkoreas. Wegen des starken Sozialgefälles Im Süden besitzt dieses Faktum wenig Aussagekraft hinsichtlich der wirklichen Lebensniveauunterschiede auf der koreanischen Halbinsel.

Die Dschutsche-Ideologie

Nach den Gründen für die Errungenschaften in Staat und Gesellschaft gefragt, verweisen die Nordkoreaner stets auf einen Schlüsselbegriff: Dschutsche. Dschutsche ist die herrschende Weltanschauung in der DVRK, die die Koreaner von der Wiege bis zur Bahre begleitet, die ihr Leben vollständig bestimmt. Zum 70 Geburstag Kim Il Sungs wurde im Zetrum Pyongyangs am Taedong-gang ein 170 Meter hoher „Dschutsche-Turm" gebaut, der einen monumentalen Phallus gleicht und dessen 20 m hohe künstliche Flamme in die Nacht der Hauptstadt strahlt. 25550 Steine (jeder Stein hat ein Gewicht von 300 t) wurden in 70 Etappen zusammengesetzt, die die 70 Lebensjahre Kim Il Sungs symbolisieren sollen. Am Eingang des Dschutsche-Monuments befinden sich Marmorplatten, die „Dschutsche-Studiengruppen" und Persönlichkeiten aus aller Welt gestiftet haben. Was heißt „Dschutsche"? Wir befragen Prof. Dr. Pak Mun Hoe, Mitglied des ZK der Koreanischen Vereinigung der Sozialwissenschaftler. Dschutsche bedeutet so viel wie „Hausherr über das eigene Schicksal". Die Dschutsche-Ideologie sei eine Weltanschauung, in der der Mensch im Mittelpunkt steht. Der Mensch sei der einzige Herrscher über die Welt und deren einziger Umgestalter.[11] Die Dschutsche-Ideologie ist nach den Worten Prof. Paks wie der Marxismus eine materialistische Weltanschauung, die jedoch in vielen Aspekten über den Marxismus hinausweist. Es sei falsch, die Dschutsche-Ideologie als die koreanische Variante des Marxismus zu bewerten; sie verkörpere vielmehr seine höchste Weiterentwicklung.

Während Marx und Engels angeblich die sozialen Entwicklungen mit Naturgesetzen verglichen hätten, würde die Dschutsche-Ideologie in den geslischaftlichen Umwälzprozessen dem „Faktor Mensch" seine ihm gebührende Rolle zugestehen. Die Koreaner weisen den ökonomistischen Determinismus des Sowjetmarxismus zurück. Prof. Pak: „Auch Länder mit rückständigen Produktivkräften können in der sozialistischen Revolution voranschreiten, wenn die Menschen nur genügend ideologisiert werden." Der Dschutsche-Ideologie gemäß spielen nicht die Produktivkräfte die entscheidende Rolle bei der sozialistischen Umgestaltung der Geslischaft. Die „ideologische Revolution" gewinnt eine zentrale Bedeutung. Ohne eine systematische Umformung des Denkens, Handelns und Fühlens des Volkes, ohne eine „Revolutionierung des Bewußtseins" ende die sozialistische Revolution unvermeidlich in einer Sackgasse.

Die koreanischen Kommunisten kritisieren aber auch die Mao Zedong-Ideen. Auf unsere Frage nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen Dschutsche-Ideologie und den Mao Zedong-Ideen erwiderte Prof. Pak unmißverständlich: „Eine Ideologie, die keine monolithische Führung hervorbringt, deren Führung schwankt, ist keine ausgereifte Ideologie. So können sie den Maoismus am besten beurteilen." Die Koreaner lehnen Maos Theorie von der „Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats", die These vom „Kampf zweier Linien" in der Kommunistischen Partei eines sozialistischen Landes entschieden ab. Sie betonen die Einheit und Geschlossenheit von Partei und Volk während der sozialistischen Transformationsphase. Es gebe zwar Klassenkampf im Sozialismus — so unser Gesprächspartner —, aber dieser Klassenkampf dürfe die Gesellschaft nicht spalten. Die Dschutsche-Ideologie als eine „Ideologie für die Weiterführung der Revolution" solle die „Selbständigkeit (Dschadschusong) der Volksmassen" ermöglichen. Arbeiter, Bauern und Intelligenz sollen in einem solidarisch geführten Klassenkampf „harmonisch zu einer Familie verschmelzen".

Die Dschutsche-Ideologie definiert sich folglich als eine auf Harmonie und Geschlossenheit des Volkes orientierte Weltanschauung. Anleihen aus der traditionellen konfuzianischen Denkweise sind offensichtlich. Dem ideologischen Überbau der Gesellschaft räumen die Koreaner eine zentrale Stellung ein, auch wenn sie den Vorwurf des Idealismus weit von sich weisen.

Der Kult um Kim Il Sung

Der Dschutsche-Ideologie zufolge entwikkeln sich Revolutionen nicht zwangsläufig aus dem Widerspruch zwischen fortgeschrittenen Produktivkräften und rückständigen Produktionsverhältnissen. Entscheidende Bedeutung gewinnt vielmehr der menschliche Wille. Von dieser Prämisse leitet sich die nordkoreanische These von der überragenden Rolle der charismatischen Führerpersönlichkeit in der Revolution ab, eine These, die die spezifischen koreanischen Erfahrungen widerspiegelt. Die Koreaner argumentieren wie folgt: In den 20er und 30er Jahren sei die kommunistische Bewegung Koreas in diverse konkurrierende Gruppen und Sekten, die lediglich an einer Anerkennung durch die Komintern, aber nicht an einem wirkungsvoll geführten antijapanischen Kampf Interesse gehabt hätten, zerfallen gewesen. Erst Kim Il Sung und seine Partisanen hätten diese sektiererischen Verhaltensweisen überwunden und dem koreanischen Volk den Weg zur nationalen und sozialen Befreiung gewiesen. Nach dem Koreakrieg habe Kim Il Sung die prochinesischen und prosowjetischen Fraktionen in der PdAK (die sogenannten „Fraktionsmacher") zerschlagen und die politische Unabhängigkeit der DVRK gesichert. Seiner „weitsichtigen und genialen Führung" habe Nordkorea alles zu verdanken, was es in den vergangenen Jahrzehnten erreichte. Die Unbarmherzigkeit der blutigen Säuberungen wird in der Retrospektive verharmlost. Es verblüfft mich, wie stringent unsere nordkoreanischen Diskussionspartner die Verehrung für Kim Il sung als logische Konsequenz der Dschutsche-Ideologie ableiten, hatte ich bisher Personenkult und Dschutsche-Ideologie für unvereinbar gehalten.

Welche Bedeutung besitzt der Kult um Kim Il Sung, der auf die meisten ausländischen Besucher derartig abschreckend wirkt, daß er die gesamte Nordkorea-Berichterstattung der westlichen Presse bestimmt? Vom ersten bis zum letzten Tage unserer Reise war der „große Führer des koreanischen Volkes" allgegenwärtig. In jedem Klassenzimmer, in jedem öffentlichen Gebäude und selbst in unseren Hotelzimmern hing sein Portrait. Überdimensionale Bronzestatuen des Staatschefs überragen die großen Plätze Pyongyangs und anderer Städte. Keine Museumsführung, keine Betriebsbesichtigung wird ohne die Bemerkung eingeleitet, wie oft Kim Il Sung diesen oder jenen Ort schon persönlich aufgesucht und welche Ratschläge er gegeben habe. Das Elternhaus in Mangyondae, einem kleinen Dorf in der Nähe Pyongyangs, wo Kim Il Sung am 15. April 1912 geboren wurden, ist heute eine nationale Pilgerstätte. Das Kim-Il-Sung-Museum von Mangyondae dokumentiert den Werdegang des koranischen Staatschefs: seine Jugend in einer revolutionären Familie (schon Vater und Großvater kämpften als Nationalisten gegen die Japaner), seine kommunistische Partisanentätigkeit im mandschurisch-koreanischen Grenzgebiet während der 30er und 40er Jahre, seine ruhmreiche Rückkehr nach Pyongyang im Oktober 1945, seine Feldherrenrolle im Koreakrieg, seine Verdienste im sozialistischen Aufbau.

In einer bizarren Weise verschmelzen wirkliche Verdienste und Leistungen Kim Il Sungs mit Legenden und Mythen. Ein Beispiel: Die norkoreanische Apologie stell Kim Il Sung als den alleinigen Befreier Koreas vom japanischen Kolonialjoch dar,

während in Wirklichkeit der sowjetischen Armee eine herausragende Bedeutung bei der Befreiung Koreas zukam.[12] Das Eingeständnis der historischen Wahrheit würde keineswegs die Rolle der Partisanengruppe Kims und auch nicht Kims Anstrengungen bei der Emanzipation Nordkoreas gegenüber den beiden kommunistischen Machtzentren in Moskau und Beijing schmälern.

Warum die groben Geschichtsklitterungen, die ein untrennbarer Bestandteil des Personenkults sind? Ein gewaltiges Gemälde in Paongyang zeigt Kim Il Sung zusammen mit seinem Sohn Kim Jong Il vor dem verschneiten Paektusan, einem hoch im Norden Koreas gelegenen Berg. Nach einer uralten Legende soll der Himmelskönig Hwanin seinen Sohn Hwanung auf die Erde geschickt haben, wo er am Fuße des Paektusan eine Bärin heiratete und mit ihr einen Sohn, den Tangun (= Herrscher des Santtalbaums) zeugte. In der „Samguk Yusa" heißt es: „Tangun gründete seine Hauptstadt in Pyongyang und nannte von der Zeit an sein Land Choson... Er regierte über das Land während einer Zeit von 1500 Jahren." Der Tangun-Mythos ist der Ursprungsmythos einer der nördlichen komponenten des koreanischen Volkes. In der Zeit der Koryo-Dynastie (918—1392), als Korea die Glanzzeit seiner Geschichte erlebte, wurde er zum offiziellen Mythos vom Ursprung der Koreaner.[13]

Der Paektusan besitzt also eine große Symbolkraft für die nationale identität des koreanischen Volkes. Nicht zufällig nimmt deshalb den nordkoreanischen Geschichtsdarstellung zufolge der von Kim Il Sung geführte antijapanische Befreiungskampf vom Paektusan seinen Ausgangspunkt. Es wird behauptet, Kim Jong Il, der älteste Sohn und designierte Nachfolger Kim Il Sungs, habe im Jahre 1942 in einem Guerillalager am Fuße des Paektusan das Licht der Welt erblickt.

Die koreanischen Kommunisten konstruieren somit einen neuen Mythos, den Mythos vom Ursprung des neuen Koreas, das sich nach vier Jahrzehnten kolonialer Erniedrigung und nationaler Demütigung wie ein Phönix aus der Asche erhob, die Würde und Selbstachtung des Volkes wiederherstellte. Kim Il Sung soll in seiner Person die nationale Identität der Koreaner, ihre Einheit und Geschlossenheit verkörpern. Daß der neue „Ursprungsmythos" in vielen Punkten der historischen Wahrheit Gewalt antut, scheint die Nordkoreaner wenig zu berühren, wird vielmehr offenbar bewußt in Kauf genommen.

Die monotlithische Geschlossenheit des Volkes, die Gleichgerichtetheit seines Denkens genießt in den Augen der nordkoreanischen Führung die allerhöhste Priorität. Nordkoreas Führer sehen ihr kleines Land von feindlichen oder potentiell gefährlichen Nachbarn umringt; sie sehen sich vor allem von der „amerikanisch besetzten Neokolonie Südkorea", die jede Unruhe und Instabilität im Norden für ihre finsteren Pläne ausnutzen würde, bedroht. Diese Belagerungsmentalität erklärt zu einem gewissen Grade den exzessiv anmutenden Personenkult, sie kann ihn jedoch nicht rechtfertigen.



Bronzestatue von Kim Il Sung

Die konfuzianischen Traditionen erleichtern die offensichtliche Akzeptanz des Personenkultes in der nordkoreanischen Bevölkerung. Das konfuzianische Weltild verlangt neben der Güte (Wohlwollen) vor allem Ehrfurcht (Respekt, Loyalität). Kim Il Sung hat es im Sinne einer kulturell abgestützten Herrschaftssicherung verstanden, die früher auf den engen Kreis der Großfamilie beschränkte Loyalität der Koreaner auf das ganze Land zu erweitern. In einem der zahllosen Slogans heißt es: „Wir beneiden niemanden in der ganzen Welt, Kim Il Sung ist unser wahrer Vater."

In den letzten Jahren wurde der Kult um Kim Il Sung auch auf seinen Sohn und Nachfolger Kim Jong Il übertragen. Diese Maßnahme kann gleichfalls auf dem Hintergrund konfuzianischer Traditionen verstanden werden. Kim Jong Il soll die von seinem Vater begründete revolutionären Traditionen des Landes fortführen.

Die nordkoreanische Führung behauptet, Kim Jong Il habe sich in langen Prüfungen als der beste und fähigste Nachfolgekandidat erwiesen. Durch große Kim-Jong-Il-Ausstellungen soll nach innen und außen demonstriert werden, daß die Nachfolgefrage nun endgültig entschieden ist. Seit dem 6. Parteitag der PdAK im Oktober 1980 leitet Kim Jong Il als hervorgehobener Parteisekretär alle wichtigen Staatsaufgaben, während Kim Il Sung sich zunehmend auf seine repräsentativen Pflichten konzentriert. Zusammen mit Kim Jong Il steigt die Generation der 40jährigen in die Spitze von Partei und Regierung auf, jung, dynamisch und weltoffener, langsam die Veteranen der Revolution verdrängend. Doch im Gegensatz zu seinem Vater muß Kim Jong Il den Nachweis für seine Führungsqualitäten noch antreten.

Während Kim Il Sungs Verdienste auch in Südkorea Anerkennung finden, ist der Personenkult um Kim Jong Il, gerade im Hinblick auf die angestrebte friedliche Wiedervereinigung Koreas, viel problematischer.

Außenpolitik

Die Außenpolitik der DVRK wird von zwei Faktoren bestimmt: der Dschutsche-Ideologie und dem Streben nach der nationalen Wiedervereinigung.

Die DVRK unterhält freundschaftliche Beziehungen sowohl zur Sowjetunion als auch zur Volksrepublik China. Pynogyang braucht die Unterstützung beider kommunistischer Großmächte in der Auseinandersetzung mit den USA und Südkorea. Die Sowjetunion und China liefern moderne militärische Rüstungsgüter, die die DVRK benötigt, und decken einen beträchtlichen Teil des nordkoreanischen Ölbedarfs.

Die Beziehungen Pyongyangs zu den beiden großen „sozialistischen Brüdern" sind in der Vergangenheit nicht problemlos gewesen, und sie sind es auch in der Gegenwart nicht. Zwar steht Nordkorea der VR China näher als der Sowjetunion — immerhin waren es die chinesischen und nicht die sowjetischen Kommunisten, die die Nordkoreaner im Koreakrieg vor dem drohenden Untergang bewahrten —, doch die nordkoreanische Führung verurteilte Anfang der achtziger Jahre das damals sehr enge Zusammengehen Chinas mit den USA und Japan.

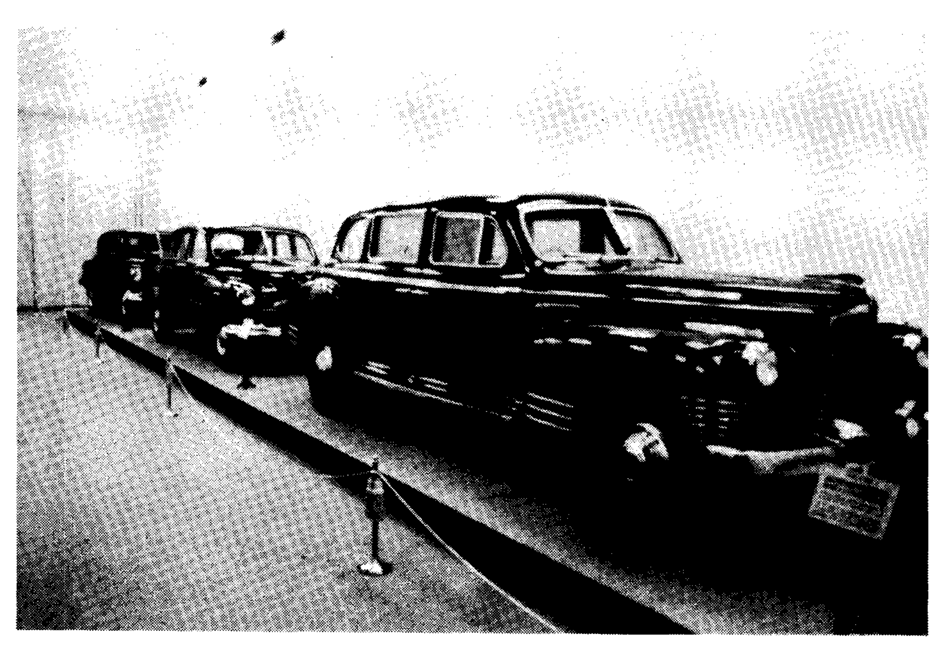
Obwohl die DVRK die Vereinigten Staaten als den Hauptfeind Koreas und der ganzen Menschenheit betrachtet, werden der Sowjetunion hegemonistische Tendenzen vorgeworfen. Mitte und Ende der 70er Jahre prägt man in Pyongyang im Zusammenhang mit der sowjetischen Außenpolitik den Begriff „Vorherrschaftsstreben" (engl.: „dominationism"). Mittlerweile wird dieser Begriff zwar nur noch selten benutzt, dennoch gilt die Sowjetunion wegen ihres anmaßenden Auftretens als zweifelhafter, wenn auch zur Zeit unverzichtbarer Bündnispartner.

Die DVRK spielt eine aktive Rolle in der Blockfreienbewegung, die für sie einen noch größeren Stellenwert als die internationale kommunistische Bewegung besitzt. Nordkorea betont wie Jugoslawien den strikt unabhängigen Charakter dieser Bewegung und wehrt sich gegen alle Versuche, sie zu spalten und für die Pläne irgendeiner Supermacht zu mißbrauchen.[14] In den vergangenen Jahren betonte die DRVK vorrangig die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander („Süd-Süd-Kooperation") und die Schaffung einer die Bedürfnisse dieser Länder berücksichtigenden neuen Weltwirtschaftsordnung. Im Jahre 1983 fand in Pyongyang ein afrikanisch-asiatischer Kongreß über die Probleme der Landwirtschaft statt, auf dem die Koreaner die Unabhängigkeit in der Lebensmittelversorgung in den Mittelpunkt der Diskussion stellten.

Mehr als jedes offizielle Dokument gibt der im alten koreanischen Stil erbaute „Freundschaftspalast" Auskünfte über die Außenpolitik des sozialistischen Korea. Der 180 km nordöstlich der Hauptstadt auf einem Höhenzug des malerischen Myohy-

angsan gelegene Palast beherbergt mehr als 25500 Geschenke ausländischer Freunde, Staatsgäste und Besucher. In einer Vorhalle sind zwei protzige Eisenbahnwaggons zu bestaunen: Gastgeschenke von Mao und Stalin. Ihnen zollt man somit den gebührenden Respekt, gleichzeitig stehen sie von den übrigen Geschenken isoliert.

Im eigentlichen Gebäude werden in über 60 Räumen, in fünf Stockwerken, nach Erdteilen und Ländern gegliedert, die großen und kleinen Gaben hinter Glasvitrinen aufbewahrt. Die Gegenstände sind nicht zufällig geordnet. In ihrer besonderen Zusammenstellung und Reihenfolge demonstrieren sie auf eindrucksvolle Weise die Außenbeziehungen Nordkoreas. China stellt das weitaus größte Kontingent von Gastgeschenken, gefolgt von der Sowjetunion. Aus dem europäischen Raum sind Rumänien, Jugoslawien und die DDR schwerpunktmäßig vertreten. Dem Jagdgewehr, das Erich Honecker auf seinem Staatsbesuch vom Dezember 1977 Kim Il Sung überreichte, wurde ein Ehrenplatz eingeräumt. Auch mehrer Gastgeschenke aus der Bundesrepublik, mit der noch keine diplomatischen Beziehungen bestehen, zieren die Vitrinen. Neben kostbaren Geschenken politischer Organisationen wie der „Grünen" auch solche westdeutscher Unternehmen: der Bundesrepublik als wichtigster europäischer Handelspartner wird Rechnung getragen.



Drei von Stalin gestiftete Luxuslimousinen, ausgestellt im Freundschaftspalast im Myohyangsan
Foto: Wolfgang Pack

Der afrikanische Kontinent findet sich im Freundschaftspalast stark repräsentiert. Pyongyang sucht unter den zahlreichen afrikanischen Staaten Unterstützung für seine Wiedervereinigungspolitik. Während in Afrika lediglich drei Länder (Elfenbeinküste, Kenia, Malawi) exklusive diplomatische Beziehungen zu Seoul unterhalten, haben fast die Hälfte der Länder Afrikas die DVRL als alleinige Vertreterin des koreanischen Volkes anerkannt (ebensoviele haben Beziehungen zu beiden koreanischen Staaten). Die nordkoreanische Führung achtete dabei kaum auf die innere Struktur dieser Länder. Algerien, Benin und Mozambique gehören zum engsten Unterstützerkreis Pyongyangs genauso wie Ägypten, Togo und das Königreich Lesotho.

Die Auffassung, die DVRK betreibe eine prinzipienlose Außenpolitik, um sich einen größtmöglichen Rückhalt in der Auseinandersetzung mit Südkorea zu verschaffen, scheint mir nicht gerechtfertigt, auch wenn die früher engen Beziehungen zu Kaiser Bokassa (dessen wertvolle Holzmöbel immer noch ausgestellt sind) diesen Vorwurf erhärten. Doch die DVRK riskierte vor acht Jahren den zeitweiligen Abbruch der Beziehungen zum engen Verbündeten Mauretanien wegen ihrer Unterstützung für die Befreiungsbewegung Polisario in der Westsahara. Im Freundschaftspalast sind neben den Geschenken aus Marokko und Mauretanien auch die aus der Demokratischen Arabischen Republik Sahara ausgestellt.

Die Asienabteilung der Ausstellung hatte eine kleine Überraschung parat. In einem besonderen Raum waren die vielen Gastgeschenke aus Kambodscha zu besichtigen. Neben einem wunderschönen Kupferstich mit dem Motiv der Angkor-Wat-Tempelanlage, einem persönlichen Geschenk Prinz Norodom Sihanouks, prangt ein langer Elefantenzahn, den Pol Pot anläßlich seines Staatsbesuchs vom Oktober 1977 dem nordkoreanischen Präsidenten übergab. Pol Pot, der damals den Titel „Held der DVRK" erhielt, ist auch auf einem gemeinsamen Photo mit Kim Il Sung zu sehen.

Den folgenden, in einer Sackgasse mündenden Raum teilen sich Laos und Vietnam. Der 1982 publizierte Katalog der Freundschaftsausstellung zeigt zwar die Geschenke Sihanouks, jedoch keine Geschenke der Hanoier Führer. Diskret und unmißverständlich zugleich bekräftigt Nordkorea hiermit seine Haltung im Kambodschakonflikt. Schon im Jahre 1979 hatte der damalige Außenminister Ho Dam erklärt: „Wir tolerieren die Invasion (Vietnams) nicht, und wir werden sie niemals tolerieren." Während unseres Aufenthaltes bekräftigten außenpolitische Experten der DVRK die bis heute unverändert gebliebene Haltung Pyongyangs. Gemäß der Dschutsche-Ideologie müsse jedes Volk über das eigene Schicksal selbst entscheiden. Eine Einmischung äußerer Kräfte sei unter keinen Umständen zulässig. Auch das kambodschanische Volk sollte seine Probleme eigenständig lösen. Es gebe kein Recht für die Stationierung ausländischer Truppen in Kambodscha. „Deshalb erkennen wir weiterhin das Demokratische Kamuchea und nicht das Heng Samrin-Regime an," so Rju Wha Rjong vom „Koreanischen Komitee für die Solidarität mit den Völkern in der Welt."

Ohne Vietnam namentlich anzugreifen, gibt Nordkorea dem Khmer-Widerstand diplomatische und politische Unterstützung (für die die Sihanouk-Fraktion wahrscheinlich auch militärische Hilfe). Ein sowjetischer Diplomat brachte mir gegenüber in Pyongyang die sowjetische Verärgerung über diese „nordkoreanischen Querschüsse" unverhohlen zum Ausdruck.

Pyongyang dürfte der einzige Ort auf der Welt sein, wo eine Straßenbreite die beiden „feindlichen indochinesischen Brüder" trennt. Die Botschaften Vietnams und des Demokratischen Kampuchea liegen sich direkt gegenüber. Während die Vietnamesen vor dem Botschaftsgebäude in einem Schaukasten den sozialistischen Aufbau ihres Landes preisen, berichten die „Roten Khmer" auf der anderen Straßenseite über die Aktivitäten ihrer antivietnamesischen Guerillaarmee. Pyongyang paradox?

In diesem Abschnitt konnten nur die Grundzüge der nordkoreanischen Außenpolitik reflektiert werden, nicht aber die Entscheidungsstrukturen. Auch die Frage nach der Informiertheit der Bevölkerung über außer-nordkoreanische Ereignisse wäre von Interesse. Die vor allem in Südkorea erhobenen Anschuldigungen, die nordkoreanische Informationspolitik beschränke sich auf die Inlandsberichterstattung, konnten wir nicht bestätigen. Wir empfingen u. a. den chinesischen Radiosender und in Kaesong auch das südkoreanische Fernsehprogramm. Die nordkoreanischen Fernsehnachrichten widmen der Auslandsberichterstattung einen breiten Raum. Wegen der fehlenden Sprachkenntnisse ist ein Urteil über den Wahrheitsgehalt dieser Nachrichten mir jedoch nicht möglich.

Wiedervereinigung

„Die Wiedervereinigung des Vaterlandes ist unsere dringlichste nationale Aufgabe. wir müssen sie noch in dieser Generation lösen." Diesen Satz hören wir ständig während unserer Reise, und er ist offenbar ehr-

lich gemeint. In der Nähe Kaesongs kommt uns eine Gruppe marschierender Jugendlicher entgegen, den Slogan „Joguk Tongil" (= Vereinigung des Vaterlandes) skandierend. Ein scheinbar zufälligs Erlebnis auf einer koreanischen Landstraße.

Als Deutsche müßten wir die Situation im geteilten Korea besonders gut verstehen, wie unsere koreanischen Gesprächspartner meinen. Die Koreaner heben die im Vergleich zur deutschen Lage sehr viel härteren Begleitumstände der koreanischen Spaltung hervor. In Korea gibt es keinen Reiseverkehr zwischen Nord und Süd, keine Familienzusammenführung, nicht einmal Post- und Telefonverbindungen.

Die Deutschen hätten ihre Teilung selbst verschuldet. Die deutsche Teilung sei letztlich als ein Ergebnis des von Hitler entfesselten Zweiten Weltkrieges zu begreifen. Korea jedoch habe niemanden angegriffen, sondern sei selbst Opfer der japanischen Eroberer gewesen.

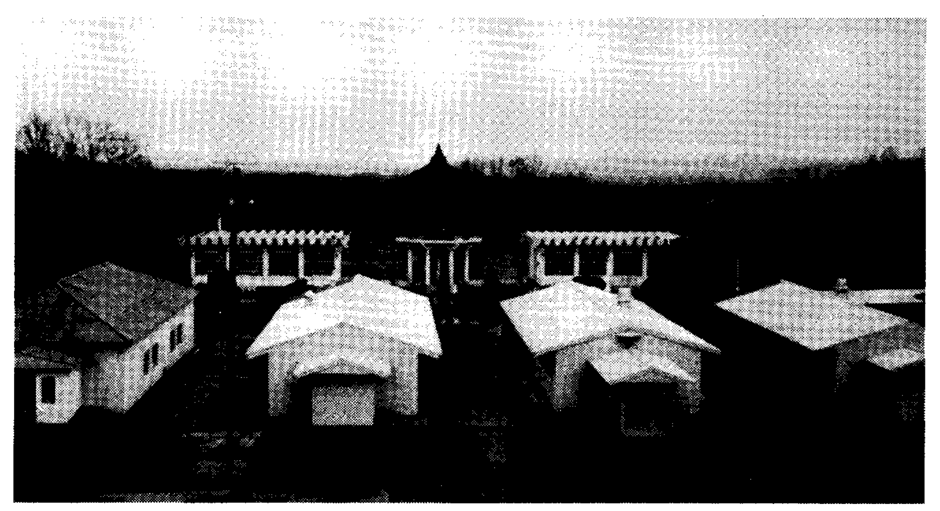
Wie kam es zur Spaltung Koreas? Die militärische Teilung des Landes entlang des 38. Breitengrades geht auf einen amerikanischen Plan vom 10./11. August 1945 zurück, der von Stalin gebilligt wurde. Da sich Sowjets und Amerikaner nicht über die Zukunft Koreas einigten, übergaben die USA im Jahre 1947 die Koreafrage an die damals von ihnen majorisierten Vereinten Nationen. Eine UN-Komission hielt im Mai 1948 in Südkorea Wahlen ab, an denen sich jedoch nur zwei extrem konservative Parteien beteiligten. Alle anderen politischen Kräfte Südkoreas, von den Linksparteien bis hin zur „Unabhängigkeitspartei" des antikommunistischen Nationalistenführers Kim Ku boykottierten die Wahlen, da sie die endgültige Spaltung Koreas heraufbeschwörten.[15] Trotz schwerer Bedenken etwa Indiens und Australiens erkannten die UN die Rechtmäßigkeit der Wahlen und die aus ihnen hervorgegangene „Republik Korea" unter der Führung des aus dem amerikanischen Exil heimgekehrten Nationalisten Syngman Rhee an. Vier Monate später entstand im Norden die „Demokratische Volksrepublik Korea". Obwohl die sowjetischen Truppen und wenig später auch die amerikanischen Einheiten Korea verließen, verfestigte sich die staatliche Teilung. Für das seit mehr als 1000 Jahren in einem nationalen Einheitsstaat lebende, ethnisch homogene koreanische Volk war es ein schwerer Schlag.

Im Morgengrauen des 25. Juni 1950 begann der Koreakrieg, der in nur drei Jahren das Land in Schutt und Asche legte. Zwei Millionen Koreaner starben. In Pyongyang sollen nur drei Häuser den gnadenlosen Bombenkrieg unbeschadet überstanden haben, so wird berichtet. Das Museum des „Vaterländischen Befreiungskrieges" (wie der Krieg in der nordkoreanischen Sprachregelung heißt) dokumentiert auf insgesamt 52000 m² Ausstellungsfläche den Kriegsverlauf aus der Sicht der DVRK. Das Museum legt den Schwerpunkt auf den aufopferungsvollen Kampf der Koreanischen Volksarmee. Die Bedeutung der sowjetischen Waffenhilfe und der chinesischen „Volksfreiwilligen", deren Eingreifen die DRVK vor der Vernichtung durch die amerikanisch-südkoreanischen Einheiten bewahrte, wird systematisch heruntergespielt.

Nordkorea wirft den USA und den Syngman Rhee Regime die Entfesselung des Krieges vor. Die angeführten Beweisstükke können m. E. wenig überzeugen. Allenfalls belegen sie eine südkoreanische Mitverantwortung.[16] Die Kriegsschuldfrage ist in der historischen Forschung nach wie vor strittig. Einvernehmen herrscht heute jedoch in der Auffassung, daß der Koreakrieg als Bürgerkrieg begann, also keine Verschwörung finsterer Mächte in Washington, Moskau oder gar Beijing vorlag. Erst mit dem Eingreifen der unter UN-Flagge kämpfenden amerikanischen Truppen eskalierte der Krieg, wurde er zu einem internationalen Konflikt und Katalysator des „Kalten Krieges" in Deutschland und Europa. Die Nordkoreaner verweisen auf das große Leid, das die US-Bomber über ihr Land brachten. „Es wurde in diesem Krieg viel Blut vergossen. Doch die amerikanischen Imperialisten bleiben weiterhin in Südkorea."

Auf der fünfstündigen Eisenbahnfahrt von Pyongyang nach Kaesong an die Grenze zum Süden spüren wir noch die Auswirkungen des vor 32 Jahren beendeten Krieges. Der Zug fährt streckenweise 20 bis 30 km/h, nämlich dort, wo der Untergrund aus Metall besteht. So gnadenlos wurde die strategisch wichtige Linie Pyongyang-Kaesong bombardiert.

Am 27. Juli 1953 wurde schließlich der Waffenstillstand unterzeichnet. Für die kommunistische Seite gab der nordkoreanische Chefdelegierte Nam Il, für die westliche Seite Generalleutnant William K. Harrison die Unterschrift. Das Verhandlungsgebäude von Panmunjom dient heute den Nordkoreanern als Ausstellungshaus des Koreakrieges. Seit mehr als 30 Jahren wird die 850 m mal 750 m große Demilitarisierte Zone von nordkoreanischen und US/UN-Soldaten bewacht. Auch ein chinesischer Vertreter sitzt in Panmunjom. Doch Repräsentanten Südkoreas fehlen; denn die Regierung Syngman Rhee hatte sich im Jahre 1953 geweigert, gemeinsam mit Nordkorea das Waffenstillstandsabkommen zu unterzeichnen. Seit Kriegsende wurden sowohl von Nordkorea als auch von Südkorea zahlreiche Wiedervereinigungsangebote unterbreitet, aufrichtige und weniger aufrichtige Angebote. Die vielen Initiativen, die hauptsächlich vom Norden ausgingen, endeten trotz gelegentlicher Hoffnungsschimmer in einem Fiasko. Während die südkoreanische Regierung die Wiedervereinigung erst im nächsten Jahrtausend für realistisch hält — ein südkoreanischer Diplomat nannte mir einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten — sucht Nordkorea eine rasche Lösung der Koreafrage. Auf friedlichem und demokratischen Wege, wie man beteuert.



In der demilitarisierten Zone *Foto: V. Grabowsky*

Seit 1960 strebt die DVRK die Bildung einer koreanischen Konföderation an. Die „Demokratische Konföderative Republik Koryo" soll das langsame Zusammenwachsen der beiden gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen Nord- und Südkoreas ermöglichen. „Ein vereinendes Dach — zwei Systeme — eine Stimme in der Außen- und Sicherheitspolitik", mit dieser Formel läßt sich die nordkoreanische Konzeption in der nationalen Frage am prägnantesten zusammenfassen (siehe Interview mit Li Chong Dzun).

Von einem nordkoreanischen Beobachtungsposten aus können wir die „Koreanische Mauer" erkennen, die sich über 240 km entlang der Demarkationslinie erstreckt und Korea buchstäblich zerschneidet. Für Delegationen aus der DDR ist der „Mauerbesuch" meist sehr peinlich; denn die koreanische Mauer wurde von der kapitalistischen Seite, von Südkorea erbaut.

Der Bau der Betonmauer begann schon Anfang der siebziger Jahre und wurde in den Jahren 1976 bis 1979 abgeschlossen. 5—6 m hoch mit einer Sockelbreite von 10 m, die sich nach oben auf 2—3 m verjüngt, ist sie ein imposantes und erschreckendes Bauwerk zugleich, das die Berliner Mauer in den Schatten stellt. Südkorea rechtfertigt die Mauer mit der ständigen Gefahr nord-

koreanischer Sabotage und Infiltration und einem erneuten Angriff aus dem Norden. Als Beweis für die aggressiven Intentionen Pyongyangs führt Südkorea die Existenz mehrer Tunnel ins Feld, welche von nordkoreanischem auf südkoreanisches Gebiet führen und angeblich das heimliche Einsikkern ganzer Divisionen ermöglichen. Nordkoreanische Offiziere sprechen von sich aus diesen Vorwurf an. Sie verweisen darauf, daß während der Stellungskriegsphase des Koreakrieges entlang der heutigen Demarkationslinie von Nordkorea aus Dutzende von Tunnelsystemen als Unterstände und Versorgungsdepots eingerichtet wurden. Seouls Vorwürfe seien bloße Propaganda, die auf die Entschuldigung der „antinationalen Politik Chon Du Hwans" abziele.

Deutsch-koreanische Analogien erscheinen fragwürdig. Ist Südkorea wirklich ein Pendent zur Bundesrepublik, Nordkorea ein Pendent zur DDR? Nordkorea respektiert die entgegengesetzte Position der DDR in der nationalen Frage. Es akzeptiert jedoch nicht Honeckers „Zwei-Natione-These". So trug sich Kim Il Sung anläßlich seines letztjährigen DDR-Besuches mit folgenden Worten in das Gästebuch am Brandenburger Tor ein: „Es lebe die DDR, der Staat der Arbeiter und Bauern, und das *sozialistische deutsche Volk!*"[17]

Welche konkreten Schritt will die DVRK zur friedlichen Überwindung der koreanischen Teilung einleiten? Bevor Verhandlungen über die Schaffung einer koreanischen Konföderation aufgenommen werden, müßten die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Koreas erörtert werden. Diese Voraussetzungen sollten in sogenannten „Dreiergesprächen" zwischen Nordkorea, Südkorea und den USA geklärt werden. Die USA seien deshalb ein wichtiger Gespächspartner, da sie als ehemaliger Kriegsgegner und heutige Besatzungsmacht am Koreakonflikt direkt beteiligt seien. Die Amerikaner hätten in Südkorea 42 000 Mann starke Truppen und mehr als 1 000 Atomsprengköpfe (davon 50 Neutronenbomben) stationiert, außerdem ständen die südkoreanischen Streitkräfte seit 1976 unter US-Oberbefehl. Insbesondere die Angaben über die amerikanischen taktischen Atomwaffen auf südkoreanischem Territorium sind schwer nachzuprüfen. Die Tatsache als solche wird aber von den USA nicht bestritten. Strittig ist nur, gegen wen sich die Waffen richten, gegen Nordkorea, gegen die Sowjetunion oder als potentielle Drohung gegen China.

Der Abschluß eines Friedensvertrages der DVRK mit den USA, der den Abzug der US-Streitmacht aus Korea zu regeln habe, und der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den beiden Koreas seien Gegenstand der Dreiergespräche. Über die genauen Modalitäten und die etwaige Einbeziehung anderer Gesprächsthemen lasse man mit sich reden. Pyongyang lehnt aber den erst von Washington angeregten und von Seoul nicht abgewiesenen Gegenvorschlag von „Vierergesprächen" unter Einschluß der VR China mit dem Argument ab, daß seit dem Jahre 1958 auf dem Territorium der DVRK keine chinesischen Truppen (und sowjetische ohnehin nicht) stationiert sind.

Der Weg zur Lösung der Koreafrage ist noch lang und dornig. Die Nordkoreaner machen sich offensichtlich gewisse Illusionen über eine baldige Änderung der Machtverhältnisse im Süden der Halbinsel, Illusionen auch über die Zuverlässigkeit ihrer sozialistischen Bündnispartner. Die DDR und die VR China haben bereits inoffiziell ihre Teilnahme an der Olympiade 1988 in Seoul zugesagt,[18] eine sowjetische Zusage ist wahrscheinlich. Zweifellos wird die Olympiade eine internationale Aufwertung des südkoreanischen Regimes bewirken und die Gräben zwischen beiden Teilen Koreas noch weiter vertiefen.

Sollte die nordkoreanische Führung sich endlich zu einer „Anerkennung der Realitäten" bereitfinden, wie ihr nicht nur der Westen, sondern auch die Sowjetunion rät? Da die nordkoreanische Bevölkerung und eine große Mehrheit der südkoreanischen Bevölkerung die Teilung ihrer Heimat nicht zu akzeptieren scheint, wird das Regime in Nordkorea auch für die Zukunft keine Politik der Festschreibung des Status quo betreiben. Von großer Bedeutung für die Entfaltung des innerkoreanischen Dialogs wäre die aufrichtige Bereitschaft Pyongyangs, den nationalgesinnten Kräften innerhalb des südkoreanischen Regimes entgegenzukommen.

Am 9. April 1985, dem Tage unseres Abfluges aus Pyongyang, verabschiedete die Oberste Volksversammlung der DVRK einen „Brief an die Oberste Volksversammlung der Republik Korea", in dem regelmäßige Konsultationen von Vertretern beider koreanischen Parlamente angeregt werden. Dieser Brief ist insofern bedeutsam, als in ihm zum ersten male ein offizielles Organ der DVRK die sükoreanische Staatsbezeichnung „Republik Korea" offen gebraucht. Der neue nordkoreanische Vorschlag regt außer regelmäßigen Parlamentsberatungen u. a. die Teilnahme von Vertretern des Seouler Parlaments an den Sitzungen der Pyongyanger Volksversammlung — und umgekehrt — an. Parlamentsgespräche als vertrauensbildende Maßnahme im 40. Jahr der Teilung? Die Koreaner sollten ihre Chance nutzen.

Schlußbemerkung

Im Rahmen des vorliegenden Reiseberichtes konnten nicht alle Bereiche von Gesellschaft und Politik erörtert werden. Ich möchte nur abschließend erwähnen, daß uns das gesamte Bildungs- und Erziehungswesen gezeigt wurde. Auch über das kulturelle Leben wäre noch vieles zu berichten, was aber einen besonderen Bericht erfordern würde.

Volker Grabowsky

Der Autor war Mitglied einer Delegation der „Deutsch-Koreanischen-Freundschaftsgesellschaft e. V." (Köln)

Anmerkungen:

1. Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Länderbericht Demokratische Volksrepublik Korea 1977, S. 29
2. Wortlaut des „Law on joint ventures" in: The Economist Intelligence Unit, Quarterly Economic Review of China, North Korea, No. 4/1984, S. 36—38
3. Vgl.: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Länderberichte 1977, 1982 und 1984
   Siehe auch: Rosemarie Juttka-Reisse, Agrarpolitik und Kimilsungismus in der Demokratischen Volksrepublik Korea, Königstein/Taunus 1979
   Auch eine CIA-Studie aus dem Jahre 1978 bescheinigt der DVRK die Selbstversorgung in der Getreideversorgung (Korea: The Economic Race Between the North and the South, Washington D. C. 1978, S. 4)
4. Kim Il Sung, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas an den VI. Parteitag, Pyongyang 1980, S. 55
5. Reiserträge per ha (Paddyproduktion) im Jahre 1982: Nordkorea: 7,6 t, Südkorea: 5,6 t, Japan: 6,0 t
6. Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Länderbericht 1984, S. 66f.
7. Eine große Landflucht fehlt in Nordkorea. Der Bevölkerungszuwachs Pyongyangs und anderer Großstädte liegt nur gering über dem Landesdurchschnitt.
8. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. 11. 1983
9. Hans Günter Brauch, Germany and Korea-Changes in the International System and Implications for Both Divided Countries: Assessment and Policy Prospects for the 1980's, in: The Korea Journal of International Studies, Vol. XVI, No. 1, Winter 1984/85, S. 105
10. National Unification Board, A Comparative Study of the South and North Korean Economies, Seoul 1984, S. 32
11. Vgl.: North Korea Quarterly, Vol. IV, No. 3/1977, S. 7f.
    Siehe auch: North Korea Quarterly, No. 28, February 1982, S. 18
    Zur Entstehung der Dschutsche-Ideologie aus einer pro-nordkoreanischen Sicht siehe: Gottfried-Karl Kindermann, President Kim Il Sung's Juche Idea, in: Korea Today (Pyongyang), No. 12/1984, S. 18—19
12. Die sowjetische Rolle wird neuerdings wieder offiziell gewürdigt (siehe z. B. das Schreiben Kim Il Sungs an Chernenko vom 14. August 1984 anläßlich des 39. Jahrestages der Befreiung Koreas-Rodong Sinmun, 15. August 1984, S. 1).
13. Zum Tangun-Mythos vgl.: Frits Vos, Die Religionen Koreas, Stuttgart/Berlin/Köln/ Mainz 1977, S. 24—28
14. Zur nordkoreanischen Außenpolitik siehe u. a.: Young C. Kim, North Korea Foreign Policy, in: Problems of Communism, Vol. XXXVI, January-February 1985, S. 1—17
15. Bong-youn Choy, Korea: A History, Rutland (Vermont)/Tokyo 1971, S. 241
16. Siehe: Karanukar Gupta, How did the Korean War Begin? in: The China Quarterly, No. 52, 1972, S. 699—716, sowie die Entgegnungen von Robert R. Simmons, Chong-sik Lee, W. E. Skillend und K. Guptas zweite Stellungnahme in: The China Quarterly, No. 54, April/June 1973, S. 352—368
17. Die ewige brüderliche Freundschaft. Der offizielle Freundschaftsbesuch des großen Führers, Genossen Kim Il Sung in der Sowjetunion und den europäischen sozialistischen Ländern (16. Mai bis 1. Juli 1984), Pyongyang 1984, S. 76
18. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. November 1984

„...Die Voraussetzungen für die Lösung der Korea-Frage schaffen"

Interview mit Lie Chong Zun:

Frage: *Zunächst eine Frage zur Begriffsklärung: Was ist eine Nation? Welche Merkmale konstituieren eine Nation?*

Lie: Eine Nation ist eine soziale und kollektive Einheit, beruhend auf der Gleichheit in der Sprache, der Kultur, der blutsmäßigen Abstammung und der nationalen Sitten.

Die Herausbildung der Nation hängt eng mit dem dazugehörigen Territorium zusammen. Der Staat als soziale, kollektive Einheit ensteht aus der Nation. Unsere Nation hat eine Besonderheit. Unsere Nation lebt seit altersher auf einem einheitlichen Territorium zusammen. Sie besitzt eine gemeinsame Geschichte von 5000 Jahren. Nur wenige Länder der Welt haben seit alten Zeiten als eine einzige Nation zusammengelebt.

Für Ausländer mag es vielleicht schwer zu begreifen sein. Aber wir Koreaner besitzen ein starkes Nationalgefühl. Weil die Koreaner von altersher vom gleichen Fleisch und Blut sind, eine soziale und kulturelle Einheit darstellen, empfinden sie eine besonders enge nationale Verbundenheit.

Obwohl die koreanische Nation auf ihrem Territorium seit 40 Jahren geteilt ist und in dieser Zeit sich große Unterschiede zwischen Nord und Süd herausgebildet haben, hat die lange Zeit der Einheit und des Zusammenlebens größeres Gewicht. Die Lösung der nationalen Frage besteht heute in der Vereinigung des Vaterlandes. Sie ist eine ganz aktuelle Frage. Hierbei gib es Besonderheiten gegenüber anderen geteilten Nationen.

Für die Koreaner ist eine Teilung in 2 Hälften nicht akzeptabel. Der Vereinigungswille ist stärker. Die Besonderheit der Situation in Korea zur Lage in Deutschland besteht darin, daß Korea die Kolonie eines imperialistischen Landes war und im weiteren Verlauf geteilt wurde, während Deutschland selbst eine imperialistische Macht mit Kolonien war.

Frage: *Gesellschaftswissenschaftler aus der DDR und der UdSSR haben Theorien über die Entstehung sozialistischer Nationen entwickelt. Die SED spricht heute von einer sozialistischen Nation in der DDR und einer kapitalistischen Nation in der BRD. Entwickeln sich auch in Korea zwei verschiedene Nationen?*

Lie: In den sozialistischen Ländern gibt es auf der Grundlage der jeweiligen Ansichten der Parteien unterschiedliche Auffassungen zur nationalen Frage. Wir betrachten diese Frage nicht in der Weise wie die KPdSU und die SED. Wir gehen bei der Teilung eines Landes nicht von kapitalistischen und sozialistischen Nationen aus.

Auf unser Land bezogen, gibt es nationale Verräter, die sich außerhalb der Koreanischen Nation stellen. Wir zählen Chon Do Hwan und seine Leute nicht zur Koreanischen Nation. Weil sich die südkoreanische Bevölkerung in ihrer übergroßen Mehrheit aus Werktätigen und mittleren Schichten als nationalen Kräften zusammensetzt, betrachten wir Nordkorea und Südkorea als einheitliche Nation.

Frage: *Seit dem Jahre 1960 hat die Regierung der DVRK unter Präsident Kim Il Sung wiederholt die Bildung einer koreanischen Konföderation als einen entscheidenden Schritt hin zur friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Koreas vorgeschlagen. Könnten Sie den Grundgedanken der Konföderation beschreiben und darlegen, welche konkreten Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Konföderation ergriffen werden müßten?*

Lie: Wir haben in der Vereinigungsfrage mehr als 200 Vorschläge unterbreitet, sind aber bisher zu keinem Erfolg gekommen. Nach der Befreiung waren die Unterschiede zwischen Nord- und Südkorea noch nicht sehr groß. Unsere Vorschläge zur Bildung einer zentralen Regierung auf der Grundlage landesweiter demokratischer Wahlen wären daher leicht zu verwirklichen gewesen. Doch der Süden hatte sie nicht akzeptiert.

In den 60er Jahren hat unsere Regierung eine Konföderation als Übergangslösung zur Überwindung der koreanischen Teilung vorgeschlagen. Eine Zentralregierung war dabei nicht sofort vorgesehen. Das Ziel der Konföderation sollte darin bestehen, zunächst die nationale Geschlossenheit zwischen Nord und Süd herzustellen. Danach sollten Wahlen im ganzen Land für die Bildung einer gesamtkoreanischen Regierung stattfinden. Die südkoreanischen Machhaber haben auch diesen Vorschlag abgelehnt.

Im Oktober 1980 machte Präsident Kim Il Sung den Vorschlag zur Bildung der demokratischen Konföderativen Republik Koryo. Diesen Vorschlag möchte ich an dieser Stelle nicht näher erläutern, da er ihnen hinlänglich bekannt ist. Es stellt sich die Frage, inwiefern sich dieser Vorschlag von dem 1960er-Vorschlag unterscheidet.

Kurz gesagt: 1960 sollte die einfache Konföderation als eine kurzfristige Übergangsmaßnahme bei der Schaffung eines nationalen Einheitsstaates dienen.

Der Vorschlag von 1980 will beide Teile mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Ordnungen in einem konföderativen Staat zusammenschließen. An der Spitze wird eine einheitliche nationale Regierung stehen, darunter gibt es 2 regionale Regierungen in Nord und Süd.

Die Besonderheit dieses Vorschlages trägt der Tatsache Rechnung, wie man das Vaterland bei unterschiedlichen, gesellschaftlichen Ordnungen einigen kann. Es gibt dafür zwei Ansätze.

1. Man versucht, **eine** Ordnung mit der anderen zu verbinden. Dieser Weg ist für Korea nicht zweckmäßig. Beide Seiten gäben nicht nach. Die Folge wären Konfrontation und Bürgerkrieg.
2. Beide Gesellschaftsordnungen bleiben zunächst erhalten. Es gibt keine sofortige Vereinigung, sondern man verfährt, wie bereits oben skizziert.

Die Bildung einer Konföderation auf dieser Grundlage ist ein realistischer Vorschlag. Nach Bildung der Konföderation werden die weiteren Fragen gelöst.

Weil der Wunsch nach Einheit stark ist, werden Menschen mit verschiedener Ideologie und in verschiedenen gesellschaftlichen Ordnungen in einem Land zusammenleben. In Südkorea streben über 90 % der Bevölkerung nach Vereinigung. Aus diesem Grunde sind die Chancen der Einkeit über den Weg der Konföderation sehr groß.

Es gibt noch eine Reihe von Besonderheiten des Vorschlags von 1980. So sind die Aufgaben und die Rechte beider Regionalregierungen gleich. Beide sind der nationalen vereinigten Regierung untergeordnet. In der obersten Nationalversammlung sitzen eine gleiche Anzahl von Vertre-

tern aus Nord und Süd. Die Zentralregierung bestimmt die Militärpolitik und die Außenpolitik und erteilt Richtlinien für die politischen Angelegeneheiten, die von nationalem Interesse sind.

Die beiden Regionalregierungen müssen auf allen Gebieten so tätig werden, daß sich die Unterschiede zwischen Nord und Süd ständig verringern. Die Leitung der Oberstnationalversammlung wird abwechselnd von Vertretern aus Nord und Süd wahrgenommen. Die Demokratische konföderative Republik Koryo ist also kein loser Staatenbund wie z. b. der zwischen Marokko und Lybien, sondern verfassungsrechtliche ein Bundesstaat.

Frage: *Welche Haupthindernisse bestehen gegenwärtig auf dem Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Koreas?*

Lie: Es gibt Eroberungspläne von äußeren Kräften. Zur Zeit betreiben die USA und Südkorea das militärische Manöver Team Spirit '85. Dadurch ist die Situation auf der koreanischen Halbinsel sehr gespannt. Der DVRK geht es um die Beseitigung der Kriegsgefahr. Dabei ist es von höchstem Interesse, wie sich die USA als äußerer Faktor für die Spannungssituation verhalten.

Wie sie wissen, stehen in Südkorea über 40.000 amerikanische Soldaten, hat Südkorea eine Armee von cirka 1 Mio. Mann. Es gibt über 1000 atomare Waffen, Marschflugkörper, Pershing II-Raketen, Neutronenbomben, und neuerdings tragbare Atomminen, sogenannte Rucksackbomben.

Ein Kriegsausbruch ist bei dieser angespannten Lage jederzeit möglich. Er würde eine Gefahr für den Weltfrieden darstellen. Aus diesem Grund ist das hauptsächliche Ziel bei allen Verhandlungen die Sicherung des Friedens. Diesem Ziel dient unser Vorschlag der Abhaltung von Dreiergesprächen.

Frage: *Welches Ziel verfolgt die DVRK bei ihren Bemühungen, Dreiergespräche zwischen Regierungsvertretern der DVRK, den USA und Südkorea durchzuführen? Die USA und Südkorea haben bisher abgelehnt, obwohl sie im Jahre 1979 noch selbst eigene Vorschläge für Dreiergespräche unterbreitet hatten. Daher die Frage: Welche Unterschiede gibt es zwischen dem jetzigen Dreiergesprächskonzept der DVRK und dem früheren Dreiergesprächskonzept Südkoreas?*

Lie: Unser Verhandlungsziel bei dreiseitigen Gesprächen ist die Garantie für einen festen Frieden in Korea. Ohne Entspannung und Friendensgarantie ist eine friedliche Wiedervereinigung undenkbar. zu Dialog und **friedlichen** Verhandlungen gibt es keine Alternative.

Die USA sind Hauptverursacher der Spannung. Sie üben das Militärrecht in Südkorea aus. Außerdem haben die USA mit der DVRK das Waffenstillstandsabkommen von 1953 abgeschlossen. Daher sind sie bei Dreiergesprächen der hauptsächliche Verhandlungspartner.



Personenkult um Kim Il Sung

Ein weitere Gesichtspunkt der Dreiergespräche besteht darin, Voraussetzungen für Wiedervereinigungsgespräche mit Südkorea zu schaffen. Hierbei ist die Besetzung Südkoreas durch die USA wiederrum ein Haupthindernis. Also müssen zuvor die Fragen gegenseitiger Beziehungen zu den USA gelöst werden.

Anfang 1970 haben wir 3 Grundsätze in der Wiederholungsfrage aufgestellt. Selbständigkeit, friedliche Methode, nationale Geschlossenheit. In diesem Sinne machten wir in den folgenden Jahren Vorschläge zur Zusmmenarbeit und zum Austausch. Jedoch ist jeder Dialog gescheitert. Für das Scheitern sind die USA verantwortlich. Die südkoreanischen Machthaber sind ledigliche ihre Vollzugsorgane. Wie können wir also weiterkommen, bevor wir nicht mit den Amerikanern die strittigen Fragen gelöst haben. Im Jahre 1974 machten wir den Amerikanern einen diesbezüglichen Vorschlag üder die Verhandlung zwischen DVRK und USA — erfolglos.

Am 4. Juli 1972 gab es nach Gesprächen zwischen Nord und Süd eine gemeinsame Erklärung, die als weitere Verhandlungsgrundlage dienen sollte. Vorgesehen war, daß Vertreter von Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Stellen miteinander über konkrete Belange diskutieren sollten. In der Folgezeit sabotierten die südkoreanischen Machthaber diese gemeinsame Erklärung.

An Südkorea richteten wir im gleichen Jahr einen 5-Punkte-Vorschlag: Beendigung der militärischen Konfrontation, Kooperation auf verschiedenen Gebieten, Gründung einer großen Nationalversammlung, Gründung einer Konföderation, keine getrennte Aufnahme in die Vereinten Nationen.

Nun zur Vorgeschichte: der Vorschlag für Dreiergespräche vom Januar 1984. Der 1974er-Vorschlag der DVRK wurde von den USA mit der Begründung abgelehnt, Südkorea dürfe von den Verhandlungen nicht ausgeschlossen werden. In den Jahren 1974 und 1975 forderten die Amerikaner, Südkorea müsse als Beobachter an Verhandlungen zwischen den USA und der DVRK teilnehmen. Im August 1976 kam nun der Vorschlag der Amerikaner zu dreiseitigen Gesprächen. Sie konkretisierten weder Verhandlungsgegenstand noch Verhandlungsziel, sondern wollten eine Politik der 2 Koreas durchsetzen. im Juli 1979 besuchte Carter Park Chong Hee in Seoul. Anläßlich seines Besuches machte er einen sehr unpräzisen Vorschlag zu dreiseitigen Gesprächen. Dieser Vorschlag ging wieder von der Theorie der 2 Koreas aus. Schließlich besuchte Reagan im November 1983 Südkorea. Er knüpfte Verhandlungen an die Bedingung, daß Südkorea gleichberechtigt an ihnen teilnimmt.

Das Ziel unseres Vorschlages vom Januar 1984 zu dreiseitigen Gesprächen ist einfach: Friedensvertrag mit den USA, Nichtangriffsvertrag mit Südkorea. Es fällt uns nicht leicht, mit Chon Do Hwan, dem Verantworlichen für die Greueltaten in Kwangju an einem Tisch zu sitzen. Aber wir wollen im Interesse des Friedens und unserer Nation den Bedingungen der Amerikaner entgegenkommen.

Mit welchen Forderungen gehen wir in die Verhandlungen?

a. Friedensvertrag mit den USA:
— Abzug aller ausländischen Truppen aus Südkorea;
— Auflösung der Militärbasen in Südkorea;
— Abzug aller Atomwaffen aus Südkorea;
— Genereller Einfuhrstopp von Waffenlieferungen nach Südkorea

b. Nichtangriffsvertrag:
— Beseitigung der militärischen Konfrontation;
— Keine gegenseitigen Kampfhandlungen;
— Ende des gegenseitigen Wettrüstens;
— Einfuhrstopp von Waffenlieferung aus anderen Ländern.

Das sind unsere Forderungen, über die wir mit den USA und Südkorea verhandlen wollen. Auf diese Weise wollen wir die Voraussetzungen für die Lösung der Korea-Frage schaffen.

Frage: *Mehrere Millionen Koreaner leben außerhalb ihres Vaterlandes, davon cirka 700.000 in Japan. Welchen Beitrag können die Auslandskoreaner für die friedliche Wiedervereinigung Koreas leisten?*

Lie: Die im Ausland lebenden Koreaner sind ein wichtiger Faktor bei dem Bemühen um die Vereinigung des Vaterlandes. Viele Auslandskoreaner besuchen die DVRK. Es gab bisher 3 Dialoge von Auslandskoreanern mit der DVRK: 1981 in Wien, 1982 in Helsinki und 1984 wieder in Wien. Dabei wurden folgende Fragen diskutiert: Vereinigung des Vaterlandes, Dreiergespräche, Entfaltung des Kampfes gegen Krieg und Atomwaffen, Bekämpfung der faktischen Dreierallianz USA/Japan/Südkorea.

Interview von Volker Grabowsky

Traditionelle Landwirtschaft: Eine Alternative?

Einige Überlegungen am Beispiel Peru

Die Grüne Revolution hat zwar in einigen Gebieten landwirtschaftliche Produktionssteigerungen gebracht. Den Hunger hat sie nicht lösen können, da die Ertragssteigerungen nicht den Hungernden zugute kamen, sondern im Regelfall den wohlhabenderen Schichten, wenn nicht überhaupt die Revolution in der Ablösung der Nahrungsmittelproduktion durch Rohstoffe für den Weltmarkt bestand. In vielen Fällen ist inzwischen sogar eine Verschärfung des Hungerproblems durch die Grüne Revolution nachgewiesen. Neben den sozialen Auswirkungen sind dabei vor allem auch die langfristigen ökologischen Folgen bemerkt worden (zunächst der stark gestiegene Bedarf an Hilfsstoffen wie Dünger, Pestiziden, Supersaatgut, dann auch vermittelte Auswirkungen wie Erosion, Überschwemmungsgefahr).

Dies wird inzwischen nicht nur von engagierten Kritikern der Grünen Revolution, die vor allem auch deren Vernetzung mit der Entwicklung des internationalen Agrobusiness sehen, vorgetragen, sondern ist fast schon Allgemeingut auch unter Experten geworden, die schlicht nach der Effizienz der eingesetzten Mittel bei der Grünen Revolution fragen. Von daher entstand in den letztenJahren auch bei zahlreichen landwirtschaftlichen Entwicklungsorganisationen ein verstärktes Interesse an „alternativen" Landwirtschaftsformen. „Angepaßter Landbau", „Ecofarming", und traditionelle Agrarsysteme bezeichnen Elemente eines Umdenkprozesses, über dessen praktische Konsequenzen man sich einstweilen zwar keine Illusionen machen sollte, der aber dennoch wohl unwiderruflich in Gang gekommen ist, einfach weil die Gefahren des herkömmlichen Agrarentwicklungsmodells überdeutlich zutage getreten sind.



Im folgenden soll ein System der traditionellen Landwirtschaft einmal etwas im Detail diskutiert werden. Ziel dabei ist, neben den durchaus vorhandenen positiven Chancen auch die Grenzen bzw. sehr restriktiven Bedingungen einer solchen Orientierung aufzuzeigen. Die Gefahr scheint mir zu groß, daß sehr schnell wieder fantastische Mythen in Umlauf kommen, die dann statt konkreter Analyse die Diskussionen bestimmen und so ihren Teil zur Verhinderung tatsächlich möglicher Alternativen beitragen.

Peru ist hierbei insofern ein gutes Beispiel, weil relativ gut belegt ist, wie in früherer Zeit tatsächlich ein vollkommen anderes System der Ernährungssicherung funktioniert hat, so daß ein Vergleich mit heute und die Frage nach dem Modellcharakter des früheren Systems nicht nur allgemein, sondern mit einiger Genauigkeit diskutiert werden kann.

Im 1. Kapitel werden kurz die äußeren Bedingungen beschrieben, unter denen sich im alten Peru die Landwirtschaft entwickelte, sowie die Ernährungslage in der vorspanischen Zeit dargestellt. Das 2. Kapitel bringt eine nähere Darstellung der wichtigsten ackerbaulichen Techniken und im 3. Kapitel deren Entwicklung in den sozialen Zusammenhang gestellt wird. Im 4. Kapitel werden dann einige Momente des Auflösungsprozesses dieser altperuanischen Landwirtschaft dargestellt, wiederum unter dem Gesichtspunkt des Zusammenhangs von gesellschaftlicher Organisation und ökologischer Raumnutzung. Zum Schluß diskutiere ich dann Möglichkeiten und Grenzen einer Reorientierung der peruanischen Landwirtschaft an alten Modellen.

1. Landwirtschaft und Ernährung im alten Peru

Grob gesprochen, können wir unter dem „alten Peru" das Reich der Inka verstehen. Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, daß sich zum einen das Inkareich geografisch nicht mit dem heutigen Peru deckt (die Hälfte des heutigen Staatsgebiets, das östliche Waldland, war von den Inkas praktisch — noch — nicht durchdrungen, dafür reichte das Herrschaftsgebiet im Norden bis Ecuador, im Süden bis Chile). Zum andern sind viele der den Inkas oft zugesprochenen Leistungen, gerade in der Landwirtschaft, älteren Ursprungs. Kern der alten Kulturen war das Hochland der Anden mit seinen auslaufenden Tälern. In diesem Hochland lebte eine Bevölkerung, die wohl mindestens so zahlreich war wie heute (Schätzungen gehen bis zu dreißig Millionen Einwohnern vor der spanischen Eroberung, vgl. 1/27f, 4/26, 5/61). Und nach übereinstimmenden Aussagen der Chronisten, die auch durch heutige Historiker bestätigt werden, lebten diese Menschen damals ausreichend ernährt, ohne Hungersnot. Heute dagegen verlassen jährlich Hunderttausende das Hochland, weil es

sie nicht mehr ernährt, und wandern in die Städte an der Küste oder in geringem Umfang auch in die östlichen Waldgebiete ab.

Damit sind bereits die drei geografischen Großräume umrissen, die heutzutage in Peru unterschieden werden: Küste (costa), Bergland (sierra) und Urwald (selva oder montana). Hinter den letzten Villenvororten beginnt für den Einwohner von Lima die sierra, das Land der heruntergekommenen Indios, wo es nichts zu beißen gibt, weil in diesen Bergen ja auch nichts wachsen kann. Um wieviel differenzierter war da doch die Geographie der Altperuaner. Sie unterschieden mindestens acht Zonen ihres Landes, die ihnen klimatisch, von der Bodengestalt her und nach der Nutzbarkeit je eigene Lebensräume bedeuteten (6/18ff; 7/4ff). Sechs davon bezeichneten die verschiedenen Zonen der sierra, die jede ihren spezifischen Beitrag zur Nahrungsproduktion bzw. -sammlung leistete.

Zwei dieser Zonen sind Kerngebiete der Besiedlung und der Landwirtschaft gewesen:

— Die **jalca-Zone** oberhalb 3500 m Höhe (zu ihr gehört z. B. das Gebiet um den Titicacasee), charakterisiert durch häufige Fröste, relativ große Feuchtigkeit (Niederschläge, jedoch wenig Oberflächengewässer, somit kaum Möglichkeit zur künstlichen Bewässerung) und überwiegend weiträumige Landschaften. Die Grundnahrungsmittel der hier lebenden Bevölkerung waren Kartoffeln und andere Knollenfrüchte (Kartoffelpflanzen wurden bis in 5000 m Höhe bei -7^0 C angetroffen — 2/32), Quinua, eine Getreideart aus der Familie der Gänsefußgewächse von hohem Nährwert (auch Eiweiß), das in dieser Region gezüchtete Meerschweinchen und Fleisch der von den Hirten der noch höher gelegenen puna-Region bezogenen Kameloiden (Lama, alpaca...).

— die **quechua-Zone** (2300—3500 m), das dichtest besiedelte Gebiet mit den wichtigsten Zentren der Inkakultur (weshalb die Spanier in einem Mißverständnis diesen Begriff auf die Sprache der Bewohner übertrugen). Das Klima ist hier gemäßigter, aber auch variabler (größere Temperaturunterschiede, klar gegliederte Regen- und Trockenzeiten), die Täler, bzw. Hänge steiler und es stehen zahlreiche Wasserquellen zur Verfügung. Zwar gedeihen hier auch die genannten Kulturen, wichtigste Feldfrucht der quechua-Zone ist jedoch der Mais. Zahlreiche Gemüse- und Obstarten treten hinzu, teilweise stehen auch Süßwasserfische zur Verfügung. Überhaupt spielen lokale geographische Besonderheiten eine größere Rolle für die Ernährung als in der einförmigeren Höhenzone. Die meist zerklüftete Bodengestalt gab Anlaß zur Entwicklung der Terrassenkultur, die ausgeprägten Trockenperioden zur künstlichen Bewässerung, auf die der Mais im allgemeinen angewiesen ist.

Zumindest diese beiden Regionen, die den Hauptteil der bewohnten sierra ausmachen, konnten sich im Prinzip autark ausreichend ernähren, und zwar ganz überwiegend auf vegetarischer Basis. In der Realität wurde die Ernährung aber oft durch Austausch (worunter kein „Fernhandel" im europäischen Sinn, sondern verschiedene Systeme organisierter kooperativer Beziehungen zu verstehen sind, vgl. 8, 9/26ff, 10), mit anderen Regionen ergänzt. Wichtige Tauschprodukte waren z. B. Honig, Salz, Coca, Obst, Muscheln und Fische (unter den Inkas von der Küste bis ins Hochland transportiert), Trokkenfleisch (wohl ebenfalls erst unter den Inkas in größerem Umfang transportiert). Dazu kamen Produkte, die nicht der Ernährung dienen wie Wolle, Baumwolle, Federn, Felle usw.

Vom heutigen Standpunkt aus mag die Ernährung der alten Peruaner mangelhaft, zu einseitig und zu wenig eiweißreich erscheinen. Es liegen jedoch keine ausreichend detaillierten Studien vor, um das endgültig beurteilen zu können. Immerhin kommt ein neuerer peruanischer Autor, der den Versuch einer Quantifizierung unternommen hat, zu dem Ergebnis, daß die tägliche Nahrung zur Inkazeit aus 2420 Kilokalorien bestand, was erheblich über dem WHO-Standard läge (18/34). Über den Umfang von ergänzenden Nahrungsmitteln (weitere Pflanzen, Wild etc.) liegen keine quantitativ eindeutigen Nachrichten vor. Daß Mais in Ergänzung mit eiweißhaltigen Gemüsen, die vorhanden waren, eine ausreichende Subsistenz erlaubt, ist jedoch inzwischen belegt. Die Bewohner der „Kartoffelzone" waren dagegen auf tierisches Eiweiß als Ergänzung angewiesen. Hier ist interessant, daß die Höhenregionen wohl nicht erst zu spanischer Zeit Refugium für vertriebene Bevölkerungsgruppen war, und daß schon unter den Inkas diese Völker als „ärmer" galten (2/37ff). Insgesamt gesehen ist es jedoch kaum vorstellbar, daß die Inka einen Militärstaat, der unter anderem die zentral gelenkte Versorgung eines großen Heeres und einer nicht minder großen Zahl von Beamten und Priestern benötigte, in einem Gebiet errichten und über Generationen ausbauen konnten, das nicht in der Lage gewesen wäre, seiner Bevölkerung eine ausreichende Ernährung zu liefern.

Die Möglichkeit der Versorgung des Inkaheeres war außer von der Verfügbarkeit ausreichender Nahrungsmengen auch von der Möglichkeit der Konservierung dieser Nahrungsmittel abhängig. Gleiches gilt teilweise natürlich auch für die Zivilbevölkerung. Gerade hier wurden erstaunliche Techniken entwickelt, die z. T. mit der grundsätzlichen Notwendigkeit zusammenhingen, Nahrungsmittel zu prozessieren, um sie verzehrbar zu machen. Das gilt z. B. für tarwi, die eßbare Lupine, für quinua, zahlreiche yuca-Arten (Maniok) und nicht zuletzt für viele Kartoffelvarietäten, die alle ohne spezielle Bearbeitung giftige Alkaloide enthielten. Wichtigste Konservierungstechnik ist zweifellos die Herstellung von „chuñu" aus Kartoffel, ein äußerst komplexer Prozeß der Dehydrierung, der nur unter den Bedingungen der extremen Höhenlagen des Hochlandes funktioniert und ein bei entsprechender Lagerung mehrere Jahre haltbares Produkt ergibt, dem bis zu 5/6 Wasser entzogen sind (im Fall der „moraya"). Hoch entwickelt waren auch die Techniken der Trockenfleisch- (charqui) und -fischerzeugung. Chuñu war nicht nur für den Inka wichtig (dessen Apparat überwiegend durch den ohnehin haltbaren Mais unterhalten wurde), sondern für das Überleben der Bauern in den höheren Zonen lebensnotwendig, da nur so die Perioden zwischen den Ernten bzw. Ausfällen überbrückt werden konnten.

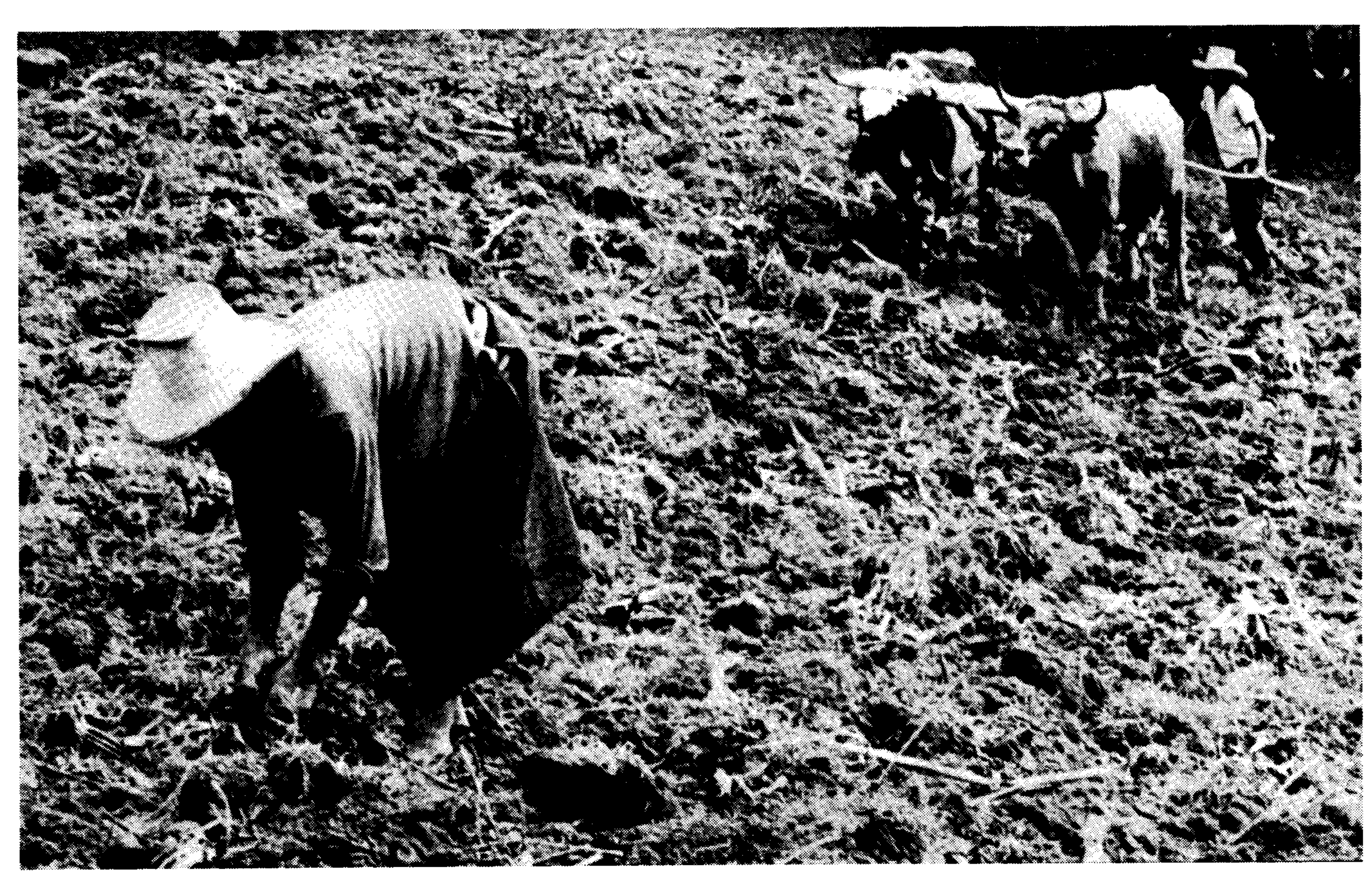
2. Methoden der landwirtschaftlichen Nutzung

Insgesamt muß Peru somit zu einem der großen alten Zentren der Entwicklung der Landwirtschaft gerechnet werden. Drei Bereiche der Agrikultur, auf denen die alten Peruaner besonders herausragende Leistungen vollbracht haben, sollen im folgenden etwas näher dargestellt werden: Züchtung, Bewässerung und Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit.

2.1. Züchtung und Sortenwahl

Peru bzw. der zentrale Andenraum gehört zu den Gebieten, in denen die ersten für die Ernährung der Menschheit wesentlichen Kulturpflanzen aus ihren Wildformen von Bauern gezüchtet wurden. Zu den später auf der ganzen Welt verbreiteten Beiträgen dieser Region gehören z. B. Maniok, Erdnuß, Baumwolle, Paprika, Bohnen, Kürbis und vor allem die Kartoffel (11/20ff, 7/102ff). Darüber hinaus wurden hier aber auch viele ursprünglich anderswo entwickelten Kulturpflanzen weitergezüchtet, und zwar schon in so früher Zeit, daß z. T. bis heute Unklarheit besteht, ob in Peru nicht ein zweites Ursprungsgebiet bestanden hat, so z. B. beim Mais.

Wesentlicher noch für die Entwicklung der Landwirtschaft als die schiere Zahl der gezüchteten Pflanzen war noch deren große Zahl von Varietäten. Noch nach dem 2. Weltkrieg wurden z. B. an einem einzigen Ort in Peru mehr als 220 verschiedene Kartoffelsorten festgestellt (2/33), die bei den Bauern je eigene Namen hatten. Der Hauptgrund für die Entwicklung einer so gewaltigen Sortenvielfalt bestand ohne Zweifel in der erwähnten Vielgestaltigkeit der Landschaft, die sich die Bewohner systematisch nutzbar machten. Im Umkreis eines einzigen Dorfes konnten sich vollkommen verschiedene Klima-, Boden- und Vegetationstypen befinden, die jeweils besondere Züchtungen erforderten und ermöglichten. Zugleich konnten diese verschiedenen Standorte ganz verschiedene Agrartechniken erfordern, z. B. Regenfeldbau oder künstliche Bewässerung, womit sich die Zahl der erforderlichen oder erwünschten



Sorten vervielfachte. Schließlich bestand in den einzelnen Kulturen des Raums eine Vielfalt von verschiedenen Anforderung an die Qualität der Produkte, z. B. was ihre Lagerfähigkeit, Prozessierbarkeit, aber natürlich auch den Nährwert betrifft, womit weitere Züchtungsanstrengungen provoziert wurden. All dies konnte schließlich wegen der relativ großen Isolierung der Täler unter, im Prinzip ähnlichen Bedingungen, zu je verschiedenen konkreten Zuchtresultaten führen.

So wurde im Lauf von Jahrtausenden eine enorme Fülle von Sorten entwickelt, die jeweils ihren Platz in dem komplizierten Gefüge von Standorterfordernissen, Agrikulturtechnik und qualitativem Bedarf hatten.

2.2. Bewässerung

Künstliche Bewässerung war und ist in Peru nicht nur im Bereich der pazifischen Wüste, sondern auch in weiten Teilen der sierra, wo durchaus Regen fällt, eine Notwendigkeit. Spuren künstlicher Bewässerung finden sich daher auch seit rund 10.000 Jahren. Die spanischen Konquistadoren überschlugen sich vor Bewunderung angesichts einer Bewässerungstechnik, die alles ihnen bekannte weit übertraf. Und Garcilaso de la Vega, Sohn eines spanischen Eroberers und einer Inka-Prinzessin, der über die inkaische Epoche zusammentrug, was ihm an Information im 16. Jahrhundert noch zur Verfügung stand, schrieb:

„Man kann diese Kanäle (der Inkas) den größten Werken, die es je auf der Welt gegeben hat, zur Seite stellen und ihnen den ersten Platz einräumen, wenn man bedenkt, daß sie durch himmelhohes Gebirge führen, daß sie gewaltige Felsen sprengten, ohne Werkzeuge aus Stahl oder Eisen zu haben, sondern Stein mit Stein durch Muskelkraft brachen, und daß sie keine gewölbten Gerüste zu bauen verstanden, um darauf Bogen und Brücken zur Überquerung von Tälern und Flüssen zu errichten.. " (12/205)

Unter den Inkas entstanden ohne Zweifel die spektakulärsten, größten Bewässerungsbauten, darunter Kanäle von über 100 km Länge, Überbrückungen der kontinentalen Wasserscheide zwischen Atlantik und Pazifik, kilometerlange unterirdische Kanäle mit Reinigungssystemen u. a. Das waren jedoch nur Vervollkommnungen einer uralten bäuerlichen Bewässerungskultur, die in der Regel solche gigantischen Projekte gar nicht nötig hatte. Das Grundprinzip der andinen Bewässerungstechnik war eigentlich sehr einfach. Von einer höher gelegenen Wasserquelle (meist einem regelmäßig wasserführenden Fluß oder Bach) wurde unter Nutzung der Schwerkraft über ein sich allmählich verzweigendes System immer kleiner werdender Kanäle Wasser an die Felder eines Dorfes bzw. der einzelnen Familien geleitet. Da gerade in der quechua-Region das Verhältnis von bewässerbarem Land zu steilem Ödland oft sehr ungünstig ist, bedeutete das u. U. viele Dutzend km Kanal für die Felder eines einzigen Dorfes, Kanäle, die zudem wegen der Berge mit ihren tief eingeschnittenen Tälern oft endlose „Umwege" machen mußten. Die Höhe des Hauptkanals eines Dorfes bestimmte dann den Umfang des potentiell zu bewässernden Landes. Da es keine Pumpen gab, konnte nur das tiefer liegende Land bewässert werden.

Nur in sehr geringem Umfang wurde Wasser gespeichert, z. B. durch Aufstauen von Bächen, um genügend Wasser auf einmal an die Felder bringen zu können. Die Bewässerung machte also in der Regel nicht völlig unabhängig von der Wasserführung der Flüsse und Bäche.

Ein solches Bewässerungssystem war von den einzelnen Dörfern gewöhnlich durchaus in eigener Regie zu errichten und zu unterhalten, es war im Gegensatz zu Ostasien dezentral organisiert. (13, 14) Auf der Ebene des Dorfes selbst bestand allerdings ein präzises System der Wasserverteilung und -kontrolle, das einen Eckpfeiler der Dorforganisation bildete und vielerorts bis heute bildet.

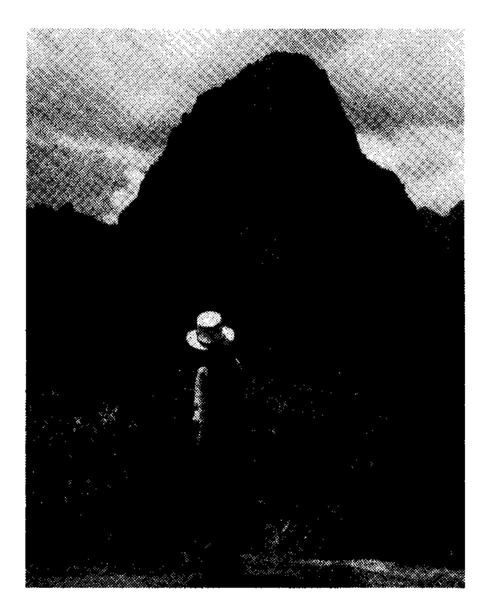
2.3. Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit

Die Erhaltung fruchtbarer Böden als Grundlage für langfristige Erträge des Ackerbaus stellte auch schon in alter Zeit in den Anden ein ganz besonderes Problem dar. Schon die Bodengestalt (überwiegend steile Hänge), dazu die scharfen Wechsel von monatelangen Trockenperioden und stärksten Niederschlägen sind Faktoren, die in hohem Maße Erosion fördern. Das weitgehende Fehlen von tierischem Dünger (Großvieh existierte nicht, und die Kameloiden waren in der Regel zu weit weg von den Feldern) erschwerten den Nachschub an Nährstoffen, zumal großzügige Brachezeiten wegen der Bodenknappheit keinen Ausgleich erlaubten und eine der beiden Hauptkulturen, der Mais ein ausgesprochener Nährstoffräuber ist.

Die altperuanische Landwirtschaft entwickelte ein breit gefächertes Bündel von Maßnahmen, um dieser Herausforderung zu begegnen. Das wichtigste Instrument dabei war ohne Zweifel der Bau von Terrassen. An den steileren Hängen wurden, dem Geländeverlauf in etwa folgend, Mauern errichtet, die dann jeweils die Grenze eines kleinen Feldstücks gegen die Hangseite bildeten. Je steiler der Hang, desto mehr bzw. höhere Mauern sind dabei erforderlich. Ein Verhältnis von Mauernhöhe zu Feldbreite von 1:1 ist dabei nichts ungewöhnliches. Die offensichtlichste Funktion dieser Terrassenmauern ist, die Erde gegen das Abrutschen, insbesondere aufgrund von Wassererosion, zu sichern. Wie solche Steilhänge schon nach kurzer Zeit aussehen, wenn sie ohne Terrassen bebaut werden, kann man heute an vielen Stellen in den Anden beobachten: kahl und von tiefen Rinnen durchzogen. Der Erosionsschutz durch die Terrassen wirkt auf zweifache Weise: Die Mauern verhindern ein Abrutschen des Erdreichs direkt, und indem sie eine waagerechte Anbaufläche ermöglichen, nehmen sie den Wasserkräften die Angriffsfläche (das gilt sowohl für Regen wie für künstliche Bewässerung).

Dies ist jedoch keineswegs der einzige Beitrag des Terrassenbaus zur Erhaltung der Fruchtbarkeit. Die Terrassen verbessern die Wirksamkeit der Bewässerung erheblich, indem sie gleichmäßige Wasserverteilung auf dem Feld ermöglichen. Außerdem verhindern sie den Stau des Wassers, bilden also auch ein Entwässerungssystem. Wichtig ist dabei nicht nur die einzelne Terrasse, sondern den ganzen Hang als zusammenhängendes System zu sehen. Dabei findet ein steter Wasserfluß oder besser eine Infiltration von Wasser von oben nach unten, von Terrasse zu Terrasse statt. Bei künstlicher Bewässerung ist also die Entwässerung der oberen Terrasse zugleich die Bewässerung der nachfolgenden. Mit dem Wasser kommen auch bestimmte Nährstoffe der tiefstgelegenen Bodenschichten (eben der am Fuß — hangwärts — der Mauer gelegenen Erde) in die darunterliegende Terrasse, Nährstoffe, die ansonsten gar nicht von den Pflanzen mobilisierbar wären. Dies konnte vom Bauern noch systematisch genutzt werden, indem er z. B. in den obersten „Etagen" Lupinen oder Bohnen pflanzte, deren freiwerdender Stickstoff mit der Zeit auf die tiefer liegenden Felder geschwemmt wurde, wo er dann z. B. Mais pflanzte (15/164ff) Schließlich kamen mit dem Wasser auch feinste Bodenpartikel nach unten, was keinen großen quantitativen Verlust darstellt (ein Hang kann mehr als hundert Terrassen übereinander haben), sich aber günstig auf die Oberflächenstruktur der Böden auswirkt. Zu erwähnen ist auch noch die günstige Auswirkung der Terrassen auf das Mikroklima. Mehr Sonnenenergie konnte eingefangen werden als auf einem nichtterrassierten Hang, und vor allem wurde die Frostgefahr verringert, da die Hangwinde gebrochen wurden.

Ebenfalls auf die Erhaltung der Böden und ihrer Fruchtbarkeit zielten wesentliche Anbautechniken wie z. B. **Mischkulturen.** Deren zahlreiche Vorteile für eine ausgewogene Pflanzenernährung (Nährstoffergängzung), Erosionsschutz (hohe Bodenbedeckung) und Pflanzenschutz (Verhinderung von Schädlingsepidemien, Niederhalten von Unkraut) sollen hier nicht weiter ausgeführt werden, zumal sich die Techniken in Peru offenbar nicht wesentlich von denen in anderen traditionellen Agrikultursystemen unterscheiden.



Die verwendeten **Werkzeuge** zeichnen sich vor allem durch ihre Beschränkung auf Handwerkszeuge aus (es gab im alten Peru bekanntlich keine Zugtiere). Feldbau stand also dem, was wir Gartenbau nennen würden, näher als europäische Landwirtschaft. Der Arbeitseinsatz war entsprechend hoch, die Effizienz dieser Arbeit aber auch. Wo jede Pflanze praktisch individuell gepflegt wird, wo jedes auch ungünstig gelegene Stück Boden von Hand bearbeitet wird, steigen die Erträge und sinken die Verluste.

Trotz alldem bestand natürlich auch im alten Peru das Problem, daß dem Boden nicht über lange Zeit Nährstoffe in Form von Kulturpflanzen entzogen werden können, ohne daß entsprechender Ersatz geschaffen wird. Trotz intensiver Bemühungen um die Bewahrung der Böden und ihrer Fruchtbrakeit mußte also auch für Nachschub gesorgt werden, es mußte **Dünger** beschafft werden. Tierischer Dünger war knapp, umso sorgfältiger wurde er genutzt. Wo immer möglich, wurden Lamas oder alpacas auf die Felder geführt (noch einmal erwiesen sich dabei die Terrassen als sehr nützlich: sie waren zugleich abgegrenzte Weidegebiete), aber auch der Dung von Meerschweinchen und menschliche Exkremente wurden genutzt, in bestimmten Gegenden sogar Fisch (16). Große Bedeutung hatte auch schon in vorspanischer Zeit der guano, also die Ablagerungen von Vogelmist auf den Inseln vor der pazifischen Küste. Der guano wurde in alle Teile des Landes gebracht. Welche Bedeutung dem guano zur Zeit der Inkaherrschaft beigemssen wurde, berichtet wiederum Garcilaso (12/183):

„Zur Zeit der Inka-Könige wurden jene Vögel ängstlich behütet, und in der Brutzeit war es bei Todesstrafe verboten, die Insel zu betreten, damit die Vögel nicht aufgeschreckt und von ihren Nestern vertrieben würden. Ebenso war es bei nämlicher Strafe und zu jeder Zeit verboten, sie zu töten, gleichviel ob auf den Inseln oder außerhalb derselben. Eine jede Insel war auf Geheiß des Inka einer bestimmten Provinz zugeteilt, und wenn die Insel groß war, wurde sie zwei oder drei Provinzen zugewiesen. Sie stellten Grenzzeichen auf, damit die Leute der einen Provinz nicht in den Bereich der anderen eindrängen, und innerhalb ein und desselben Bereiches setzte sich die Unterteilung fort, und zwar erhielt jeder Ort und jeder Bewohner seinen Anteil, zu welchem Behuf man die Dungmenge abschätzte, deren er bedurfte, und bei Todesstrafe war es dem Bewohner eines Ortes verwehrt, Dung aus dem fremden Bereich zu entnehmen, weil dies Diebstahl war, und auch aus dem eigenen Bereich durfte er keine größeren Mengen entnehmen, als die für sein Land veranschlagte, denn die war für ihn ausreichend, und für das, was er zuviel nahm, wurde er wegen Ungehorsams bestraft."

(Gut drei Jahrhunderte nach dieser inkaischen Planwirtschaft verschleuderte die in die Fänge des englischen Kapitals geratene Republik Peru diesen Reichtum innerhalb weniger Jahre praktisch vollständig. Hingerichtet wurde — deswegen jedenfalls — niemand.)

Selbstverständlich wurden auch alle pflanzlichen Rückstände auf den Feldern als Dünger genutzt. Zumindest in einigen Gegenden ist auch nachgewiesen, daß größere Mengen guter Böden aus den landwirtschaftlich nicht nutzbaren Überschwemmungsgebieten von Flüssen abtransportiert und zum Auffüllen der Terrassen verwendet wurden. Auch Gesteinsmehl (Kalk z. B.) und Aschen wurden ausgebracht.

3. Die räumliche und soziale Organisation der altperuanischen Agrikulturgesellschaft

Die Darstellung einiger wesentlicher Techniken der traditionellen Agrikultur Perus vermag deren hohen Entwicklungsstand zu belegen. Agrikultur ist jedoch keine Ansammlung ausgeklügelter Agrartechniken. Erst die Einbindung dieser Techniken in entsprechende soziale und kulturelle Organisationsformen vermag das hohe Niveau gesellschaftlicher Entwicklung, wie es sich zuletzt im Inkareich, aber keineswegs nur in ihm verkörperte, erklären. Der Andenraum weist so

extreme ökogeografische Bedingungen auf, daß ihn die heute über die Entwicklung des Landes Bestimmenden praktisch aufgegeben haben. Hunger, Landflucht, ökologische Zerstörung belegen, daß das derzeit herrschende Gesellschaftssystem Perus trotz der Verfügbarkeit modernster Agrartechnik nicht in der Lage ist, die sierra als Lebensraum zu erhalten. Wir müssen die landwirtschaftlichen Techniken also noch einmal betrachten, diesmal unter dem Gesichtspunkt ihrer gesellschaftlichen Entstehung und Beherrschung.

Terrassen und Bewässerungskanäle sind Bauwerke von großem Umfang, so groß, daß sie nach der spanischen Eroberung von den Bewohnern nicht einmal mehr unterhalten werden konnten. Wie ist ihre Errichtung dann überhaupt denkbar? Man wird, auch wenn naturgemäß keine genauen Berechnungen möglich sind, davon ausgehen können, daß das Kostennutzungsverhältnis von aufgewandter Bauarbeit zu gewonnenem oder verbessertem Land äußerst ungünstig, nach heutigen Maßstäben absolut unrentabel gewesen ist. Man sollte traditionellen Gesellschaften nicht unterstellen, daß „Rentabilität" für sie keine Rolle spielte. Mit Arbeitskraft mußte auch in der altperuanischen Gesellschaft haushälterisch umgegangen werden — vielleicht mehr als heute. Aber offensichtlich sah das Rentabilitätskalkül anders aus.

Hier spielt eine große Rolle, daß diese Arbeiten nicht von Spezialisten, sondern von den Bauern selbst durchgeführt wurden. Der peruanische Bauer war immer auch Wasserbau- und Tiefbauingenieur. Landwirtschaftliche Arbeit aber ist nie gleichmäßig übers Jahr verteilt. Es gab also immer Perioden, die für Arbeiten an der „Infrastruktur" genutzt werden konnten. Die große Leistung der alten Peruaner — größer als die technische Meisterschaft der Bauten selbst — war es, diesen potentiellen Arbeitsüberschuß optimal organisiert zu haben. Kanalbau, Terrassenbau und der Unterhalt dieser Werke waren dörfliche Gemeinschaftsaufgaben, die nach festen Regeln durchgeführt wurden. Man könnte sagen, daß sich die altperuanische Gesellschaft um diese Arbeiten herum organisierte. Im Unterschied allerdings zu den von Wittfogel so genannten „hydraulischen Gesellschaften" des Fernen Ostens war es kein zentraler Staatsapparat, der diese Arbeiten organisierte, sonder die Dörfer selbst (13). Grundlage dieser Gemeinwirtschaft war das ayllu, der Großfamilienverbund als Keimzelle der Dörfer. In ihm gab es ursprünglich keinen Privatbesitz an Grund und Boden, sondern das Land wurde jährlich neu zugewiesen, wenn auch aus praktischen Gründen sicher nicht jedes Jahr neu verteilt. Damit war natürlich ein starker materieller Hebel zur Beteiligung an den Gemeinschaftsarbeiten gegeben. Aber selbst viele Generationen nach der Zerrüttung des Gemeinbesitzes behielt die dörfliche Gemeinschaftsarbeit noch ihre prägende Kraft. Ihre Notwendigkeit für das Überleben des Dorfes und seiner einzelnen Familien blieb offensichtlich.

Nur auf der Grundlage einer so starken sozialen Organisation war es auch möglich, langfristige „Investitionen" vorzunehmen. Der Bau eines größeren, neuen Kanals oder die Terrassierung eines Berges konnten möglicherweise nicht mehr der Generation zugute kommen, die mit der Arbeit begann. So mußte ein langfristiges, an den Erfordernissen der schwierigen Umwelt orientiertes Kalkül statt des heute herrschenden kurzfristigen Rentabilitätsdenkens vorherrschen.

Diese „Rationalität der andinen Organisationen" (Golte, 17) zeigt sich in vieler Hinsicht. So war z. B. das Territorium eines Dorfes in der Regel so umgrenzt, daß das Dorf (und innerhalb des Dorfes wiederrum die einzelnen Familien) Zugang zu möglichst vielen Ökozonen hatte. Ein Dorf der quechua-Zone hatte z. B. in seiner unmittelbaren Umgebung die stark pflegebedürftigen Gemüse- und Maisfelder, weiter oben Kartoffelfelder, und zwar bewässerte wie unbewässerte mit je verschiedenen Sorten. Talabwärts, wo der nahegelegene Fluß vielleicht sich tief in die Berge eingegraben hatte, konnten auf kleinen Flächen am Boden der Schlucht tropische Früchte angebaut werden. Dazu kam die wegen der enormen Entfernung als Gemeinschaftsherde vom Dorf unterhaltene alpaca-Herde oben in der weiten Höhensteppe der puna. So wurde eine unter den Umständen sehr vielseitige Versorgung möglich, und zugleich eine relativ große Sicherheit gegen Ernteausfälle erreicht. Darüberhinaus erlaubte die Nutzung so verschiedener Kulturen und Ökozonen auch eine vergleichsweise intensive Nutzung der Arbeitskraft, denn die Arbeitsspitzen konnten im Verhältnis zu anderen Agrargesellschaften gut verteilt werden (17/17ff). Auch dieses System der Dezentralisierung der Kulturen (und ihrer Risiken!) entspricht, schon wegen der damit verbundenen langen Wege, nicht heutiger landwirtschaftlicher Rationalität. Die offensichtlichen Vorteile des Systems mußten durch erhöhten Arbeitseinsatz erkauft werden. Wie leistungsfähig es war, beweisen nicht nur die Reste der überall noch vorhandenen Bauwerken, sondern auch die Tatsache, daß es über die Sicherung der Dorfbewohner hinaus sogar in der Lage war, eine mehrstufige Herrscherklasse durch Überschüsse zu unterhalten. Freilich wußten diese Herrscher, vor allem die Inkas, sehr genau, welchen Grad der Ausbeutung sie ihren Bauern zumuten konnten, ohne das System der Existenzsicherung zu zerstören. Denn auch sie waren davon abhängig.



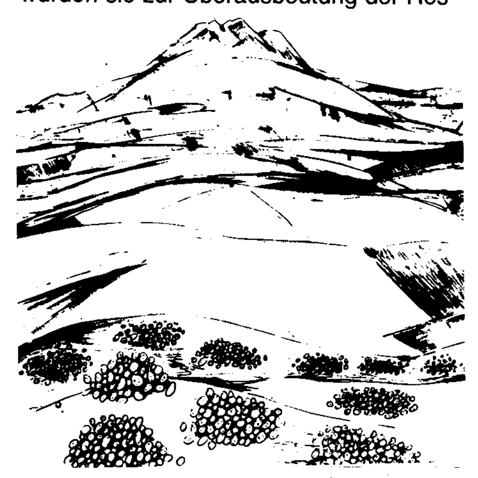
4. Die Zerstörung des alten Systems

Genau dies sollte sich mit der Eroberung des Inkareiches durch die Spanier radikal ändern. Zwar gab es durchaus Bewunderung unter den Konquistadoren für einzelne Leistungen der eroberten Völker. Für die eigentliche Leistung, das soziale System hatten sie dagegen weder Verständnis noch Achtung. In einem vordergründigen Sinn verstanden es die Spanier, sich an die Stelle der Inka-Könige zu setzen, die Grundlagen von deren Herrschaft jedoch vermochten sie nicht zu erhalten, sondern mußten sie durch brutale und sehr schnell zerstörerische Gewalt ersetzen. Gut zwei Generationen nach dem ersten Auftritt der Spanier in Peru schreibt Garcilaso:

„Die Spanier, da Fremdlinge, haben dergleichen Großes (die Kanäle) nicht beachtet, es weder unterhalten noch wertgeschätzt, ja nicht einmal in ihren Geschichten erwähnt; eher hat man den Eindruck, daß sie wissentlich oder in allzu großer Achtlosigkeit, was am wahrscheinlichsten ist, zugelassen haben, daß alles zugrunde gehe. Gleiches ist mit den Kanälen geschehen, die die Indianer angelegt hatten, um die Getreidefelder zu bewässern, und die sie zu zwei Dritteln haben verkommen lassen, so daß heute und seit vielen Jahren nur noch diejenigen Kanäle brauchbar sind, die man, da sie benötigt werden, nicht umhin kam zu unterhalten. Von denen, die verschwunden sind, großen und kleinen, existieren heute noch Spuren und Zeichen." (12/206)

Während der drei Jahrhunderte ihrer Kolonialherrschaft entwickelten die Spanier nie ein ernsthaftes Interesse am Akkerbau in Peru. Sie ernährten sich von dem, was sie den Indios abpreßten, erst relativ spät entstand die Viehzucht (mit aus Europa eingeführtem Vieh) auf den großen Hacienden der Hochtäler. Das Hauptinteresse der Spanier galt der Ausbeutung der Metallvorkommen, und für diesen Zweck zogen sie so viele Arbeitskräfte aus den Dörfern ab, daß deren Organisation zusammenbrach. Von den Folgen haben sich die Dörfer nie wieder erholt, da die Unterbrechung der kontinuierlichen Arbeit an der komplizierten Infrastruktur nur durch erhöhte organisierte Anstrengungen wettzumachen gewesen wäre, zu denen seither freilich nie mehr die gesellschaftlichen Voraussetzungen da waren. Im Gegenteil: Umsiedlungen

zerstörten den Zugang zu wichtigen Gebieten, die für das Gesamtsystem im Sinn breiter Nutzung verschiedener Ökozonen notwendig waren. In den marginalen Gebieten, die den Indios überlassen blieben, wurden sie zur Überausbeutung der Res-



sourcen gezwungen. Später trat die Übernahme europäischer Pflanzen und Tiere sowie Kulturtechniken hinzu. Zwar konnte etliches von der europäischen Landwirtschaft erfolgreich auch von den Indios übernommen werden (z. B. Esel als Tragtiere und Dunglieferanten, Gerste und Weizen als ergänzende Grundnahrungsmittel). Die Einführung der europäischen Weidewirtschaft bzw. ihre Ausgestaltung unter den Herrschaftsbedingungen der Kolonialzeit zerstörte jedoch die ökologischen Grundlagen der andinen Agrikultur nachhaltig, gerade auch abseits der großen Hacienden. Noch heute werden z. B. um des Futterbaus willen Terrassen aus der Inkazeit zerstört (19/30), da unter heutigen Bedingungen der Luzernanbau auf größeren Flächen wirtschaftlicher und einige jahrelang auch möglich ist.

Das Beispiel macht aber auch deutlich, daß die gesellschaftlichen Veränderungen zweifellos den Ausschlag gegeben haben. Neue Kulturen hätten von einer intakten andinen Gesellschaft mit Sicherheit adaptiert werden können (wie es ja auch in der Vergangenheit geschehen war), oder sie wären eben zurückgewiesen worden. Auch dafür gibt es zahlreiche Beispiele (3/65f).

In neuerer Zeit ist es zweifellos in erster Linie der Einfluß moderner Marktbeziehungen, der die Auflösung der noch vorhandenen Reste der alten Anbausysteme vorangetrieben hat. Die Orientierung an Marktpreisen, die in keinem Zusammenhang mit den Produktionsbedingungen der traditionellen Landwirtschaft stehen, führte auch in Peru zur Desintegration der komplexen Anbausysteme zugunsten einseitig produktorientierter Anbauziele, tendenziell zur Monokultur. Keineswegs natürlich wurden die Bauern dadurch zu modernen Farmern. Vielmehr entstand eine Mischung aus Elementen der traditionellen, subsistenzorientierten und arbeitsorientierten Agrikultur und modernen, kapitalistischen Elementen, eine Mischung, die selten zu tragfähigen Existenzformen führte, sondern in der Regel zu Abhängigkeit von Entwicklungen außerhalb der Sphäre, die der campesino überblicken oder gar beeinflussen kann (vgl. 20/88f). Die alte autarke Lebensform der Dörfer war zerstört, eine Integration in den Markt auf der Basis einer kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft kam in der sierra nicht zustande. Das Resultat ist die heutige Marginalisierung der campesinos in der sierra.

Eine kapitalistische Transformation der Landwirtschaft hat in Peru jedoch durchaus stattgefunden. Der Schauplatz dieser Entwicklung war jedoch nicht die sierra, sondern die costa, vor allem des Nordens. Dort entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine weltmarktorientierte Plantagenwirtschaft, nachdem es gelungen war, den hier allein die Produktionskapazitäten begrenzenden Faktor Wasser durch Verbesserung der Bewässerung und Enteignung der



campesinos in den Griff zu bekommen. Die großen Hacienden vor allem des Nordens veränderten nicht nur das Gesicht der Landwirtschaft Perus nachhaltig, sie drückten auch der Entwicklung des gesamten Landes ihren Stempel auf. Ihre Entstehung verdanken sie dem freigewordenen Spekulationskapital von Ausländern, die es im Guano- und Salpetergeschäft verdient hatten. Rechtzeitig vor dem Ende des Booms steckte z. B. der deutsche Geschäftsmann Gildemeister sein Geld in Grundbesitz an der Nordküste, wo er es bald zum größten Grundbesitzer des Landes brachte, mit über 130.000 ha an der Küste und weiteren 420.000 ha im Hochland (22/113). Während große Teile seines Landes im alten unproduktiven Stil herkömmlicher Hacenderos verkamen, baute Gildemeister das Herzstück seiner Ländereien, 30.000 ha Land an der Küste, zu hochproduktiven Zuckerplantagen aus, nachdem sich herausgestellt hatte, daß hier weltweite Spitzenerträge zu erzielen waren (noch heute liegen die Erträge pro Hektar im peruanischen Zuckeranbau ca. 250 % über dem Weltdurchschnitt — 23/44).

Auf ähnliche Weise entstand ein weiteres Imperium, das in der Folgezeit zu einem Musterbeispiel für einen weltweiten Konzern des Agrobusiness werden sollte, die W. R. Grace. Seine große Zuckercienda bildete den Mittelpunkt einer neuen Sozialstruktur. Noch 1965, wenige Jahre vor der Agrarreform, in der diese plantage „Cartavio" glich eher einem Industriegebiet als einer herkömmlichen Hacienda. In der Zuckerverarbeitung („Cartavio" ist in Peru bis heute ein Synonym für Zuckerrohrschnaps) wurden modernste technische Mittel eingesetzt, die die ganze Region veränderten und Auswirkungen auf die Industrialisierung des ganzen Landes hatten. Doch über dem Zucker vergaß Grace die ursprüngliche Quelle seines Reichtums nicht, den Dünger. Nachdem der Guano verschleudert war, wandte er sich der Kunstdüngerproduktion zu (dies freilich nicht mehr in Peru), die bis heute einen Eckpfeiler des Unternehmens bildet, das seinen Sitz längst in den USA hat. Agrobusiness in zahlreichen anderen Staaten Südamerikas kam hinzu, bis die W. R. GRace & Co. mit einem Jahresumsatz von 6,5 Mrd. entstand. Ein Unternehmen, das der deutschen Bundesregierung so nützlich erscheint, daß sie dem verdienstvollen Industriellen Flick einige Hundert Millionen Mark Steuergelder schenkt, um sie bei der Grace zu investieren.

In den Kernlanden der Gildemeister und Grace, in den äußerst fruchtbaren Tälern der peruanischen Nordküste, führte ihr Auftreten zur völligen Umkrempelung der ländlichen Gesellschaft. Die Ha-Ländereien enteignet und zu Kooperativen umgewandelt wurden, heißt es in einer Beschreibung der Hacienda Cartavio (21/147):

„Cartavio ist eine echte Stadt, mit der Fabrik im Zentrum, dazu den Verwal-



tungsgebäuden, dem Krankenhaus, zwei Kirchen, den Grundschulen und dem kirchlichen Gymnasium, der Polizeistation, dem Kino und den Geschäften. Außenherum befinden sich die Wohnviertel, die von den Arbeitern erbaut wurden. Dort leben 16.500 Menschen, darunter die 2600 festangestellten Arbeiter des Unternehmens. Die gesamte Existenz und das tägliche Leben hängen von der Hacienda ab."

Neben dem Zucker war vor allem noch die Baumwolle ein Produkt, das zu hohen Investitionen und zur Bildung von modernen, kapitalintensiven Haciendas Anreiz bot. Auch hier wurden bald Spitzenerträ-

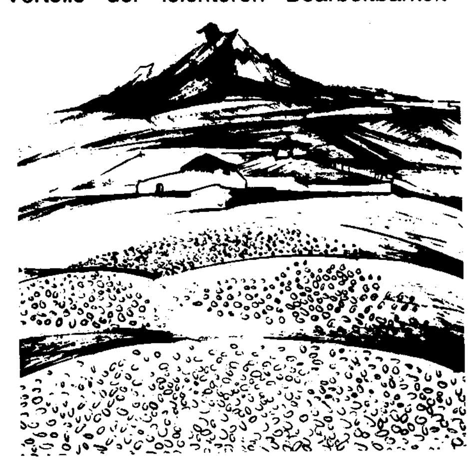
ge und vor allem erste Qualität erzielt (21/152ff). Diese Baumwollproduktion gab mehr noch als der Zucker den Anstoß zu einer gewissen Industrialisierung Perus. Die Textilfabriken sind bis heute (wo sie im Rahmen der IWF-Freihandelspolitik so gut wie ruiniert sind) ein Kernbereich der peruanischen Arbeiterbewegung gewesen.

Natürlich ist es kein Zufall, daß beide Produkte keine Grundnahrungsmittel sind, sondern Weltmarkt- bzw. Vorprodukte für die Industrie. Denn trotz der teilweisen erheblichen Einbrüche durch die periodischen Preisschwankungen wurden hier wesentlich höhere Profite erzielt, als sie mit Nahrungsmitteln für Massen je möglich gewesen wären. Nur in geringerem Umfang wurde im Lauf der Erschließung der Küste auch Reis oder Mais angebaut, und dann vor allem unter dem Druck der Regierung, die zeitweise Gesetze erlassen hatte, wonach ein bestimmter Prozentsatz des Landes der Großgrundbesitzer (15—20 %) mit Lebensmitteln zu bebauen war. Die Folgen dieser Politik waren nicht so positiv, wie man zunächst meinen sollte.

Die Zucker- und Baumwollhaciendas betrafen die traditionellen Bauern des Hochlandes nur indirekt. Sie zogen Arbeitskräfte aus den Dörfern der sierra an, verstärkten so den Bevölkerungsschwund dieser Region und machten die Küste endgültig zum wirtschaftlichen Zentrum des Landes, dessen politische Schaltstellen ohnehin schon dort lagen. Die, wenn auch vergleichsweise geringere Entwicklung einer Lebensmittelproduktion an der Küste berührte die bäuerliche Ökonomie der Dorfgemeinschaften viel direkter.

Sie war der Beginn einer Umwälzung der Konsumgewohnheiten des ganzen Landes. Der Reis des Nordens, in großen Einheiten relativ billig produziert und staatlich subventioniert, begann das Grundnahrungsmittel der städtischen Massen zu werden. Heute ist er auch in den entlegensten Döfern der sierra nicht mehr wegzudenken. Damit wurde den Dörfern der Markt für ihr wichtigstes Produkt, den Mais genommen, ein Markt freilich, der so gar nie bestanden hat. Denn von sich aus wären die Dörfer gar nicht in der Lage gewesen, den rasch wachsenden Bedarf der Städte zu decken. Ein entsprechendes landwirtschaftliches und Vermarktungsprogramm für den Mais der sierra hat es aber staatlicherseits nie gegeben. So sind Reis und Verstädterung in Peru untrennbar verbunden, das eine sowohl Folge wie Voraussetzung des andern. Zum Reis traten in den letzten Jahrzehnten noch weitere, vor allem industriell gefertigte Grundnahrungsmittel wie Brot und Nudeln, die nahezu vollständig von importierten „Rohstoffen abhängig sind. Bei Weizen werden ca. 90 % importiert, bei Ölfrüchten (u. a. für Speiseöl) über 90 % (24/31). Auch der Reisbedarf muß inzwischen zu ca. einem Drittel durch Importe gedeckt werden.

Die Lebensmittelproduktion in den Küstentälern hat so die Entwicklung der bäuerlichen Produktion der sierra als Versorger des entstehenden nationalen Marktes unterbunden. Wo die Küste nicht andere Lebensmittel an die Stelle der traditionellen des Landes setzte, sondern in direkter Konkurrenz zu den Bauern der sierra die Produktion aufnahm, standen diese ebenfalls auf verlorenem Posten. Zu groß waren und sind die Standortvorteile der Küste und ihre Ertragsvorsprünge, als daß die sierra-Bauern, auch bei größter Selbstausbeutung hätten mithalten können. Die Produktivitätsunterschiede zwischen den Küstentälern und den kargen Böden der sierra klingen geradezu unwahrscheinlich. Die Flächenerträge sind an der Küste mindestens dreimal so hoch wie im Hochland. Dazu kommen die Vorteile der leichteren Bearbeitbarkeit



des Bodens und der Mechanisierung, sodaß die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft an der Küste bis 60 mal höher sein kann als im Hochland (Daten bei 17/111).

Auch wenn man hiervon die Kapitalkosten der mechanisierten und chemisierten Landwirtschaft der Küste abzieht, und auch wenn man berücksichtigt, daß dies heutige Zahlen sind, die also bereits das Ergebnis der Stagnation in der sierra und der Entwicklung an der Küste widerspiegeln, und man somit für die sierra ein potentiell höheres Produktionsniveau anzusetzen bereit ist, so ist doch klar: Ohne geplante Eingriffe kann die Landwirtschaft der sierra gegenüber der Küste nicht konkurrenzfähig sein. Und eben deswegen hat keine Regierung Perus und hat kein Großgrundbesitzer in Peru gemäß der Logik der kapitalistischen Grundrente je einen ernsthaften Versuch unternommen, die Agrikultur der sierra kapitalistisch zu entwickeltn (von extensiver Viehzucht und Milchwirtschaft abgesehen).

Doch ist inzwischen dieses Entwicklungsmodell, das ganz auf die kapitalintensive Nutzung der bevorzugten Standorte der Flußoasen in der Küstenwüste setzt, in eine schwere Krise geraten. Seit Jahren geht nicht nur die Lebensmittelproduktion Perus zurück, auch die landwirtschaftlichen Exportprodukte haben ihre Bedeutung eingebüßt. Der Gesamtwert der Agrarexporte fiel von 1970 bis 1980 jährlich um 5,5 %, im gleichen Umfang stiegen die Importe von Lebensmitteln (23/153). Ursache ist in erster Linie ein Rückgang der Produktion, weniger Absatzschwierigkeiten auf dem Weltmarkt. Drastisches Beispiel ist der Zucker. Er bestritt in den zwanziger Jahren fast ein Viertel der Exporteinnahmen Perus, heute muß ein Viertel des einheimischen Verbrauchs importiert werden (25/139; 24/31). Das klassische Agrarexportland Peru ist zu einem Großimporteur (Netto!) von landwirtschaftlichen Erzeugnissen geworden. Diese Importe entsprachen 1980 bereits rund dreißig Prozent der peruanischen Anbaufläche.

Chuño-Zubereitung

1. *Sofort nach der Ernte werden die Kartoffeln verteilt, um sie dem Nachtfrost auszusetzen.*
2. *Frühmorgens werden die Kartoffeln mit den Füßen getreten, um die Schale zu lösen.*
3. *Danach werden die Kartoffeln zur Entbitterung in fließendes Wasser gelegt.*
4. *Nach drei bis vier Wochen werden die Kartoffeln wieder aus dem Wasser genommen.*
5. *Die Kartoffeln werden zum Trocknen noch eine Woche an der Sonne ausgebreitet.*

Dahinter steht nicht nur die verheerende ultraliberale Wirtschaftspolitik der Regierung gemäß den Rezepten des IWF. Auch ökologisch und hinsichtlich ihrer eigenen Rentabilität ist die Küstenlandwirtschaft an ihre Grenzen gelangt. Die sehr begrenzten Flächen der Küstentäler konnten seit dem zweiten Weltkrieg nur noch durch gigantische Bewässerungsprojekte, insbesondere große Staudämme ausgedehnt werden, wie z. B. den Tinajones-Damm. Die radikalen Veränderungen des Wasserhaushalts bzw. des Ökosystems überhaupt, die diese Bauten ermöglichten, führten zu teilweise drastischen Einbrüchen in der Produktivität der Böden. Versalzung, Wassermangel (!) und Verschlammung sind einige der häufiger auftretenden Probleme.

Notwendigerweise wird den Stauseen auch bestes flußnahes Ackerland um der ungewissen Aussicht auf mehr bislang braches Land geopfert, wie z. B. bei dem umstrittenen Je quetepeque-Projekt (vgl. iz3W 102, S. 58ff). Je fragwürdiger der Nutzen dieser Großprojekte für die Stei-

gerung der landwirtschaftlichen Produktion wurde, umso teurer wurde sie andererseits. So mußte die Regierung, die Jahrzehnte ihren gesamten Ehrgeiz in diese Projekte gelegt hatte, in den letzten Jahren einige davon unterbrechen bzw. ganz aufgeben.

5. Rückkehr zur traditionellen Landwirtschaft?

Angesichts dieser tiefen Krise auch des modernen Sektors der peruanischen Landwirtschaft liegt es nahe, die Frage zu stellen, ob nicht eine verstärkte Förderung der traditionellen Landwirtschaft der campesinos der sierra einen Ausweg weisen könnte. So entstanden Entwicklungsprojekte, die alte Feldfrüchte wie die Lupine oder quinua wiederbeleben oder auf ihre heutige Verwendbarkeit untersuchen wollten. Kleine Zentren für angepaßte Landtechnik in der sierra bildeten sich, alte Bewässerungssysteme wurden untersucht. Sicher sind solche Ansätze richtig und unterstützenswert, nur wird man sich davon keine schnellen Erfolge erwarten dürfen. Es war die Absicht dieses Beitrags, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die traditionelle Landwirtschaft Perus ebene keine Ansammlung bestimmter Techniken war, die es nur wieder auszugraben gälte, sondern daß diese Landwirtschaft nur unter bestimmten sozialen Verhältnissen möglich ist. Nur wenn der campesino sicher sein kann, daß die Produkte, die er in der sierra vernüftigerweise anbauen kann, auch gekauft werden, wird er daran denken, sie in erweitertem Umfang anzubauen. Und diese Sicherheit, das haben viele Untersuchungen ergeben, läßt sich nicht durch ein paar staatliche Programme erzeugen, sie muß über viele Jahre wachsen. Erst wenn ihm Preise oder Gegenleistungen geboten werden, die die Mühe lohnen, wird der campesino bereit sein, die Produktion für den Markt weiter zu steigern. Unter den beschriebenen Bedingungen sind dazu allerdings bald gewaltige Investitionen, z. B. in den Bau von Kanälen und Terrassen nötig, Investitionen, die nicht durch gigantische Projekte zu leisten sind, sondern durch langfristig angelegte Arbeit der campesinos selbst. Dies wird aber nur geschehen, wenn der campesino daran glauben kann, daß seine Arbeit auch seinen Kindern noch zugute kommen wird, daß die Früchte seiner Plackerei nicht von Großgrundbesitzern oder Spekulanten geerbt werden, wie er es seit Jahrhunderten erfahren hat. Das Problem der landwirtschaftlichen Produktion und der Ernährung der Massen Perus ist auf diese Weise das Problem der historischen Hypothek der jahrhundertelangen Unterdrückung der campesinos, die sich nicht in einigen Jahren abtragen lassen wird, selbst wenn heute der politische Wille dazu da wäre.

Aber nur im Zusammenhang mit solchen grundlegenden Eingriffen in die Strukturen, die die sierra ausbeuten und zum unterentwickelten Gebiet gemacht haben, hat es überhaupt Sinn, mit den campesinos über den Wert ihrer früheren Lebensform, ihrer alten Agrikulturtechniken — die ihnen ja in der Regel längst fremd geworden sind — zu reden, Forschungen zu treiben und Projekte zu planen.

Es muß in dieser Situation schon Anlaß zur Hoffnung sein, daß im vergangenen Wahlkampf in Peru immerhin die Linke diese Dimension des vieldiskutierten „Nahrungsproblems" erkannt (z. B. 26) und diskutiert hat.

Rainer Huhle

1) Hans Horkheimer, Nahrung und Nahrungsgewinnung im vorspanischen Peru, Berlin 1960
2) John V. Murra, La organización económica del estado Inca, Mexico 1978
3) Daniel W. Gade, Plants, Man and the Land in the Vilcanota valley of Peru, Den Haag 1975
4) John Earls, La Coordinación de la Producción Agricola en el Tahuantinsuyu, in: Manuel Lajo/ Rolando Ames/Carlos Samaniego (eds.), Agricultura y alimentación, Lima 1982, S. 25—60
5) ders., Astronomía y ecología: La sincronización alimenticia del Maiz, in: ebd. S. 61—78
6) Javier Pulgar Vidal, Die acht Landschaftszonen und natürlichen Regionen — Klima und Menschen, in: Peru durch die Jahrtausende, Katalog zur Ausstellung 1983, S. 18ff (diese Darstellung hat Pulgar auch in zahlreichen weiteren Veröffentlichungen in ähnlicher Form dargeboten.)
7) Rogger Ravines, Recursos naturales de los Andes, in: ders., (Hg.), Tecnología Andina, Lima 1978, S. 3ff
8) Giorgio Alberti/Enrique Mayer (Hg.), Reciprocidad e intercambio en los Andes peruanos, Lima 1974
9) Jürgen Golte, Bauern in Peru, Berlin 1973
10) Tom D. Dillehay, Pre-Hispanic Resource Sharing in the Central Andes, in: Science, vol. 204,6 April 1979
11) Pat Mooney, The Law of the Seed, Development Dialogue 1983, 1—2, Uppsala 1983
12) Garcilaso de la Vega, Wahrhaftige Kommentare zum Reich der Inka, Berlin 1983
13) Ian S. Farrington, Irrigación prehispánica y establecimiento en la costa Norte del Peru, in: Rogger Ravines (Hg.), Tecnologia Andina, Lima 1978, S. 117ff
14) ders., Land Use, Irrigation and Society on the North Coast of Peru in the Prehispanic Era, in: Zeitschrift für Bewässerungswirtschaft, Jg. 12 Nr. 2, 1977, S. 151—186
15) Angel Maldonado/Luis Gamarra Dulanto, Significado arqueológico, agrológico y geográfico de los andenes abandonados de Santa Inés de Chosica en el valle del Rímac, in: Rogger Ravines (Hg.) Tecnología Andina, Lima 1978, S. 157—172
16) Santiago E. Antunez de Mayolo R., Fertilizantes Agricolas en el antiguo Perú, in: Manuel Lajo, Rolando Ames, Carlos Samaniego (Hg.), Agricultura y alimentación, Lima 1982, S. 79—130
17) Jürgen Golte, La racionalidad de la organización andina, Lima 1980
18) Nicolo Gligo/Jorge Morello, Zur ökologischen Geschichte Lateinamerikas, in: Lateinamerika, Analysen und Berichte 7, Hamburg 1983
19) Enrique Mayer/César Fonseca Martel, Sistemas agrarios en la cuenca del Rio Cañete, Lima 1979
20) Enrique Mayer, Land Use in the Andes: Ecology and Agriculture in the Mantaro Valley of Peru with special Reference to Potatoes, Lima 1979
21 Calude Collin-Delavaud, Consecuencias de la modernización de la agricultura en las haciendas de la costa norte del Perú, in: José Matos Mar (Hg.), Hacienda, comunidad y campesinado en el Perú, Lima 1976, S. 139—175
22 Carlos Malpica, Los dueños del Perú, Lima 1978[10]
23 Daniel Martinez/Armando Tealdo, El Agro Peruano 1970—1980, Lima 1982
24 Manuel Lajo Lazo, Alternativa agraria y alimentaria, Lima 1983
25 Otto Bürger, Peru, Leipzig 1923
26 Fernando Eguren, El problema alimentario: mucho más que producir más, in : Qué Hacer Nr. 32, Lima 1984, S. 7—11

Noch immer machen die Armen die Reichen reicher



Im Oktober dieses Jahres wird der „große alte Mann" Afrikas, Tansanias Staatspräsident Julius Nyerere, aus der aktiven Politik ausscheiden. Er stellt seinen Posten zur Verfügung. Anläßlich seines offiziellen Besuchs in Bonn Mitte Mai hielt Julius Nyerere vor der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) eine Rede, die mit der aktuellen Politik der Industrieländer hart ins Gericht geht.

Eine Übersetzung der auf englisch gehaltenen Rede lag bislang nicht vor. Auf unsrere Anfrage hin beschied uns die FES, daß es auch nicht geplant sei, eine deutsche Fassung ihrerseits zu publizieren. Begründung: man verfüge über keinen eigenen Übersetzer.

Es drängt sich ein wenig der Verdacht auf, daß die FES (oder die SPD?) den Leserkreis bewußt klein halten möchte. Unangenehme Wahrheiten für Leute, die während einer mehr als ein Jahrzehnt dauernden sozial-liberalen Politik die aktuelle Misere mitverschuldet haben?

Die „Blätter" haben sich entschlossen, die bemerkenswerte Rede von Julius Nyerere abzudrucken. Die Übersetzung besorgten Tracie Bartlett, Julius Langendorff, Dietmar Saier und Frank Kirein. *Red.*

Herr Vorsitzender (gemeint ist Willy Brandt, Anm. d. Red.), meine Damen und Herren:
Lassen Sie mich zunächst betonen, welche Ehre es für mich ist, daß Sie, Herr Vorsitzender, zugestimmt haben, diese Versammlung zu leiten. Als ein erfahrener Staatsmann, haben Sie einen enormen Beitrag im Kampf für die Entwicklung der Dritten Welt und für den Frieden geleistet. Es hat mich erfreut, daß dies mit der Verleihung dieser Auszeichnung (Third World Prize) anerkannt wurde. Dazu möchte ich Ihnen nochmals ganz herzlich gratulieren.

Herr Vorsitzender, seit den fünfziger Jahren bis zu den frühen siebziger Jahren als die Institutionen der Vereinten Nationen ihre Arbeit begonnen haben und viele Länder der Dritten Welt die Unabhängigkeit erreichten, wuchs eine Ablehnung gegen die Armut in der Welt, deren Existenz den Wohlstand in der Welt in Frage stellt, und die als moralisch unannehmbar galt. Man war sich einig, daß es nötig sei, dagegen zu kämpfen. Vor allem sollte die Kluft zwischen reichen und armen Ländern, im Rahmen des Prozesses der Weltentwicklung, verkleinert werden. Das Konzept der Entwicklungshilfe, d. h. wirtschaftliche Unterstützung der Entwicklungsländer wurde akzeptiert, und die meisten Industrieländer verpflichteten sich, 0,7 % ihres Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe in Übersee auszugeben, um die Armut zu bekämpfen.

Die Armen werden ärmer — die Reichen reicher

Es schien auch einigen Fortschritt zu geben. Zwischen 1960 und 1973 betrug die durchschnittliche Wachstumsrate der Entwicklungsländer jährlich insgesamt 6,3 %, während die der Industrieländer durchschnittlich 4,9 % betrug.

In den siebziger Jahren gab es daher die ersten besorgten Reaktionen, als die Welt sich bewußt wurde, daß die Kluft zwischen reichen und armen Ländern größer wurde und nicht kleiner. Diese Erkenntnis führte zu vielen internationalen Gesprächen, Konferenzen, und Untersuchungen. Aber die Kluft ist größer geworden, seit Mitte der siebziger Jahre das wirtschaftliche Chaos auf der Welt zunahm. Während 1970 die Reichsten durchschnittlich 23 mal so viel besaßen wie die Ärmsten, waren sie 1982 vierzig mal so reich. Das ist nur ein weiteres Beispiel für das Gesetz, daß Reichtum weiteren Reichtum und Armut weitere Armut erzeugt. Die Reichen können es sich leisten, Forschung zu betreiben, und Geld zu investieren; die Armen müssen um das bloße Überleben kämpfen. Trotz ihres rapiden Bevölkerungswachstums zeigen die noch immer hohen Kindersterblichkeitsraten der Entwicklungsländer die Folgen ihrer Armut in menschlicher Hinsicht.

Der 1980 unter ihrer Führung, Herr Vorsitzender, herausgegebene Bericht (der Nord-Süd-Kommission, Anm. d. Red.) ging auf alle Punkte ein, analysierte sie und machte Vorschläge. Er wies auf die dringende Notwendigkeit weltweiten gemeinsamen Handelns gegen die Armut

und das wirtschaftliche Chaos hin, um eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Katastrophe zu vermeiden, und er betonte, daß Industrie- und Entwicklungsländer gemeinsame Interessen haben. Drei Jahre später kam ein zweiter Bericht heraus; und es hat auch viele andere Untersuchungen gegeben.

Es ist nicht länger möglich, zu glauben, daß bloße Unwissenheit die Welt davon abhält, ihre wirtschaftlichen Probleme so zu behandeln, daß die Bedürfnisse der Armen berücksichtigt werden. Ganz im Gegenteil, es gibt Anlaß zu fragen, ob die gegenwärtige Einstellung nicht eine absichtliche Ausbeutung der Armen durch die Reichen beinhaltet.

Indem ich diese Frage stelle, möchte ich die grundlegenden humanitären Gefühle der Völker der entwickelten Länder nicht bestreiten. Ihre großmütige Reaktion auf die Nachricht der Hungersnot in Afrika zeigt, daß sie sich um den Wohlstand eines Volkes, das sie nie gesehen haben, und von dessen Kultur und nationalen Problemen sie ebensowenig verstehen, wie von den Mechanismen des internationalen Wirtschaftssystems, doch Sorgen machen. Ich bin der Meinung, daß die Mehrheit der Regierungen der Industrieländer — und auf jeden Fall die der Mächtigsten — dem Internationalismus den Rücken zugewendet haben, und mit Absicht ihre wirtschaftliche Macht benutzen, um die Dritte Welt zu kontrollieren und auszubeuten.

Dies ist eine schwerwiegende Anschuldigung. Ich glaube, daß es dafür Beweise gibt.

Nachdem der Bericht der Brandt-Kommission herauskam, Herr Vorsitzender, organisierten die Präsidenten Österreichs und Mexikos ein kleines Gipfeltreffen in Cancún. Industrie- und Dritte-Welt-Länder waren dort vertreten, mit dem Ziel, sich mögliche Aktionen gegen die in Ihrem Bericht beschriebenen Probleme zu überlegen. Das Treffen blieb erfolglos.

Das mächtigste Industrieland war nicht bereit, sich an irgendeiner gemeinsamen Aktion zu beteiligen, und für die anderen Industrieländer kam eine Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt, ohne die Teilnahme ihres großen Bruders, gar nicht in Frage.

Die Industrieländer blockieren die Entwicklung

In der Tat sind seit 1980 alle offiziellen Diskussionen über Nord-Süd Themen abgebrochen worden. In der UN Vollversammlung, auf der UNCTAD VI, und auf der UNIDO IV hat es keine Verhandlungen mehr gegeben. Auf dem verlängerten Frühlingstreffen des Interim- und Entwicklungskomitees des IWF und der Weltbank, das 1985 stattfand, wurde diesen Fragen keine ernsthafte Aufmerksamkeit geschenkt. Die Industrieländer boykottierten sogar das ad-hoc-Komitee für die Überprüfung und Anwendung der UN-Charta über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten. Auf dem Gipfeltreffen der sieben großen Industrieländer wurde den Interessen des armen Teiles der Welt keine große Relevanz beigemessen. Manche Berichte behaupten, daß Präsident Mitterand auf dem Bonner Treffen versucht habe, auf die Folgen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation für die Armen hinzuweisen. Bekam er viel Unterstützung?

Die entwickelten Länder kontrollieren die Währungsreserven der Welt und beherrschen den internationalen Handel. Trotzdem behandeln sie ihre eigenen wirtschaftlichen Probleme in einer Art und Weise, als lebten ihre Länder isoliert von der übrigen Welt. Sie bekämpfen ihre eigene Inflation durch eine von zwei verschiedenen Maßnahmen. Entweder betreiben sie eine Deflationspolitik, ungeachtet der Auswirkungen auf die Höhe der Nachfrage (das heißt, daß die Höhe der Arbeitslosigkeit sowie der folglich entstehende Druck auf die Preise der Gebrauchsartikel ignoriert werden), oder sie nehmen in der übrigen Welt Kredite auf um ihre Militärausgaben bezahlen zu können, ohne dabei ihren Lebensstandard einzuschränken.

Gleichzeitig werden UN-Institutionen und andere internationale Körperschaften, die nicht von den reichen Ländern kontrolliert werden, untergraben, oder direkt attackiert. Bislang waren UNESCO, I.L.O., UNCTAD, und jetzt IFAD am meisten betroffen.

Nachdem mehr als siebenjährige harte und intensive Verhandlungen zu einem Seerechtsabkommen geführt hatten, weigerten sich zunächst die Vereinigten Staaten und nachher England und die Bundesrepublik Deutschland, zu unterschreiben. Sie erheben Einspruch gegen die *International Sea Bed Authority* und gegen die Idee, daß der Reichtum des Ozeans der gesamten Menschheit gehören sollte. Denn bei einem System des ungehinderten freien Unternehmertums können sie diesen Reichtum ausschließlich für ihre eigenen Interessen verwenden.

Nackte Machtpolitik

Die nackte Machtpolitik zeigt sich ebenfalls in der Behandlung der immer wiederkehrenden Krisen bei der Schuldenrückzahlung. Schulden werden gemacht mittels einer Vereinbarung zwischen Gläubigern und Schuldnern — wobei der erstere der stärkere ist. Aber die gesamte Verantwortung für dieses Problem wird auf die Schuldner abgewälzt.

Diese Frage ist für die Länder Afrikas von größtem Interesse, weil sie als Gruppe das weltweit höchste Verhältnis von Schulden zum Bruttosozialprodukt und von Schuldendienst zu Exporten aufweisen. Eine vorsichtige Schätzung der gesamten Schuldenlast des Kontinents beläuft sich auf $ 150 Mrd. Davon schuldet das Afrika südlich der Sahara — der Teil Afrikas, in dem das pro Kopf-Einkommen unter 400 US$ jährlich liegt — ungefähr $ 90 Mrd. Es hat jetzt Verbindlichkeiten von ungefähr $ 12 Mrd. jährlich alleine für die langfristigen Schulden — was die Zahlung für Verzugszinsen, Lieferantenkredite, und IWF-Rückzahlungen nicht mit einschließt.

Was das Afrika südlich der Sahara jetzt als Schuldendienst und aufgrund hoher Kosten der Lieferantenkredite zu bezahlen sich bemüht, ist sehr viel mehr als die ganze Hungerhilfe, die das Gebiet jetzt bekommt. Und die Wirkung von freiwilligen Hilfsprogrammen wird dadurch weitgehend zunichte gemacht.

Außerdem haben die armen Länder keinen Einfluß darauf, wie hoch der aktuelle Zinssatz ist — sie sind lediglich darauf verwiesen ihn zu bezahlen! 1971 war der durchschnittliche Zinssatz für afrikanische Länder 4,2 %; 1981 war er bereits auf 10,1 % gestiegen und steigt seitdem weiter. Manche der heutigen Schulden entstanden dadurch, daß Geld zu höheren Zinsen geliehen wurde um alte Schulden zu tilgen oder umzuschulden.

Wenn ein verschuldetes Land mehr Zeit oder weitere Anleihen braucht, um irgendeine Rückzahlungsverpflichtung einzuhalten, sieht es sich einem Gläubigerkartell gegenüber. Ganz allein muß es allen seinen Gläubigern gegenübertreten; üblicherweise werden sie das Problem nicht einmal behandeln, bis das Schuldnerland eine Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds abgeschlossen hat, dessen Bedingungen es akzeptieren muß. Und die Entscheidungsfindung im IWF wird praktisch von fünf größeren Industrienationen kontrolliert; in einigen Fällen können die USA alleine ein Veto gegen eine Entscheidung aller anderen Mitglieder einlegen. Der IWF wird als politisches Kontrollinstrument über die Wirtschaft armer Länder gebraucht; für eine Kontrolle, die die meisten entwickelten Länder — selbst heutzutage — zögern oder sich gar schämen würden, selbst auszuüben.

Sogar das ursprüngliche Konzept der Entwicklungshilfe, sowie die Höhe der Mittel werden angegriffen. In den letzten Jahren hat sich die offizielle Entwicklungshilfe im Verhältnis zu dem Bruttosozialprodukt der entwickelten Länder verringert, und zwischen 1981 und 1983 hat sogar der Betrag abgenommen. Schlimmer noch, ihre Bewilligung wird zunehmend auf politischem Hintergrund vorgenommen; nicht auf der Basis von Bedürftigkeit oder der Wirkung für den erklärten Zweck. Multilaterale Hilfe von UN-Instituten, die als Kontrollinstrument für politische Zwecke beschränkt anwendbar ist, nimmt real ab. Die siebente Wiederauffüllung der Mittel der IDA (International Development Association) war im Nennwert 25 %, real sogar 40 % niedriger als die sechste drei Jahre vorher. Und obwohl die Effektivität dieser Hilfen gelobt wird, die zur Hebung der Produktivität bei Kleinbauern in Entwicklungsländern verwendet werden, will man das Budget des

IFAD (Internationaler Agrarentwicklungsfonds) bei der zweiten Wiederauffüllung um 40 % des Nennwerts kürzen. Auf dem vor wenigen Tagen abgehaltenen Treffen erklärten sich die Vereinigten Staaten jedoch nicht bereit, sich allen anderen OECD- und OPEC Ländern in ihrer Zusage anzuschließen, das zur Ausführung dieser Vereinbarung benötigte Geld zur Verfügung zu stellen. Bislang sind also keine festen Zusagen gemacht worden; Diskussionen gehen weiter. Indessen hat der IFAD zur Zeit weniger als ein Drittel jenes Geldes, das er 1985 auszugeben geplant hatte.

Bilaterale Hilfe vieler Länder dient heutzutage ganz offen politischen Zwekken. Manchmal wird sie davon abhängig gemacht, ob das betreffende Land eine bestimmte Ideologie verfolgt, oder von Vereinbarungen mit dem IWF. Es hat Fälle gegeben, wo eine Zahlung gekürzt wurde, weil der Empfänger in den Augen des Spenders in der UNO nicht richtig abstimmte.

Herr Vorsitzender, ich bin der Meinung, daß dies darauf hinausläuft, daß die Länder der Dritten Welt ihre eigenen Probleme selbst lösen müssen, überdies sollen sie diese Probleme lösen, ohne die den Reichen zugute kommenden, bestehenden internationalen Strukturen durcheinanderzubringen, und in Übereinstimmung mit den ideologischen Wünschen der Mächtigen.

Die Politik, die den Armen aufgezwungen wird, ist natürlich nicht ausschließlich töricht; keiner in den Entwicklungsländern behauptet, daß man ihre Leistungsfähigkeit nicht verbessern und nicht Maßnahmen zur Umstrukturierung ihrer Wirtschaftssysteme treffen sollte. Und manchmal stimmt die befürwortete Politik mit den Wünschen des jeweiligen Entwicklungslandes überein, ganz abgesehen von den Wünschen anderer. Die Streitfrage ist oft, wie binnen welcher Zeitspanne und mit welchen Mitteln — vor allem ausländischen Devisen — diese Politik verfolgt werden kann.

Es ist zweifellos nötig, den Ertrag und die Produktivität in den Entwicklungsländern zu steigern — genau das bedeutet wirtschaftliche Entwicklung! Und man hat heute in Afrika erkannt, daß dem Agrarsektor Priorität eingeräumt werden muß. Unser Problem ist, ob wir uns im Hinblick auf ständig wiederkehrende nationale Katastrophen, außenwirtschaftliche Schocks, verfügbare Ressourcen und Devisenmangel überhaupt schneller entwickeln können. Das grundlegende Handicap für die Landwirtschaft der meisten afrikanischen Staaten liegt in der technologischen Rückständigkeit der Bauern und den primitiven Werkzeugen, die ihnen zur Verfügung stehen.

Sogar die Versorgung mit Pflügen für Zugtiere erfordert von uns Importe, die wir nicht finanzieren können und auch Zeit, um die Bauern damit vertraut zu machen. Und es gibt keine Wunder in der Landwirtschaft, insbesondere in der tropischen Landwirtschaft mit ihren vielen Problemen von Pflanzenkrankheiten, Insektenplagen und unzuverlässigen Regenfällen.


Die Suche nach Wasser, ein alltägliches Problem

Unsere Anstrengungen sind umsonst

Unsere Erfahrung zwingt uns auch zu der Frage, was eine Ertragsteigerung von agrarischen Exportprodukten zur Folge haben würde. Wenn zum Beispiel alle afrikanischen Baumwollproduzenten ihre Produktion erfolgreich steigern würden, dann wäre das erste Ergebnis wahrschheinlich ein Preiskollaps und vielleicht eine Minderung der Einnahmen für den einzelnen Baumwollproduzenten. Der Markt für landwirtschaftliche Rohstoffe ist unelastisch; die Gesamtnachfrage hängt stärker von den wirtschaftlichen Bedingungen der entwickelten Länder ab, als von irgendeinem anderen Faktor. Bei der gegenwärtigen Ertragslage mußte Tansania 1984 mehr als die doppelte Menge Baumwolle gegenüber 1975 produzieren, um ein und denselben Traktor bezahlen zu können. Außerdem behindert offener und verdeckter Protektionismus die Dritte Welt in ihren Möglichkeiten, ausländische Devisen für landwirtschaftliche Rohprodukte und, in noch größerem Ausmaß, für verarbeitete landwirtschaftliche Produkte zu erhalten. Europas gemeinsame Agrarpolitik, die zum Beispiel die Zuckerrübenproduktion subventioniert, ist für das Exporteinkommen der Dritten Welt nicht unbedeutend; wie auch das Multi-Faser-Abkommen für das Exporteinkommen Tansanias von großer Bedeutung ist.

Darüber hinaus hängt ein höhrer Ertrag in der Landwirtschaft, bezogen auf Nahrungsmittel oder auf Exportprodukte, nicht nur von direkten Investitionen auf dem Land ab. Er setzt Investitionen im Transportsektor, in der Werkzeugproduktion und in Reparaturwerkstätten ebenso voraus, wie die in Kommunikations-, Bildungs- und Gesundheitswesen — denn ein kranker Bauer kann nicht arbeiten. Diese Umstände machen für uns Importwaren notwendig. Wir stehen erneut einem Mangel an ausländischen Devisen gegenüber und dieser Devisenmangel setzt unsere Wirtschaft unter Druck, denn unser Wirtschaftssystem ist extrem importabhängig.

Herr Vorsitzender, als ich 1976 in Bonn eine Rede hielt, beschäftigte ich mich sehr ausführlich damit, wie unangemessen private ausländische Direktinvestitionen für die Bereitstellung der Mittel sind, die die armen Länder für ihre Entwicklung benötigen. Erlauben Sie mir nun, eine einfache Frage zu stellen. Wie viele Geschäftsleute überlegen sich ernsthaft, in einem Land zu investieren, wo Elektrizitäts- und Wasserversorgung sowie Transportmittel selten und unzuverlässig sind, und wo sie Schwierigkeiten haben werden, Devisen zu erwirtschaften, wenn der Betrieb tatsächlich in Gang kommt. Es sind nur wenige Firmen, die dies tun, ohne das Land oder dessen Volk auszubeuten; man muß es ihnen hoch anrechnen. Aber die Erfahrung Afrikas hat gezeigt, daß die Zahl solcher Firmen sehr klein ist. Das ist nicht überraschend — ich weiß, daß sogar Europa zur Zeit die Erfahrung macht, daß seine Unternehmer das Kapital lieber in die USA transferieren, statt es zu Hause zu investieren: Und ein amerikanischer Geschäftsmann soll gesagt haben, das Ziel sei nicht, die Politiker zufriedenzustellen, sondern Profit zu machen.

Die Rolle des IWF

Außerdem werden die armen Länder gezwungen, sich zur Lösung ihrer Probleme an den IWF zu wenden. Betrachtet man ausschließlich die Verfassung des IWF, so erscheint diese vernünftig.

Ein erklärtes Ziel des IWF ist „die Förderung und Erhaltung eines hohen Beschäftigungsgrades sowie das Realeinkommen und die Entfaltung von Produktivkräften bei allen seinen Mitgliedern".

Der IWF ist jedoch ganz offensichtlich nicht in der Lage, diese erklärten Ziele zu erreichen. Wenn dem so wäre, oder wenn diese Ziele wenigstens denen am Herzen

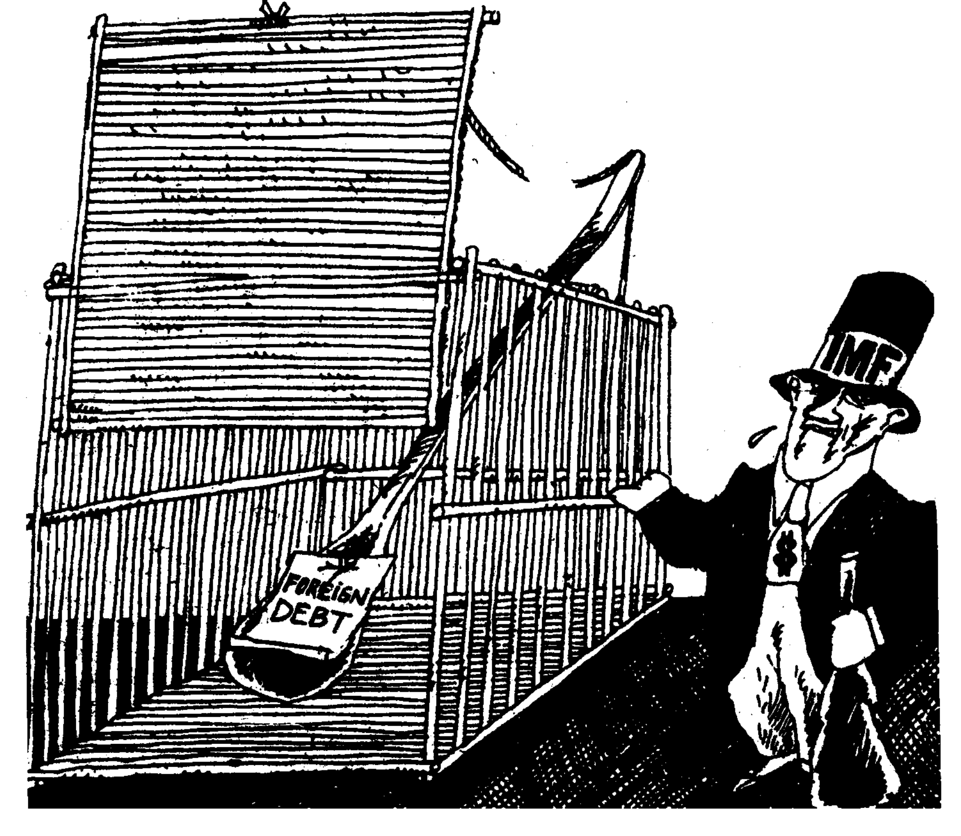
lägen, die den IWF kontrollieren, dann ist es nicht zu verstehen, warum seit 1981 keine Sonderziehungsrechte gewährt wurden, als die Zahlungsunfähigkeit vieler IWF-Mitglieder sich bereits überdeutlich zeigte. Es ist wirklich nicht zu verstehen, warum der IWF sich weigert, einen Zusammenhang zwischen den SZRs und der Entwicklung zu sehen. Anstatt einem armen Land mit einer unausgeglichenen Zahlungbilanz zu helfen, macht der IWF die Situation häufig noch schlimmer. Seine Kredite haben eine kurze Laufzeit, und es ist bekannt, daß Länder die das Geld bekommen, keine anderen Kredite mit höheren oder gleichwertigen Zinssätzen aufnehmen dürfen. Außerdem sind die Rückzahlungsbedingungen sehr streng.

Herr Vorsitzender, im traditionellen Afrika gab es Medizinmänner, die alle Patienten, ob sie an Unterernährung oder Fettleibigkeit litten, zur Ader ließen. Die wirtschaftlichen Medizinmänner, insbesondere die, die heute in die Dritte Welt kommen, scheinen nicht viel klüger zu sein. Sie empfehlen allen Ländern, die Schwierigkeiten haben, das Rezept der Deflationspolitik. Dem Land wird empfohlen, seine Währung sofort und erheblich abzuwerten; den Export auszuweiten und die Importe zu reduzieren; staatliche Ausgaben kürzen und öffentliche Einnahmen zu steigern, ohne Rücksicht auf gesellschaftliche oder wirtschaftliche Konsequenzen; den Zinssatz heraufzusetzen; alle Subventionen abzubauen, Löhne einzufrieren; und den Import zu liberalisieren.

Dies wäre vielleicht ein angemessenes Rezept für die USA oder für die Mitglieder der EG; das kann ich nicht beurteilen. Sicherlich waren diese Hilfsmittel ursprünglich für deren Krankheiten gedacht. Länder wie Brasilien, Mexiko, Marokko, Sudan, Ghana oder Tansania jedoch brauchen eine Injektion von Ressourcen und keinen Aderlaß!

Und wenn diese Dritte-Welt-Länder das Rezept doch akzeptieren, werden die zusätzlichen Mittel, die ihnen zur Verfügung gestellt werden, es den Ländern bestenfalls ermöglichen, ihrem Schuldendienst nachzukommen. Indem es zum Beispiel alle anderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erwägungen dem Ziel, den Export zu erhöhen und den Import zu reduzieren, unterordnete, hat Brasilien 1983 eine positive Handelsbilanz in Höhe von $ 12,6 Mrd. erreicht. Mexiko und Argentinien $ 13,5 und $ 4,4 Mrd. Aber diese Handelsüberschüsse wurden ausschließlich dafür verwendet, Zinsen zu zahlen; weder das Volk noch die Wirtschaft zogen daraus Nutzen. Die wirtschaftlichen Ärzte jedoch machten sich darüber keine Sorgen; die Bezahlung des Schuldendienstes war für sie der Sinn der Sache. Aber vernünftige Leute im wirtschaftlichen Norden sollten nicht überrascht sein, wenn vernünftige Patienten des wirtschaftlichen Südens die Kompetenz jener Medizinmänner bestreiten, und dieses Rezept ablehnen. Ebensowenig sollten sie sich über die ausbleibende Gesundung jener Länder wundern, in denen diese Medikamente, wie verschrieben, eingenommen worden sind. Bestenfalls wird eine vorübergehende Linderung erreicht.

Und sollte das Dritte-Welt-Land alle die unwiderruflichen Schritte unternehmen, die der IWF verlangt, und auch die wahrscheinlichen innenpolitischen Unruhen überleben, können die versprochenen Mittel nach drei bis sechs Monaten trotzdem gestrichen werden, wenn das Land die gesetzten wirtschaftlichen Ziele nicht erreicht hat. Dies geschieht ohne Rücksicht auf Ereignisse, auf die das Land selber keinen Einfluß hat. So wurde, zum Beispiel, ein Vertrag mit Tansania 1980 nach weniger als drei Monaten, plötzlich aufgekündigt, weil ein erwarteter Kredit der Weltbank in diesem Zeitraum nicht eingetroffen ist, und der Exportpreis für Kaffee zusammenbrach. Seitdem versuchen wir vergebens, eine neue Vereinbarung zu treffen. In der Zwischenzeit, in einer Phase des Preisverfalles und hoher Zahlungsbilanzdefizite, hat Tansania dem IWF Zahlungen in Höhe von 48,2 Mill. SZR geleistet, nur um die fruchtlose Diskussion in Gang zu halten.



Herr Vorsitzender, Sie sagten in der Einleitung zum ersten Bericht der Brandt-Kommission, daß er sich mit Fragen des Friedens und der Vermeidung von Unruhen beschäftige. Die drohende Gefahr von Konflikten und Chaos in vielen Entwicklungsländern, und die tatsächliche Zunahme dieser Konflikte, ist in letzter Zeit offensichtlicher geworden. Ebenso offensichtlich ist die Gefahr die dadurch für die Industrieländer entsteht — besonders in Bezug auf die Ost-West Konfrontation, und auf riesige Waffenlager voller lebensbedrohender Waffen.

Eine neue Politik ist nötig

Ich bin der Meinung, daß die Länder dieser Welt sich auch jetzt mit den Ungerechtigkeiten und Gefahren der derzeitigen wirtschaftlichen Situation auseinandersetzen könnten und sollten.

Die Länder des wirtschaftlichen Südens — einschließlich Afrikas — haben die Pflicht, die politischen Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, und die Ausführung politischer Absichtserklärungen, die so oft auf dem Papier stehen, voranzutreiben. Wir müssen so schnell wie möglich unsere Wirtschaftssysteme umstellen, daß sie weniger importabhängig werden. Von besonderer Bedeutung für meinen eigenen Kontinent ist dabei die landwirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die Lebensmittelproduktion, zur Grundlage unserer Planung zu machen.

Zum Zweiten sind wir dafür verantwortlich, die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern zu verstärken, sowohl innerhalb jeder Region, als auch zwischen den Ländern des Südens. Dies ist erstens notwendig, um bei den wenigen Ressourcen, die wir besitzen, ein Höchstmaß an Nutzen zu erzielen — zum Beispiel durch gemeinsame Forschung, durch gemeinsame Unternehmungen, und durch die Mechanismen eines gegenseitigen Handels, wenn Wechselkurs-Probleme mit fremden Währungen uns dabei behindern, die gegenseitigen Import-Bedürfnisse zu befriedigen. Und zweitens müssen wir dies tun, um unsere ungleiche Position bei Verhandlungen mit den entwickelten Ländern zu stärken, die bei Diskussionen, die die Länder des Nordens und des Südens betreffen, weit-

gehend wie *eine* Gruppe zu handeln verstehen.

In Bezug auf Afrika kann ich sagen, daß wir einige schmerzliche Lektionen erteilt bekamen und daß wir in zunehmenden Maße sowohl unsere inneren als auch unsere regionalen Bedürfnisse erkannt haben. National und innerhalb der Organisatoren für Afrikanische Einheit sind wir dabei, die dringend notwendige Berichtigung unserer Politik auszuarbeiten und auch auszuführen.

Aber für eine erfolgreiche Korrektur unserer Entwicklungsbemühungen benötigen wir Mittel und brauchen wir Zeit. Sonst gibt es keine Aussicht auf einen geordneten und friedlichen Fortschritt — erst recht nicht unter Achtung der Menschenrechte und der Demokratie. Afrika wird sicherlich nicht in der Lage sein, dies zu verwirklichen, zuallerletzt innerhalb einen zeitlichen Rahmens, der dem Druck moderner Technologie, Kontakt- und Kommunikationssysteme folgt.

Herr Vorsitzender, es gibt zwei Argumente für die Beendigung der derzeitigen ungeheure wirtschaftliche Ungerechtigkeit in der Welt — und sie sind nicht unvereinbar. Das erste basiert auf der Moral. Der Transfer des Reichtums von den Armen zu den Reichen, der das gegenwärtige Handels- und Finanzsystem charakterisiert, ist unmoralisch. Es ist international genauso unmoralisch wie innerhalb der Nationan — und es gibt heute wenige zivilisierte Länder, die nicht durch Gesetze versuchen, den Konsequenzen innerhalb ihrer eigenen Grenzen gegenzusteuern. Es gibt keine Institution auf der Welt, die stark genug wäre, den Wirkungen des derzeitigen internationalen Wirtschaftssystems entgegenzutreten. Niemand der an Gott oder auch nur an die Menschlichkeit glaubt, darf diesen Abfluß von Ressourcen aus den armen in die reichen Länder länger hinnehmen. Unsere Schicksale sind miteinander verstrickt. Nicht einmal die Produktivität des deutschen Arbeiters, so diszipliniert er aus Tradition und von seiner Kultur her sein mag, könnte erreicht werden, ohne einen indirekten Beitrag aus der Dritten Welt.

Der zweite Grund ist das Eigeninteresse der Reichen. Die Armut der Armen ist nicht unbedeutend für das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Europa. Ich nehme an, daß einige europäische Arbeiter ihren Arbeitsplatz verloren haben, weil so viele Dritte-Welt-Länder durch die wachsende Armut dazu gezwungen sind, ihre Einkäufe in den Ländern der EG zu reduzieren. Es wird angenommen, daß 1/4 der Arbeitsplätze im verarbeitenden Sektor weltweit direkt von der Nachfrage auf dem Weltmarkt abhängen. Und die Entwicklungsländer zusammen beziehen ungefähr 32% der Importe auf dem Weltmarkt.

Und die Schulden der dritten Welt — einschließlich Afrikas — sind nicht unbedeutend in Bezug auf die Stabilität der Finanzsysteme, in denen sich europäische und amerikanische Geschäfte abspielen. Wenn sie es wären, dann würde die Drohung eines Zahlungsverzugs durch einen Hauptschuldner (und Afrikas Länder zusammen sind ein Hauptschuldner) nicht die Bankiers und die Regierungen reicher Länder in solch nervöse und ängstliche Aktivität versetzen. Noch weniger hätte sich jemand über meinen Vorschlag letzte Jahr geärgert, daß Afrika *fordern* sollte, daß seine Repräsentanten sich — gemeinsam — mit den Kreditgebern zusammensetzen, um faire Bedingungen für die Zurückzahlung ihrer Schulden auszuhandeln. Lassen Sie mich hinzufügen, daß wenn Staatschefs aus Ländern des Südens zu Staatschefs des Nordens sagen; „Bitte machen Sie es uns ökonomisch und politisch möglich, daß wir Sie bezahlen können", dann bitten sie nicht um Wohltätigkeit. Sie bitten die Kreditgeber um ein ordentliches Geschäftsgebahren.

Gerechtigkeit und Eigeninteresse erfordern daher eine gemeinsame internationale Anstrengung, um die Probleme der armen Länder dieser Welt, die gleichzeitig wirtschaftliche Probleme der gesamten Welt darstellen, zu überwinden. Weder der Versuch der Starken, die Schwachen zu dirigieren, wird diese Probleme lösen, noch irgendein einzelner Vorstoß seitens einer der herrschenden Nationen. Alle Länder und Völker sind durch die Weltwirtschaft betroffen, einschließlich die Ostblockstaaten.

Drei Sachen sind nötig. Am dringendsten, ist die Notwendigkeit eines zunehmenden Ressourcentransfers in die armen Länder. Für die ärmsten Länder heißt das entweder Zuschüsse oder langfristige zinsgünstige Kredite, deren Vergabe weder von politischen Zielen der Geberländer noch von Ideologien bestimmt wird. Sie sollten auf der Basis der Bedürfnisse vergeben werden, und sollten dazu dienen, die Grundhindernisse für eine unabhängige Entwicklung zu überwinden.

Zweitens muß ein langfristiges Moratorium der Schuldzahlungen der ärmeren (nicht nur der am wenigsten entwickelten) Entwicklungsländer stattfinden. Oder eine langfristige Umschuldung basierend auf genuinem Respekt zwischen den Schuldnern und den Gebern, und der Einführung realistischer Zinssätze. Denn wir brauchen Zeit — viel Zeit — und eine große Steigerung der Mittel, um aus der Krise der Schuld und Entwicklung herauszukommen. Anhaltender Schuldendienst belastet die Wirtschaftssysteme und gefährdet die soziale Stabilität der Entwicklungsländer. Folglich ist die Wiederbelebung ganz und gar unmöglich.



Weltbankgespräche

Drittens, und ich sage es nochmals, sind Verhandlungen über eine grundlegende Reform der gegenwärtigen internationalen Wirtschaftsordnung notwendig. Dieser kann innerhalb weniger Wochen oder Monate nicht angestrebt, und noch viel weniger verwirklicht werden. Aber solange es eine solche Reform nicht gibt, wird der Transfer des Reichtums von den Armen zu den Reichen andauern, und jegliche positive Wirkung, die von einer erhöhten Hilfeleistung oder einem Schuldenmoratorium ausgehen könnte, ausgehöhlt werden.

Wachsende Konfrontation

Wie ich bereits ausgeführt habe, gehen die gegenwärtigen Tendenzen überhaupt nicht in diese Richtung. Im Gegenteil, es ist schwierig, sich der Schlußfolgerung zu entziehen, daß die westliche Welt im wesentlichen von ganz anderen Vorstellungen ausgeht: Daß es genügend Staatschefs in der Dritten Welt gibt, die man in das herrschende System hineinzwingen oder hineinlocken kann, und daß die übrigen — und die Bevölkerung der Dritten Welt — machtlos sind, sich den Interessen der Reichen entgegenzustellen.

Ich glaube nicht, daß angesichts der wachsenden Erbitterung in der Dritten

Welt dieser Annahme aufrechthalten werden kann. Außerdem glaube ich nicht, daß die Wut der Armen niemals zu gemeinsamen und organisiertem Handeln führen wird, obwohl die Provokation ständig größer wird. Allerdings gebe ich zu, daß der Konflikt und das Chaos, vor dem Sie gewarnt haben, das wahrscheinlichste unmittelbare Ergebnis sind.

Um es noch einmal klarzustellen: Die Dritte Welt will keine Konfrontation mit der entwickelten Welt, und sie hat es nie gewollt. Wir und unsere Freunde haben schon sehr oft an Ihre Moral und Ihr Eigeninteresse appelliert; mit ehrenhafter Ausnahmen — speziell unter den kleineren Industrienationen — haben die Appelle bislang keine bemerkenswerte Wirkungen auf die Mächtigen dieser Welt gezeigt.

Die Nationen und Völker der Dritten Welt können es sich nicht leisten, den Kampf ums Überleben aufzugeben, und sie werden ihren Kampf für Freiheit nicht aufgeben — einschließlich der Freiheit, einen angemessenen Lohn für ihre Arbeit zu bekommen. Und wir sind nicht völlig machtlos. Alle Schulden sind eine Last. Aber hohe Schulden sind sowohl Last als auch Macht! Sogar Zahlen sind Macht.

Herr Vorsitzender, ich möchte weder jemandem drohen, noch irgendwelche einseitigen Handlungen durch Tansania andeuten. Das wäre albern. Mein Land ist zu klein und zu arm. Und unsere Schulden sind eine Last und keine Macht. Was ich sagen will, ist, daß die Dritte Welt, wenn sie zu Konfrontation gezwungen wird, sich nicht weiterhin und immerzu für die Zurückhaltung entscheiden könnte.

Unsere Völker haben für nationale Unabhängigkeit gekämpft, weil sie glaubten, daß das für ihre Menschenwürde und auch für ihren ökonomischen Fortschritt notwendig sei. Sie erkennen in zunehmendem Maße und mit wachsender Erbitterung, daß ihre Hoffnungen enttäuscht werden durch externe Kräfte und deren lokale Verbündete. Wenn sich ihre Führer nicht für ihre Frustration verantwortlich fühlen oder keine Erfolge erzielen, dann werden diese Führer ersetzt werden, auf die eine oder andere Art und Weise. Die Welt wird immer mehr polarisiert werden und immer gefährlicher für jedermann.

In den demokratischen Ländern des Nordens liegt die Macht letztlich beim Volk. Es ist das Volk, das letzten Endes die Verantwortung trägt und, auf lange Sicht, von seinen Entscheidungen profitiert oder darunter leidet. Deutschland ist eines der mächtigen Länder der entwickelten Welt.

Und zuletzt möchte ich Ihnen allen dafür danken, daß sie mir so geduldig zugehört haben und wiederholen, was ich am Anfang sagte. Es war eine Ehre für mich, die harten Dinge zu sagen, die ich sagen mußte, unter dem Vorsitz eines großen Staatsmanns und Internationalisten, der die Bedingungen und Verpflichtungen für das Zusammenleben und Zusammenarbeiten *einer* Menschheit und auf *einem* Planeten anerkennt.

Der Ost-West-Konflikt — Ein Deckmantel

Interview mit Andre Gunder Frank und Immanuel Wallerstein

Im Mai '85 fand im südlichen Burgenland, in den Gewölben der Friedensburg Schlaining, fernab von jeglicher Öffentlichkeit, ein Seminar, der UNU, der Universtität der Vereinten Nationen statt. Auf der Tagesordnung stand „Europe's Role in other Regions' Peace und Security". Geladen waren rund 30 auserwählte wissenschaftliche Köpfe aus allen europäischen Ländern. Zwar gelang es selbst einer solch geballten Ladung konferenzerfahrenen intellektuellen Potentials nicht, über die Analyse der gegenwärtigen Kriegsgefahr hinaus einen aktiven Beitrag zur Entwicklung von Gegenstrategien, alternativen Konfliktlösungen und Entwicklungsmodellen zu leisten. Doch die Anwesenheit herausragender internationaler Kapazitäten aus verschiedensten wissenschaftlichen Disziplinen — Friedens- und Konfliktforscher, Entwicklungsökonomen, Sozial- und Wirtschaftshistoriker, Völkerrechtler — sorgte dafür, daß die Diskussion über Krise und Star Wars, Abrüstungsverhandlungen und Friedensbewegungen, Entwicklungsszenarios und Gesellschaftsutopien spannend und abwechslungsreich verlief.
Wir nützten die Gelegenheit für ein Interview mit den zwei herausragendsten Persönlichkeiten des Seminars. Andre Gunder Frank und Immanuel Wallerstein erklären die Ursachen der gegenwärtigen Krise und skizzieren mögliche Perspektiven in der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems.

Andre Gunder Frank, 1929 in Berlin geboren, aufgewachsen in der Schweiz und den USA, promovierte 1957 in Ökonomie an der Universität von Chikago. Anders als Milton Friedman, der Hauptvertreter seiner Fakultät, wandte Frank sich den Theorien der Abhängigkeit und Unterentwicklung, den Theorien der Befreiung zu. Er unterrichtete an verschiedenen Universitäten in den USA, Brasilien und Mexico. Zwischen 1968 und 1973 war Frank Dozent an der Universität Santiago de Chile und aufs engste mit dem Experiment Allendes verbunden. Nach dem Putsch floh er nach Europa, wo er an mehreren Universitäten, derzeit in Amsterdam, lehrte. Die politische Brisanz seiner Lehre zeigt sich nicht zuletzt darin, daß ihm immer wieder die Einreise in die USA und Kanada verweigert wird: er sei ein „Sicherheitsrisiko".

Frank ist ein prominenter Begründer der in den 60er Jahren in Lateinamerika entwickelten „Dependencia"-Theorie. In seinem ersten großen Werk „Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika" legt er bestechend dar, daß die industrielle Entwicklung der europäischen Metropolen auf der Ausplünderung der Menschen und Rohstoffe in der „3. Welt" basierte. Die Kolonien wurden in den langen Jahren des Kolonialismus und Imperialismus in ein ungleiches System internationaler Arbeitsteilung gezwungen, das ihre eigenständige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung bis heute verhinderte. Frank entwickelte seinen bahnbrechenden Ansatz in zahlreichen Werken zu einer allgemeinen Theorie kapitalistischer Akkumulation im Weltmaßstab weiter. Ebenso wie sein Freund und Kollege Immanuel Wallerstein kommt er zu dem Schluß, daß man die verschiedenen Gebiete und Länder der Welt seit dem 16. Jahrhundert als Teile — Metropolen, Peripherien und Semiperipherien — **eines** kapitalistischen Weltsystems sehen müsse, in dem Entwicklung und Unterentwicklung, Hunger und Überfluß stets wie siamesische Zwillinge Hand in Hand gehen.

Immanuel Wallerstein, 1959 an der Columbia University, USA, zum Doktor der Soziologie promoviert, Direktor des Fernand Braudel Center for the Study of Economies, Historical Systems, and Civilizations an der State University of New York und Professor am Maison des Sciences de l'Homme in Paris, begreift sich als Historiker, Sozialwissenschaftler und politischer Aktivist zugleich. Mit seinen umfassenden sozialhistorischen Werken setzte er Meilensteine in der Analyse der Herausbildung des kapitalistischen Weltsystems. Die Entwicklung jedes seiner Teile, sei es im „Westen", in der „3. Welt" oder in den „sozialistischen Ländern" muß als stets Veränderungen unterliegender Teil eines Systems begriffen werden, das seit dem 16. Jahrhundert einem einzigen Gesetz gehorcht: der Logik des Profits.

Frank und Wallerstein — beide hoffen sie, mit ihren Theorien den Unterdrückten Waffen gegen diese alles beherrschende Logik in die Hand geben zu können. In den nächsten Jahrzehnten sehen sie jedoch wenig Anlaß für eine sozialistische Wende. Aufgrund ihrer ausführlichen Recherchen über Ursachen der aktuellen Krise scheint ihnen als Alternative zur atomaren Vernichtung ein Szenario plausibel, in dem sich als Folge der Entwicklung einer neuen Allianz zwischen den USA, Japan und China die westeuropäischen Länder ökonomisch und politisch stärker mit Osteuropa und der Sowjetunion verbünden. Daß diese Perspektive einer neuerlichen Stabilisierung des kapitalistischen Weltsystems gleichkäme, ist ihnen bewußt. Ein sozialistisches Weltsystem, von dem beide träumen, ist heute jedoch nicht greifbar.

Frage: *Woher, meinen Sie, kommt die Dynamik der gegenwärtigen weltweiten Krise, wo hat sie ihren Ursprung? Es gibt ja eine Vielzahl von Erklärungsmustern. Manche denken, daß die tiefgekühlten Beziehungen zwischen den Supermächten schuld sind, andere ziehen Akkumulationstheorien zur Erklärung heran...*

Wallerstein: Nun, wenn Sie von der gegenwärtigen Krise sprechen, meinen sie wohl die allgemeine ökonomische Abwärtsentwicklung, die in den letzten 10 bis 15 Jahren eingesetzt hat. Ich kann nicht glauben, daß die Gründe dieser Wirtschaftskrise in der Beziehung zwischen den USA und der UdSSR liegen, sie liegen vielmehr in der Natur des kapitalistischen Weltsystems. Wirtschaftskrise ist darin eines der immer wiederkehrenden Phänomene. Ein Ausdruck dieser Krise ist weniger in den Beziehungen von USA und UdSSR zu finden, die sich in den letzten 30—40 Jahren nicht grundsätzlich verändert haben, als vielmehr in den Beziehungskonstellationen zwischen den USA, Westeuropa und Japan. Hier hat sich ein ökonomischer Wandel vollzogen — und nicht zwischen den USA und der Sowjetunion, deren Beziehungen relativ konstant geblieben sind.



Frage: *Würden Sie das Verhältnis zwischen den USA und der UdSSR auch in Bezug auf die internationale Arbeitsteilung als konstant einschätzen?*

Wallerstein: Die Sowjetunion spielt eine relativ untergeordnete Rolle im System der internationalen Arbeitsteilung. Sie ist vielleicht etwas mehr in sie verstrickt als von 10—15 Jahren, teilweise wegen der Entspannungspolitik, und teilweise, weil ihre ökonomische Kraft in den letzten beiden Jahrzehnten doch etwas zugenommen hat, sodaß sie heute ein aktivere Rolle spielen kann.

Frage: *Obwohl Rüstungswettlauf und Aufrüstungsprogramme doch in verstärktem Maße Produktivität binden?*

Wallerstein: Richtig, aber sie schaffen auch viele Arbeitsplätze. Aufrüstung ist eine Art von negativer sozialer Verwendung von Geld. Wenn Herr Reagan in den letzten 2—3 Jahren die Position der USA kurzfristig verbessert hat, so hat er das geschafft, weil er viel Geld in Rüstung gesteckt hat. Das hat viele Arbeitsplätze gebracht und zu einem Währungsaufschwung in den USA geführt.

Ich meine, es ist sicherlich nicht im sozialen Sinne produktiv, aber im engen — selbstgesteckten — währungspolitischen Rahmen kann es etwas bringen.

Frage: *In der UdSSR funktioniert das aber nicht so. Wenn also, Ihrer Meinung nach, die ökonomischen Beziehungen der beiden Supermächte über Jahrzehnte konstant geblieben sind, dann muß doch auch nach den militärischen Verhältnissen gefragt werden. Unterscheiden sich diese zwei Beziehungsebenen?*

Frank: Wallerstein hat nicht gesagt, daß die ökonomischen Beziehungen zwischen Sowjetunion und USA konstant sind. Die politische und ökonomische Beziehung war zwar einigermaßen konstant seit dem 2. Weltkrieg, und selbst hierbei sprechen wir nicht von der jeweiligen Machtverteilung, sondern der bloßen Existenz der Beziehungen.

Frage: *Und die ökonomischen Beziehungen haben sich in den letzten 15 Jahren verändert?*

Frank: Ja, zu Gunsten der USA. Auch politisch stehen die USA heute günstiger da — im Gegensatz zu den Behauptungen, die sowohl aus Moskau als auch aus Washington kommen.

Wallerstein: Kannst Du das ein bißchen ausführen. Ich verstehe nicht, warum die USA heute politisch stärker sein sollten als vor 15 Jahren.

Frank: Weil die Sowjetunion relativ zu den USA und auch absolut verloren hat — auf der politischen genauso wie auf der ökonomischen Ebene. Trotz der weltweiten ökonomischen Krise, die die USA zweifellos geschwächt hat — allerdings im Vergleich zu ihren kapitalistischen Konkurrenten. Die USA und ihre kapitalistischen Konkurrenten haben an Stärke gewonnen gegenüber dem sozialistischen...

Wallerstein: ...Block...

Frank: ...den sozialistischen Ländern; ich würde nicht von Block sprechen. Vor allem die Sino-amerikanische Allianz hat dazu beigetragen. Aber auch durch die Achse Washington-Peking-Tokio hat die UdSSR unglaublich verloren. Dann gibt es noch die Verluste in der „3. Welt" — trotz Unterstützung der 14 Revolutionen zwischen 1974 und 1978, von denen angenommen wird, daß sie die Sowjetunion in Indochina und Afrika begünstigt hätten.

Wallerstein: Wo würdest Du die drastischen sowjetischen Verluste in der „3. Welt" sehen?

Frank: Zuallererst und vornehmlich die offensichtlichsten: China, Ägypten und Somalia.

Frage: *All diese afrikanischen Länder, die sich in den letzten Jahrzehnten mit sozialistischen Ideen angefreundet haben, hat sie die Sowjetunion auf einer ökonomischen Ebene verloren?*

Frank: Sie hatte sie niemals ökonomisch. Alle Möglichkeiten und Gelegenheiten, sie zu gewinnen, gingen verloren.

Aber das alles hat reichlich wenig mit der Krise zu tun, von der wir sprachen. Das beschreibt bestenfalls einige untergeordnete Auswirkungen.

Wallerstein: Es ist sicherlich richtig, daß die Sowjetunion in der Nachkriegszeit eine Art dynamische politische Kraft repräsentierte — von daher kommt auch die Dominotheorie, die ja der UdSSR Platz-um-Platz-Gewinne voraussagte, aber gerade zu dieser Zeit hat die UdSSR ungeheure innere politische Schwierigkeiten mit ihren vermeintlich engsten Verbündeten in Ost-Europa gehabt — ganz zu schweigen von China.

Aber auch wenn wir in entferntere Regionen der Welt blicken, wo befreundete Regimes weniger eng mit der Sowjetunion verbunden waren, breitet sich eine wachsende Absetzbewegung, Skepsis und Zynismus gegenüber der Sowjetunion aus. Selbst bei Völkern und Menschen, die unglücklich über die imperialistische Rolle der USA sind, ist dies

mehr und mehr zu bemerken. Es gibt heute sicherlich weniger von dieser spontanen Zuwendung zur UdSSR als einem Symbol des Widerstandes als vor 30 Jahren.

Frank: Sie (die UdSSR) hat niemandem etwas anzubieten und niemand denkt heute mehr, daß sie irgendjemand etwas anzubieten hätte. Außer in Lateinamerika.

Frage: *Kommen wir zurück zur ökonomischen Krise des kapitalistischen Weltsystems. Um darüber zu sprechen, müßte man ihrer Meinung nach etwas über das Verhältnis von Westeuropa zu den USA sagen...*

Wallerstein: Eine der wichtigsten Konsequenzen, die man aus der Abwärtsentwicklung der Weltökonomie ziehen muß, ist die Tatsache, daß — wie in vorangegangenen Krisenzeiten — die Konkurrenz unter den Starken sehr groß ist. Und die Starken heutzutage, das sind Westeuropa, Japan und die USA. Die Krise hängt sehr eng mit der akuten Konkurrenzsituation dieser 3 Elemente zusammen. Diese Konkurrenzsituation existierte zu Zeiten der großen Expansion der Weltökonomie nicht. Heute erklärt sie einen Gutteil der gegenwärtigen Politik. Das ist ein klares Ergebnis der ökonomischen Krise.

Frank: Es geht also mehr um den West-West-Konflikt als um den Ost-West-Konflikt.

Frage: *Dieser West-West-Konflikt, diese innerimperialistische Konkurrenz, ist also der Hauptgrund für — nehmen wir als Beispiel eine konkrete Auswirkung der Krise — die Aufstellung neuer US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa?*

Frank: Ja, jawohl.

Wallerstein: Sicherlich, der wichtigste Grund für die Aufstellung dieser Rakten ist eine Art von Erpressung. Die Westeuropäer sollen eingeschüchtert werden und durch Einschwörung ihrer öffentlichen Meinung auf streng antisowjetische Ideologie in politischen und ökonomischen Fragen „auf Linie" gebracht werden.

Der Kalte Krieg soll wiederbelebt werden. In anderen Worten: Europas stückweises Abbröckeln von den USA, seine Geschäfte mit der Sowjetunion... das ist die eigentliche Motivation für die Aufstellung neuer Raketen. Viel weniger bedeutend ist die direkte militärische Bedrohung der UdSSR. Ich bin im übrigen sehr skeptisch über ihre militärische Notwendigkeit.

Frage: *Das Airland-Battle-Konzept, das ja immerhin für die US-Army in Europa Gültigkeit zu haben scheint, spricht von „erweitertem" und „integriertem Schlachtfeld" und meint damit einen flächendeckenden Angriff bis hin zur sowjetischen Grenze mit gleichzeitigem Einsatz aller zur Verfügung stehenden Waffen (also auch chemischen und Atomwaffen). Glauben Sie, daß dieser Plan nur eine ideologische Propaganda ist?*

Wallerstein: Das glaube ich. Aber das heißt nicht, daß das nicht enorm gefährlich ist.

Frage: *Wäre es möglich, daß Airland-Battle und auch die Aufstellung von pershing II und cruise missiles, die ja durchaus in dieses Konzept passen, zwei verschiedenen Konzeptionen gleichzeitig entspringen? Es mögen ja gewisse US-Kapitalgruppen tatsächlich den Plan haben, Mitte der 90er Jahre bis zur sowjetischen Grenze vorzustoßen. Andere wiederum betrachten Airland Battle als reine Drohgeste gegenüber den westeuropäischen Verbündeten.*

Wallerstein: In den USA gibt es komplizierte politische Institutionen, vielerlei politische und ökonomische Kräfte — also wenn Sie meinen, daß es Kräfte gibt, deren Analyse einen Krieg auf dem europäischen Schlachtfeld real miteinschließt, mag das richtig sein. Die Frage ist nur, wie wichtig, wie stark diese politischen Kräfte in Wirklichkeit sind. Es gibt sicherlich Elemente rechter Ideologie um die Reagan-Administration herum — was bei Carter viel weniger der Fall war. Diese Rechten denken tatsächlich in Begriffen wie „Wann wird der Krieg gegen die UdSSR beginnen?", aber ich glaube nicht, daß die Reagan-Administration als Ganzes von solchen Ideen dominiert und geleitet wird.

Frage: *Kommen wir zurück zum Verhältnis USA — Europa. In einem Ihrer Diskussionsbeiträge auf der Konferenz „Europe's role in other regions' peace and security" gingen Sie, Herr Frank, so weit zu behaupten, daß sich die europäischen Sozialdemokraten besser in das atlantische Bündniskonzept integrieren als Strauß und Kohl, denen sie mehr eigenständiges nationales Bewußtsein unterstellen, was sich im Falle der NATO-Politik gegen die USA richtet. Wir würden Sie die Unterschiede zwischen den zweifellos progressiven Sozialdemokraten Mitterand und Gonzales und den doch konservativen Kohl und Thatcher ansetzen?*

Frank: Ich habe in den letzten Jahren beobachtet, daß die sogenannten sozialistischen Regierungen Mitterand und Gonzales bessere Atlantiker waren als die Konservativen. Eine Erklärung dafür ist, daß die ökonomische Konkurrenz zwischen den Amerikanern und Europäern zunimmt, insbesondere im Verhältnis USA — BRD. Außerdem erkaufen sich die sogenannten sozialistischen westeuropäischen Regierungen einen gewissen ökonomischen Toleranzspielraum, indem sie sich in strategischen Fragen besonders gut benehmen. Das kann nur eine zeitlich begrenzte Methode sein; diese Politik wird fehlschlagen.

Wallerstein: Es stellt sich weniger die Frage, wie reformerisch oder wie monetaristisch diese Regierungen sind, sondern wie nationalistisch sie sich vis-á-vis den USA verhalten. Mit anderen Worten, wie weit sehen sie sich selbst als Träger einer Politik, die die Interessen ihrer Länder als Länder fördert. Ich stimme darin überein, daß die französische Regierung eine relativ monetaristische Politik betreibt, aber sie ist auch — und darauf kommt es an, wenn wir über das Verhältnis USA — Westeuropa sprechen — nationalistisch.



Alberto Beltran: Intervention der United Fruit

Frank: Was ich sagen will, ist, daß diese politische Ökonomie für den Atlantismus ohne großen Belang ist und deswegen bin ich auch optimistisch, daß die Sozialdemokraten sehr bald zumindest nicht mehr atlantischer sein werden als die Konservativen.

Frage: *Und wo ergeben sich die stärksten Interessenkollissionen zwischen den verschiedenen kapitalistischen Zentren, zwischen den USA und Westeuropa?*

Welchen Stellenwert haben beispielsweise die bundesdeutschen Investitionen in Lateinamerika?

Frank: Eines ist klar: Der Sowjetunion kann man nicht die geringste Beteiligung an der Entstehung der Zustände beispielsweise in El Sálvador nachsagen. Die FMLN (Frente Farabundo Marti para la Liberación Nacional) wurde — zu Zeiten einer sozialdemokratischen Regierung in der BRD — von diesen deutschen Sozialdemokraten finanziert. Und genau hier lag der Konflikt. Nur, die Reagan-Administration hat das Ganze so präsentiert, als ob es ein Ost-West-Konflikt wäre. In Wahrheit war es ein Konflikt mit dem deutschen Kapital.

Kissinger rechnet mit der Notwendigkeit eines amerikanischen Blocks — mit Lateinamerika, Kanada, Australien und Neuseeland. Deswegen ist das Zentralamerikaproblem, und speziell die Situation in Nicaragua, eine Bedrohung für die Amerikaner; nicht wegen der UdSSR oder Kuba oder irgendeinem Dominoeffekt, sondern wegen einer möglichen Störung der angestrebten panamerikanischen Blockbildung. Die zentralamerikanischen Staaten drohen gegen dieses Projekt des amerikanischen Blocks aufzustehen und dafür werden sie unterdrückt. Die US-Administration kann und will das nicht so darstellen und bringt deshalb die Sowjetunion ins Spiel, als eine Form der Rechtfertigung ihrer eigenen Politik. Aber in Wirklichkeit kommt die Bedrohung nicht von der UdSSR, sondern von Westeuropa, von der Europäischen Gemeinschaft im allgemeinen und der BRD im besonderen.

Wallerstein: Das ist genau der Punkt. Zentralamerika für sich allein genommen ist ökonomisch nicht so wichtig, aber da sind Mexiko und Kolumbien, die sehr betroffen wären. Wenn wir weiterdenken und sagen: das Problem der 90er Jahre ist, daß Westeuropa, Japan und die Vereinigten Staaten immer neue Technologien erzeugen und um mit diesen weltweit konkurrenzfähig zu werden, müssen sie Märkte schaffen und dementsprechend gegenseitig in Konkurrenz treten. Da gibt es folgende Märkte: Die Sowjetunion, China, den Nahen Osten, Afrika, Südostasien und Lateinamerika. Schauen wir uns um: Wem gehört welcher Markt? Wem wird welcher Markt gehören? Die USA und Japan teilen sich — grosso modo — den chinesischen Markt und Westeuropa kann den russischen Markt bekommen. Und wer wird den 3.-Welt-Markt erhalten? Die USA sind damit konfrontiert, daß sie sich von einer ganzen Reihe 3.-Welt-Märkten zurückgedrängt sehen, insbesondere wenn Westeuropa den sowjetischen Markt bekommt und ebenso den Nahen Osten sowie Indien. Und wenn dann noch Frankreich und England ihre Verbindungen nach Afrika zum Ausbau ihrer Märkte nutzen... alles das beschneidet die Einflußzonen für das US-Kapital. Zweifellos ist der wichtigste US-Markt Lateinamerika. Und wenn Europa dorthin eindringt, schmerzt das die USA beträchtlich. So muß also Lateinamerika geschützt werden.

Frage: *Aber wieviel Prozent des US-Exports gehen nach Lateinamerika?*

Frank: Ein sehr beträchtlicher Anteil, wenn er verlustig geht.

Frage: *Wenn es 10% sind, ist das schon viel. Wie kann das die USA so stark betreffen?*

Wallerstein: Wenn die USA nicht nach Europa exportieren können...

Frage: *Warum sollten sie nicht?*

Wallerstein: Weil Westeuropa zunehmend selbst nach Westeuropa verkaufen wird. Die USA werden ihre Weseuropaexporte substituieren müssen, dafür müssen sie gerade ihre Marktanteile in die Mexikos, Brasiliens und Argentiniens der 3. Welt erhöhen. Guatemala und El Salvador spielen keine Rolle, aber Mexiko, Brasilien und Argentinien und vielleicht auch Kolumbien und Peru sind wichtig. Und deshalb ist die politische Verflechtung in Zentralamerika nicht so sehr als Konflikt innerhalb eines bestimmten Landes, z. B. in El Salvador, als für ganz Lateinamerika von Bedeutung.

Frank: Was Du hier relativ kompliziert beschreibst, ist nichts anderes, als was ich schon vorher gesagt habe: der Ost-West-Konflikt ist nur ein Deckmantel für den West-West-Konflikt.

Wallerstein: In 99% der Fälle.

Frage: *Glauben Sie nicht, daß Befreiungsbewegungen in der „3. Welt" oder befreite Länder wie beispielweise Nicaragua eine Art autonome Bedrohung für die USA darstellen?*

Frank: Nein. Auf gar keinen Fall.

Wallerstein: Schauen wir uns das Beispiel Vietnam an. Die Vietnamesen haben die Amerikaner 15 Jahre lang bekämpft... und haben sie sogar besiegt. Aber was ist passiert? Was haben die Amerikaner nach 15, 20 Jahren Vietnamkrieg verloren? Nichts. Und Sie glauben, daß eine linke Regierung in El Salvador die Position der USA wesentlich schwächen würde. Das wäre unbedeutend.

Frank: Im Gegenteil, das, was sich derzeit in Zentralamerika abspielt und was sich während der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre in Mexiko, Brasilien und Argentinien abgespielt hat, das ist — als regionales Phänomen — der Versuch, den inneren nationalen Markt mittels Importsubstitution zu erschließen.

Und ihn anschließen den Amis auf einem Silbertablett zu präsentieren... genau wie es nach dem 2. Weltkrieg passiert ist. Das hindert die Amerikaner nicht, Peron einen Faschisten und Cardenal einen Bolschewiken zu nennen, auch wenn diese Regierungen — objektiv gesehen — den Markt für die USA geöffnet haben. Sie tun den USA einen Gefallen — mit dem Schönheitsfehler, daß sie die Märkte nicht nur für die USA öffnen, sondern auch für die Westeuropäer und Japaner. Das ist des Pudels Kern.

Frage: *Aber in Nicaragua war der Markt vor der sandinistischen Revolution weit geöffnet.*

Wallerstein: Es gab keinen richtigen Markt. Es mußte erst eine nationale Revolution erfolgen, seine Ökonomie mußte geräumig gemacht werden, um eine Vielzahl von Bauern in die Geldwirtschaft zu integrieren. Erst dann kann man von richtigem Markt sprechen. Und genau das ist es, was nationale Revolutionen bewirken.

Frage: *Also mußte es theoretisch multinationale Konzerne gegeben haben, die diese sandinistische Revolution unterstützten, um ihr Interesse nach Marktexpansion sicherzustellen?*

Wallerstein: Es ist eine sozialistische Regierung, die den Kapitalismus voranbringt. Sozialistische Revolutionen und nationalistische Befreiungsbewegungen sind so gesehen eine Hilfe für das Voranschreiten des Kapitalismus.

Frank: In manchen Gegenden auf dieser Welt stellen sie die einzige Möglichkeit dar, Kapitalverwertung voranzutreiben.

Frage: *Und was für Konsequenzen ziehen Sie aus dieser entmutigenden Tatsache?*

Wallerstein: Konsequenzen? Das führt uns zu einem anderen Thema. Man muß offensichtlich die Strategien überdenken, mit denen man zum Sozialismus zu gelangen hoffte. Althergebrachte Strategien funktionieren nicht.

Frank: Es bedeutet u. a. daß das Erlangen von Staatsmacht nicht der richtige Weg zum Sozialismus ist. Nämlich deshalb, weil Du die Staatsmacht, sobald Du sie einmal erobert hast, nicht gebrauchen kannst. Auch diese traditionelle Art des Sozialismus stellt keinen gangbaren Weg dar. Daher ist sie auch keine Gefahr für den Kapitalismus. Die Gefahr für die USA kommt nicht von den sozialistischen Ländern, sie kommt vielmehr von Westeuropa und Japan. Und auch die Befreiungsbewegungen stellen keine reelle Gefahr dar, und auch die neuen sozialen Bewegungen können die USA nicht bedrohen. Wallerstein denkt, daß von den neuen sozialen Bewegungen eine solche Gefahr ausgehen könnte. Ich glaube nicht daran.

Danke für das Gespräch.

Hannes Hofbauer
und Andrea Kanlosy

„I've worked myself up from nothing to a state of extreme poverty"

Groucho Marx

Dem Buch „Crisis in the 3rd world" von A. G. Frank (1981) als Motto vorangestellt.

Rezension

Tino Thun
Menschenrechte und Außenpolitik: Bundesrepublik Deutschland — Argentinien 1976—1983
Bremen (edition CON)/Lüdinghausen (Periferia) 1985

„Zu neuen Auseinandersetzungen kam es in der Sitzung der UNO-Menschenrechtskommission über die Frage, ob das mandat der Arbeitsgruppe (über das „Verschwindenlassen") um ein weiteres Jahr verlängert werden solle. In einer fast als historisch zu bezeichnenden Gemeinsamkeit widersetzen sich die Vertreter der USA, der Sowjetunion und der Militärregierung Argentiniens einer entsprechenden ... Resolution. Der Vertreter der BRD, Botschafter Sahm, setzte sich für eine Verlängerung des Mandates der Arbeitsgruppe ein. In einem engagiert vorgetragenen Redebeitrag wies Sahm darauf hin, die Deutschen seien vom spurlosen Verschwinden von Menschen besonders betroffen, weil sie sich an die Zeit nach 1933 erinnerten, als viele Deutsche bei der Aktion ‚Nacht und Nebel' von Nazi-Kommandos verschleppt wurden und für immer verschwanden."

Das ist, auf S. 157, die gute Nachricht in dem Buch von Tino Thun über die Menschenrechtspolitik der BRD hinsichtlich des Terrors in Argentinien. Was sich auf den übrigen 170 Seiten findet, ist die minutiöse Dokumentation einer bundesdeutschen Außenpolitik, die die Verbrechen der argentinischen Miliräjunta verteidigte, verschwieg, beschönigte, verdrängte, vertuschte, verharmloste, während sie umgekehrt den Opfern dieses Todesregimes, seien es Gefangene, Gefolterte und vom Tode Bedrohte, seien es die Exilierten, so gut wie jede Hilfe verweigerte. Ausnahmen wie die des Botschafters Sahm, der wenigstens klare Worte fand, machen die Lektüre der Regel, eben der Normalität der Bonner Diplomatie, nur umso deprimierender. Nicht daß Tino Thuns Dokumentation fundamentale Überraschungen bereit hielte, macht ihre Wirkung aus. Im Gegenteil, fast alles kommt dem fleißigen Zeitungsleser irgendwo bekannt vor. Auch die beschämende Bilanz, die Tino Thun im übrigen nur in sehr zurückhaltender Weise formuliert, dürfte kritische Zeitgenossen nicht sehr überraschen. Aber die penible Weise, in der hier die über Jahre verstreuten Einzelmeldungen zusammengefaßt und analysiert werden, ergeben plötzlich auch qualitativ ein anderes Bild.

Zwei Zitate:
„Ich habe in Argentinien nichts gesehen, von dem man sagen könnte, es handle sich um eine ausgesprochene Diktatur."
„militärische Diktatur in Argentinien."
Der erste Satz stammt von Bundestrainer Helmut Schön, als er von der Fußball-WM 1978 — also auf dem Höhepunkt der Terrorwelle — zurückkehrte. Die zweite Formulierung stammt von Bundeskanzler Helmut Schmidt. Sechs Jahre lang hatte er, wie Tino Thun berichtet, das anstößige Wort Diktatur nicht in den Mund genommen. 1982 aber, während des Malvinenkriegs, entdeckte plötzlich auch die Bundesregierung den diktatorischen Charakter des Militärregimes.

Mit diesen einfachen Mitteln, Zitaten, Daten und ein paar Erläuterungen des Zusammenhags, wird aus einigen Zeitungsausschnitten bereits eine Entlarvung des grenzenlosen Opportunismus, mit dem bundesdeutsche Politiker und „Repräsentanten der Öffentlichkeit" die Menschenrechte in Argentinien behandelten. Doch Tino Thun bleibt dabei nicht stehen. Das Buch enthält auch eine zusammenschauende Darstellung der wichtigsten Interessenzusammenhänge, die diesen Opportunismus erst erklären. Rüstungsgeschäfte (unter der Diktatur wurde Argentinien zum größten Empfängerland von BRD-Waffenexporten), Atomgeschäft, Kapitalexporte werden analysiert und in Zusammenhang mit der Menschenrechtspolitik gebracht. Auch der eigentlichen Gegenstand des Streites, die Repression unter der Militärdiktatur, wird nochmals im Detail bilanziert.

Im Zentrum des Bandes steht die ausführliche Darstellung dreier Einzelfälle, nämlich der „Verschwundenen" Elisabeth Käsemann, Klaus Zieschank (dessen Leiche vor wenigen Wochen entdeckt wurde) und Federico Tatter. Obleich es sich bei diesen Verschwundenen (wie bei rund 70 weiteren) um deutsche Staatsangehörige handelte, unternahm die Bundesregierung nur äußerst laue Anstrengungen (auch etwa im Vergleich zu dem, was andere Regierungen taten), ihr Schicksal zu klären oder gar ihre Freilassung zu erreichen. Auch in der Behandlung der Asylsuchenden fällt der Vergleich der bundesdeutschen Politik mit der anderer Staaten vernichtend aus. Ein Jahr nachdem sich die BRD unter dem Druck der Solidaritätsbewegung endlich bereiterklärt hatte, wenigstens eine kleine Zahl von Gefangenen, denen die Möglichkeit der Ausreise zugestanden worden war, aufzunehmen, war noch immer keiner dieser Gefangenen in die BRD gelangt. Schuld daran war vor allem, daß diese Gefangenen wie zum Hohn erst monatelang von den deutschen Behörden auf ihre mögliche „Sicherheitsgefährdung" für die Bundesrepublik geprüft wurden. Resultat: Viele gingen in der Zwischenzeit in andere Länder, eine erhebliche Zahl aber verwirkte auf diese Weise das Recht der Ausreise und blieb weiterhin in den Foltergefängnissen der Generäle. Kommentar des baden-württembergischen CDU-Abgeordneten Dr. Scheuer: „Es kann nicht Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland sein, bei jedem politisch motivierten Bandenkrieg Unterschlupf und Zufluchtsort für die jeweilig unterlegene Seite zu sein. Sie können sich leicht ausmalen, welche Konsequenzen dies für für die innere Sicherheit unseres eigenen Staates hätte, von den außenpolitischen Verwicklungen ganz abgesehen."

Gegenüber solcher zynischen rassistischen Ignoranz und solchem blanken Opportunismus legt Tino Thun eine Nüchternheit und Zurückhaltung in der Kommentierung an den Tag, die manchmal fast befremdet. Aber vielleicht ist es nicht nur aus taktischen Gründen besser so — die betroffenen Bürokraten können nicht ganz so leicht einfach nur schmollen. Vielleicht ist es auch für den betroffenen Leser besser, wenn er die emotionale Abarbeitung an der dokumentierten Realität vom Autor nicht abgenommen bekommt. Trotzdem beschleicht mich ein etwas seltsames Gefühl, wenn ich Sätze lese wie: „Das ‚gewaltsam verursachte oder unfreiwillige Verschwinden von Menschen' verletzt in der Regel gleichzeitig eine Anzahl von Menschenrechtsbestimmungen." Spricht hier nicht der Menschenrechtler die gleiche Sprache wie der Bürokrat des „kafkaesken Labyrinths", das Osvaldo Baier in seinem Vorwort so eindrucksvoll schildert?

Mir scheint, daß hier ein sehr grundsätzliches Dilemma von Menschenrechtspolitik sichtbar wird. Da den Herrschenden die Sache selbst, nämlich das Leben der Menschen in Freiheit, Würde und ohne materielle Not nicht abgehandelt werden kann, muß schon die Möglichkeit der Berufung auf Konventionen, Protokolle, usw. als Erfolg gelten. Tino Thuns Buch zeigt aber gerade, wie unwürdig die rechtlichen Winkelzüge sind, mit denen das Verlangen nach Menschenrecht dann abgefertigt wird. So sehr grundsätzlich daher richtig ist, daß zur Verwirklichung von Menschenrechten nicht nur die bürgerlichen Freiheiten, sondern noch ausreichende Nahrung, Kleidung und ein Dach überm Kopf gehören, so zweifelhaft scheint mir doch gerade auch nach der Lektüre von Tino Thuns Buch, ob es eine sinnvolle Strategie ist, dies auf dem Weg weiterer Konventionen, Konferenzen und Paragrafen erreichen zu wollen. Doch ändern diese Zweifel nichts daran, daß ich „Menschenrechte und Außenpolitik" für eines der wichtigsten Bücher der letzten Zeit halte. Auf die Reaktionen der Angesprochenen darf man gespannt sein.

Rainer Huhle



Neuerscheinungen

„Die gestutzten Flügel der Freiheit", Menschenrechte und Militarisierung in den Philippinen, Hrsg.: Aktionsgruppe Philippinen/medico international, 1985 Wurf-Verlag, ISBN 3-923881-12.6, DM 5,50

„Schwermetalle — Endlager Mensch", Hrsg.: Bremer Umwelt Institut, ISBN 3-923243-10-3, Verlag Kölner Volksblatt, DM 16,80

„Neuere Entwicklungen in Äthiopien", Seminarbericht '84, Förderungswerk für rückkehrende Fachkräfte der Entwicklungsdienste, KÜbelstiftung, Postfach 66, 6140 Bensheim

„Von Südasien lernen", Erfahrungen in Indien und Sri Lanka, Detlef Katowsky, Edition Qumran im Campus Verlag, 1985, ISBN 3-88655-210-1, DM 26,—

„Ein Jahr im Vulkan", Erfahrungen in Südafrika, Christoph Plate, Brosch. Hamburg 1985, 58 S., DM 5,—, Bezug: Chr. Plate, Hartwig-Hesse-Str. 30, 2000 Hamburg 20

„Die sowjetische Militärmacht", Hans-Jürgen Schulz, isp-pocket 10, isp-Verlag, Frankfurt, ISBN 3-88332-090-0, DM 19,80

Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation: Brasiliens Agrarfrage. Modernisierung und ihre Folgen. Hamburg 1985, DM 15,—, Bezug: Institut für Ibero-Amerika-Kunde, Alsterglacis 8, 2000 Hamburg 36

„Gegen die Ordnung der Welt", Befreiungsbewegungen in Afrika und Lateinamerika, Jean Ziegler, Peter Hammer Verlag Wuppertal, 1985, ISBN 3-87284-272-7, DM 24,80

„Die dritte Welt und wir — Il Terzo Mondo enoi", Hrsg. von Terra Nouva — Cendok-Tandem, Nord-Süd Entwicklung-Verwicklung, Dokumentation zur internationalen Tagung Schloß Maretsch/Bozen, 28.—30.9.84. Vertrieb. Edition Südtiroler Volkszeitung, Bolzano, Via Portico 49

„South Africa in the eighties", UPDate No. 3, June '85, Bezug: Catholic Institute for International Relations, 22 Coleman Fields, London N1 7AF, G. B.

Food strategies and Lome III, a joint publication by the Commission for Justice and P????? (NL) and the Ecumenical Research Exchange, Rotterdam (NL). 45 Seiten mit Bibliographie und Glossar. Erhältlich in Niederländisch (Dfl. 4,—) und Engl. und Französ. (Dfl. 3,—). Bezug: Oostaaslan 950, NL-3063 DM Rotterdam

Werkstattwagen in Nicaragua von Region zu Region

Seit Oktober 1984 arbeiten Brummi aus Hamburg, Werkzeugmacher, Udo aus Hannover, KFZ-Mechaniker, und Dietmar, Maschinenbauingenieur, ebenfalls aus Hannover in ihrem Werkstattwagen in Pueblo Nuevo, ein ca. 3000 Einwohner zählender Ort im Nordwesten des Landes, unweit der Grenze zu Honduras.

Die Idee des Projekts war entstanden, als Udo und Brummi während ihres Einsatzes in einer Kaffeebrigade im Dezember 1983 angefangen hatten, die nicht funktionierenden Geräte einer Kooperative zu reparieren. Dabei wurde deutlich, daß in Nicaragua ein großer Mangel an Mechanikern sowie auch an Werkstätten bzw. Werkzeug besteht.

Nach Gesprächen mit Verantwortlichen der MIDINRA (Landwirtschaftsministerium) und der Reforma Agraria wurde beschlossen, im Herbst 1984 mit einem geländegängigen Werkstattwagen nach Nicaragua zu fahren.

Da es bei diesem Projekt langfristig darauf ankommen soll, die Abhängigkeit von ausländischen Fachkräften abzubauen, gehört zum Konzept des Werkstattwagenprojekts auch die Ausbildung von Lehrlingen.

Als Einsatzort wurde das „Centro de mecaniziación" in Pueblo Nuevo gewählt, wo bisher zwei Mechaniker arbeiten, die mit dem wenigen Werkzeug (eine große Kiste Schraubenschlüssel) nicht viel mehr als einfache Reparaturen und einen Ölwechsel durchführen konnten. Zu diesem Centro gehört eine Art Maschinenring der MIDINRA, bestehend aus 12 Traktoren mit Akkergerät, die zusammen mit dem Fahrer an private Produzenten und Kooperativen ausgeliehen werden. Zum Versorgungsgebiet des Centro gehören 149 Kooperativen, 16 staatliche Fincas und 150 Privatbauern, so daß man sich leicht vorstellen kann, daß einiges an Reparaturen anfällt.

Seit Mitte Februar ist das Centro mitsamt Werkstattwagen, Mechanikern, Traktoristen und natürlich den Traktoren nach Jalapa verlegt worden. Da der Boden dort sehr fruchtbar und eine Bewässerung nicht notwendig ist, sollen innerhalb eines Zeitraumes von 6 bis 8 Wochen ca. 4000 Manzanas (280 ha) Brachland neu kultiviert werden; dies ist jedoch nur mit Hilfe der umliegenden Centros möglich. Eine ähnliche Aktion ist auf für die Region um Pueblo Nuevo geplant.

Wer unterstützt das Werkstattwagenprojekt?

Inzwischen ca. 50 Einzelpersonen und Organisationen in Hannover, Braunschweig und Hamburg ermöglichen durch ihre finanzielle Unterstützung und durch ihre aktive Mitarbeit die Durchführung des Werkstattwagenprojekts.

Zu den Unterstützungsorganisationen gehören z. B. die GABL, die Demokratischen Sozialisten, die Grünen, die Jusos, die SJD „Die Falken", das Nicaragua- und El Salvador-Komitee, die Naturfreundejugend, die VVN/BdA, die GEW-Friedensgruppe Hannover-Land sowie ÖTV-Betriebsgruppen und -Vertrauensleute. Inzwischen ist der gemeinnützige Verein „De Pueblo a Pueblo, Verein zur Förderung der deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen e. V." als Träger des Werkstattwagenprojekts gegründet worden (Spenden sind abzugsfähig).

Mit den eingehenden Spenden müssen zum einen die Lebenshaltungskosten der beiden Hannoveraner in Nicaragua bestritten werden; zum anderen werden die Mittel für die Vervollständigung der Werkstattwagenausrüstung und für die Abzahlung der Anschaffungskosten (16000 DM für den Werkstattwagen) benötigt.

Neben der finanziellen Absicherung des Projekts besteht eine weitere Aufgabe des Unterstützerkreises darin, die Öffentlichkeit über die Situation in Nicaragua und in der Region Pueblo Nuevo sowie über die Entwicklung des Projekts zu informieren. Zu diesem Zweck erhalten die Unterstützer regelmäßig Projektberichte. Darüber hinaus werden öffentliche Veranstaltungen durchgeführt.

Perspektiven unserer Solidaritätsarbeit

Angesichts der brisanten Situation Nicaraguas wird neben der praktischen und finanziellen Hilfe die politische Unterstützung für dieses Land immer wichtiger. Aus diesem Grund ist die Initiative für eine Partnerschaft zwischen Hannover und der Einsatzregion des Werkstattwagens Pueblo Nuevo/Limay ergriffen worden. Die Partnerschaft zwischen Hannover und dieser Region soll eine Auseinandersetzung mit der täglichen Realität in Nicaragua sein. Sie soll die Verbreitung von Informationen über die nationalen Ereignisse als auch über die konkreten Bedingungen in der Partnerregion beinhalten. Sie soll zur Unterstützung und zum Aufbau dieser besonders gefährdeten Region beitragen.

Unterstützt

- **das Projekt Werkstattwagen für Nicaragua**
- **die Entwicklung einer Partnerschaft zwischen Hannover und der Region Pueblo Nuevo/Limay**

SOLIDARITÄT MIT NICARAGUA

Spendenkonto: Jürgen Beißner (Nicaragua-Solidarität „Werkstattwagen") · Bank für Gemeinwirtschaft Hannover, Konto-Nr. 222 6150 100 (BLZ 250 101 11)

Zeitschriftenschau

ila-info Nr. 86, Juni 1985
Schwerpunkt: Verschwörung gegen Lateinamerikas Volkskirche
Außerdem: Handelsembargo USA-Nicaragua/Brasilien nach Tancredos Tod/El Salvador/ USA setzen weiter auf Mörderjunta in Chile/Bericht zum 9. BUKO/u. a.
Bezug: Infostelle Lateinamerika e. V., Römerstr. 88, 5300 Bonn 1
Preis: DM 3,—

Brasilien-Nachrichten Nr. 86
Industrialisierungsstil und Umweltzerstörung/Entwicklung des Atomprogramms/ Tancredos Tod/400 Tausend Obdachlose im Nordosten/mehrere Artikel zur ökologischen Problematik in Brasilien
Bezug: Brasilien-Nachrichten, An der Illoshöhe 30, 4500 Osnabrück

Forum, Nr. 92, Juni 1985
Schwerpunkt: Frauen und Entwicklung
Bezug: FEA-Verlag, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

epd-Entwicklungspolitik 12/85 (Juni 1985)
Schwerpunkt: Weltfrauenkonferenz und Jahr des Waldes
Bezug: EPD, Pf 170361, 6000 Frankfurt 17

Mosquito Nr. 4/5
Schwerpunkt: Burkina-Faso
Außerdem: Konferenz der Frauenorganisation OMM in Mocambique/Südafrikasanktionen/Türken und Kurden in Basel/ Sri Lanka
Bezug: mosquito, Pf 1007, Ch-3001 Bern
Preis: SFr 4,—

Tagungshinweise

„Kann Hilfe helfen?" — Nahrungsmittelhilfe und ländliche Entwicklung, 11.—13.10.85
„Weltmarkt in der Krise — zur entwicklungspolitischen Rolle von Industrie und Gewerkschaften", 10.—12.1.86
Studienreise in die Volksrepublik China, 1.—22.10.85, Information und Anmeldung: Evang. Akademie, 8132 Tutzing, Postfach 227

Naturtage '85 (Wald-Uni, Öko-Ausstellung...), 16.8.—1.9.85, Silschede/Gevelsberg, Büro: Kronenstr. 37, 4000 Düsseldorf

„An den Bananen kommt niemand vorbei", 27.9.—29.9.85, Dettingen, Veranstalter: „Bananenaktion Schweiz" und „Reisende Schule 3. Welt-Ecuardorkurs", Information und Anmeldung: Walter Binanzer, Rebhaldenweg 37, 7060 Schorndorf

Internationales Kinderzeltlager zum Thema Chile, 15.8.—31.8.85, St. Georgen/Schwarzwald, Information und Anmeldung: SJD — Die Falken, LV Baden-Württemberg, Wagenburgstr. 77, 7000 Stuttgart, oder SJD — Die Falken, Zunftstraße 11, 7800 Freiburg

Bundesweite Alternativkonferenz: „Atombomben made in Germany", 6.—8.9.85, Bonn; Unterstützung, Information, Anmeldung an/bei: Helmut Lorscheid, Klemes-Hofbauer-Str. 17, 5300 Bonn

Lateinamerika-Nachrichten Nr. 139, Juni 1985
NASA und die chilenische Regierung wollen die Osterinsel zu einem Notlandeplatz für Raumfähren machen. Es gibt jedoch eine Vielzahl von Argumenten, die die Unsinnigkeit dieses Plans belegen. Geht es vielleicht eher um die Einbeziehung der Osterinsel in den *Krieg der Sterne?*
In **Honduras** stehen *Wahlen* bevor; das Gerangel um einen Teil der Macht wirft seine Schatten voraus und treibt skurrile Blüten. — In einem Land voller Absurditäten werden andere Aspekte des politischen und sozialen Lebens leicht „übersehen". *Leben und Widerstand der Campesinos* sagen über die honduranischen Zustände aber noch mehr aus als das Getöse der Politiker.
Über die Rolle von *Drogen* in Wirtschaft und Gesellschaft Boliviens und Kolumbiens ist in den letzten Heften der LN bereits berichtet worden. Auch in **Mexico** gehören Drogenmafia, Korruption und politischer Macht zusammen.
Andere Artikel über Wirtschaft und Generalsprozeß in Argentinien, Radiokrieg der USA, neuere Entwicklung in Costa Rica, Perspektiven im „demokratischen" Grenada, u.a.m.
Bezug: LN im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
Preis: DM 4,50

Mittelamerika Magazin Nr. 47, Juni 1985
Guatemala: Umsiedlung der Flüchtlinge/ Hilfe der BRD für das Militärregime/Hilfe der BRD für das Miltiärregime/Zwist zwischen Privatwirtschaft und Armee/Angehörige der Verschwundenen
Nicaragua: Handelsboykott/Zwangsumsiedlungen/u. a.
El Salvador: ARENA den Rücken /Zermürbungskrieg statt Stellungskrieg der Guerilla
Honduras: Die gemietete Republik/Sieben Wege in die Verschuldung
Karibik: Die Multis prägen die Insel-Ökonomie
Bezug: Mittelamerika-Magazin, Königsweg 7, 23 Kiel 1
Preis: DM 3,—

Viktor Lüpertz

Bergrstr 6

7801 Oberried

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg